

ISSN 0343-690X

**Linksextremistische
Bestrebungen**

**Rechtsextremistische
Bestrebungen**

**Sicherheitsgefährdende und
extremistische Bestrebungen
von Ausländern**

Spionageabwehr

**Geheimchutz - Vorbeugende
Spionageabwehr**

Verfassungs- schutzbericht 1986

Inhaltsverzeichnis Seite 11

Sachwortregister Seite 173

Herausgeber:

Der Bundesminister des Innern, Graurheindorfer Straße 198,
5300 Bonn 1, August 1987

Druck: Westermann Druck GmbH, Braunschweig

VORBEMERKUNG

Der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1986 informiert wie seine Vorgänger zusammenfassend über die gegen unseren Staat gerichteten Ziele und Aktivitäten extremistischer und sicherheitsgefährdender Organisationen sowie gegnerischer Nachrichtendienste. Er soll die breite Öffentlichkeit nüchtern und sachlich über die Gefahren für unsere freiheitlich-demokratisch verfaßte Staatsordnung informieren. Dabei kann und soll er keinen vollständigen Überblick über die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes geben, sondern vielmehr wichtige Entwicklungen und Zusammenhänge anhand objektiver und nachprüfbarer Tatsachen aufzeigen und so den Bürger in die Lage versetzen, aktiv an der Auseinandersetzung mit den Gegnern unseres demokratischen Staates teilzunehmen. Wie in den Vorjahren behandelt der Bericht dabei die Gebiete des Extremismus, des Terrorismus und der Spionageabwehr. Zum wesentlichen Inhalt des Berichts ist zu bemerken:

1. Auch 1986 verfolgten *Linksextremisten* mit ihrer Agitation das Ziel, die freiheitliche demokratische Grundordnung und die staatlichen Organe der Bundesrepublik Deutschland in den Augen der Bürger herabzuwürdigen und verächtlich zu machen, um auf diese Weise eine günstige Ausgangssituation für revolutionäre Veränderungen zu schaffen. Um ihren politischen Zielen näher zu kommen, setzten Linksextremisten auch Gewalt bis hin zum Terror ein. Die Zahl der Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund stieg von 1.604 im Vorjahr auf 1.902 im Berichtsjahr deutlich an. Die Zahl der darin enthaltenen Terrorakte nahm von 221 auf 318 zu. Fast 90 % der Terroranschläge wurden von Angehörigen kleiner Gruppierungen der „Neuen Linken“ begangen. Bei Gewaltaktionen mit linksextremistischem Hintergrund wurden mehr als 800 Personen verletzt, darunter 769 Beamte der Polizei und des Bundesgrenzschutzes. 3 Menschen fielen Mordanschlägen zum Opfer.

Im organisierten Linksextremismus haben sich Mitgliederstand und Gefüge 1986 nur geringfügig verändert. Die Mitgliederzahl linksextremistischer Organisationen – nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften – stieg von ca. 61.500 im Vorjahr auf ca. 63.000 im Berichtsjahr leicht an. Bei den linksextremistisch beeinflussten Organisationen war dagegen im gleichen Zeitraum ein leichter Rückgang der um Mehrfachmitgliedschaften bereinigten Mitgliederzahl von ca. 51.500 auf ca. 49.000 zu beobachten. Die Auflagenhöhe periodischer Publikationen linksextremistischer Kern- und Nebenorganisationen stieg mit einer Einzelaufgabe von 4.913.250 (1985: 4.867.925) und einer Jahresgesamtauflage von 35.522.800 (1985: 35.025.600) nur geringfügig an. Zum herausragenden Thema linksextremistischer Agitation entwickelte sich der Protest gegen Bau und Nutzung von Kernenergieanlagen. Auch der Kampf gegen die strategische Verteidigungsinitiative der USA und die Agitation gegen die NATO blieben wichtige Aktionsfelder. Breiten Raum in der linksextremistischen Agitation nahmen ferner der Kampf gegen staatliche Maßnahmen zum Schutz der inneren Sicherheit, die Verunglimpfung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesre-

gierung sowie die Solidarität mit „revolutionären Bewegungen“ in der Dritten Welt ein.

Der Stimmenanteil für Linksextremisten bei Wahlen ist nach wie vor gering. Vor allem orthodoxe, d. h. moskauorientierte Kommunisten versuchen, ihre Chancen durch Wahlbündnisse zu verbessern. Bei den Wahlen zu den Studentenparlamenten ging der Anteil linksextremistischer und linksextremistisch orientierter Gruppen an den Sitzen gegenüber dem Vorjahr zwar um 3 % zurück, fiel aber mit 26,5 % immer noch unverhältnismäßig hoch aus.

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und die „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW), die den von der „Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ (KPdSU) geprägten – orthodoxen – Kommunismus vertreten, blieben mitgliederstärkste und aktivste Kraft im deutschen Linksextremismus. Beide Parteien, die auch 1986 die ideologische Linie und die politischen Vorgaben der KPdSU und der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) befolgten, verfügen über ein breitgefächertes Netz von Nebenorganisationen und beeinflussten Gruppen. Die Mitgliederzahl von DKP und SEW sowie ihrer Nebenorganisationen ist – nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften – von ca. 54.400 im Vorjahr auf ca. 55.500 im Berichtsjahr geringfügig angestiegen. Dagegen ist die Mitgliederzahl der von DKP und SEW beeinflussten Organisationen – bereinigt um Mehrfachmitgliedschaften – von ca. 49.900 im Vorjahr auf ca. 48.000 im Jahre 1986 leicht zurückgegangen. DKP und SEW wurden als Teil der „Kommunistischen Weltbewegung“ von ausländischen „Bruderparteien“, insbesondere von den regierenden kommunistischen Parteien in den Staaten des Warschauer Paktes, unterstützt. Von der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) der DDR wurden sie angeleitet und finanziell weitgehend versorgt.

Zum Kern marxistisch-leninistischer Strategie und Taktik gehört seit jeher die Bündnispolitik, d. h. die Zusammenarbeit mit nicht-kommunistischen Kräften, die den Kommunisten eine – wie sie es nennen – „Massenbasis“ verschaffen soll. Deshalb hielt die DKP auch 1986 ihre Mitglieder an, durch „systematische Arbeit“ in Initiativen und Protestbewegungen den „Masseneinfluß“ der Partei zu „erweitern“. Die DKP konnte im Mai 1986 auf ihrem 8. Parteitag zu Recht erneut eine positive Bilanz ihrer Bündnispolitik ziehen und stellte fest, daß es ihr in beträchtlichem Ausmaß gelungen sei, die politische Isolierung zu durchbrechen und in den außerparlamentarischen Bewegungen eine initiiierende, orientierende und organisierende Rolle zu spielen.

Im Rahmen ihrer Bündnispolitik vertreten orthodoxe Kommunisten häufig Forderungen, die für sich genommen nicht verfassungsfeindlich, jedoch geeignet sind, sie dem Endziel einer kommunistischen Staats- und Gesellschaftsordnung näher zu bringen. An Hochschulen und bei einzelnen Kampagnen wirkten sie aufgrund ihrer Bündnispolitik weit über den Kreis ihrer Anhänger hinaus. Die Bemühungen von Linksextremisten, „Aktionsbündnisse“ mit demokratischen Gruppen und Organisationen einzugehen oder Veranstaltungen gemeinsam mit Funktionsträgern solcher Vereinigungen durchzuführen, trafen auf nachlassende

Vorbehalte. In einigen Protestfeldern, insbesondere bei Aktionen der „Anti-Kernkraftbewegung“, wurden sogar militante Linksextremisten akzeptiert. Eine Zusammenarbeit mit Kommunisten fördert erfahrungsgemäß deren revolutionäre Ansätze, schwächt jedoch die eigene politische Position.

Die Organisationen der „Neuen Linken“, d. h. der Linksextremisten, die nicht dem moskauorientierten Kommunismus zuzurechnen sind, orientierten sich auch 1986 an unterschiedlichen Ideologien und verfolgten ebenso unterschiedliche Strategien und Taktiken. Die meisten von ihnen waren zur Zusammenarbeit in Aktionsbündnissen bereit. Unter den anarchistischen Gruppierungen der „Neuen Linken“ konnten die „Autonomen“ weitere Anhänger gewinnen. Sie nutzten zahlreiche Demonstrationen für gewalttätige Angriffe auf Polizeibeamte, Sachbeschädigungen und Brandstiftungen; ihre Bereitschaft zu terroristischen Anschlägen nahm zu. Auch die meisten anderen Gruppen der „Neuen Linken“ befürworteten die Anwendung von Gewalt. Proteste gegen Kernenergieanlagen entwickelten sich im Berichtsjahr für viele Gruppen der „Neuen Linken“ zum Hauptaktionsfeld. Weitere Aktionsfelder blieben insbesondere der Kampf gegen die NATO und die sog. „Antifaschismusarbeit“.

Die Bedrohung durch linksextremistische Terrorakte ist wie im Vorjahr unverändert hoch. Zwei gezielte Mordanschläge wurden von der „Roten-Armee-Fraktion“ im Berichtsjahr verübt: Am 9. Juli 1986 wurde das Siemens-Vorstandsmitglied Prof. Beckurts und dessen Fahrer Groppler in Straßlach bei München und am 10. Oktober 1986 der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Dr. von Braunmühl in Bonn brutal ermordet.

Ziele zahlreicher Anschläge waren wieder militärische Einrichtungen der Bundeswehr und der NATO-Bündnispartner sowie Unternehmen, die u. a. Rüstungsgüter produzieren. Auch Gebäude der Polizei, der Justizverwaltungen und sonstiger Behörden waren betroffen. Daneben richteten sich die Gewalttaten gegen Wirtschaftsunternehmen, Kaufhäuser und Geldinstitute. Etwa $\frac{1}{3}$ aller Anschläge galt dem Kampf gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie. Aber auch lokale Themen wie Straßenbaumaßnahmen und Stadtsanierung gaben einen vordergründigen Anlaß, um mit Terrorakten gegen den Staat und die ihn tragende Gesellschaft vorzugehen.

Der „Kommandobereich“ – also die untergetauchten Bandenmitglieder – der „Roten-Armee-Fraktion“ – hat nach wie vor mit etwa 20 Personen eine Personalstärke wie bereits Mitte der 70er Jahre. Die Festnahmen in der Vergangenheit – auch 1986 wurde mit Eva Haule-Frimpong ein Mitglied des harten Kerns der RAF gefaßt – konnte diese Terrorgruppe wie schon zuvor durch Nachrücken von Personen aus dem engeren Umfeld ausgleichen. Dieses engere Umfeld – die sog. Militanten der RAF – ist in letzter Zeit immer gewalttätiger geworden; es ist für zahlreiche Spreng- und Brandstoffanschläge verantwortlich.

Nachdem 1983 und 1984 bei den „Revolutionären Zellen“ und ihrer autonomen Frauengruppe „Rote Zora“ ein Rückgang der terroristischen Aktivitäten zu verzeichnen war, liegt die Zahl der verübten Brand- und Sprengstoffanschläge

im Berichtsjahr mit 17 wie schon im Jahr 1985, in dem es zu 18 Anschlägen kam, wieder deutlich höher. Dabei haben die „RZ“ im Berichtsjahr erstmals wieder gezielt einen Menschen verletzt.

Neben der „Roten-Armee-Fraktion“ und den „Revolutionären Zellen“ sind zahlreiche sonstige – überwiegend der linksextremistischen autonomen Szene zuzurechnende – Gruppierungen, aber auch Einzelpersonen, für einen großen Teil der Brand- und Sprengstoffanschläge verantwortlich. Sie orientierten sich bei der Auswahl der Anschlagziele sowie der Anschlagplanung und -durchführung oft am Konzept der „Revolutionären Zellen“. Gemeinsame Merkmale all dieser Gruppierungen sind dabei Haß auf das staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche System in der Bundesrepublik Deutschland und eine rigorose Gewaltbereitschaft. Dies zeigen auch für das laufende Jahr wieder die Festnahmen von 5 jungen Leuten im April in Bayern, die dort für eine Reihe von Anschlägen, teilweise mit Millionenschäden, verantwortlich sind.

2. Deutsche *Rechtsextremisten* lehnen die parlamentarische repräsentative Demokratie ab und streben totalitäre oder zumindest autoritäre Staatsformen an. Kennzeichnend sind für sie ein Nationalismus, der die Freiheitsrechte des einzelnen übermäßig einengt sowie ein Rassismus, der oft eine aggressive Juden- und Ausländerfeindlichkeit einschließt. Darüber hinaus diffamieren Rechtsextremisten kontinuierlich Personen und Einrichtungen des demokratischen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland. Die Neo-Nationalsozialisten (Neonazis) unter den Rechtsextremisten streben einen vom Führer- und Eliteprinzip bestimmten totalitären großdeutschen Staat nach der Ideologie und dem Programm der ehemaligen NSDAP an. Auch „Sozialrevolutionäre“ oder „Nationalrevolutionäre“, die innerhalb des deutschen Rechtsextremismus zunehmend Resonanz finden, sind Neo-Nationalsozialisten. Sie berufen sich auf den linken NSDAP-Flügel der Brüder Strasser in der Weimarer Republik und lehnen Hitler als Leitfigur des Nationalsozialismus ab. Diese Strömung sieht ihren politischen Standort häufig in der Nähe von „Sozialisten“ und sogenannten „Antiimperialisten“.

Die Zahl der von Rechtsextremisten verübten Gewalttaten betrug 71, im Vorjahr waren es 77. Die Zahl der Gewaltandrohungen nahm ebenfalls leicht ab, und zwar von 140 im Vorjahr auf 134 im Berichtsjahr. Auf dem geheimen Meldewege wurde jedoch auch 1986 bestätigt, daß militante Kreise des deutschen Rechtsextremismus nach wie vor die Begehung von Gewalttaten zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele in Betracht ziehen.

Ende 1986 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 73 rechtsextremistische Organisationen gegenüber 78 im Vorjahr. Die Gesamtmitgliederzahl rechtsextremistischer Organisationen betrug wie schon in den Jahren 1984 und 1985 22.100. Die „Deutsche Volksunion“ (DVU) ist – wie im Vorjahr – mit über 12.000 – selber spricht sie von 16.000 – Mitgliedern die mitgliederstärkste rechtsextremistische Vereinigung, gefolgt von der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), deren Mitgliederstand mit rund 6.100 im Berichtsjahr ebenfalls konstant blieb. Das zur NPD gehörende Spektrum kleidet seine völkisch-kollektivistischen Systemvorstellungen in Begriffe wie „Volksgemein-

schaft“ und „Volksganzes“, wobei es – wie auch die „National-Freiheitlichen“, insbesondere die DVU – keinen Zweifel daran läßt, daß es trotz aller Wortbekenntnisse zum Grundgesetz die Interessen der Volksgesamtheit über die Freiheitsrechte des Individuums setzt.

Nationalistisch-neutralistische Bestrebungen, die inzwischen von den meisten Rechtsextremisten – mit Ausnahme der DVU – vertreten werden, gehen oft mit einem militanten Antiamerikanismus einher.

Den Verfassungsschutzbehörden waren Ende 1986 1.460 aktive Neonazis – 40 mehr als im Vorjahr – bekannt. Die bedeutsamsten Aktivitäten gingen wie 1985 von der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) und der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG) aus. In beiden Organisationen hat der Einfluß von Aktivisten der verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA), die sich gelegentlich auch als „Die Bewegung“ bezeichnen, weiter zugenommen.

Militante Neonazikreise unterhielten auch 1986 intensive Kontakte zu ausländischen Gesinnungsgenossen, wobei organisatorische oder propagandistische Pläne und konspirative Waffenbeschaffungen häufig eine Rolle spielten. Verbindungen gab es insbesondere nach Frankreich, Österreich und Belgien. Die Versuche von Rechtsextremisten, Skinheads für ihre politische Arbeit zu gewinnen, blieben auch im Jahre 1986 überwiegend erfolglos. Es gab jedoch etwa 200 Skinheads, die als Rechtsextremisten anzusehen sind. Sie traten durch das Verteilen von neonazistischem Werbematerial und Aufklebern, durch die Teilnahme an Schmier- und Klebeaktionen sowie an Veranstaltungen rechtsextremistischer Gruppen hervor.

Die Gesamtzahl rechtsextremistischer Publikationen stieg um 5 auf 92. Ihre tatsächliche Gesamtauflage pro Jahr sank um rund 380.000 auf 8.158.000 Exemplare.

3. Die Aktivitäten *ausländischer Extremisten* spiegelten zwar weiterhin die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Auseinandersetzungen in den Heimatländern wider, wurden aber auch in erheblichem Maße von innen-, insbesondere ausländerpolitischen Themen in der Bundesrepublik Deutschland bestimmt. Insbesondere linksextremistische Ausländerorganisationen agitierten gegen die Verhältnisse im Bundesgebiet und griffen Entscheidungen der Bundesregierung an. Durch ihre Aktivitäten auf deutschem Boden beeinträchtigten ausländische Extremisten wie in den Vorjahren die innere Sicherheit sowie wichtige innen- und außenpolitische Belange der Bundesrepublik Deutschland. Dabei taten sich palästinensische, kurdische, iranische, türkische sowie – mit Abstand – jugoslawische und tamilische Extremisten besonders hervor.

Die Mitgliederzahl der Organisationen extremistischer Ausländer blieb mit 116.940 gegenüber 1985 – 116.300 – nahezu unverändert. Hiervon entfielen – wie im Vorjahr – ca. 81.600 auf linksextremistische Gruppen. Während die Anhängerschaft rechtsextremistischer Gruppen im Berichtsjahr von 3.000 auf 2.000 Mitglieder abnahm, steigerten extremnationalistische Vereinigungen ihre Mit-

gliederzahl von ca. 11.500 auf ca. 13.000. Die islamisch-extremistischen Gruppen zählten wie im Vorjahr 20.300 Mitglieder.

Die Aktivitäten der Zweiggruppen palästinensischer Widerstandsorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland nahmen 1986 ab. Die Auswirkung des nahöstlichen Konfliktbereichs auf die Bundesrepublik Deutschland zeigten sich jedoch insbesondere bei zwei Sprengstoffanschlägen in Berlin (West), bei denen es Hinweise für eine Verwicklung ausländischer staatlicher Stellen gibt.

Die orthodox-kommunistische „Arbeiterpartei Kurdistan“ (PKK) war auch 1986 die mit Abstand aktivste und militanteste kurdische Widerstandsgruppe mit stark gewaltorientierter Einstellung. Die tätlichen Übergriffe auf politische Gegner der PKK setzten sich fort.

Die Aktivitäten iranischer extremistischer Organisationen nahmen zu; die Zahl ihrer Aktionen mit Gewaltanwendung erhöhte sich von 5 im Vorjahr auf 12.

Türkische Extremisten der „Neuen Linken“ offenbarten auch 1986 Bereitschaft zur Gewalt. Wiederholt kam es zu gewaltsamen Übergriffen u. a. auf türkische diplomatische Vertretungen im Bundesgebiet. Unter dem Einfluß der islamisch-fundamentalistischen Bewegung im Iran wurde die publizistische Agitation radikaler türkischer Muslime zunehmend aggressiver.

Der Rückgang militanter Aktivitäten jugoslawischer Immigrantensorganisationen setzte sich fort.

Aktivste tamilische „Befreiungsorganisation“ war 1986 die deutsche Sektion der linksextremistischen gewaltorientierten „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE), die sich als einzige legitime Vertreterin des Kampfes für einen unabhängigen Staat „Tamil Eelam“ in Sri Lanka versteht. Es kam wiederholt zu gewalttätigen Übergriffen gegen rivalisierende tamilische Organisationen im Bundesgebiet.

Die Zahl der versuchten oder vollendeten Terror- und sonstigen schweren Gewaltakte ausländischer Extremisten nahm im Vergleich zum Vorjahr von 15 auf 10 ab; dabei kamen 4 Menschen ums Leben. Die Gesamtzahl der politisch motivierten Gewalttaten sank von 76 im Jahre 1985 auf 70 im Berichtsjahr.

4. Die nach dem Übertritt des seinerzeitigen Referatsgruppenleiters im Bundesamt für Verfassungsschutz, Tiedge, in die DDR zunächst für das Jahr 1986 befürchtete Beeinträchtigung der *Spionageabwehr* ist nicht eingetreten. Vielmehr zeigt die Zahl von insgesamt 43 Personen, die 1986 – gegenüber 18 im Jahre 1985 – wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit für einen östlichen Nachrichtendienst festgenommen wurden, eine deutliche Erfolgsbilanz der Sicherheitsbehörden. Dies gilt insbesondere in bezug auf die Nachrichtendienste der DDR, denen mit der Festnahme von 26 Personen ein empfindlicher Verlust beigebracht werden konnte.

Die Schwerpunkte gegnerischer Spionage liegen unverändert in den Bereichen politische, Militär- und Rüstungs- sowie Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage. Ebenso unverändert waren die Dienste der DDR Hauptträger der gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichteten Spionageaktivitäten, gefolgt von den Diensten Polens, der ČSSR und UdSSR.

5. Der *Geheimchutz* hat als präventive Spionageabwehr eine wichtige Funktion. Auch, wenn er primär in die Verantwortung der jeweils betroffenen Behörden und geheimchutzbetreuten Unternehmen fällt, wirken bei ihm die Verfassungsschutzbehörden in bedeutendem Umfang mit.

Dies geschieht insbesondere durch

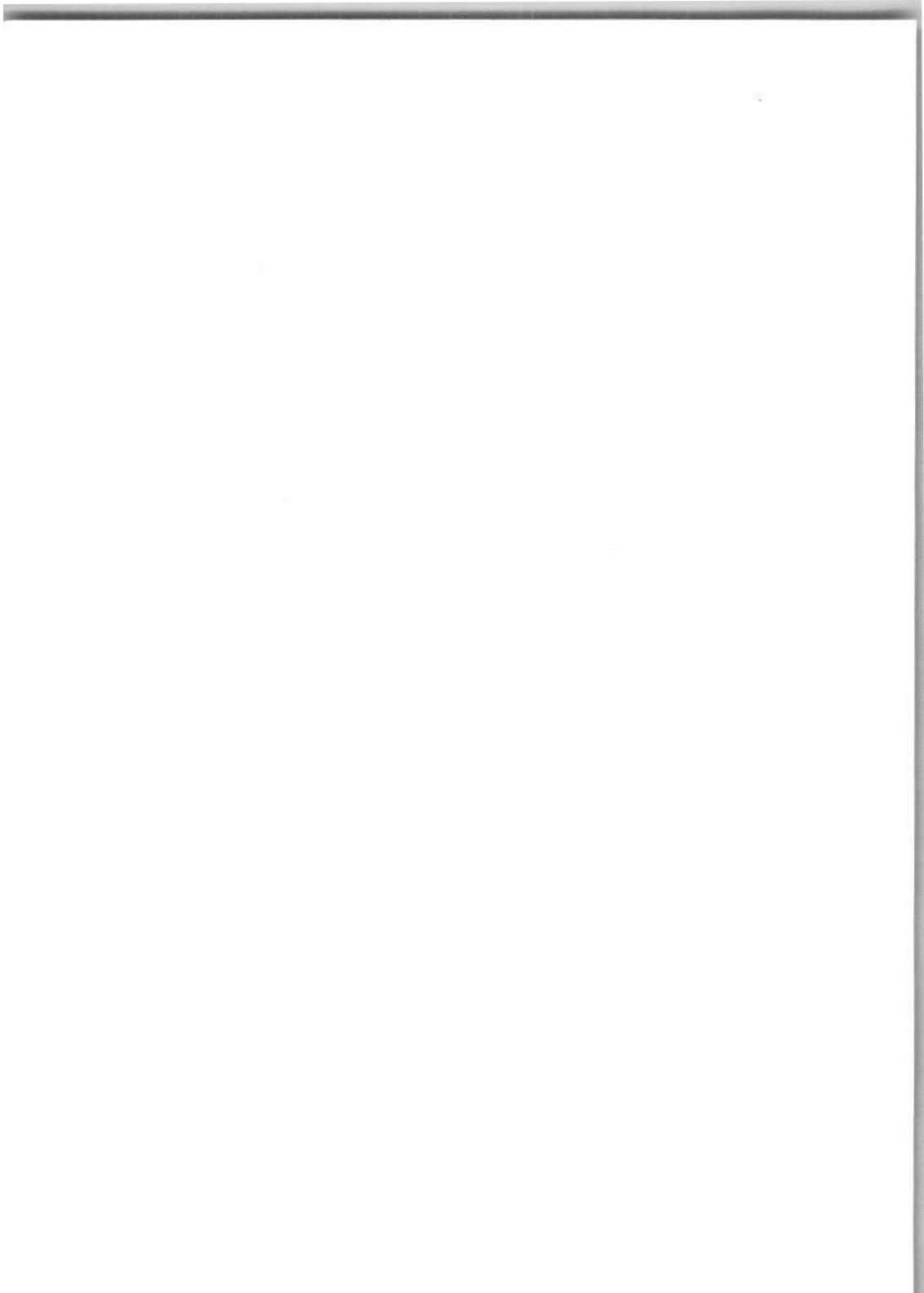
- Sicherheitsüberprüfungen von Geheimnisträgern
- Beratung der betreffenden Behörden und Unternehmen hinsichtlich organisatorischer/technischer Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von geheimhaltungsbedürftigen Angelegenheiten
- Geheimschutzaufklärung, das heißt durch Sensibilisierung der Geheimnisträger im Hinblick auf die nachrichtendienstliche Bedrohung.

6. Voraussetzung für den jährlichen Verfassungsschutzbericht ist die kontinuierliche und systematische Beobachtungstätigkeit des Verfassungsschutzes in Bund und Ländern. Seinen Mitarbeitern gebührt daher Dank für ihre verantwortungsvolle Arbeit zum Schutze der Fundamente unserer staatlichen Ordnung und damit der Freiheit jedes einzelnen.

Trotz der dargestellten extremistischen und sicherheitsgefährdenden Aktivitäten ist es den Verfassungsfeinden von links und rechts nicht gelungen, die Stabilität der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Vielmehr haben sich dieser Staat und die ihn tragenden demokratischen Kräfte auch 1986 ihren Gegnern als eindeutig überlegen erwiesen. Unsere Demokratie ist politisch stabil, sie hat die Zustimmung der großen Mehrheit der Bürger. Die Gegner sind und bleiben eine kleine extremistische Minderheit.

Trotz der gestiegenen Gewaltanwendung bei den Linksextremisten, trotz weiterhin bestehender Gewalttätigkeit von Rechtsextremisten, trotz der anhaltenden Spionage östlicher Nachrichtendienste läßt sich das Fazit ziehen: Verfassungsfeinde haben bei uns keine Chance; die Demokratie ist gesichert.

Die Bundesregierung erfüllt im Namen der großen Mehrheit unserer Bevölkerung ihre gesetzliche Pflicht und schützt unsere demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung, die Frieden, Freiheit und Sicherheit garantiert.



Inhaltsverzeichnis

Linksextremistische Bestrebungen 1986

	Seite
I. Allgemeine Erfahrungen	21
1. Moskauorientierte Kommunisten	21
2. „Neue Linke“	22
3. Terrorismus	22
II. Übersicht in Zahlen	23
1. Organisationen und Mitgliederstand	23
2. Verlage und Vertriebsdienste	24
3. Periodische Publikationen	28
4. Linksextremisten im öffentlichen Dienst	28
5. Linksextremistische Einflüsse in Studentenvertretungen . .	31
5.1 Hochschulen mit verfaßter Studentenschaft	31
5.1.1 Studentenparlamente	31
5.1.2 Allgemeine Studentenausschüsse (ASten)	32
5.2 Hochschulen ohne verfaßte Studentenschaft	34
6. Soziologische Daten	34
III. Schwerpunkte linksextremistischer Agitation	35
1. Verfassungspolitik	35
2. Außen- und Verteidigungspolitik	36
3. Innen- und Sicherheitspolitik	36
4. Wirtschafts- und Sozialpolitik	37
5. Umweltpolitik	37
6. „Internationalismus“	38
IV. Moskauorientierte Kommunisten	39
1. Politische und organisatorische Entwicklung	39
1.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)	39
1.1.1 Ideologisch-politischer Standort	39
1.1.2 DKP-Parteitag in Hamburg	43
1.1.3 Mitgliederstand und Gliederung	43
1.1.4 Parteischulung	44
1.1.5 Finanzierung	45
1.1.6 Parteipresse	47
1.2 „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW) mit Neben- und beeinflussten Organisationen	49

1.3	Nebenorganisationen der DKP	51
1.3.1	„Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)	51
1.3.2	„Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB)	55
1.3.3	„Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP)	56
1.4	Kommunistisch beeinflusste Organisationen	56
1.4.1	„Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA)	57
1.4.2	„Deutsche Friedens-Union“ (DFU)	58
1.4.3	„Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KFAZ)	60
1.4.4	„Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK)	61
1.4.5	„Die Friedensliste“	62
1.4.6	„Demokratische Fraueninitiative“ (DFI)	64
1.4.7	„Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e.V.“ (VDJ)	65
1.4.8	„Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika“ (ASK)	66
2.	Bündnispolitik	66
2.1	Bemühungen um „Aktionseinheit“ mit Sozialdemokraten	68
2.2	Bemühungen um „Aktionseinheit“ mit Gewerkschaften	70
2.3	Einflußnahme auf die „Friedensbewegung“ und die „Anti-Atom-Bewegung“	73
2.4	Kampagne gegen angebliche „Berufsverbote“ und „Abbau der Demokratie“	77
2.5	„Antifaschismus“-Kampagne und Kampagne gegen „Rechtsentwicklung“	78
2.6	„Antiimperialistische Solidarität“	79
3.	Betriebsarbeit	80
4.	Jugend-, Kinder- und Studentenarbeit	82
4.1	Jugend	83
4.2	Kinder	85
4.3	Studenten	85
5.	Ideologischer Kampf	87
5.1	„Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V.“ (IMSF)	88
5.2	„Marx-Engels-Stiftung e.V.“	88
5.3	„Marxistische Arbeiterbildung“ (MAB)	89
5.4	Druckerei, Verlage und Buchhandlungen	89
5.5	„Kulturarbeit“	91
6.	Teilnahme der DKP an Wahlen	92
6.1	Bundestagswahl	93
6.2	Landtagswahlen	93

6.2.1	Niedersachsen	93
6.2.2	Bayern	93
6.2.3	Hamburg	93
6.3	Kommunalwahlen	94
6.3.1	Schleswig-Holstein	94
6.3.2	Niedersachsen	94
6.3.3	Hamburg	94
6.4	Mandate in Kommunalvertretungen	94
7.	Ausblick 1987	94
V.	SED-Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland	95
1.	Anleitung und Unterstützung der DKP	96
2.	„Westarbeit“ anderer DDR-Institutionen	97
3.	Funktionärs- und Delegationsreisen in die DDR und DDR-„Reisekader“	98
VI.	„Neue Linke“	99
1.	Politischer Standort und Entwicklung	99
2.	Organisationen und Gruppierungen	102
2.1	Revolutionär-marxistische Gruppen	102
2.1.1	„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)	103
2.1.2	„Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK)	104
2.1.3	„Kommunistischer Bund“ (KB)	105
2.1.4	„Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ (AB)	106
2.1.5	„Vereinigte Sozialistische Partei“ (VSP)	106
2.1.6	Trotzkistische Gruppen	108
2.1.7	„Marxistische Gruppe“ (MG)	109
2.2	Anarchisten	111
2.2.1	„Autonome“	111
2.2.2	Anarchistische „Gewaltfreie Aktionsgruppen“	113
2.2.3	„Anarcho-syndikalistische“ und „anarcho-kommunisti- sche“ Gruppen	115
3.	Aktionsfelder	117
3.1	„Widerstand“ gegen Kernenergieanlagen	117
3.2	„Antimilitarismus- und Friedensarbeit“	119
3.3	„Antifaschismus-Arbeit“	120
3.4	Kampf gegen angebliche „Repression“ und neue Technolo- gien	121
3.5	Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit	121
3.6	Tätigkeit an Hochschulen	123
4.	Ausblick 1987	124
VII.	Verbindungen zu ausländischen Linksextremisten	124
1.	Moskauorientierte Kommunisten und deren Vorfeld	124
1.1	Kern- und Nebenorganisationen	124

1.2	Orthodox-kommunistisch beeinflusste Organisationen . . .	126
2.	„Neue Linke“	127
VIII.	Deutscher linksextremistischer Terrorismus	128
1.	Entwicklung der Terroraktionen	128
2.	„Rote-Armee-Fraktion“ (RAF)	129
2.1	„Kommandobereich“ der „Roten-Armee-Fraktion“	129
2.2	„Militante der Roten-Armee-Fraktion“	131
2.3	Umfeld der „Roten-Armee-Fraktion“	133
3.	„Revolutionäre Zellen“ (RZ) und „Rote Zora“	134
4.	Terroristische Aktivitäten sonstiger Gruppen	136
5.	Internationale Verflechtungen	137
6.	Strafverfahren	139
6.1	Anklageerhebungen	139
6.2	Einzelne Verurteilungen	140
IX.	Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hinter- grund und staatliche Maßnahmen	140
1.	Gewalttaten und sonstige Gesetzesverletzungen	140
1.1	Gewaltaktionen	141
1.2	Gewaltandrohungen	142
1.3	Sonstige Gesetzesverletzungen	142
2.	Staatliche Maßnahmen gegen Linksextremisten	142
2.1	Verurteilungen	142
2.2	Anklagen	143
	Fundstellennachweis	143

Rechtsextremistische Bestrebungen 1986

I.	Allgemeine Erfahrungen	149
II.	Übersicht in Zahlen	150
1.	Organisation und Mitgliederstand	150
2.	Organisationsunabhängige Verlage und Vertriebsdienste	152
3.	Periodische Publikationen	152
4.	Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst	154
5.	Soziologische Daten	156
III.	Schwerpunkte der Agitation 1986	156
1.	Verfassungspolitik	156
2.	Deutschlandpolitik	157
3.	Innen- und Rechtspolitik	157
4.	Wirtschafts- und Sozialpolitik	157
5.	Umweltpolitik	158

6.	Asylanten- und sonstige Ausländerpolitik	159
7.	Agitation gegen den Bundespräsidenten	159
IV.	Neuer Nationalsozialismus/Neonazismus	159
1.	Zielsetzung	159
2.	Zahlen	161
3.	Militante Neonazis	161
4.	Neonazistische Gruppen	161
4.1	„Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP)	161
4.2	„Die Bewegung“	163
4.3	„Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG)	165
4.4	„Nationalistische Front“ (NF)	166
4.5	„Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund“ (ANV/VB)	167
4.6	„Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP-AO)	167
4.7	Neonazizentrum um Ernst <i>Tag</i>	168
4.8	Neonazikreis um Curt <i>Müller</i>	168
4.9	„Bürger- und Bauerninitiative“ (BBI)	170
4.10	„Deutsche Bürgerinitiative“ (DBI)	170
V.	„Nationaldemokraten“	170
1.	„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	170
1.1	Zielsetzung	170
1.2	Mitgliederentwicklung	172
1.3	Finanzen	172
1.4	Aktivitäten	172
1.5	Beteiligung an Wahlen	173
1.5.1	Kommunalwahlen in Niedersachsen	173
1.5.2	Landtagswahl in Bayern	173
1.5.3	Bundestagswahl 1987	173
2.	„Junge Nationaldemokraten“ (JN)	174
2.1	Mitgliederentwicklung	174
2.2	Innere Situation	174
2.3	Aktivitäten	176
3.	„Nationaldemokratischer Hochschulbund“ (NHB)	176
VI.	„National-Freiheitliche“	176
1.	Zielsetzung	176
2.	„Deutsche Volksunion“ (DVU)	177
3.	Verlage	180
VII.	Sonstige rechtsextremistische Gruppen	180
1.	Kulturgruppen	180
1.1	„Gesellschaft für Freie Publizistik“ (GFP)	180

1.2	„Deutsche Kulturgemeinschaft“ (DKG)	181
2.	Weitere Gruppen	181
2.1	„Die Deutsche Freiheitsbewegung“ (DDF)	181
2.2	„Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ (GfbAEV)	182
2.3	„Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V.“	182
2.4	„Vereinigung für gesamtdeutsche Politik e.V.“ (VGP) . .	182
VIII.	Jugendgruppen	183
1.	Überblick	183
2.	Jugendliche Randgruppen	183
3.	„Wiking-Jugend“ (WJ)	184
IX.	Rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste	185
1.	Zeitungs- und Schriftenverlage	185
1.1	„Nation Europa“ (NE)	185
1.2	„Deutsche Monatshefte“ (DM)	186
1.3	„Diagnosen“	186
1.4	„Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG) . . .	186
1.5	„Mensch und Maß“	187
2.	Buchverlage und Vertriebsdienste	187
X.	Verbindungen zum ausländischen Rechtsextremismus . . .	187
1.	Internationaler Neuer Nationalsozialismus	187
2.	Frankreich	188
3.	Großbritannien	188
4.	Belgien	190
5.	Österreich	190
6.	Schweiz	190
7.	Spanien	192
8.	Nordamerika	192
XI.	Deutscher rechtsextremistischer Terrorismus	193
1.	Gewalttaten	193
2.	Verurteilungen	194
XII.	Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Hinter- grund	195
1.	Überblick	195
2.	Gewaltaktionen	196
3.	Gewaltandrohungen	198
4.	Gesetzesverletzungen ohne Gewaltbezüge	198
5.	Gesetzesverletzungen mit antisemitischem Charakter . . .	198
XIII.	Staatliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten und rechtsextremistische Vereinigungen	199
1.	Verurteilungen	199

2.	Anklagen	199
	Fundstellennachweis	199

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern

I.	Allgemeine Erfahrungen	200
II.	Übersicht in Zahlen	202
1.	Überblick	202
2.	Organisationen	203
3.	Mitglieder	203
4.	Publizistik	207
5.	Gewaltaktionen	208
III.	Mitgliederentwicklung und Aktionsschwerpunkte einzelner Ausländergruppen	209
1.	Araber	209
1.1	Mitgliederentwicklung	209
1.2	Organisationen und Aktionsschwerpunkte	209
1.3	Vorbereitung und Durchführung von Gewaltakten	210
2.	Kurden	212
2.1	Mitgliederentwicklung	212
2.2	Organisationen und Aktionsschwerpunkte	212
3.	Iraner	215
3.1	Mitgliederentwicklung	215
3.2	Organisationen und Aktionsschwerpunkte	216
3.2.1	Anhänger der iranischen Regierung	216
3.2.2	Gegner der iranischen Regierung	216
4.	Türken	217
4.1	„Neue Linke“	218
4.1.1	Mitgliederentwicklung	218
4.1.2	Organisationen und Aktionsschwerpunkte	218
4.1.3	Gruppen mit besonderer Bereitschaft zur Gewaltanwendung	220
4.2	Orthodoxe Kommunisten	221
4.2.1	Mitgliederentwicklung	221
4.2.2	Organisationen und Aktionsschwerpunkte	221
4.3	Islamische Extremisten	221
4.3.1	Mitgliederentwicklung	221
4.3.2	Organisationen und Aktionsschwerpunkte	221
4.4	Extreme Nationalisten	222
4.4.1	Mitgliederentwicklung	222

4.4.2	Organisationen und Aktionsschwerpunkte	222
5.	Jugoslawen	223
5.1	Mitgliederentwicklung	223
5.2	Organisationen und Aktionsschwerpunkte	223
6.	Tamilen	225
6.1	Mitgliederentwicklung	225
6.2	Organisationen und Aktionsschwerpunkte	225

Spionageabwehr 1986

I.	Allgemeine Erfahrungen	228
1.	Situation	228
2.	Kontaktanlässe/Werbungsmethoden	229
2.1	Nachrichtendienstliche Ansprachen von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland	230
2.2	Nachrichtendienstliche Ansprachen von Personen mit Wohnsitz im kommunistischen Machtbereich	234
3.	Zielrichtungen/Zielobjekte	236
3.1	Politische Spionage	236
3.2	Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage	239
3.3	Militärspionage	242
4.	Einsatz von „Illegalen“	244
5.	Nachrichtendienstliche Hilfsmittel/Dokumentenfotografie	248
II.	Besondere Themen	249
1.	Gemischte Firmen – „legale“ Stützpunkte für illegalen Technologietransfer	249
2.	Militärisch-taktische Aufklärung/Einsatz von „Schweigeagenten“	251
3.	Die Grenzsicherung – eine Aufgabe gegnerischer Nachrichtendienste	254
3.1	Grenzsicherung in der DDR und Treffabwicklung	254
3.2	Grenzsicherung in der ČSSR	255
III.	Legale Residenturen	257
1.	Überblick	257
2.	UdSSR	258
3.	ČSSR	262
4.	Rumänien	264
5.	Volksrepublik (VR) Polen	264
IV.	Festnahmen und Verurteilungen	265

Geheimchutz – präventive Spionageabwehr 1986

I.	Allgemeines	266
II.	Die Organisation des Geheimchutzes	266
III.	Der personelle Geheimchutz	268
IV.	Der materielle Geheimchutz	268
V.	Geheimchutzauflärung	269
	Sachwortregister	273
	Abkürzungsverzeichnis	285

Date	Description	Debit	Credit
1890	Jan 1 Balance		100.00
	Jan 10 Cash	50.00	
	Jan 15 Cash	25.00	
	Jan 20 Cash	15.00	
	Jan 25 Cash	10.00	
	Jan 30 Cash	5.00	
	Feb 1 Cash	5.00	
	Feb 5 Cash	5.00	
	Feb 10 Cash	5.00	
	Feb 15 Cash	5.00	
	Feb 20 Cash	5.00	
	Feb 25 Cash	5.00	
	Feb 30 Cash	5.00	
	Mar 1 Cash	5.00	
	Mar 5 Cash	5.00	
	Mar 10 Cash	5.00	
	Mar 15 Cash	5.00	
	Mar 20 Cash	5.00	
	Mar 25 Cash	5.00	
	Mar 30 Cash	5.00	
	Apr 1 Cash	5.00	
	Apr 5 Cash	5.00	
	Apr 10 Cash	5.00	
	Apr 15 Cash	5.00	
	Apr 20 Cash	5.00	
	Apr 25 Cash	5.00	
	Apr 30 Cash	5.00	
	May 1 Cash	5.00	
	May 5 Cash	5.00	
	May 10 Cash	5.00	
	May 15 Cash	5.00	
	May 20 Cash	5.00	
	May 25 Cash	5.00	
	May 30 Cash	5.00	
	Jun 1 Cash	5.00	
	Jun 5 Cash	5.00	
	Jun 10 Cash	5.00	
	Jun 15 Cash	5.00	
	Jun 20 Cash	5.00	
	Jun 25 Cash	5.00	
	Jun 30 Cash	5.00	
	Jul 1 Cash	5.00	
	Jul 5 Cash	5.00	
	Jul 10 Cash	5.00	
	Jul 15 Cash	5.00	
	Jul 20 Cash	5.00	
	Jul 25 Cash	5.00	
	Jul 30 Cash	5.00	
	Aug 1 Cash	5.00	
	Aug 5 Cash	5.00	
	Aug 10 Cash	5.00	
	Aug 15 Cash	5.00	
	Aug 20 Cash	5.00	
	Aug 25 Cash	5.00	
	Aug 30 Cash	5.00	
	Sep 1 Cash	5.00	
	Sep 5 Cash	5.00	
	Sep 10 Cash	5.00	
	Sep 15 Cash	5.00	
	Sep 20 Cash	5.00	
	Sep 25 Cash	5.00	
	Sep 30 Cash	5.00	
	Oct 1 Cash	5.00	
	Oct 5 Cash	5.00	
	Oct 10 Cash	5.00	
	Oct 15 Cash	5.00	
	Oct 20 Cash	5.00	
	Oct 25 Cash	5.00	
	Oct 30 Cash	5.00	
	Nov 1 Cash	5.00	
	Nov 5 Cash	5.00	
	Nov 10 Cash	5.00	
	Nov 15 Cash	5.00	
	Nov 20 Cash	5.00	
	Nov 25 Cash	5.00	
	Nov 30 Cash	5.00	
	Dec 1 Cash	5.00	
	Dec 5 Cash	5.00	
	Dec 10 Cash	5.00	
	Dec 15 Cash	5.00	
	Dec 20 Cash	5.00	
	Dec 25 Cash	5.00	
	Dec 30 Cash	5.00	
	Total	1000.00	1000.00

Linksextremistische Bestrebungen 1986

I. Allgemeine Erfahrungen

Mitgliederstand und Gefüge des organisierten Linksextremismus haben sich im Jahre 1986 nur geringfügig verändert.

Wieder nutzten Linksextremisten tagespolitische Themen als Ansatzpunkte für Agitation und Aktionen. Zum herausragenden Thema entwickelte sich der Protest gegen Bau und Nutzung von Kernenergieanlagen; der Kampf gegen das amerikanische SDI-Projekt und gegen die NATO und deren Verteidigungsstrategien blieb ein wichtiges Aktionsfeld. Auch 1986 gingen Linksextremisten gewalttätig vor, um ihren verfassungsfeindlichen Zielen näher zu kommen.

Die Zahl der Gewalttaten stieg gegenüber dem Vorjahr um fast 15 Prozent. Linksextremistische Terroristen verübten drei Morde. Ziel von Anschlägen wurden zunehmend Einrichtungen der Energieversorgung.

Der Stimmenanteil für Linksextremisten bei Wahlen ist nach wie vor gering. Vor allem die moskauorientierten, sog. orthodoxen Kommunisten versuchten, ihre Chancen durch Wahlbündnisse zu verbessern. Die Bemühungen von Linksextremisten, „Aktionsbündnisse“ mit demokratischen Gruppen und Organisationen einzugehen oder Veranstaltungen gemeinsam mit Funktionsträgern solcher Vereinigungen durchzuführen, trafen auf immer weniger Vorbehalte. In einigen Protestfeldern, insbesondere bei Aktionen der „Anti-Kernkraftbewegung“, wurden sogar militante Linksextremisten akzeptiert.

1. Moskauorientierte Kommunisten

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und die „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW), die den moskauorientierten, von der „Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ (KPdSU) geprägten orthodoxen Kommunismus vertreten, blieben unter den linksextremistischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland die mitgliederstärkste und aktivste Kraft. Beide Parteien verfügen über ein breitgefächertes Netz von Nebenorganisationen und beeinflussten Gruppen. Als Teil der „kommunistischen Weltbewegung“ erhielten sie Unterstützung von ausländischen „Bruderparteien“, insbesondere von den regierenden kommunistischen Parteien in den Staaten des Warschauer Paktes; von der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) der DDR wurden sie – wie

schon seit Jahren – angeleitet und finanziell weitgehend versorgt. Zentrale Themen von DKP und SEW waren erneut die Bemühungen um Rückhalt in der „Arbeiterklasse“ und der „Friedensbewegung“. Dabei änderten sie die Schwerpunkte: Die Forderung nach „Atomteststopp“ rückte, wie bei KPdSU und SED, noch vor den Widerstand gegen die Pläne für die strategische Verteidigungsinitiative (SDI) der USA. In ihrer „Bündnispolitik“ verbuchten die moskauorientierten Kommunisten erneut Erfolge. An Hochschulen und bei einzelnen Kampagnen wirkten sie weit über den Kreis ihrer Anhänger hinaus. In den Betrieben blieb ihr Einfluß dagegen gering.

2. „Neue Linke“

Die Gruppen der „Neuen Linken“, d. h. derjenigen Linksextremisten, die nicht dem moskauorientierten Kommunismus zuzurechnen sind, blieben in unterschiedliche ideologische Richtungen geteilt. Bei den revolutionär-marxistischen Gruppen – dazu gehören u. a. die marxistisch-leninistischen Parteien und Bünde (K-Gruppen) und die Trotskisten – gab es Verschiebungen durch den Zusammenschluß zweier Organisationen; die Bemühungen um die „Einheit aller revolutionärer Sozialisten“ erhielten dadurch einen neuen Impuls. Unter den anarchistischen Gruppierungen konnten die „Autonomen“ weitere Anhänger gewinnen. Sie nutzten wieder zahlreiche Demonstrationen für gewalttätige Angriffe auf Polizeibeamte, für Sachbeschädigungen und Brandstiftungen; ihre Bereitschaft zu terroristischen Anschlägen nahm zu. Auch die meisten anderen Gruppen der „Neuen Linken“ befürworteten die Anwendung von Gewalt.

3. Terrorismus*

Die Zahl linksextremistischer Terrorakte** stieg 1986 mit 318, gegenüber 221 im Jahre 1985, abermals deutlich an. Fast 90 % (1985: über 70 %) der Anschläge wurden von Angehörigen kleiner Gruppierungen der „Neuen Linken“ begangen.

* Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

** Terrorakte sind Anschläge, d. h. schwerwiegende Straftaten, wie sie insbesondere in § 129a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) und andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen, sofern diese Taten gezielt im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes für politische Ziele begangen werden. Nicht hierunter fallen Anschläge, die spontan, etwa aus gewalttätig verlaufenen Demonstrationsveranstaltungen heraus, durchgeführt werden.

Die „Rote-Armee-Fraktion“ (RAF) hat ihre Ende 1984 begonnene „Offensive“ – nach fast einjähriger Pause – mit zwei Mordanschlägen, denen drei Menschen zum Opfer fielen, wiederaufgenommen.

Daneben verübten „Militante der RAF“ eine Reihe schwerwiegender Sprengstoffanschläge. Die Urheber dieser Gewalttaten bezeichnen sich zumeist als „Kämpfende Einheiten“. Sie bilden innerhalb der RAF eine neue „Aktionsebene“, die kaum weniger gefährlich ist als die „Kommandoebene“ selbst. Einige der Terrorakte ließen wiederum Tatmittelzusammenhänge und eine enge Abstimmung mit der „Kommandoebene“ der RAF erkennen. Propagiertes eigenständiges politisches Nahziel der „Militanten“ ist nach wie vor die „Zusammenlegung der Inhaftierten aus RAF und Widerstand“.

Zum Jahresbeginn veranstalteten Anhänger der RAF in Frankfurt einen „internationalen antiimperialistischen Kongreß“. Er hat sein Ziel, national und international alle „revolutionären Kräfte“ in einer „antiimperialistischen Front in Westeuropa“ zusammenzufassen, jedoch nicht erreicht. Auch die „Kommandoebene“ der RAF hat bei ihren Bemühungen, Terrorgruppen aus mehreren Ländern in einer „westeuropäischen Guerilla“ zu vereinen, keine Fortschritte erzielt. Durch die Festnahme von vier Angehörigen des „Internationalistischen Flügels“ der „Action Directe“ im Februar 1987 in der Nähe von Orléans ist der wichtigste Partner der RAF zunächst ausgefallen.

Die terroristischen Aktivitäten der „Revolutionären Zellen“ (RZ) blieben 1986 zahlenmäßig (17 Anschläge) gegenüber 1985 (18) weitgehend unverändert. Erstmals seit 1981 haben die RZ nicht nur Sachschäden angerichtet, sondern einen Menschen durch gezielte Schüsse in die Beine verletzt. Zentrales Thema ihrer Anschlagstätigkeiten war die „Flüchtlings- und Asylproblematik“. Ihre autonome Frauengruppe „Rote Zora“ setzte die Serie ihrer terroristischen Aktionen gegen Einrichtungen der „Bio- und Gentechnologie“ fort.

II. Übersicht in Zahlen

1. Organisationen und Mitgliederstand

Die moskauorientierten kommunistischen Parteien, die DKP und die „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW), setzten ihre Bemühungen fort, neue Mitglieder zu werben. Die DKP konnte mit einer bereits 1985 begonnenen Werbe-Kampagne, dem sog. „Ernst Thälmann-Aufgebot“, die Zahl ihrer Mitglieder zwar geringfügig erhöhen, geriet jedoch zunehmend in Schwierigkeiten bei dem Bestreben, neue Mitglieder dauerhaft an die Partei zu binden. Die

Zahl der Linksextremisten hat leicht zugenommen

Mitgliederzahl der DKP- und SEW-Nebenorganisationen blieb unverändert, die der kommunistisch beeinflussten Gruppen ging dagegen erneut leicht zurück.

Im Bereich der „Neuen Linken“ gewannen anarchistische Gruppen und undogmatische sozialrevolutionäre Zusammenschlüsse Anhänger hinzu. Der Mitgliederstand revolutionär-marxistischer Vereinigungen ist annähernd gleich geblieben; innerhalb dieses Lagers verloren jedoch die marxistisch-leninistischen Gruppen (K-Gruppen) an Boden: Es gab Spaltungen und Distanzierungen vom Leninismus; auch die Mitgliederzahl der von K-Gruppen beeinflussten Organisationen nahm ab.

Die nachstehende Übersicht gibt das organisatorische Gefüge des Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland nur in großen Zügen wieder. Die zahlenmäßig nicht überschaubaren Sekundärorganisationen und nur örtlich tätigen Kleingruppen (Initiativen, Aktionsgruppen, Komitees usw.) – häufig handelt es sich nur um kurzlebige Zusammenschlüsse ohne feste Mitgliedschaft – sind nicht berücksichtigt.

2. Verlage und Vertriebsdienste

Geringfügige Änderungen bei Verlagen und Vertriebsdiensten

Die Zahl der Verlage für linksextremistische Bücher, Zeitschriften und Zeitungen hat sich 1986 geringfügig verändert.

Die DKP begann, ihr Verlagsnetz zu straffen; mehrere Maßnahmen werden jedoch erst 1987 wirksam. Die Zahl der Vertriebsdienste und der von linksextremistischen Organisationen betriebenen Buchhandlungen blieb nahezu konstant.

Verlage und Vertriebsdienste/Buchläden*	1984	1985	1986
Zeitungs-, Zeitschriften- und Buchverlage	45	46	43
Vertriebsdienste/Buchläden	70	71	70
Summe	115	117	113

* Die bisher in der Übersicht vorgenommene Trennung zwischen Buchverlagen und Zeitungs- bzw. Zeitschriftenverlagen kann wegen der organisatorischen Entwicklungen in diesem Bereich nicht beibehalten werden. Neu aufgenommen sind die von linksextremistischen Organisationen betriebenen Buchläden und Buchhandlungen. Buchläden, die sich auch als Verleger für linksextremistische Schriften betätigen, sind in der Übersicht nur einmal gezählt. Nicht berücksichtigt sind die zahlreichen Kleinverlage, die nur vereinzelt linksextremistische Schriften verlegen.

Organisationen	1984		1985		1986	
	Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder
Orthodoxe Kommunisten						
Kernorganisationen	2	44.500	2	44.500	2	46.000
Nebenorganisationen	13	28.000	13	28.000	13	28.000
beeinflusste Organisationen*	50		51		53	
		71.000		66.500		64.000
„Neue Linke“						
Revolutionäre Marxisten						
K-Gruppen und Trotzlisten						
Kernorganisationen	19	3.100	19	3.300	19	2.800
Nebenorganisationen	12	900	11	700	9	600
beeinflusste Organisationen*	13		13		11	
		2.700		2.000		1.100
Sonstige	4	2.400	3	2.400	5	3.300
Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre**	49	2.700	58	2.800	63	3.000
Summe	162	81.600	170	81.700	175	83.700
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften und Kinderorganisationen		ca. 61.500		ca. 61.500		ca. 63.000
		ca. 55.500		ca. 51.500		ca. 49.000

* Da den beeinflussten Organisationen auch Mitglieder angehören, die keine Kommunisten sind, wurden die Mitgliederzahlen in einer eigenen Spalte aufgeführt.

** Erfasst sind nur Gruppen, die festere Strukturen aufweisen und über einen längeren Zeitraum aktiv waren. Den losen, statistisch nicht berücksichtigten Zusammenschlüssen dieser Szene sind schätzungsweise 6.000 Personen zuzurechnen.

Periodische Publikationen des orthodoxen Kommunismus im Vergleich 1985–1986

Periodische Publikationen der	Erscheinungs- weise	1985			1986		
		Zahl	Einzelauflage	Jahresauflage	Zahl	Einzelauflage	Jahresauflage
Kernorganisationen	täglich	3	43.600	12.006.000	3	42.000	11.926.000
	monatlich	41	70.000	840.000	41	70.000	840.000
	zweimonatlich	56	48.250	289.500	56	48.250	289.500
	vierteljährlich*	859	4.139.275	16.557.100	840	4.100.750	16.403.000
		959	4.301.125	29.692.600	940	4.261.000	29.458.500
Nebenorganisationen	monatlich	10	63.600	763.200	9	60.100	721.200
	zweimonatlich	2	2.000	12.000	2	2.000	12.000
	vierteljährlich*	411	234.800	939.200	414	238.000	952.000
		423	300.400	1.714.400	425	300.100	1.685.200
beeinflußten Organisationen	wöchentlich	1	27.000	1.404.000	1	27.000	1.404.000
	14täglich	1	6.000	156.000	1	4.000	104.000
	monatlich	10	129.200	1.550.400	9	126.500	1.518.000
	zweimonatlich	8	45.700	274.200	8	43.900	263.400
	vierteljährlich*	37	58.500	234.000	44	64.600	258.400
		57	266.400	3.618.600	63	266.000	3.547.800
	Summe:	1.439	4.867.925	35.025.600	1.428	4.827.100	34.691.500

* Hier sind auch unregelmäßig herausgegebene Publikationen erfaßt, sofern sie mindestens viermal pro Jahr erschienen sind.

Periodische Publikationen der „Neuen Linken“ im Vergleich 1985–1986

Periodische Publikationen der	Erscheinungsweise	1985			1986		
		Zahl	Einzelauflage	Jahresauflage	Zahl	Einzelauflage	Jahresauflage
Revolutionäre Marxisten K-Gruppen und Trotzlisten	wöchentlich	3	12.150	631.800	2	11.000	572.000
	14täglich	3	4.650	120.900	3	3.350	87.100
	monatlich	6	10.000	120.000	8	10.700	128.400
	zweimonatlich	2	2.000	12.000	2	2.000	12.000
Kernorganisationen	vierteljährlich*	125	124.700	498.800	112	112.200	448.800
		139	153.500	1.383.500	127	139.250	1.248.300
Nebenorganisationen	monatlich	4	3.700	44.400	3	3.000	36.000
	zweimonatlich	–	–	–	–	–	–
	vierteljährlich*	–	–	–	–	–	–
		4	3.700	44.400	3	3.000	36.000
beeinflußten Organisationen	14täglich	1	1.000	26.000	2	800	20.800
	monatlich	1	1.000	12.000	1	1.000	12.000
	zweimonatlich	4	4.850	29.100	3	7.000	42.000
	vierteljährlich*	9	20.050	80.200	9	17.250	69.000
		15	26.900	147.300	15	26.050	143.800
Sonstigen	14täglich	18	72.000	1.872.000	19	73.800	1.918.800
	monatlich	28	47.000	564.000	31	60.700	728.400
	zweimonatlich	1	1.000	6.000	1	1.000	6.000
	vierteljährlich*	13	15.000	60.000	16	18.000	72.000
		60	135.000	2.502.000	67	153.500	2.725.200
	Summe:	218	319.100	4.077.200	212	321.800	4.153.300
Anarchisten und sonstigen Sozialrevolutionäre	14täglich	1	180	4.680	–	–	–
	monatlich	11	26.100	313.200	8	16.000	192.000
	zweimonatlich	4	7.000	42.000	4	8.000	48.000
	vierteljährlich*	21	30.700	122.800	21	32.400	129.600
		37	63.980	482.680	33	56.400	369.600
Summe „Neue Linke“		255	383.080	4.559.880	245	378.200	4.522.900
Gesamtsumme periodischer Publikationen von Linksextremisten:		1.694	5.251.005	39.585.480	1.673	5.205.300	39.214.400

* Hier sind auch unregelmäßig herausgegebene Publikationen erfaßt, sofern sie mindestens viermal pro Jahr erschienen sind.

Gesamtzahl links-
extremistischer Publi-
kationen gleichblei-
bend hoch

3. Periodische Publikationen

Gesamtzahl und Gesamtauflage der Zeitungen und Zeitschriften linksextremistischer und linksextremistisch-beeinflußter Organisationen haben sich nur unwesentlich verändert. Linksextremisten und die von ihnen beeinflussten Organisationen gaben zusammen mehr als 1.600 verschiedene periodische Schriften mit einer Jahresauflage von mehr als 39 Millionen Exemplaren heraus; davon kamen mehr als 34 Millionen aus dem Bereich der moskauorientierten Kommunisten, die übrigen aus dem Bereich der „Neuen Linken“. Die beiden moskauorientierten kommunistischen Parteien verbreiten ihre Zentralorgane als Tageszeitungen mit zusammen mehr als 40.000 Exemplaren täglich; zusätzlich erscheint an 5 Tagen der Woche ein kommunistischer Pressedienst. In den nachfolgenden Übersichten sind die zahlreichen, oft in hoher Stückzahl verbreiteten Sonderausgaben und Sonderdrucke linksextremistischer und linksextremistisch beeinflusster Organisationen nicht berücksichtigt. Die Angaben zur Auflagenhöhe beruhen z. T. auf Schätzungen, gestützt auf exemplarische Erhebungen, langjährige Erfahrungswerte und Eigenangaben der Herausgeber.

4. Linksextremisten im öffentlichen Dienst

Erhebliche Dunkel-
ziffer bei Linksextre-
misten im öffentli-
chen Dienst

4.1 Ende 1986 waren den Verfassungsschutzbehörden 2.218 (1985: 2.219) Linksextremisten im öffentlichen Dienst bekannt. Von einer erheblichen Dunkelziffer ist auszugehen, denn linksextremistische Organisationen vermeiden oft, ihre im öffentlichen Dienst beschäftigten Mitglieder für Aufgaben einzusetzen, bei denen diese ihre Mitgliedschaft nach außen offenlegen müßten. Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß bisher nur etwa die Hälfte der im öffentlichen Dienst tätigen Linksextremisten erkannt worden ist.

Die nachfolgenden Übersichten geben Auskunft über die Zahl der erkannten Linksextremisten in den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes (Vergleichszahlen für 1985 in Klammern):

	Personen insgesamt	DKP und SEW	DKP- bzw. SEW-Ne- benorgani- sationen	DKP- bzw. SEW-beein- flußte Organi- sationen**	„Neue Linke“
Bundes- ebene*	241 (239)	192 (181)	5 (9)	13 (12)	31 (37)
Landes- ebene	1.439 (1.439)	990 (1.002)	43 (43)	66 (65)	340 (329)
Kommunalebene	538 (541)	431 (422)	13 (15)	19 (22)	75 (82)
	2.218 (2.219)	1.613 (1.605)	61 (67)	98 (99)	446 (448)

4.2 Von den erkannten 241 Linksextremisten im öffentlichen Dienst auf Bundesebene sind 134 bei der Bundespost und 53 bei der Bundesbahn tätig, meist in untergeordneten Funktionen; elf sind Angehörige der Streitkräfte oder der Bundeswehrverwaltung, 43 sind in sonstigen Bundesbehörden tätig.

4.3 Von den erkannten 1.439 Linksextremisten im öffentlichen Dienst auf Landesebene sind beschäftigt (Vergleichszahlen für 1985 in Klammern):

an Schulen und Hochschulen	1.095	(1.107)
davon als Lehrer	797	(821)
als wiss. Personal an Hochschulen	123	(118)
als sonstiges Personal an Schulen und Hochschulen	175	(168)
in der Justizverwaltung	21	(23)
in anderen Verwaltungsbereichen	323	(309)
	1.439	(1.439)

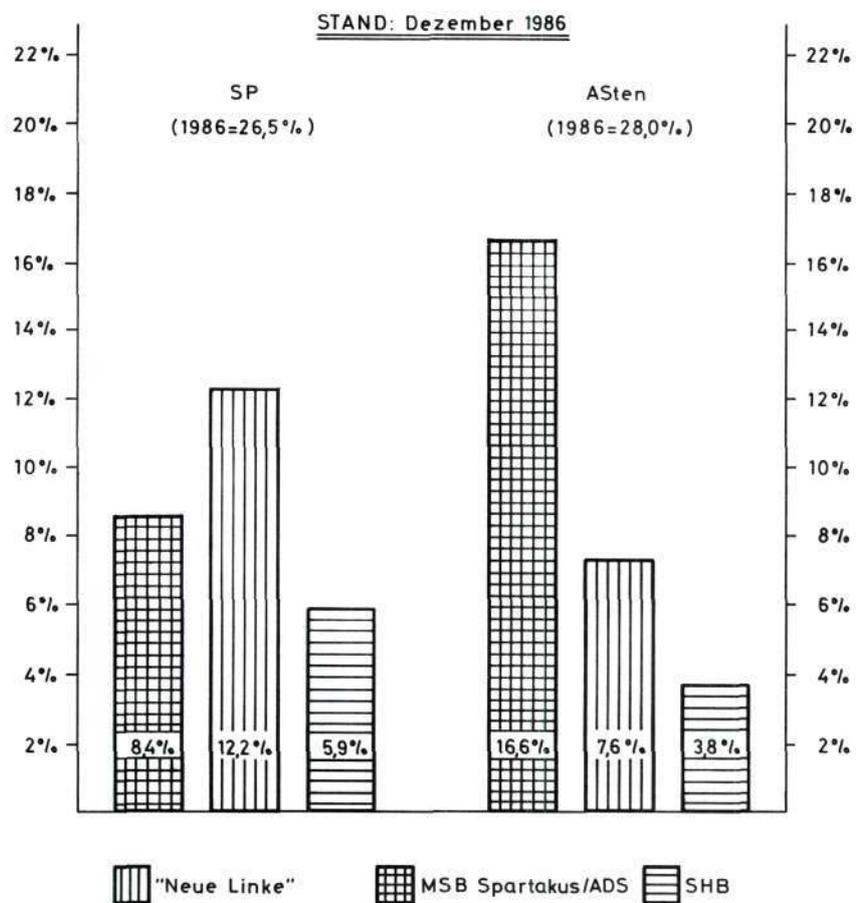
4.4 Von den erkannten 538 Linksextremisten im öffentlichen Dienst auf Kommunalebene sind 71 als Lehrer tätig.

4.5 Zu den insgesamt erkannten 2.218 Linksextremisten im öffentlichen Dienst gehören 982 Beamte (1985: 1.008), 1.073 Angestellte (1985: 1.058), 152 Arbeiter (1985: 148) und vier (1985: 5) Soldaten auf Zeit.

* Wehrpflichtige in der Bundeswehr sind nicht erfaßt

** Mitglieder von linksextremistisch beeinflussten Organisationen wurden nur bei eigenem linksextremistischem Verhalten erfaßt.

Linksextremistische Einflüsse in Studentenparlamenten (SP) und Allgemeinen Studentenausschüssen (ASten)



Die 982 Beamten gehören folgenden Laufbahngruppen an (Vergleichszahlen für 1985 in Klammern):

höherer Dienst	466	(482)
gehobener Dienst	415	(425)
mittlerer Dienst	75	(78)
einfacher Dienst	26	(23)

5. Linksextremistische Einflüsse in Studentenvertretungen

Der linksextremistische Einfluß in studentischen Gremien hat sich gegenüber den Vorjahren kaum verändert. Der orthodox-kommunistische „Marxistische Studentenbund Spartakus“ (MSB) und der „Sozialistische Hochschulbund“ (SHB), dessen marxistisches Grundverständnis und dessen Strategie und Taktik weitgehend mit den Vorstellungen der moskauorientierten Kommunisten übereinstimmen, hielten an ihrer jahrelangen engen Zusammenarbeit fest. Beide Organisationen versuchten, ihre Wahlchancen durch Kandidatur in Bündnislisten mit Bezeichnungen wie „Wehrt Euch“, „Tu Was“ oder „Mach Mit“ zu steigern. Sie konnten die Zahl ihrer Sitze in den studentischen Gremien zum Teil erhöhen. Dagegen haben die Gruppierungen der „Neuen Linken“ geringfügig an Sitzen verloren.

Die nachstehenden Übersichten beruhen auf einer Untersuchung der Wahlergebnisse an 61 der 68 Hochschulen mit Promotionsrecht. Sieben Hochschulen wurden nicht berücksichtigt, da keine Studentenvertretungen gewählt wurden oder Wahlergebnisse nicht bekannt sind.

An den berücksichtigten Hochschulen waren über 1 Mio. Studenten eingeschrieben; die Beteiligung an Wahlen zu den Studentenvertretungen betrug im Durchschnitt etwa 25 %. Von den 61 berücksichtigten Hochschulen hatten 44 eine verfaßte Studentenschaft. Da einzelne dieser Hochschulen über Abteilungen mit eigenen studentischen Vertretungen verfügen, ist die Gesamtzahl der Studentenvertretungen höher als die Zahl der berücksichtigten Hochschulen.

Den Aufstellungen über die Wahlergebnisse und die Verteilung der Sitze in den studentischen Gremien (Stand: Dezember 1986) mußten vereinzelt Schätzungen – gestützt auf Erfahrungswerte aus früheren Wahlen – zugrunde gelegt werden. Nicht berücksichtigt wurden die vielen kurzlebigen Listenverbindungen, die ähnliche Wahlparolen wie „Neue Linke“ erhoben.

5.1 Hochschulen mit verfaßter Studentenschaft

(Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein.)

5.1.1 Studentenparlamente

Im Dezember 1986 waren in 37 der 44 berücksichtigten Studenten-

parlamentare Mitglieder des MSB, der „Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten Westberlin“ (ADS-Westberlin), des SHB und von Gruppen der „Neuen Linken“ vertreten. In drei (1985: 4) Studentenparlamenten entfielen auf sie mehr als 50 % der Sitze.

Gruppen	Zahl der Sitze*	Anteil in %*	Vertreten in (Zahl der Parlamente)*	
„Neue Linke“	129 (167)	8,4 % (11,1 %)	16 (22)	} insgesamt 37 (39)
MSB/ADS	189 (190)	12,2 % (12,6 %)	34 (36)	
SHB	91 (87)	5,9 % (5,8 %)	20 (22)	
zusammen	409 (444)	26,5 % (29,5 %)		

5.1.2 Allgemeine Studentenausschüsse (ASten)

Im Dezember 1986 waren Mitglieder von Gruppierungen der „Neuen Linken“, des MSB, der ADS oder des SHB in 21 der 43 berücksichtigten ASten vertreten. Vier ASten (1985: 3) setzten sich ausschließlich, sechs weitere (1985: 7) zu mehr als 50 % aus Mitgliedern dieser Gruppierungen zusammen.

Gruppen	Zahl der Sitze*	Anteil in %*	Vertreten in (Zahl der ASten)*	
„Neue Linke“	65 (85)	16,6 % (20,8 %)	13 (15)	} insgesamt 21 (23)
MSB/ADS	30 (24)	7,6 % (5,9 %)	12 (13)	
SHB	15 (14)	3,8 % (3,4 %)	6 (5)	
zusammen	110 (123)	28,0 % (30,1 %)		

* Vergleichszahlen für 1985 in Klammern

Linksextremistische Hochschulzeitungen



MSB SPARTAKUS

PRESS

Marxistische Hochschulzeitung

der MARXISTISCHEN GRUPPE (MG)

29.1.1986



KLARTEXT

Mitgliederzeitung MSB Spartakus

LINKE LISTE

ein Bündnis aus MSB Spartakus, Unorganisierten, Fachschaffern, Ausländern, Frauen, Aktiven aus der Friedensarbeit

Wehrt Euch!

W

...

h z

HOCHSCHULZEITUNG DER DKP-HOCHSCHULGRUPPE DORTMUND

Inhalt:

Computer an der Hochschule	S.1
SP-Wahlen an der Uni	S.3
BWV-Vollversammlung	S.4
Umzug in der Uni	S.4

STUDENTENMAGAZIN, JANUAR, NR. 1/86, 2 D-MARK

rote blätter

Hochschulprotesttage
Cockburn in Honduras

rote blätter EXTRA

Erklärung des MSB-Spartakus zum Reaktorunfall Tschernobyl



...

HEINZ FISCHER VERLEIHEN

...

KEHREN GUT!

5.2 Hochschulen ohne verfaßte Studentenschaft (Baden-Württemberg, Bayern)

An den neun Universitäten in Baden-Württemberg waren im Dezember 1986 in fünf (1985: 4) ASten Angehörige von Listen mit Beteiligung des MSB, des SHB und/oder Gruppen der „Neuen Linken“ vertreten.

An sieben (1985: 6) der zehn bayerischen Universitäten gelangten Mitglieder dieser Gruppierungen und Vertreter von Listen mit links-extremistischer Beteiligung in die studentischen Konvente und in die Sprecherräte.

6. Soziologische Daten der wegen Gesetzesverletzungen mit linksex- tremistischem Hintergrund rechtskräftig Verurteilten

Die nachfolgenden Übersichten geben Auskunft über Alter, Ausbildung und Beruf der in den letzten fünf Jahren wegen Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund rechtskräftig verurteilten Personen (ohne Linksterrorismus):

6.1 Seit 1982 wurden 1.741 Personen bekannt, die – zum Teil mehrmals – wegen Straftaten im Zusammenhang mit linksextremistischen Aktionen verurteilt wurden (2.214 Urteile); im Zeitraum 1981 bis 1985 waren es insgesamt 1.486 Personen.

Altersstruktur:*

Jugendliche und Heranwachsende	16–20 Jahre	15,3 %
Personen der Altersgruppe	21–30 Jahre	70,1 %
Personen der Altersgruppe	31–40 Jahre	12,0 %
Personen der Altersgruppe	über 40 Jahre	2,6 %

Ausbildungsstand/Beruf:*

Schüler/Studenten/Auszubildende	40,6 %
Ungelernte	26,3 %
Facharbeiter	8,3 %
Angestellte	11,5 %

Die übrigen 13,3 % verteilen sich auf sonstige Berufsgruppen.

Dem öffentlichen Dienst gehörten 1,9 % der Verurteilten an; 22,9 % der Verurteilten sind Frauen.

Die Verteilung nach Altersgruppen und Ausbildungsstand oder Beruf ist seit Jahren annähernd gleich. Sie gilt auch für die 395 im Jahre 1986 verurteilten Personen (1985: 294 Personen).

* Abgestellt ist auf das Alter / den Ausbildungsstand bzw. Beruf bei der Tat, bei Mehrfachtätern auf das/den bei der ersten Tat.

6.2 Die 1986 verurteilten Personen gehörten zur Tatzeit folgenden linksextremistischen Richtungen an (Vergleichszahlen für 1985 in Klammern):

Orthodox-kommunistische oder kommunistisch beeinflusste Organisation	16,5 %	(22,1 %)
K-Gruppen, Trotzlisten und sonstige revolutionäre Marxisten	1,5 %	(5,4 %)
Anarchisten und Sonstige	82,0 %	(72,5 %)

III. Schwerpunkte linksextremistischer Agitation

Linksextremisten verfolgen mit ihrer Agitation das Ziel, die von ihnen bekämpfte freiheitliche demokratische Grundordnung und die staatlichen Organe der Bundesrepublik Deutschland in den Augen der Bürger herabzuwürdigen und verächtlich zu machen. Sie wollen Zweifel an demokratischen Werten und an der Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit staatlichen Handelns erzeugen und so eine günstige Ausgangssituation für revolutionäre Veränderungen der Gesellschaft herbeiführen.

1. Verfassungspolitik

Die moskauorientierten Kommunisten legen seit Jahren Scheinbekenntnisse zum Grundgesetz oder – einengend – zu dessen „demokratischen Prinzipien“ ab und versuchen, ihre verfassungsfeindlichen Ziele durch „Umwertung“ der unabänderlichen Verfassungsgrundsätze als mit dem Grundgesetz konform darzustellen. Sie behaupten, „wirkliche Demokratie“ herbeiführen zu wollen, meinen damit aber die „sozialistische Demokratie“, d. h. die „politische Machtausübung der Arbeiterklasse“ unter Führung der „marxistisch-leninistischen Partei“. In der „sozialistischen Demokratie“ – so die offizielle DKP-Version – seien politische Aktivitäten, die „den kommunistischen Zielen“ entgegenstünden, „unzulässig“; man werde sie – den Anweisungen Lenins folgend – „unterdrücken“¹.

Moskauorientierte Kommunisten verleumdete die Bundesregierung als „vom Großkapital ins Amt gehievt“², als „demokratiefeindlich und menschenverachtend“³; sie betriebe den „Ausverkauf unserer sämtlichen demokratischen Traditionen“⁴ und begehe „Verfassungsbruch von Staats wegen“⁵. Die DKP rief zum „demokratischen Widerstand“ auf⁶, denn es sei notwendig, „die Kluft zwischen den

Scheinbekenntnisse zum Grundgesetz und „Umwertung“ von Verfassungsnormen durch moskauorientierte Kommunisten

„Neue Linke“ diffamiert Parlament, Regierung und Verwaltung

Anarchisten wollen die Grundlagen des „Systems“ angreifen und es zerstören

Grundrechten der Verfassung und der Verfassungswirklichkeit zu überwinden“⁷.

Gruppen der „Neuen Linken“, die ihre verfassungsfeindlichen Ziele meist unverblümt formulieren, forderten die „revolutionäre Entmachtung der Bourgeoisie und die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse“⁸. Sie diffamierten Regierung und Verwaltungsorgane als „Unterdrückungs- und Repressionsapparat“⁹ und verunglimpften das Parlament als „Nebelwand zur Verschleierung der Alleinherrschaft der Monopole“¹⁰.

Militante „Autonome“ erklärten unmißverständlich, es gehe darum, die Grundlagen des „Systems“ anzugreifen und „zu zerstören, um Platz zu schaffen für Neues“¹¹; das „kapitalistische System“ müsse unter „Dauerbeschuß“ genommen werden¹². Andere Anarchisten forderten: „Setzen wir die Hebel an die Knackpunkte des Systems – Alle Tage, Sabotage!!!“¹³.

2. Außen- und Verteidigungspolitik

Kampf gegen behaupteten „US-Imperialismus“ und angebliche Kriegsvorbereitungen

Ein Schwerpunkt linksextremistischer Agitation blieb der Kampf gegen die Außen- und Verteidigungspolitik der USA – angegriffen als „US-Imperialismus“ und „Kriegsvorbereitungspolitik“. – Die DKP und die von ihr beeinflussten Organisationen folgten bei ihrer Propaganda inhaltlich und in der Verbreitungsweise von der Sowjetunion praktizierten Mustern.

Die DKP erklärte, der Kampf für die Beendigung der Nukleartests sei jetzt „ebenso wichtig“ wie die Zurückweisung des „Programms der Weltraummilitarisierung“¹⁴. Sie diffamierte die Bundesregierung, die den USA in „unterwürfigem Vasallentum“¹⁵ folge, als „Sicherheitsrisiko“¹⁶. Mit ihrer Unterstützung für den angeblichen „US-amerikanischen Konfrontationskurs“¹⁷ betreibe sie eine Politik „gegen die nationalen und Friedensinteressen unseres Volkes“¹⁸.

Anhänger der „Neuen Linken“ verleumdete die NATO als „Kriegsapparat“¹⁹ und „Kriegsmaschine“ des „US-Imperialismus“²⁰. Sie sprachen von „US-Terror“²¹ und behaupteten, die Bundesrepublik Deutschland sei „direkt an der Vorbereitung und Durchführung US-imperialistischer Aggressionen in aller Welt beteiligt“²².

3. Innen- und Sicherheitspolitik

Kommunisten verunglimpfen Sicherheitsorgane

Breiten Raum in der linksextremistischen Agitation nahm wiederum der Kampf gegen staatliche Maßnahmen zum Schutz der inneren Sicherheit ein. Moskauorientierte Kommunisten warfen der Bundesregierung „verfassungswidrige Ausspähung von Demokraten“ vor²³ und unterstellten ihr die Absicht, mit den „sogenannten Sicherheitsgesetzen“, den „Ermächtigungsgesetzen für den totalen Überwa-

chungsstaat“²⁴, die „Wiederauferstehung einer Geheimen Staatspolizei“ zu betreiben²⁵.

„Neue Linke“ sprachen von „Bullenterror“²⁶ und „Ausbau des Staatsterrorismus“²⁷, von zunehmender „Faschisierung des Staatsapparates“²⁸ und „institutionalisierte(m) Sadismus“ der „Sicherheitsapparate in der BRD“, die „zum gezielten staatlichen Mord fähig und bereit“ seien²⁹.

Gesetzesvorhaben zum Schutz der inneren Sicherheit werden von „Neuen Linken“ z. T. als „Schweinediktate“³⁰ bezeichnet.

4. Wirtschafts- und Sozialpolitik

Moskauorientierte Kommunisten und „Neue Linke“ verunglimpften die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung als „dumm, absurd und töricht“³¹, als „Schweinerei“, „Menschenverachtung“³² und „Dummdreistigkeit“³³. Die Bonner „Skandal-Elite“ habe „ein sozialpolitisches Trümmerfeld hinterlassen“³⁴ und die „Umverteilung des Staatshaushaltes zugunsten der Monopole“ vorgenommen³⁵. Die Regierungsparteien betrieben mit „antisozialen Demontagen... rigoros“ die „Umverteilung“ von „unten nach oben“ und vom „Sozialetat zum Rüstungsetat“³⁶; mit „Massenarbeitslosigkeit als Knüppel“ werde ein „Sozialabbau ohnegleichen“ vorgenommen; die „militärische Hochrüstung“ werde durch die „soziale Abrüstung“ finanziert³⁷.

Moskauorientierte Kommunisten beschworen die „Kampfkraft der Arbeiterklasse“³⁸, der „entscheidenden Kraft des Widerstandes“ gegen „Regierung und Großkapital“, und deren angeblichen Versuch, das Streikrecht anzutasten³⁹. Marxisten-Leninisten der „Neuen Linken“ forderten, gegen diesen „Anschlag“ auf die „Gewerkschaftsfreiheit... mit allen Mitteln... Widerstand“ zu leisten⁴⁰ und ein „vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht“ durchzusetzen⁴¹.

5. Umweltpolitik

Die kommunistische Agitation machte „das System der Profitwirtschaft“ als das „entscheidende Hindernis“ zur Lösung aller Umweltschutzprobleme verantwortlich⁴². Sie bezichtigte die Regierung der „Duldung von Umweltverbrechen“⁴³. Die DKP behauptete, mit der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe (WAA) in Wackersdorf und dem „Bonner Atomprogramm“ wollten die „Herrschenden“ die technischen Voraussetzungen für den „Griff nach der Atombombe“ schaffen⁴⁴.

Die Haltung der DKP zur Kernenergie ist ideologisch geprägt: Eine Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland und anderen „kapitalistischen“ Staaten wird strikt verurteilt und

Kommunisten diffamieren Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung

Agitation gegen „Profitwirtschaft“ und „Atommafia“

DKP bewertet die Nutzung der Kernenergie „je nach Gesellschaftssystem“

bekämpft. Die im „Kapitalismus“ übliche „profit-orientierte Nutzung“ von Kernkraftwerken erhöhe das Gefahrenpotential; außerdem bestehe in der Bundesrepublik Deutschland die „Gefahr eines militärischen Mißbrauchs“.

Die Sowjetunion bleibe dagegen bei ihrem „Stand der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und beim gegenwärtigen internationalen Kräfteverhältnis“ zur Energieerzeugung auf die Kernkraft angewiesen. Ein „Ausstieg“ dort würde auch das „für den Erhalt des Weltfriedens unbedingt erforderliche militärisch-strategische Gleichgewicht“ gefährden.

Zu Kernreaktoren in der Sowjetunion, die Plutonium erzeugen, äußerte ein DKP-Funktionär:

„... wir müssen froh darüber sein, denn hätte es die nicht gegeben, dann gäbe es keine sowjetischen Atomwaffen, und dann gäbe es keine Atomstreitmacht, die den US-Imperialismus daran gehindert hätte, einen Atomkrieg zu beginnen.“
(UZ vom 25. 5. 1986)

Gruppen der „Neuen Linken“ diffamierten die Regierung als „Umweltverbrecher“⁴⁵ und als „Atommafia“, die eine „Politik des Massenmordes“ betreibe⁴⁶. Ihre Aktionen gegen Kernkraftwerke und gegen angebliche „bundesdeutsche Atombombenpläne“⁴⁷ beschrieben „Neue Linke“ als Teil ihres Kampfes gegen das „menschenverachtende System der Ausbeutung“⁴⁸; einige forderten, „mit den AKW's die herrschende Klasse gleich mit stillzulegen“⁴⁹.

6. „Internationalismus“

Moskauorientierte Kommunisten und „Neue Linke“ bemühen sich um „aktive antiimperialistische Solidarität“

Moskauorientierte Kommunisten und Gruppen der „Neuen Linken“ setzten ihre Bemühungen um „aktive antiimperialistische Solidarität“ fort⁵⁰, insbesondere mit dem sandinistischen Regime in Nicaragua sowie mit „Befreiungsbewegungen“ in Südafrika und in Ländern der Dritten Welt.

Die DKP sah eine ihrer „Schlüsselaufgaben“ darin, die „Solidaritätsbewegung“ im Kampf gegen die „aggressivkonfrontative Linie“ und die angebliche „neokolonialistische Politik des US-Imperialismus“, an dessen „Ausbeutungspraxis“ das „bundesdeutsche Monopolkapital“ beteiligt sei⁵¹, zu stärken. „Antiimperialistische Solidarität“ ist für sie Teil des „proletarischen Internationalismus“⁵². In ihren Bemühungen wußte die Partei sich „in enger Übereinstimmung“ mit der „kommunistischen und Arbeiterbewegung . . . , vor allem . . . mit den sozialistischen Ländern“⁵³.

Gruppen der „Neuen Linken“ betonten ihre Gemeinsamkeiten mit den „Kämpfen der Befreiungsbewegungen weltweit“⁵⁴. „Internationale Solidarität“ bedeutet für sie, sich im „Kampf hier gegen Imperialismus und Kapital“ an die Seite von „Befreiungsbewegungen“

und „erkämpften Revolutionen“ zu stellen und damit „den gleichen Feind an verschiedenen Fronten“ anzugreifen⁵⁵. Linksextremisten diffamierten die Regierung Israels als „aggressives zionistisches Regime“⁵⁶; Israel sei ein „imperialistischer Vorposten im arabischen Raum“ mit der Aufgabe, die „antiimperialistischen Kräfte“ zu „zersplittern“ und zu „zerschlagen“⁵⁷.

IV. Moskauorientierte Kommunisten

1. Politische und organisatorische Entwicklung

1.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

1.1.1 Ideologisch-politischer Standort

Die 1968 „neu konstituierte“ DKP vertritt in der Bundesrepublik Deutschland den moskauorientierten sog. orthodoxen Kommunismus. Sie sieht sich in Kontinuität und Tradition der 1956 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig verbotenen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD). Zum 30. Jahrestag des KPD-Verbots betonte das Mitglied des DKP-Präsidiums *Hermann Gautier*:

„... Die DKP steht in der Tradition der kommunistischen Bewegung seit ihren Anfängen. Sie steht in der Tradition der kommunistischen Bewegung seit Bestehen der Bundesrepublik. In unseren Reihen wirken Genossinnen und Genossen, die bereits der Thälmann'schen Partei angehörten... die Mitglieder und Funktionäre der KPD auch unter den Bedingungen der Illegalität während des Adenauer-Regimes waren.“
(DKP-Pressedienst Nr. 90 vom 15. 8. 1986)

Der DKP-Vorsitzende *Herbert Mies* beschwor das „Vermächtnis“ des ehemaligen KPD-Vorsitzenden *Ernst Thälmann* als „Anleitung zum Handeln“⁵⁸; dessen 100. Geburtstag (16. April) wurde von der Partei mit großem Aufwand gefeiert.

Die DKP befolgt unverändert die ideologische Linie und die politischen Vorgaben der „Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ (KPdSU) und der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED). Sie beteuerte, „Kommunist und Internationalist“ könne nur sein, wer sich als „Freund der Sowjetunion“ bewähre⁵⁹; die KPdSU sei die „stärkste und erfahrenste Partei der kommunistischen Weltbewegung“ und die Sowjetunion die „Hauptkraft des Sozialismus und des Friedens, des revolutionären Weltprozesses und der weltweiten antiimperialistischen Solidarität“⁶⁰.

Wiederholt bekräftigte die DKP ihre besondere „Verbundenheit“

DKP steht in der Tradition der verbotenen KPD

DKP folgt der Linie von KPdSU und SED

Sowjetunion ist für die DKP „Hauptkraft“ des „revolutionären Weltprozesses“
Vorbild ist die SED

mit der SED, die den „ersten sozialistischen Staat der deutschen Geschichte“ aufbaue:

„Die DDR verkörpert alle humanistischen und revolutionären Traditionen des deutschen Volkes, der deutschen Arbeiterbewegung.“
(„Thesen des 8. Parteitages der DKP, Hamburg, 2.–4. Mai 1986“, hrsg. vom Parteivorstand der DKP, Mai 1986, S. 20)

DKP ist „untrennbarer Teil der revolutionären Weltbewegung“

Der XI. SED-Parteitag (17.–21. April) habe auch ihr – der DKP – „Optimismus“ vermittelt und neue Möglichkeiten gezeigt, die „mobilisierende Kraft des sozialistischen Beispiels“ für den Klassenkampf zu nutzen⁶¹.

Die DKP betrachtet sich als „untrennbarer Teil der revolutionären Weltbewegung“. Deren „stärkste Waffe“ bleibe der „proletarische Internationalismus“, der die DKP mit der „sozialistischen Staatengemeinschaft“, den kommunistischen Parteien aller Kontinente und den „Befreiungsbewegungen“ eng verbinde⁶².

DKP steht fest zum Marxismus-Leninismus

Ziel der DKP ist nach wie vor die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die Anleitung zum Handeln bildet für sie der „Marxismus-Leninismus“; „politischer Kompaß und wissenschaftliches Fundament“ der Partei ist die „Lehre von Marx, Engels und Lenin“⁶³. Diese Ideologie weise ihr – der „bewußten und organisierten Vorhut der Arbeiterklasse“ – den Weg zu ihrem „unverrückbaren Ziel“: einer „sozialistischen Bundesrepublik“, in der die „Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen die politische Macht ausüben“ (Synonym für „Diktatur des Proletariats“)⁶⁴. Ohne „Revolution“ – von der DKP häufig als „grundlegende Umgestaltungen“ oder „Umwälzungen“ umschrieben – kann nach Ansicht der Partei der Sozialismus nicht erreicht werden⁶⁵. Dessen „unverzichtbare Merkmale“ beschrieb die DKP so:

„Nur wo es die politische Macht der Arbeiterklasse gibt und ihrer Bundesgenossen, kann vom Sozialismus gesprochen werden. Ein zweites entscheidendes Merkmal ist das gesellschaftliche Eigentum an allen entscheidenden Produktionsmitteln... Drittens kann ohne gesamtgesellschaftliche Planung... nicht vom Sozialismus gesprochen werden.“
(„ABC junger Kommunistinnen und Kommunisten“, hrsg. vom DKP-Parteivorstand, Juli 1986, Stichwort: „Sozialismus“)

„Sozialistische Revolution“ soll in Etappen erfolgen

Bei ihrer Strategie und Taktik geht die DKP davon aus, daß der Sozialismus nicht als „aktuelle Aufgabe“ anstehe, nicht „unverzüglich, gleichsam in einem großen Sprung“ erreicht werden könne⁶⁶, obwohl die „materiellen“ Voraussetzungen hierfür in der Bundesrepublik Deutschland gegeben seien. Der „staatsmonopolistische Kapitalismus“ behindere jedoch die Bildung des notwendigen revolutionären „Klassenbewußtseins“ in der Arbeiterschaft. Deshalb hält die DKP „Übergangsetappen“ für erforderlich. Ihre „nächste strategi-

DKP wirbt für "realen Sozialismus"

**Leben
und Alltag
in der
DDR**

**Sozialismus
1986
konkret**

**sehen -
kennenlernen!**

**Studienfahrten in die DDR
2. Halbjahr 1986**

Wer mehr über den Sozialismus wissen will...

... sollte sich anmelden!

DKP-Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen 4000 Düsseldorf, Ackerstraße 3. Telefon (0211) 36.20.93/95

Liebe Genossinnen und Genossen!

Noch Fragen zur Entwicklung des Sozialismus in der DDR? Sicherlich!

Zur Friedenspolitik der DDR, zur ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, soziale Errungenschaften und Probleme, Gleichberechtigung der Frauen, die Situation der Jugend, Probleme des Umweltschutzes - das sind nur einige Stichworte.

Viele Fragen, die in der politischen Auseinandersetzung aktuell sind.

Die Antworten nicht nur hören, sondern selbst erkunden! Dazu gibt es ein interessantes und umfangreiches Angebot an Studienfahrten in die DDR.

Wer mehr über den Sozialismus wissen will, sollte sich anmelden!

sche Orientierung“ ist der „Kampf“ um eine „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“⁶⁷. Diese „Wende“ – gekennzeichnet durch „Veränderungen der inneren Kräfteverhältnisse“ zugunsten der „Arbeiterklasse“ und durch „Schwächung des Monopolkapitals“ – werde die Voraussetzung für die nächste Etappe schaffen: die Errichtung einer „antimonopolistischen Demokratie“⁶⁸. Diese entspricht der Leninschen „revolutionär-demokratischen Diktatur“, einer Vorstufe der „Diktatur des Proletariats“; sie soll den „Weg zum Sozialismus“ öffnen⁶⁹.

Voraussetzung für Erfolge im „Kampf um die Wende“ ist nach Meinung der DKP zunächst die Ablösung der bisherigen Bundesregierung, bezeichnet als „Rechtskoalition“⁷⁰. Wie vor ihr bereits die KPdSU und SED erklärte nunmehr auch die DKP, zur „historischen Mission der Arbeiterklasse“ – Zerstörung der „kapitalistischen Ausbeuterordnung“ und Aufbau des Sozialismus – sei inzwischen ein weiterer „unabdingbarer Bestandteil“ hinzugetreten: die Verhinderung des „atomaren Untergangs“ der Menschheit⁷¹, weil – so die DKP – ein Kernwaffenkrieg nicht mehr in die „sozialistische Revolution umgewandelt“ werden könne. Die Sicherung des Friedens ist für orthodoxe Kommunisten nur in „hartem Kampf – im Klassenkampf“⁷² durchsetzbar. Die DKP sprach daher von einem „dialektischen Wechselverhältnis“ von „Friedenskampf und Klassenkampf“, von „Friedenskampf und revolutionärem Kampf“⁷³.

Getreu der marxistisch-leninistischen Forderung nach „Einheit von Strategie und Taktik“ betonte die DKP wiederum „im tagespolitischen Kampf auch immer die weitergehenden . . . Ziele“ zu verfolgen; das „sozialistische Ziel“ bleibe „stets im Blickfeld“⁷⁴. Somit werden auch scheinbar „demokratische Tagesziele“ von den moskauorientierten Kommunisten stets mit verfassungsfeindlichen Absichten verfolgt.

Die DKP bejahte auch 1986 grundsätzlich „revolutionäre Gewalt“: Revolutionen seien immer das „Ergebnis harter und langjähriger Klassenkämpfe“ gewesen⁷⁵. Sie wandte sich gegen „jede Verabsolutierung der einen oder anderen Kampfform“; jeweils diejenigen „Kampfformen“ seien am „zweckmäßigsten“, die „Bewußtsein und Kampfbereitschaft größerer Teile des Volkes“ fördern und Massen mobilisieren⁷⁶. Aus diesen taktischen Erwägungen bevorzugte die Partei bei tagespolitischen Auseinandersetzungen überwiegend „legale Kampfformen“. Sie war aber auch zu illegalen Aktionen bereit, wenn sie ihr zweckmäßig und vermittelbar erschienen. Dann beteiligten sich Kommunisten an Blockaden und Besetzungen, störten Veranstaltungen, verübten Sachbeschädigungen und leisteten der Polizei Widerstand. Mit der Behauptung, „demokratischer Widerstand ist legitim“, versuchten sie, Gesetzesverletzungen zu rechtfertigen⁷⁷.

Um die Verfassungsfeindlichkeit ihrer Ziele zu verschleiern, behauptet die DKP, „auf dem Boden des Grundgesetzes“ zu stehen und dessen „demokratische Grundprinzipien“ anzuerkennen⁷⁸. Dabei

DKP führt „Friedenskampf“ als Teil des „Klassenkampfes“

Auch die DKP befürwortet „revolutionäre Gewalt“

interpretiert sie jedoch – nach der bereits von der KPD angewandten „Umwertungstaktik“ – die Normen des Grundgesetzes nicht entsprechend ihrem wirklichen Rechtsgehalt sondern unterlegt ihnen einen marxistisch-leninistischen Sinn; diese „Umwertung“ soll die kommunistischen Ziele als verfassungskonform erscheinen lassen. Das Bundesverfassungsgericht nannte diese kommunistische Taktik im KPD-Verbotsurteil (BVerfGE Bd. 5, S. 323f.) eine „Perversion“, die darauf zielt, unter Berufung auf das Grundgesetz die Legitimität der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu unterminieren (vgl. Kap. III.1).

1.1.2 DKP-Parteitag in Hamburg

Vom 2. bis 4. Mai hielt die DKP in Hamburg ihren 8. Parteitag ab. Die „Bruderparteien“ in den „sozialistischen“ Staaten hatten Gastdelegationen, meist mit hochrangigen Funktionären (vgl. Kap. VII.1.1) entsandt. Der Parteitag verabschiedete 44 programmatische „Thesen“; sie sollen als neues „politisch-ideologisches Dokument“ der DKP das Parteiprogramm von 1978 ergänzen und Argumentationshilfen im konkreten „Klassenkampf“ geben; die „Thesen“ untermauern die verfassungsfeindliche Zielsetzung der DKP. Mit der Losung des Parteitages: „Für eine neue Politik – atomwaffenfreie Welt und Arbeit für alle“ stellt die Partei erneut den Kampf um „Frieden und Arbeit“ ins „Zentrum der nächsten Etappe“.

Bei der Neuwahl der Parteiführung (Vorstand, Zentrale Schieds- und Zentrale Revisionskommission) wurde Herbert *Mies* als Vorsitzender bestätigt, allerdings bei einer für moskauorientierte Parteien ungewöhnlich hohen Zahl von Gegenstimmen und Enthaltungen. Ungewöhnlich war auch die offene Kritik einzelner Delegierter an anderen Funktionären wegen der unsicheren, zunächst beschönigenden Stellungnahmen der Partei zur Reaktorkatastrophe im sowjetischen Atomkraftwerk in Tschernobyl (26. April). Neue stellvertretende Vorsitzende wurde Ellen *Weber*, seit 1981 bereits Mitglied des Präsidiums des Parteivorstandes. Sie löste Hermann *Gautier* ab, der nach 13 Jahren nicht mehr für dieses Amt kandidiert hatte. Von den Mitgliedern der Führungsgremien (Durchschnittsalter etwa 50 Jahre; ein Drittel Frauen) waren über die Hälfte bereits in der verbotenen KPD aktiv; mehr als ein Drittel besuchte Lehrgänge an Parteischulen in der DDR oder der Sowjetunion.

1.1.3 Mitgliederstand und Gliederung

In Vorbereitung auf den 8. Parteitag startete die DKP eine Kampagne zur Werbung neuer Mitglieder, das „Ernst Thälmann-Aufgebot“ (Beginn 1. September 1985). Es brachte in der Schlußphase zahlreiche Aufnahmeanträge, denen meist unbesehen entsprochen wurde. Die Mitgliederzahl der DKP stieg dadurch vorübergehend auf etwa 42.000 (Ende 1985: etwa 40.000), ging jedoch schon nach wenigen Monaten wieder zurück. Die DKP selber behauptete auf ihrem 8. Parteitag, 57.802 Mitglieder zu haben (7. Parteitag, Januar

DKP-Parteitag verabschiedet neue programmatische „Thesen“

Offene Kritik einzelner Delegierter an Funktionären

Mitgliederzahl der DKP vorübergehend erhöht

DKP folgt den von Lenin entwickelten Organisationsprinzipien der kommunistischen Partei

1984: 50.482). Der DKP-Vorsitzende mahnte, die neuen Mitglieder müßten in der Partei eine „tatsächliche politische Heimat“ finden, um sich zu „standhaften Kommunisten für das ganze Leben“ zu entwickeln⁷⁹. Der Alltag in den Parteigruppen sowie Kontroversen über die Haltung der DKP zur Kernenergie (vgl. Kap. III.5) erschwerten die Integration der „Neuen“. Die Parteiführung sah sich gezwungen, ein „Ableiten“ nach dem Wettbewerb zu rügen und vom „dringlichen Problem“ der „ungerechtfertigten Mitgliederverluste“ zu sprechen⁸⁰.

Als „Kaderreserven“ dienen der DKP die kommunistischen Jugend- und Studentenorganisationen; sie erklärte hierzu, „... die Hilfe und Unterstützung für die SDAJ, den MSB Spartakus und die Jungen Pioniere“ müßten als „Investitionen in die Zukunft“ begriffen werden⁸¹.

Eindringlich forderte der DKP-Parteivorstand die Einhaltung der Leninschen Organisationsprinzipien und Normen der Mitgliedschaft in der „Partei neuen Typus“ (z. B. „demokratischer Zentralismus“, Parteidisziplin). Diese seien „keineswegs Gemeingut aller Parteimitglieder“; ein „wachsender Teil“ verfüge heute nicht mehr über das „Organisationsverständnis“ und die „Organisationserfahrung“ aus der „Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit als Schule für die kommunistische Partei“⁸².

An „talentiertere, einsatzbereite kommunistische Führungspersonlichkeiten“ stellt die DKP hohe Erwartungen:

„Das sind Genossinnen und Genossen, die sich... durch einen klaren Klassenstandpunkt, durch weltanschauliche Festigkeit, durch Opferbereitschaft... durch Prinzipienfestigkeit, Beweglichkeit und Parteiverbundenheit auszeichnen, ihre persönlichen Belange mit den Interessen der Partei in Einklang bringen und eine eindeutige positive Haltung zum proletarischen Internationalismus, zum realen Sozialismus, insbesondere zur Sowjetunion und zur DDR an den Tag legen.“
(UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 4. 10. 1986, S. 48)

Die Gliederung der DKP blieb unverändert. Ihre mehr als 1.500 Grundorganisationen (Betriebsgruppen, Wohngebiets-, Orts- oder Stadtteilgruppen und die Hochschulgruppen) sind in nahezu 200 Kreisorganisationen zusammengefaßt, denen 12 Bezirksorganisationen übergeordnet sind.

Über die „Einheit und Reinheit“ der Partei wachen die „Schiedskommissionen“; ihre Funktionäre waren bemüht, die Mitglieder zu erhöhter „revolutionären Wachsamkeit“ anzuhalten. Der „Sicherheitsapparat“ der Partei mit seinen „Ordnungsgruppen“ schützt leitende Funktionäre, Büros und Veranstaltungen der Partei.

1.1.4 Parteischulung

Nach Ansicht der DKP wächst mit der Verschärfung des „ideologischen Kampfes“ die Bedeutung der „weltanschaulichen Arbeit“ in

der Partei⁸³. Die zunehmend erfolgreiche „Bündnispolitik“ sei „ideologisch keine Einbahnstraße“, vielmehr wirkten „Bündnispartner“ bisweilen auch nachteilig auf das Bewußtsein der Parteimitglieder ein⁸⁴. Viele neue Mitglieder, die aus „Bündnissen“ und „Bewegungen“ zur Partei stießen, seien von „grünalternativen, pazifistischen, basisdemokratischen und reformistischen Ideologien“ geprägt und müßten erst durch wirksame Bildungsarbeit zu „überzeugten... Kämpfern“ für die Sache der DKP erzogen werden⁸⁵.

Die DKP bemühte sich deshalb, ihr System zur Schulung und Entwicklung der Kader effektiver zu gestalten. „Kernstück“ blieben die zweimonatlichen Bildungsabende der Parteigruppen, die aber – wie die Parteiführung kritisierte – nur „weniger als die Hälfte der Parteimitglieder regelmäßig erreicht“ hätten⁸⁶. Schulungsmaterial und „Bildungsthemen“ (1986 u. a. „Kommunisten und neue Technologien“, „Kommunismus – gehört ihm die Zukunft?“) werden von der Parteiführung vorgegeben. Neuen Mitgliedern sollen in zusätzlichen „Grundkursen“ „elementare Kenntnisse“ in kommunistischer Ideologie und Politik vermittelt werden.

Die „Marxistischen Betriebsarbeiterschulen“ unterwiesen Mitglieder von DKP-Betriebsgruppen (vgl. Ziff. 3). Die parteieigene „Karl-Liebknecht-Schule“ mit Internat in Leverkusen veranstaltete wiederum etwa 40 ein- oder zweiwöchige Grund- und Speziallehrgänge (u. a. zur „Bündnispolitik“, zur „Wahlkampfstrategie“ und zur „Betriebsarbeit“), an denen ungefähr 900 Parteimitglieder teilnahmen. Etwa 300 DKP-Funktionäre besuchten Monats-, Dreimonats- oder Jahreslehrgänge im kommunistischen Machtbereich: an der eigens für die DKP in Berlin (Ost) eingerichteten „SED-Parteischule Franz Mehring“ sowie am „Institut für Gesellschaftswissenschaften“ beim Zentralkomitee (ZK) der KPdSU in Moskau, der Schulungsstätte für höhere Führungskader. Funktionäre der SDAJ, des MSB Spartakus und der „Jungen Pioniere“ ließ die DKP auch an der FDJ-Hochschule „Wilhelm Pieck“ in der DDR und an der Hochschule des Leninschen Komsomol (Jugendorganisation der KPdSU) in Moskau ausbilden.

1.1.5 Finanzierung

Im Rechenschaftsbericht gemäß § 23 Parteiengesetz, den die DKP im Herbst 1986 vorlegte⁸⁷, sind für das Jahr 1985 Einnahmen von insgesamt 20.190.431 DM (1984: 19.187.068 DM) aufgeführt; davon sind 9,3 Millionen DM = 46,0 % (1984: 8,6 Millionen DM = 44,8 %) als Mitgliedsbeiträge, 8 Millionen DM = 39,6 % (1984: 7,9 Millionen DM = 41,4 %) als Spenden, 0,6 Millionen DM = 3,0 % (1984: 0,3 Millionen DM = 1,4 %) als Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften usw. sowie 2,3 Millionen DM = 11,4 % (1984: 2,3 Millionen DM = 12 %) als Zuschüsse von Gliederungen ausgewiesen. Außerdem führte die DKP Sach-, Werk- und Dienstleistungen ihrer Mitglieder (§ 27 Abs. 3 Parteiengesetz) im Wert von 5,5 Millionen DM (1984: 5,7 Millionen DM) auf. Der

DKP bemüht sich um effektiveres Schulungssystem

Moskauorientierte Kommunisten werden in der DDR und der UdSSR geschult

Rechenschaftsbericht nennt gemäß § 25 Parteiengesetz sechs Einzelspenden (1984: 11) mit Beträgen zwischen 20.000 DM und 300.500 DM im Gesamtwert von 538.300 DM (1984: 505.094 DM), darunter auch Erbschaften.

Der nach dem Einkommen gestaffelte Mitgliedsbeitrag lag 1986 im Durchschnitt bei etwa 16 DM im Monat. Die DKP appellierte erneut an die „Beitragsehrlichkeit“. Der 8. Parteitag beschloß, die Beitragsordnung zu überarbeiten und dabei höhere Beitragsstufen festzulegen.

Die DKP hob die „sehr bedeutsame politische Funktion“ der Kassierer als „Instrument der ständigen Betreuung und des politischen Gesprächs“ hervor⁸⁸; der „Kampf um die regelmäßige Kassierung“ erhalte auch für die „tatsächliche Einbindung“ der neuen Mitglieder „wachsende Bedeutung“⁸⁹.

Die DKP bezifferte ihre Ausgaben im Rechenschaftsbericht für das Jahr 1985 mit insgesamt 20,3 Millionen DM (1984: 17,4 Millionen DM), davon 7,1 Millionen DM = 35,0 % (1984: 6,9 Millionen DM = 39,7 %) für Personal, 6 Millionen DM = 29,7 % (1984: 6,9 Millionen DM = 30,5 %) für den laufenden Geschäftsbetrieb, 3,4 Millionen DM = 16,8 % (1984: 3,1 Millionen DM = 17,8 %) für Öffentlichkeitsarbeit und Wahlen sowie 2,3 Millionen DM = 11,4 % (1984: 1,3 Millionen DM = 7,5 %) für Zuschüsse an Gliederungen.

Die tatsächlichen Gesamtausgaben der DKP waren auch 1986 offensichtlich wieder erheblich höher. Allein die Lohn- und Gehaltskosten für die mehreren hundert hauptamtlichen Funktionäre und Hilfskräfte der Partei dürften die genannten Personalausgaben um mehr als das Doppelte übersteigen.

Auch die Sachausgaben für den aufwendigen „Parteiapparat“ – u. a. die „Vertretung des Parteivorstandes“ in Bonn und die Parteizentrale in Düsseldorf mit mindestens 12 „Abteilungen“, die „Karl-Liebknecht-Schule“ in Leverkusen, die sonstigen Büros und die Kraftfahrzeuge – dürften erheblich höher als angegeben sein. Millionenbeträge waren auch erforderlich für Herstellung und Vertrieb des umfangreichen Agitationsmaterials für Großveranstaltungen und Kampagnen sowie zur Finanzierung der Nebenorganisationen und für die Unterstützung beeinflusster Vereinigungen.

Für diese Aufwendungen dürften der DKP auch 1986 wieder mehr als 65 Millionen DM auf konspirativem Wege aus der DDR zugeflossen sein. Die Hilfe umfaßt ferner umfangreiche geldwerte Leistungen in der DDR, wie die unentgeltliche Benutzung von Schuleinrichtungen, die Betreuung von Delegationen sowie Erholungs-, Kur- und Krankenhausaufenthalte zahlreicher DKP-Funktionäre. Darüber hinaus werden einige der Kader seit Jahren in den Gehaltslisten kommunistisch gesteuerter Firmen geführt, ohne tatsächlich dort zu arbeiten. Solche Firmen sind auch als Eigentümer für Liegenschaften eingetragen, die der DKP zur Verfügung stehen.

DKP wird weitgehend aus der DDR finanziert

1.1.6 Parteipresse

Das Zentralorgan der DKP, „Unsere Zeit“ (UZ), erscheint seit Oktober 1973 als Tageszeitung – Chefredakteur ist Georg *Polikeit*, Mitglied des DKP-Präsidiums. Die „UZ“ soll nach den Vorstellungen der Partei in „politische, soziale und ideologische Auseinandersetzungen eingreifen“ und die „einheitliche Unterrichtung“ sowie das „einheitliche Auftreten und Handeln“ der Mitglieder und „Verbündeten“ gewährleisten⁹⁰.

Die tägliche Auflage der UZ, die seit Oktober 1986 wieder sechsmal wöchentlich erscheint (die Montags-Ausgabe war 1983 aus Kostengründen eingestellt worden), ging auf weniger als 24.000 Exemplare zurück (1985: ca. 25.000); ihre Freitags-Ausgabe mit Wochenendbeilage sank auf etwa 46.000 Exemplare (1985: ca. 48.000). Zu aktuellen Anlässen, z. B. zur „Großdemonstration“ der „Friedensbewegung“ in Hasselbach (11. Oktober), erschienen wieder UZ-Extra-Blätter in Auflagen von mehr als 100.000 Exemplaren. Die DKP lobte auf ihrem Parteitag in Hamburg als „wichtigen Erfolg“ der UZ-Redaktion, es sei gelungen,

„in den letzten zwei Jahren Berührungängste gegenüber der Zeitung der DKP abzubauen und Persönlichkeiten anderer politischer Richtungen, führende DGB-Vertreter, Bundestagsabgeordnete von SPD und den GRÜNEN, nicht unserer Partei angehörende Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller, Spitzensportler, Vertreter der CDA, der Naturfreundebewegung, Persönlichkeiten aus Kirchen und Friedensorganisationen zur Darlegung ihrer Standpunkte zu aktuellen politischen und kulturpolitischen Fragen . . . in der UZ zu gewinnen“.

(„Information über die Erfüllung der Beschlüsse des 7. Parteitages der DKP“, hrsg. vom DKP-Parteivorstand, . . . 1986, S. 36)

Der Parteivorstand gab auch 1986 in unregelmäßigen Abständen einen „DKP-Pressedienst“, einen „infodienst“ mit Materialien für DKP-Betriebszeitungen, Wohngebiets- und Hochschulzeitungen und die „DKP-Landrevue“ sowie alle zwei Monate die Zeitschrift „praxis-Erfahrungen aus dem Leben und der Arbeit der Partei“ heraus. Außerdem erschienen etwa 340 DKP-Betriebszeitungen und zusätzlich ca. 460 „Kleinzeitungen“ der Bezirks-, Kreis- und Grundorganisationen mit Einzelaufgaben von mehreren hundert bis zu 120.000 Exemplaren (z. B. „marburger echo“, „Hannoversches Volksblatt“, „mannheim-konkret“).

Besondere Bedeutung für die kommunistische Pressearbeit hat die „Progress-Press-Agentur“ (PPA); in deren Zentrale in Düsseldorf und den Büros in Kiel, Bonn, Mannheim und München arbeiten etwa 15 Redakteure und Korrespondenten; neuer Chefredakteur wurde der langjährige Pressesprecher des DKP-Parteivorstandes, Eberhard *Weber*. Die Agentur gibt einen „PPA-Tagesdienst“ mit Berichten über die DKP und ihr nahestehende Organisationen sowie mit DKP-genehmen Beiträgen aus nichtkommunistischen Zeitungen

DKP-Zentralorgan wieder mit sechs Ausgaben pro Woche; Auflage jedoch rückläufig

„Progress-Press-Agentur“ (PPA)

DKP - Zentralorgan / Extraausgaben

UZ EXTRA

Die Zeitung der arbeitenden Menschen — Zeitung der DKP

Hasselbach macht Mut

Wahl '87

UZ unsere zeit

Die Zeitung der arbeitenden Menschen — Zeitung der DKP

EXTRA-Ausgabe

EXTRA

Februar 1986



UZ unsere zeit

Die Zeitung der arbeitenden Menschen — Zeitung der DKP

EXTRAUSGABE

MAI 86

Preis: 10 Pfennig

UZ unsere zeit

Die Zeitung der arbeitenden Menschen — Zeitung der DKP

FESTIVAL DER JUGEND 1986

UZ extra

Die Zeitung der arbeitenden Menschen — Zeitung der DKP

Ausstieg

aus dem Bonner Atomprogramm

heraus. Etwa ein Drittel des Materials wird, nach Angaben der PPA, von der DDR-Agentur ADN übernommen⁹¹.

1.2 „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW) mit Neben- und beeinflussten Organisationen

Die SEW, die orthodox-kommunistische Partei in Berlin (West), folgt wie die DKP uneingeschränkt der ideologischen Linie und den politischen Vorgaben der KPdSU und der SED; der SEW-Parteivorstand versicherte der KPdSU:

„Es erfüllt uns Westberliner Kommunisten mit großer Genugtuung, daß die Beziehungen unserer Partei mit der Partei Lenins auf der Grundlage der gemeinsamen Weltanschauung des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus sich stetig in enger Kampfgemeinschaft weiterentwickeln und festigen. Diese unverbrüchliche Freundschaft im Geiste Ernst Thälmanns zu hüten und an die junge Generation weiterzugeben, wird uns stets Verpflichtung sein . . .“
(SEW-Zentralorgan „Die Wahrheit“ vom 25. 2. 1986)

Der SEW-Vorsitzende Horst *Schmitt* bezeichnete das Verhältnis zur SED als „festes und bewährtes Kampfbündnis“. Den Delegierten des XI. SED-Parteitag (17.–21. April) übermittelte er „solidarische und brüderliche Kampfesgrüße“⁹². Durch rege „internationalistische“ Kontakte und häufige Delegationsreisen zu „Bruderparteien“, u. a. in die UdSSR, nach Rumänien, Bulgarien und Schweden, suchte die SEW sich als eigenständige Partei darzustellen. Bei ihrer politischen Arbeit propagierten sie und ihre Vorfeldorganisationen das sowjetische „Friedensprogramm“. Die Partei konnte sich wieder auf zahlreiche „Friedensinitiativen“ in Berliner Stadtbezirken stützen.

Im Herbst begann die SEW mit verstärkter Agitation gegen die geplante stufenweise Aufhebung der Mietpreisbindung in Berlin (West) für Altbauwohnungen (Einführung des „Weißen Kreises“ ab 1988).

Die Mitgliederzahl der SEW beträgt seit Jahren etwa 4.500; vereinzelte Austritte gab es nach der Reaktorkatastrophe im sowjetischen Atomkraftwerk Tschernobyl; die interne Diskussion und zunächst scharfe Kritik an der Informationspolitik des Parteivorstandes verebbten jedoch bald. Die Auflage des als Tageszeitung erscheinenden SEW-Organs „Die Wahrheit“ hielt sich bei durchschnittlich 13.000 Exemplaren.

Die SEW-Hochschulgruppen und die „Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten Westberlin“ (ADS-Westberlin) – die Studentenorganisation der SEW – agitierten gegen das neue Berliner Hochschulgesetz. Der ADS-Vorsitzende, Michael *Rump* (Mitglied des SEW-Parteivorstandes), wurde im Herbst auf der 3. Delegiertenkonferenz der ADS-Westberlin wiedergewählt. SEW-Hochschul-

SEW in „enger Kampfgemeinschaft“ mit KPdSU und SED

SEW-Mitgliederzahl seit Jahren konstant

DKP - Stadtzeitungen

DKP: Mehr Kindertagesstätten schaffen

Standpunkt Münster

Moment mal ...
Ab in den Bunker!

Informationen der DKP Münster Juni 1986

FLASCHEN POST

Kommunalzeitung der DKP
für Gerresheim und Grafenberg

Einblick **DKP**

Stadtzeitung der DKP Idar-Oberstein
156. Ausgabe
16. Jahrgang
Mai 1986

DKP

Neues München

Zeitung der DKP - München
September/Oktober 1986
Jahrgang 16

LINKS RHEINISCHE

ZEITUNG DER DKP FÜR LUDWIGSHAFEN

August 86
Erhebungsreihe monatlich

marburger echo

Zeitung der DKP für Marburg

gruppen und die ADS-Westberlin zusammen haben etwa 700 Mitglieder.

Die SEW-Jugendorganisation „Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht“ (SJV Karl Liebknecht) zählt unverändert etwa 800 Mitglieder. Ihr neuer Vorsitzender ist Ralf *Derwenskus* (SEW); dem Verband ist die „Pionierorganisation Karl Liebknecht“ (etwa 250 Kinder) eingegliedert. Zu einer Großveranstaltung „Jugendtag '86“ am 31. Mai, die der SJV Karl Liebknecht und die ADS-Westberlin gemeinsam organisiert hatten, kamen etwa 6.000 Besucher.

Der SJV baute seine Kontakte zur „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) der DDR und zu ausländischen kommunistischen Jugendverbänden aus. Vom 4. bis 16. August entsandte er seinen 5. „Freundschaftszug“ in die Sowjetunion (ca. 250 Teilnehmer).

Die SEW konnte auch 1986 ein Netz von Vorfelddorganisationen für ihre politische Arbeit einsetzen, z. B. den „Demokratischen Frauenbund Berlin“ (DFB) mit etwa 600 Mitgliedern, die „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Westberlin“ (DSFW) mit etwa 500 Mitgliedern, die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Westberlin/Verband der Antifaschisten“ (VVN-Westberlin/VdA) mit etwa 500 Mitgliedern und die „Berliner Mietergemeinschaft“, deren Mitgliederzahl erheblich – auf etwa 8.000 – anwuchs (1985: 6.000).

1.3 Nebenorganisationen der DKP

Bei ihrer politischen Arbeit stützt sich die DKP auf eine Reihe von Nebenorganisationen. Die wichtigsten davon sind nach wie vor:

- die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)
- der „Marxistische Studentenbund Spartakus“ (MSB)
- die „Jungen Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP).

Diese Verbände sind formell selbständig mit eigenen Satzungen und Führungsgremien. Sie bekennen sich jedoch zum „Marxismus-Leninismus“ und zur führenden Rolle der DKP. Viele ihrer leitenden Funktionäre sind zugleich Mitglieder der DKP.

Weitere Nebenorganisationen unterhält die DKP für den „ideologischen Kampf“ (vgl. Ziff. 5).

1.3.1 „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)

Die im Mai 1968 gegründete SDAJ bekennt sich zu den „Lehren von Marx, Engels und Lenin“. Sie kämpft als „revolutionärer Jugendverband“⁹³ an der Seite der DKP für eine „sozialistische Bundesrepublik“⁹⁴, die nur durch „Klassenkampf“ und „Revolution“ erreichbar sei⁹⁵. Die Stärkung der DKP betrachtet die SDAJ als „eine entscheidende Voraussetzung“, um „Fortschritt in unserem Land durchzusetzen“⁹⁶. Die SDAJ-Bundesvorsitzende Birgit *Radow* wurde auf dem 8. DKP-Parteitag in das DKP-Präsidium wiedergewählt; die Vorsitzenden der SDAJ-Landesverbände gehören den jeweiligen DKP-Bezirksvorständen an.

SDAJ betreibt den „Klassenkampf“ an der Seite der DKP

Schmieraktionen der SDAJ

die **Lohnvernunft '86**
Bosse **Damit**
können **der Geldwert**
zahlen **stimmt.**
SDAJ

Wegen
Jugendfeind
lichkeit
Zutritt
verboten
SDAJ

Ihr verbaut uns die
Zukunft. Wir euch die Tür!
Lehrstellen her! SDAJ

BEHALTEN
EUREN
MÜLL
HÄNDE WEG
VOM 8116
SDAJ

Hau weg den Scheiß!
SDAJ

ABRÜSTEN SDAJ

Die SDAJ hat nach wie vor etwa 15.000 aktive Mitglieder; sie selber behauptete, bei ihrer „Festivalstafette“ zur Vorbereitung auf das „Festival der Jugend“ (17./18. Mai in Dortmund) „tausende neue Mitglieder“ geworben zu haben⁹⁷. Ein realer Zuwachs blieb wegen der starken Fluktuation unter den Mitgliedern jedoch aus. Die Zahl der SDAJ-Ortsgruppen – etwa 900, organisiert in 12 Landesverbänden – blieb im wesentlichen unverändert.

Mit einem bundesweiten „Gruppenleitertreffen“ und zentralen Beratungen der Kreisvorsitzenden und der Kassierer bemühte sich die SDAJ, die Verbandsarbeit zu verbessern.

Sprachrohr der SDAJ blieben die Monats-Zeitschriften „elan – Das Jugendmagazin“ (Auflage etwa 26.000 Exemplare) und „Jugendpolitische Blätter“ (Auflage etwa 2.500 Exemplare). Außerdem erschienen ein monatlicher „elan-Artikeldienst für Betriebs-, Lehrlings-, Stadtteil- und Schülerzeitungen“ sowie zahlreiche von SDAJ-Gruppen meist unregelmäßig und mit geringer Auflage verbreitete Kleinzeitungen. Jeweils vierteljährlich zu den Einberufungsterminen für Wehrpflichtige gaben „elan“-Redakteure „gemeinsam mit Bundeswehrsoldaten“ die Schrift „Rührt Euch – Zeitung für Soldaten“ heraus⁹⁸. Die „elan“-Redaktion richtete ferner als „neuesten Draht“ zu „Freunden der Daten-Fernübertragung“ eine „elan-Mailbox“ ein, mit der „unzensurierte, schnelle Informationen für jeden“ und „schnelle Warnung“ vor Maßnahmen der Staatsorgane verbreitet werden könnten⁹⁹. SDAJ-Mitglieder gründeten auch erste „SDAJ-Computerclubs“.

Der Verbreitung „sozialistischen Bewußtseins“¹⁰⁰ dienten „Bildungsabende“ der Gruppen, Seminare und Zirkel der Kreisverbände, Gruppenleiterschulungen bei den Landesverbänden und Wochenlehrgänge an der zentralen kommunistischen „Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg“ in Aurach/Krs. Ansbach.* Auch Schulungseinrichtungen der DKP standen SDAJ-Mitgliedern wieder zur Verfügung. Der SDAJ-Bundesvorstand legte die „Bildungsthemen“ fest und verbreitete „Bildungszeitungen“ und sonstiges Schulungsmaterial.

Die SDAJ setzte ihre Kontakte zu anderen kommunistischen Jugendorganisationen fort. Besonders eng blieben die Beziehungen zur „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) der DDR. SDAJ-Mitglieder reisten u. a. zum „Festival des politischen Liedes“ (16. bis 23. Februar in Berlin/Ost), zum „Internationalen Freundschaftslager“ am Scharmützelsee (17. bis 30. Juli) und Anfang November zum „Internationalen Jugendlager“ in Werder/Havel.

Funktionäre der SDAJ trafen sich mit Vertretern der kommunistischen Jugendverbände der UdSSR, Kanadas, Mocambiques, Nordkoreas und Nicaraguas. Solidaritätsaktionen galten erneut der

Zahl der SDAJ-Mitglieder konstant

Enge Kontakte zur FDJ in der DDR

* Die „Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg“ wurde 1977 mit materieller Unterstützung der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) der DDR eingerichtet. Der Eigentümer der „Burg Wahrberg“ ist Mitglied der DKP. Auf der Burg sind zumindest fünf Personen ständig beschäftigt, darunter der Leiter der „Jugendbildungsstätte“ sowie deren Geschäftsführer; ein Teil der Referenten der Schulungskurse kommt von auswärts.

Schulungsarbeit des MSB Spartakus

Aurach-Kurse Frühjahr '86

In der Jugendbildungsstätte Burg Warberg in Aurach werden vom MSB Spartakus Kurse zu folgenden Themen angeboten:

Einführung in den Marxismus	16. 2.-22. 2.
Einführung in „Kapital“	15. 2.-22. 2.
Gruppenvorstand/Ortsvorstand	23. 2.- 1. 3.
Einführung in die Philosophie	23. 2.- 1. 3.
Marxismus und Frauenfrage	2. 3.- 8. 3.
Marxismus und Friedenskampf	2. 3.- 8. 3.
Einführung in den Marxismus	16. 3.-22. 3.
Gruppenvorstand	1. 4.- 6. 4.
Verfallte Studentenschaft	1. 4.- 6. 4.
Marxistischer Journalismus	6. 4.-12. 4.
Wissenschaftlicher Kommunismus	6. 4.- 2. 4.

Anmeldung: MSB Spartakus, Postfach 2006,

Aurach-Kurse Herbst '86

In der Jugendbildungsstätte Burg Warberg in Aurach werden vom MSB Spartakus Kurse zu folgenden Themen angeboten:

Einführung in die Philosophie	7. 9.-13. 9.
Kapital, Band I	13. 9.-21. 9.
Marxismus und Friedenskampf	14. 9.-20. 9.
Internationale	14. 9.-20. 9.
Ortsvorstände/Gruppenvorstände	21. 9.-27. 9.
Marxismus und Frauenfrage	21. 9.-27. 9.
Gruppenvorstände	28. 9.- 4. 10.
Verfallte Studentenschaft	28. 9.- 4. 10.
Einführung in den Marxismus	5. 10.-11. 10.
Einführung in den wissenschaftlichen Kommunismus	19. 10.-25. 10.

Anmeldung: MSB Spartakus, Postfach 2006, 5300 Bonn 1



MSB SPARTAKUS
Sommersemester 1986
2. Bildungsthema

Die marxistische Studentenorganisation

Aufgaben und Organisationsprinzipien des MSB




MSB SPARTAKUS
Buchvermerk
Bücher: 81
5300 Bonn 1
Telefon: (02 28) 22.20.83

RUNDBRIEF

BILDUNG

DATUM 27. 8. 86




MSB SPARTAKUS
Sommersemester 1986
2. Bildungsthema

Die marxistische Studentenorganisation

Aufgaben und Organisationsprinzipien des MSB



Seminar des MSB Spartakus

Marxismus und Humanismus

Zur Aktualität von Engels' Schrift „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“

Referent: Robert Steigerwald

Freitag, 31. 1. 1986, 16 bis 20 Uhr
Marx-Engels-Zentrum, Wuppertal, Gathe 55-57



Die Strategie der Linkskräfte im Bundestagswahlkampf

Jochen Dietrich (Friedensliste)

Seminar des MSB Spartakus
Ort: Marx-Engels-Zentrum, Gathe 54-56, Wuppertal
Freitag, 1. Februar 1986, 14 bis 18 Uhr

„Jugend Nicaraguas“ und der südafrikanischen Widerstandsbewegung ANC (Afrikanischer National-Kongreß).

Die Breite der internationalen Verbindungen wurde auf dem gemeinsam von SDAJ und MSB veranstalteten 5. „Festival der Jugend“ (17./18. Mai in Dortmund) deutlich; 61 „befeundete Organisationen“ aus 50 Ländern hatten Teilnehmer entsandt. Für den sowjetisch gesteuerten „Weltbund der Demokratischen Jugend“ (WBDJ) organisierte die SDAJ – sie ist Mitglied im Büro dieser kommunistischen Frontorganisation – im November eine Arbeitskonferenz in der „Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg“; Vertreter westeuropäischer WBDJ-Mitgliederverbände aus 9 Ländern nahmen teil.

1.3.2 „Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB)

Der 1971 gegründete MSB – „die revolutionäre Studentenorganisation“ in der Bundesrepublik Deutschland¹⁰¹ – kämpft an den Hochschulen für eine „grundlegend andere Gesellschaftsordnung“, für die „sozialistische Demokratie“¹⁰². Als Anleitung zum Handeln beruft er sich nach wie vor auf den „Marxismus-Leninismus“¹⁰³.

Der Bundesvorsitzende Thomas *Harms* ist Mitglied des DKP-Parteivorstandes; seine beiden Stellvertreter gehören ebenfalls der DKP an.

Hauptaktionsfelder des Verbandes blieben der „Friedenskampf an den Hochschulen“ und der „Kampf“ gegen die „Umsetzung“ des neugefaßten Hochschulrahmengesetzes. „Großen Anteil“ will der MSB an den Protestaktionen der „Friedensbewegung“ gehabt haben¹⁰⁴. Seine Kampagne „Stopp dem ‚Zwei-Klassen-Studium‘“ bezeichnete er als „Hauptkettenglied des Klassenkampfes an den Hochschulen“¹⁰⁵.

Bei der Reaktion auf tagespolitische Einzelfragen (z. B. die Reaktor-katastrophe in Tschernobyl) gab sich der MSB manchmal flexibler und realitätsnäher als die DKP.

Die Mitgliederzahl des MSB stagniert seit Jahren bei fast 6.000; damit ist er der größte, einflußreichste und handlungsfähigste links-extremistische Studentenverband. Die Wirkung seiner politischen Arbeit an den Hochschulen konnte er durch die andauernde enge Zusammenarbeit mit dem „Sozialistischen Hochschulbund“ (SHB) (vgl. Ziff. 2.1) verstärken.

Das Verbandsorgan „rote blätter“ erschien unverändert mit einer Auflage von etwa 15.000 Exemplaren; zu aktuellen Anlässen wurden wieder in großer Zahl „rote blätter-EXTRA“ verteilt.

Die Schulung der MSB-Mitglieder wird intensiv betrieben. Die Gruppen veranstalteten – nach den Schulungsunterlagen des Bundesvorstandes – „Bildungsabende“, „Bildungszirkel“ und „Einführungskurse“ für neue Mitglieder. Die kommunistische „Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg“ bot ebenfalls wieder Schulungskurse für MSB-Mitglieder an.

Wie alle orthodox-kommunistischen Organisationen nutzte auch der

Der MSB-Vorsitzende ist Mitglied des DKP-Parteivorstandes

MSB bleibt einflußreichster linksextremistischer Studentenverband

MSB seine Kontakte zu kommunistischen Jugend- und Studentengruppen in der DDR und anderen sozialistischen Staaten zur „ideologischen Festigung“ und Motivierung seiner Mitglieder. Er beteiligte sich am „21. Europameeting“ nationaler Studentenverbände in Rostock/DDR (6. bis 9. Februar), am „Festival des politischen Liedes“ (16. bis 23. Februar in Berlin/Ost), am „Internationalen Freundschaftslager“ am Scharmützelsee (17. bis 30. Juli) und am „Internationalen Jugendlager“ in Werder/Havel. Gemeinsam mit der SDAJ veranstaltete der MSB das „5. Festival der Jugend“ (17./18. Mai in Dortmund).

1.3.3 „Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP)

Die 1974 gegründeten „Jungen Pioniere“ betonen unverändert ihren Willen zur „Stärkung von SDAJ und DKP“. Nur bei den JP könnten Kinder „sozialistische Ideen systematisch kennenlernen“; die Gründung von Pioniergruppen sei „unverzichtbarer Bestandteil“ kommunistischer Politik¹⁰⁶.

JP Rekrutierungsfeld
für DKP und SDAJ

DKP und SDAJ sehen in den JP ein Rekrutierungsfeld mit „großen Reserven“¹⁰⁷. Alle drei Organisationen blieben personell eng verflochten: Der JP-Bundesvorsitzende Gerd *Hertel* ist Mitglied des DKP-Parteivorstandes und des SDAJ-Bundesvorstandes.

Die Mitgliederzahl der JP hält sich seit Jahren bei etwa 4.000. Abwanderungen in die SDAJ oder Austritte konnten mit Werbeaktionen immer wieder ausgeglichen werden. Zur Schulung der Pionierleiter wurden Lehrgänge an der „Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg“ angeboten. Die JP-Bundesleitung gab monatlich die Kinderzeitung „pionier“ und das „Pionierleiter-Info“ heraus. Die Gruppenleiter erhalten zusätzlich Material für die politisch-ideologische Argumentation.

Die JP unterhalten seit Jahren Kontakte zu anderen kommunistischen Kinderorganisationen; sie sind weiterhin Mitglied in der „Weltkinderorganisation CIMEA“ („Comité International des Mouvements d'Enfants et Adolescents“), einer „Zweigorganisation“ des sowjetisch gesteuerten „Weltbundes der Demokratischen Jugend“ (WBDJ).

1.4 Kommunistisch beeinflusste Organisationen

Kommunistisch beeinflusste Organisationen als „Bausteine“ einer „roten Infrastruktur“

Die moskauorientierten Kommunisten können bei ihrem Bemühen, möglichst viele Bürger zur Zusammenarbeit und zur Unterstützung kommunistischer Nahziele zu gewinnen, auf ein „Umfeld von befreundeten Organisationen“ zurückgreifen¹⁰⁸. Die DKP verfügt seit Jahren über etwa 50 solcher Organisationen. Diese erscheinen nach außen meist unabhängig, sind aber tatsächlich erheblich von Kommunisten beeinflusst; die DKP betrachtet sie – zusammen mit ihren Nebenorganisationen (vgl. Ziff. 1.3) – als „Bausteine“ einer „roten Infrastruktur“¹⁰⁹.

Um die Aktivitäten solcher Organisationen maßgeblich beeinflussen zu können, genügt es Kommunisten erfahrungsgemäß, etwa ein

Drittel der Sitze in den Führungsgremien – vor allem im organisatorischen (hauptamtlichen) Bereich und in „Schlüsselreferaten“ – mit eigenen Mitgliedern oder Anhängern zu besetzen. Eine stärkere Präsenz wird sogar häufig aus taktischen Gründen vermieden. Meist gehört die Mehrzahl der Mitglieder kommunistisch beeinflusster Vereinigungen nicht zugleich einer kommunistischen Kern- oder Nebenorganisation an.

Kommunisten legen Wert darauf, daß die von ihnen beeinflussten Organisationen sich nicht offen für „revolutionäre“ Ziele einsetzen. Sie sollen vielmehr Forderungen erheben, die – isoliert betrachtet – nicht verfassungsfeindlich erscheinen und auch die Zustimmung von Demokraten finden können. So soll vor allem bei umworbene Bündnispartnern die Hemmschwelle gegenüber einer Zusammenarbeit mit Kommunisten abgebaut werden.

Während in einigen DKP- oder SEW-beeinflußten Organisationen keine Entscheidungen gegen den Willen der Kommunisten möglich sind (VVN-BdA, DFU, KFAZ), können in anderen (z. B. DFG-VK, VDJ) demokratische Mitglieder ihre Positionen – zumindest in Einzelfragen – zur Geltung bringen, selbst wenn diese den Vorstellungen der DKP zuwiderlaufen.

Zu den bedeutendsten DKP-beeinflußten Organisationen gehören:

1.4.1 „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA)

In der VVN-BdA (13.500 Mitglieder) ist der kommunistische Einfluß nach wie vor besonders groß; der Generalsekretär Kurt *Erlebach* (u. a. verantwortlich für die Publikationen „antifaschistischer Jugenddienst“ und „AID-Argumentation, Information, Dokumentation“) ist Mitglied des DKP-Parteivorstandes. Der Organisationssekretär, mehr als zwei Drittel der Mitglieder des geschäftsführenden Präsidiums, die (hauptamtlichen) Landessekretäre und die beiden Redakteure der monatlich erscheinenden Mitgliederzeitschrift „antifaschistische Rundschau“ sind Kommunisten.

Die DKP räumt dieser „antifaschistischen Bündnisorganisation“ seit jeher besonderen Rang ein. Stolz vermerkte die VVN-BdA:

„Wie sehr die DKP unsere Organisation schätzt, zeigte sich darin, daß eine Delegation unseres Präsidiums offiziell zum Parteitag eingeladen war und besonders begrüßt wurde. Wie stark das Engagement von Kommunisten in unserer Organisation ist, ging aus dem Mandatsprüfungsbericht hervor: Unter den 719 Delegierten waren 213 Mitglieder der VVN-BdA.“
(„antifaschistische Rundschau“, Nr. 6/86)

In ihrem Grußschreiben an den DKP-Parteitag unterstrich die VVN-BdA die „hervorragende Rolle“ der Kommunisten im „antifaschistischen Kampf“ und gab sich gewiß, daß der Parteitag zur „Stärkung der demokratischen und antifaschistischen Kräfte“ beitragen werde.

Ziel: Abbau der Hemmschwelle gegenüber einer Zusammenarbeit mit Kommunisten

In der VVN-BdA haben Kommunisten beherrschenden Einfluß

VVN-BdA kämpft gegen „Antikommunismus“ und „Neofaschismus“, für „antifaschistische Aktions-einheit“

Arbeitsschwerpunkt der VVN-BdA blieb der Kampf gegen „Antikommunismus“ und „Neofaschismus“ und für die „antifaschistische Aktionseinheit“ (vgl. Ziff. 2.5). Damit will der Verband die antitotale, d. h. die gleichermaßen gegen Rechts- wie gegen Linksextremismus gerichtete Zielsetzung des Grundgesetzes auf einen nur noch „antifaschistischen“ und „antimonopolistischen“ Auftrag einengen.

Die VVN-BdA verknüpft ihre aktuelle Agitation seit Jahren mit mahnenden Verweisen auf die NS-Zeit und auf angeblich drohende parallele Entwicklungen. VVN-BdA-Funktionäre initiierten – unter Hinweis auf „in der Zeit des Faschismus erlittene Haft“ – Aufrufe gegen eine Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG), gegen „Geheimdienstgesetze“ und gegen eine Änderung des „Asylrechts“; VVN-BdA-Mitglieder führten – unter Berufung auf den „Mut der Widerstandskämpfer gegen den faschistischen Krieg und Terror“ – eine „Mahnwache“ am Raketenstationierungsort in Haselbach/Hunsrück durch; Funktionäre der VVN-BdA beteiligten sich auch an einer Blockade des Standortes amerikanischer Mittelstreckenraketen in Mutlangen (Baden-Württemberg).

Die VVN-BdA organisierte im Juni, anlässlich des 45. Jahrestages des Angriffs der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion, in 16 Städten des Bundesgebietes Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen mit Referenten aus der UdSSR. Diese sprachen über die „Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion – Chance für einen dauerhaften Frieden“ (vgl. Kap. VII.1.2). Am 28. Juni richtete das VVN-BdA-Präsidium in Wuppertal, zusammen mit der „Marx-Engels-Stiftung e.V.“ (vgl. Ziff. 5.2), ein internationales Symposium zur „Historischen Bedeutung des Kampfes gegen den faschistischen Putsch in Spanien“ aus; am 21. September folgte, in Zusammenarbeit mit der „Gemeinschaft der ehemaligen republikanischen Spanienkämpfer in der BRD“ (in der Vereinigung arbeiten u. a. auch DKP-Mitglieder mit), eine Veranstaltung „1936 Kampf für Spaniens Freiheit – 1986 Solidarität mit Nicaragua & den Kämpfern für ein vom Rassismus befreites Südafrika“.

Großen Anteil hatte die VVN-BdA an der Entstehung der „Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime“, die sich Ende Mai in Frankfurt/M. konstituierte; ihr Vorstand besteht aus fünf führenden Funktionären der VVN-BdA. Der Vorsitzende, seine Stellvertreterin und der Schriftführer gehören der DKP an. Unverändert eng waren die Kontakte der VVN-BdA zum „Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR“; dorthin entsandte sie wieder mehrere Delegationen.

1.4.2 „Deutsche Friedens-Union“ (DFU)

Die DFU ist eine „Funktionärsorganisation“ für kommunistische „Volksfront“-Politik

Die DFU behielt ihre zentrale Rolle als „Funktionärsorganisation“ für die kommunistische „Volksfront“-Politik. Sie zählt seit Jahren nur etwa 1.000 Mitglieder, stellt damit jedoch – in enger Abstimmung mit der DKP – einen wesentlichen Teil der „Infrastruktur“ des

kommunistischen „Friedenskampfes“ (z. B. bei den „Ostermärschen“); sie steuerte die Arbeit der „Krefelder Initiative“ (vgl. Ziff. 2.3), organisierte Unterstützerverkreise für die „Friedensliste“ (vgl. Ziff. 1.4.5) und koordinierte wieder Aktionen gegen die Fernhaltung moskauorientierter Kommunisten vom öffentlichen Dienst (vgl. Ziff. 2.4).

Der Einfluß der DFU auf „Bewegungen“ und Initiativen erfolgt über ihren aufwendigen und leistungsfähigen „Apparat“ mit hauptamtlichen Funktionären, unter denen sich zahlreiche Kommunisten befinden. Der Sekretär des DFU-Direktoriums, Heinz *Dreibrodt*, wurde in der DDR geschult; er war Mitglied der 1956 verbotenen KPD.

Die DFU versicherte in einem Grußschreiben an den DKP-Parteitag, sie habe „stets . . . allen Anfeindungen zum Trotz die Zusammenarbeit mit Kommunisten praktiziert“. Bei anderer Gelegenheit bezeichnete ein Mitglied des DFU-Direktoriums den „Antikommunismus“ als den „Zwillingsbruder des Antisemitismus“¹¹⁰. Wiederholt behauptete die DFU, „daß die Bekämpfung des Antikommunismus für eine konsequente Friedenspolitik unabdingbar“ sei¹¹¹. Am 8. Februar veranstaltete sie in Hamburg eine „Konferenz zur Funktion des antikommunistischen Feindbildes“ unter dem Motto „Ko-Existenz statt No-Existenz“ (etwa 300 Teilnehmer). Bei der Eröffnung bekannte ein DFU-Funktionär freimütig, wenn jemand meine, die DFU wolle mit dieser Konferenz „den Kommunisten nutzen“, so sei das „nicht völlig falsch“.

Als Werbung für die Politik der Sowjetunion organisierte die DFU im März Diskussionsrunden mit vier Vertretern des „Sowjetischen Friedenskomitees“; sie referierten über die „Friedensvorschläge“ der UdSSR und die Ergebnisse des XXVII. Parteitages der KPdSU (vgl. auch Kap. VII.1.2).

Besondere Anstrengungen unternahm die DFU wieder, für Nahziele der Kommunisten auch unter Christen zu werben. Von den 63 Mitgliedern der DFU-Führungsgremien auf Bundesebene (Direktorium, Bundesvorstand) geben zehn als Beruf „Pfarrer“ oder „Pastor“ an; mehrere von ihnen wirken in der Initiative „Christen für die Abrüstung“ (CfA) oder bei der ökumenischen Monatsschrift „Neue Stimme“ mit. Funktionäre der DFU organisierten Unterschriftensammlungen von „Pfarrer-Friedensinitiativen“. Auf Betreiben der DFU kamen etwa 40 Mitarbeiter solcher Initiativen am 18. Oktober in Frankfurt/M. zu einer Beratung „Christen sagen nein zur Weltraumrüstung“ zusammen. Sie forderten „Parteinahme“ für die „konstruktiven Vorschläge der Sowjetunion“ und gegen die „lebensbedrohenden Pläne der US-Regierung“ und verpflichteten sich, in ihren Weihnachtspredigten den „Widerspruch zur Weltraumrüstung und zu Atomtests unüberhörbar“ zu machen. Diese Selbstverpflichtung soll, so berichtete die UZ¹¹², von „Hundertern Pfarrerinnen und Pfarrern“ unterzeichnet worden sein. Auch der „Arbeitskreis Christen in der DFU“ hat sich der Unterstützung sowjetischer „Friedensinitiativen“ verschrieben. In einem Flugblatt kommentierte er abrü-

DFU kämpft gegen „Antikommunismus“

DFU organisiert „Pfarrer-Friedensinitiativen“ gegen SDI

stungspolitische Vorschläge des „Atheisten Michail Gorbatschow“ mit den Worten:

„Gott spricht offenbar auch aus dem Munde der Ungläubigen – uns Christen zur Scham.“

Zur Unterstützung ihrer zentralen Agitationsthemen verbreitete die DFU eigene periodische Schriften und Sonderpublikationen. Argumentationshilfe für den „Friedenskampf“ gibt ein monatlich erscheinendes „Abrüstungsinfo“; für die Kampagnen gegen angebliche „Berufsverbote“ und gegen „Sicherheitsgesetze“ erscheint ein „info demokratie“.

Die DFU pflegte ihre Kontakte zum „Friedensrat der DDR“ und führte zahlreiche „Studienreisen“ in die DDR durch.

1.4.3 „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KFAZ)

Das KFAZ blieb eines der wichtigsten bündnispolitischen Instrumente des kommunistischen „Friedenskampfes“. Seinem zentralen Leitungsgremium, dem „Büro“, gehören 16 Mitglieder an, darunter – neben Kommunisten – Angehörige der vorrangig umworbenen Zielgruppen kommunistischer Bündnispolitik: Sozialdemokraten, Liberale, Gewerkschafter, Arbeiter, Christen beider großen Konfessionen und „Ökologen“. Wesentliche Aktivitäten gingen wieder von den – hauptamtlich in der „Friedensarbeit“ tätigen – Kommunisten unter den Mitgliedern des „Büros“ und den Mitarbeitern des Komitees aus.

KFAZ ist Filiale des sowjetisch gesteuerten „Weltfriedensrates“

Das KFAZ betätigte sich auch 1986 als Filiale des sowjetisch gesteuerten „Weltfriedensrates“ (WFR) in der Bundesrepublik Deutschland. Die Hälfte der „Büro“-Mitglieder gehört dem WFR an. Martha *Buschmann*, eine der WFR-Vizepräsidentinnen, ist Mitglied des „Büros“ des KFAZ und des Präsidiums der DKP. Kontaktanschrift der „Konferenz der Mitglieder des Weltfriedensrates in der BRD“ (43 Mitglieder) ist Achim *Maske*, Mitglied des „Büros“ des KFAZ und des WFR-Präsidiums (vgl. Kap. VII.1.2).

KFAZ aktiv im „Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung“

Mit seinen Publikationen und mit organisatorischem, finanziellem und personellem Einsatz nahm das KFAZ erneut Einfluß auf Aktionsplanungen und Positionen der „Friedensbewegung“. In deren bundesweitem „Koordinierungsausschuß“ (KA) wirkten für das Komitee Achim *Maske* und ein weiterer KFAZ-Mitarbeiter und für die Initiative „Frauen in die Bundeswehr? – Wir sagen Nein!“ das KFAZ-„Büro“-Mitglied Mechtild *Jansen* (WFR) mit. Das KFAZ wurde im Januar erneut in die „Geschäftsführung“ des KA gewählt und stellte Mitarbeiter für das Bonner Büro des KA. Unter den 13 Redaktionsmitgliedern der „Massenzeitung“ des KA für die „Großdemonstration im Hunsrück“ (11. Oktober) befanden sich fünf Vertreter des KFAZ, darunter Achim *Maske*, ferner ein Mitglied des Bundesvorstandes des MSB Spartakus. *Maske* übernahm auch – wie

in den Vorjahren – die Information der Presse über die „Ostermärsche 1986“ (vgl. Ziff. 2.3).

Am 21./22. Juni veranstaltete das KFAZ in Köln eine Konferenz „Frieden 2000 – Wege aus der Gefahr“. Dazu hatte es ein „Memorandum“ vorgelegt, für das ein DKP-Mitglied verantwortlich zeichnete. Unter den 250 Teilnehmern befanden sich Gäste aus der DDR, der UdSSR, der ČSSR, aus Polen und aus westeuropäischen Ländern. Auf der Veranstaltung wurde auch der DDR-Film „Die Generale“ erstmals in der Bundesrepublik Deutschland aufgeführt. Der unter Beratung von Professor Gerhard *Kade* (Mitglied des „Büros“ des KFAZ und des WFR) entstandene Film dokumentiert den Werdegang von Mitgliedern der Gruppe „Generale für Frieden und Abrüstung“; die Hälfte der portraitierten ehemaligen Offiziere aus verschiedenen NATO-Staaten ist Mitglied im WFR.

1.4.4 „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK)

Im Bundesvorstand und in Landesvorständen der DFG-VK arbeiteten Kommunisten nach wie vor in einflußreichen Funktionen mit. Die DKP begrüßte Vertreter des Verbandes auf ihrem 8. Parteitag in Hamburg. In den einzelnen Gliederungen der DFG-VK war der Einfluß von Kommunisten unterschiedlich, teilweise unbeachtlich. Das Verbandsorgan „Zivil Courage“ veröffentlichte auch Leserbriefe, die DKP-nahe Positionen kritisierten und den Verband als „DKP-VK“ charakterisierten. Anarchistisch orientierte Kräfte innerhalb des Verbandes erklärten zu seinen Aktionsformen, „menschenerverletzende Gewalt“ sei abzulehnen, „direkte Aktionen gegen militärische und zivilmilitärische Einrichtungen“ entsprächen jedoch dem Prinzip der „Gewaltfreiheit“. Man habe daher „ein gewisses Verständnis für die Leute, die ‚bewaffnet‘ zu Aktionen anreisen“; so sei „z. B. der Zaun in Wackersdorf . . . kein Tabu“¹¹³.

Die DFG-VK mußte auch 1986 Mitgliederverluste hinnehmen, wengleich sich der „Trend nach unten“ verlangsamt¹¹⁴. Zum Jahresende lag die Mitgliederzahl bei etwa 12.000 (Ende 1985: 12.700).

Mit einem außerordentlichen Bundeskongreß (am 15./16. März in Wiesbaden) versuchte die Organisation, ihre „Vertrauenskrise“ innerhalb der Mitgliedschaft und ihre „Finanzmisere“ zu überwinden. Er schränkte die Befugnisse des Bundesvorstandes ein und erklärte den Bundesausschuß, dem auch Vertreter aus den Landesverbänden angehören, zum höchsten Entscheidungsgremium der DFG-VK. Der Bundesvorsitzende wurde im Amt bestätigt; zu den 16 gewählten Bundesvorstandsmitgliedern gehören nach wie vor der „Abrüstungsreferent“ Gregor *Witt* und der Bundesgeschäftsführer Michael *Gems* (beide DKP).

Zur Behebung der „Finanzmisere“ wurden drastische Sparmaßnahmen eingeleitet – u. a. Entlassung von Mitarbeitern, Auflösung des verbandseigenen Buchversands. Die neue DFG-VK-Führung erhofft

In einflußreichen Funktionen der DFG-VK arbeiten Kommunisten

Mitgliederverluste der DFG-VK

Schwerpunkte der DFG-VK: Agitation gegen NATO, Bundeswehr und für Wehrdienstverweigerung

sich vor allem von einem Verkauf des Gebäudes der Bundesgeschäftsstelle in Velbert in Form eines „geschlossenen Immobilienfonds“ eine finanzielle Entlastung. Für eine Beteiligung an dem Projekt wurde auch im DKP-Zentralorgan mit Anzeigen geworben.

Die organisatorischen und finanziellen Schwierigkeiten beeinträchtigten auch die Aktivitäten der DFG-VK; sie konnte nur vereinzelt größere Aktionen starten. Schwerpunkte blieben dabei die Kampagne gegen die Verteidigungsanstrengungen des NATO-Bündnisses, die Agitation gegen die Bundeswehr und die Beratung zur Wehrdienstverweigerung. Mit einer Kampagne „Aktiv gegen Oliv“ rief der Verband dazu auf, „der Bundeswehr eins auszuwischen“ und sie schließlich durch „massenhafte KDV (Kriegsdienstverweigerung) ... in ihrem Bestand (zu) gefährden“¹¹⁵. Zur Unterstützung der Kampagne organisierte die DFG-VK u. a. eine Theaterrevue und verbreitete – als „peppiges Jugendmaterial“ zur „Schulverteilung“¹¹⁶ – eine Zeitschrift „Panzerknacker“.

Die DFG-VK gehört nach wie vor dem „Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung“ (KA) an; im Januar wurde sie – vertreten durch ihren Bundesvorsitzenden und das Bundesvorstandsmitglied Gregor Witt (DKP) – auch wieder in die Geschäftsführung des KA gewählt.

In Abstimmung u. a. mit den „Friedensräten“ der DDR und der ČSSR bereitet die DFG-VK einen internationalen „Olof-Palme-Friedensgedächtnismarsch für ein atomwaffenfreies Europa“ vor, der im September 1987 stattfinden soll.

1.4.5 „Die Friedensliste“

„Die Friedensliste“ – auf kommunistisches Betreiben als Personenbündnis zur Europa-Wahl 1984 gegründet – konzentrierte sich im Berichtsjahr auf die Vorbereitungen zur Bundestagswahl 1987 (vgl. Ziff. 6.1). Die Liste zählt nach wie vor etwa 1.500 Mitglieder. In ihren gewählten Gremien und in ihrem Apparat dominieren unverändert Mitglieder der DKP und ihres Umfelds; einer der beiden Bundesgeschäftsführer ist DKP-Mitglied; zu den fünf „Sprechern“ gehören Uwe Knickrehm (Mitglied des DKP-Parteivorstandes), Horst Trapp (Mitglied des DFU-Bundesvorstandes) und ein Mitglied des kommunistisch gesteuerten „Weltfriedensrates“. In ihrem Grußschreiben an den DKP-Parteitag in Hamburg erklärte „Die Friedensliste“, es sei für sie „stets mehr als eine Pflichtübung, die gemeinsame Friedensarbeit mit Kommunistinnen und Kommunisten zu betonen“. Publikationen und Wahlkampfmaterialien der „Friedensliste“ wurden in der DKP-„Hausdruckerei“ Plambeck & Co. in Neuss gedruckt.

Die moskauorientierten Kommunisten sehen das Personenbündnis als Mittel, die „Originalpolitik der DKP“ wirksamer propagieren zu können¹¹⁷. Der DKP-Vorsitzende Herbert Mies erklärte auf der Bundeswahlkonferenz seiner Partei am 13. September in Bottrop:

„Die Friedensliste“ ist ein kommunistisch beeinflusstes Personenbündnis

“Friedensliste“ - kommunistisch
gesteuertes Wahlbündnis

UZ

...Deshalb kandidieren für die Friedensliste Kommunistinnen und Kommunisten...

**DIE SDAJ RUFT AUF:
WÄHLEN GEHEN !!!!
MIT DER ERSTSTIMME
DIE FRIEDENSLISTE WÄH-
LEN !**

**SDAJ-Aktionswoche für
Friedensliste beginnt**

DIE FRIEDENSLISTE



**Mit der Erststimme
FRIEDENSLISTE
wählen**

DKP



**MSB
SPARTAKUS**

Bundesvorstand
Buschstr. 81
5300 Bonn

RUNDBRIEF

Bundestagswahl 1987



...die Unterschriftensammlung unter den Wahlaufrief für die FRIEDENSLISTE.

...wollen wir Euch außerdem Anhaltspunkte für die Er-
stellung und Diskussion des FRIEDENSLISTEN-Wahlkampf-Kampagnenplans Januar geben.

...im Januar geht der FL-Wahlkampf ja erst richtig los!

„Die Hauptforderungen der ‚Friedensliste‘ zur Bundestagswahl sind auch Forderungen der DKP. Sie können im Bündnis wirkungsvoller vertreten werden. Ein mit christlichen, liberalen, linkssozialistischen und unabhängigen Persönlichkeiten gemeinsam geführter Wahlkampf kann politische Ausstrahlung auf mehr Menschen entwickeln, auf Menschen, die wir Kommunisten allein mit unseren Argumenten heute noch nicht erreichen.“
(UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 17. 9. 1986, S. 13)

Die wegen der Entscheidung, sich nicht an der Bundestagswahl 1987 zu beteiligen, an der Basis auftretenden „Irritationen“ versuchte die DKP-Führung mit dem Argument aufzufangen, Wahlbündnisse unter Einschluß von Kommunisten bedeuteten „grundsätzlich eine Erhöhung – keine Minderung – unseres Einflusses“¹¹⁸. Das Bekenntnis der Bündnispartner gegen „Antikommunismus“, ihr „bewußtes“ Zusammengehen mit Kommunisten habe für die Partei „strategischen Wert“¹¹⁹. „Die Friedensliste“ hob denn auch in ihren „Grundthesen für ein Wahlprogramm“ – ausgearbeitet von Funktionären der DKP und ihr nahestehenden Personen – hervor, sie trete „ohne Abstriche“ dem „Antikommunismus“ als einem „zerstörerischen Gift für unsere Demokratie“ entgegen.

Auf zwei Wahlkongressen am 28. Juni in Köln und am 21. September in Simmern/Hunsrück verkündete „Die Friedensliste“ ihr Konzept für die Bundestagswahl: Erststimmenkandidatur in den 248 Wahlkreisen, Verzicht auf eigene Landeslisten, statt dessen Aufforderung, mit der Zweitstimme SPD oder GRÜNE zu wählen (vgl. Ziff. 6). Bei der Suche nach Direktkandidaten gab es Schwierigkeiten, genügend nichtkommunistische, für breite Kreise „wählbare“ Bewerber zu finden. Schließlich mußte die DKP von ihrem ursprünglichen Plan, aus bündnistaktischen Erwägungen nur etwa 20 Prozent der Kandidaten zu stellen, abrücken: Mindestens 40 Prozent der nominierten Kandidaten kamen aus den Reihen der DKP, weitere 30 Prozent aus einer ihrer Vorfeldorganisationen. Kommunisten sahen in der Kandidatur des Bündnisses einen „Fortschritt in der Realisierung . . . der politischen Ziele“ der DKP¹²⁰.

„Die Friedensliste“ wirkte im Koordinationskreis für den Kongreß „Frieden mit der NATO?“ (am 12./13. April in Köln) mit (vgl. Kap. VI.3). Damit setzte sie ihre Versuche fort, Anerkennung auch über ihr „traditionelles“ Bündnisspektrum hinaus zu finden.

1.4.6 „Demokratische Fraueninitiative“ (DFI)

Die DFI – bisher ein lockerer Zusammenschluß von mehr als 100 örtlichen Frauengruppen ohne „Mitgliederstatus“ – bemüht sich um eine „festere Organisationsstruktur“ und „mehr Verbindlichkeit“ ihrer Arbeit. Die DKP begrüßte die Bestrebungen, „die DFI zu festigen und zu stärken, sie zu einer breiten Frauenorganisation auszubauen“, und sagte ihre „volle Unterstützung“ zu¹²¹.

Der 5. Bundeskonferenz der DFI am 7./8. Juni in Köln lag ein Grußschreiben des DKP-Parteivorstandes vor, in dem die DFI als

Zwei Drittel der Wahlkandidaten der „Friedensliste“ kamen aus der DKP oder ihren Vorfeldorganisationen

„einflußreicher integrierender Faktor innerhalb der Frauenbewegung“ gewürdigt wird. Die DKP erwarte von ihr „wichtige Impulse . . . gegen Rechtswende und Weltraummilitarisierung, gegen Arbeitslosigkeit, Sozial- und Demokratieabbau, für mehr Frauenrechte, für eine atomwaffenfreie Welt im Jahr 2000“.

Auf der Bundeskonferenz erklärte Mechtild Jansen (Mitglied des KFAZ-„Büros“ und des „Weltfriedensrates“, Vertreterin der DKP-beeinflußten Initiative „Frauen in die Bundeswehr? – Wir sagen Nein!“ im „Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung“), der „Kampf“ der DFI sei „ein feministischer und ein antikapitalistischer“; die DFI sei ein „Bündnis unterschiedlicher Kräfte“, deshalb dürfe es keine „Tabuisierung von DKP-Mitgliedschaften“ geben.

Nach der Bundeskonferenz straffte die DFI ihren Apparat; dabei konnte die DKP ihren Einfluß ausweiten: Das bisherige DFI-Leitungsgremium, der „Zentrale Arbeitskreis“ (32 Mitglieder), wählte aus seinen Reihen ein neues „kollektives Gremium“ für die Erledigung der aktuellen Aufgaben; dessen sechs Mitglieder gehören sämtlich zur DKP oder einer ihrer Vorfeldorganisationen. Die Arbeit in der DFI-Bundesgeschäftsstelle in Köln besorgen zwei DKP-Mitglieder.

Mit ihrer „frauenpolitischen Bündnisarbeit“ hat die DFI nach wie vor Schwierigkeiten; so kamen zum „bundesweiten Frauenprotest“ der „Aktion Muttertag“ am 10. Mai in Bonn nur etwa 1.500 Personen (1985: 2.500; 1984: 6.000 Personen). Den Grund hierfür sah die DFI in „inhaltlichen und strategischen Meinungsverschiedenheiten sowie generellen Abgrenzungen und Berührungsnöten“¹²². Die DFI beteiligte sich mit „frauenspezifischen“ Parolen an Kampagnen, die von Kommunisten gefördert werden, besonders am „Friedenskampf“. Verstärkt engagierte sie sich auch in der „Internationalismusarbeit“.

Kommunisten weiten ihren Einfluß in der DFI aus

Die DFI-Zeitschrift „Wir Frauen“ blieb bei einer Auflage von etwa 3.500 Exemplaren (6 Ausgaben pro Jahr). Der gleichnamige Jahreskalender wurde – wie in den Vorjahren – mit 50.000 Exemplaren herausgegeben. Verantwortliche Redakteurinnen sind ein Mitglied des DKP-Bezirksvorstandes Rheinland-Westfalen und ein ehemaliges DFU-Bundesvorstandsmitglied.

Ihre bislang „sporadischen Kontakte“ zum „Demokratischen Frauenbund Deutschlands“ – einer „Massenorganisation“ der SED – will die DFI erweitern; für die Zukunft sei ein „regelmäßigerer Austausch“ geplant¹²³.

DFI will Kontakte zur DDR ausbauen

1.4.7 „Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e.V.“ (VDJ)

Die 1972 auf Betreiben der DKP gegründete VDJ zählt inzwischen mehr als 1.200 Mitglieder in 26 Regionalgruppen. Im Bundesvorstand arbeiten seit Jahren Mitglieder der DKP oder DKP-beeinflußter Organisationen mit. Die Vereinigung will „auf die Rechtspolitik der BRD sowohl aktuell als auch langfristig Einfluß“ nehmen¹²⁴. Zur

VDJ will Rechtspolitik beeinflussen

demonstrativen Unterstützung der „Anti-WAA-Bewegung“ hielt sie am 15. März eine Bundesvorstandssitzung in der Nähe von Wackersdorf ab.

Am Vortag ihrer Bundesdelegiertenkonferenz (30. November in Marburg) veranstaltete die VDJ eine „Wissenschaftliche Konferenz“ zum Thema „Recht und Arbeiterbewegung – Zum Gedenken an Wolfgang Abendroth“. Daran beteiligten sich – der kommunistischen Presse zufolge – etwa 500 Juristen und Gesellschaftswissenschaftler. Von den Referenten in den Arbeitsgruppen „Gewerkschaftsbewegung im politischen System – ihre Chancen gegenüber Staat und Kapital“ und „Politische Demokratie und Parlamentarismus“ waren mehr als die Hälfte Kommunisten.

1.4.8 „Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika“ (ASK)

Das ASK bemüht sich um die Entwicklung „antiimperialistischer Bündnisse“ von Kommunisten und Demokraten. In dem Komitee arbeiten seit Jahren Kommunisten und kommunistische Organisationen mit demokratischen Kräften zusammen. Die Geschäfte des Komitees führt ein DKP-Mitglied; der Sprecher ist Mitglied des „Weltfriedensrates“. Die Organisation warb um Solidarität mit Regierungen und „Befreiungsbewegungen“ in der Dritten Welt, die Kommunisten nahestehen. Spendenaktionen galten Nicaragua und Gruppen in Südafrika. Ein „Bündnistreffen“ der „Chile-Komitees“ kam 1986 nicht zustande; das ASK beklagte, Chile stehe „für viele nicht mehr im Zentrum der Solidaritätsarbeit“¹²⁵.

Das Komitee beteiligte sich an einer internationalen Konferenz des „Instituts für Marxistische Studien und Forschungen e.V.“ – IMSF – (vgl. Ziff. 5.1) zum Thema „Verschuldung und Ausbeutung der Dritten Welt und die Rolle der Bundesrepublik“ am 31. Mai/1. Juni in Köln.

Eng verbunden mit dem ASK blieben der „Solidaritätsshop Dritte Welt“, Frankfurt/Main, und das „Antiimperialistische Informationsbulletin“ (AIB), das – mit einer monatlichen Auflage von etwa 5.000 Exemplaren – wieder in der Druckerei Plambeck & Co. (vgl. Ziff. 5.4) gedruckt wurde. Das Bulletin nennt zehn Personen als Herausgeber; die Hälfte davon sind Funktionäre kommunistischer Organisationen.

2. Bündnispolitik

Zum Kern marxistisch-leninistischer Strategie und Taktik gehört seit jeher die Bündnispolitik: die Zusammenarbeit mit nichtkommunistischen Kräften, um den Kommunisten eine „Massenbasis“ für ihre verfassungsfeindlichen Ziele zu verschaffen. Die DKP forderte ihre Mitglieder auf, durch „systematische Arbeit“ in Initiativen und Protestbewegungen den „Masseneinfluß“ der Partei zu „erweitern“¹²⁶.

Organisatorisches
Dach für „antiimperialistische Bündnisse“

Bündnispolitik soll
eine „Massenbasis“
schaffen

„Aktionseinheits- und Bündnispolitik“ diene der „revolutionären Aufgabenstellung“ der Partei; ohne „Bündnisse“ könne „der Sozialismus nicht erkämpft werden“¹²⁷.

Um zu „größtmöglicher Breite der jeweiligen Bündnisse“¹²⁸ zu gelangen, übernehmen oder formulieren Kommunisten Forderungen, die auch von Demokraten vertreten werden. Demokratische „Bündnispartner“ machen sich häufig nicht klar, daß Bündnislosungen – wie z. B. für „Frieden“, für „gesellschaftlichen Fortschritt“ – für Kommunisten einen anderen Inhalt haben als für sie selbst¹²⁹. Bei ihrer Bündnispolitik haben Kommunisten „politische Flexibilität“ zu zeigen, ohne jedoch „profillos auf jede Plattform ‚drauf (zu) springen“ und ohne „prinzipielle Positionen“ aufzugeben. In ihren Tagesforderungen sollen sie nicht „über das Ziel hinauschießen“; leninistische Taktik gebiete, „revolutionäre Geduld“ zu entwickeln und „langfristig“ zu wirken¹³⁰.

„Außerparlamentarische Bewegungen“ haben für die kommunistische Bündnispolitik eine besondere Bedeutung erlangt. Die KPdSU und damit auch SED und DKP erweiterten ihre Theorie von den „revolutionären Hauptströmen“: Neben dem „Sozialistischen Weltsystem“, der „Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder“ und den „Befreiungsbewegungen“ müßten nunmehr – so die DKP – auch die „demokratischen Massenbewegungen“, die „neuen sozialen Bewegungen“, zu den „Haupttriebkraften des gesellschaftlichen Fortschritts“ gezählt werden¹³¹.

Zur Verwirklichung ihrer Ziele streben die Kommunisten vor allem zwei Bündnisformen an:

- die „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“ („Einheitsfront“), d. h. die Zusammenarbeit vor allem mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, aber auch mit christlichen und parteilosen Arbeitern (vgl. Ziff. 2.1 und 2.2),
- das „breite antimonopolistische Bündnis“ („Volksfront“), auch „demokratisches Bündnis“ genannt, gegen den Hauptfeind, das „Monopolkapital“ (vgl. Ziff. 2.3 bis 2.6).

Nach herkömmlicher kommunistischer Auffassung soll das „antimonopolistische Bündnis“ – aufbauend auf der „Aktionseinheit“ – Bauern, Intellektuelle und „bürgerliche Kreise“ bis hin zu „nichtmonopolistischen Kapitalisten“ umfassen. Die – von der KPdSU vorgegebene – Forderung der DKP-Führung, auch „die vernünftigen Kreise des Großkapitals und des Militärs“ in die „Koalition der Vernunft gegen Weltraummilitarisierung und Atombombentests“ einzubeziehen, stiftete in der Partei einige ideologische Verwirrung. Die DKP-Führung sah sich daher zu Klarstellungen gezwungen:

Die Bildung einer „Koalition der Vernunft“ bedeute „auf keinen Fall ein Einfrieren des Klassenkampfes“. Eine solche „Koalition“ solle vielmehr der Sowjetunion, die „noch . . . nicht stark genug (sei), um alle Entwicklungsprozesse zu jeder Zeit und in jeder Region der Welt entscheidend zu bestimmen“, den „weltweiten Kampf für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt“ erleichtern. Erst der „welt-

Bündnisformen: „Aktionseinheit“ und „antimonopolistisches Bündnis“

„Koalition der Vernunft“ soll „weltweiten Sieg des Sozialismus“ fördern

weite Sieg des Sozialismus“ bringe „wirklichen und immerwährenden Frieden“¹³².

Nach außen geben Kommunisten vor, in Bündnissen keinen Führungsanspruch zu stellen; gleichwohl fühlen sie sich als Marxisten-Leninisten allen anderen „Bündnispartnern“ überlegen und deshalb zur Führung berufen. Auf Vorwürfe, sie würden ein „Anrecht auf ein Theorie- und Wahrheitsmonopol“ geltend machen, entgegneten sie: Dies sei „keine Frage eines Anrechts“, sondern der „richtigen theoretischen Widerspiegelung“¹³³; Erkenntnisprobleme ließen sich nicht „demokratisch“ entscheiden¹³⁴. Die DKP forderte offen die Entwicklung einer „hegemoniefähigen Bündniskonzeption“, um die „politisch hegemoniale Rolle“ der Partei durchzusetzen¹³⁵.

„Deutsche Volkszeitung/die tat“ ist „Bündnisorgan“ der DKP

Wichtigstes „Bündnisorgan“ der DKP¹³⁶ blieb die „Deutsche Volkszeitung/die tat“ (DVZ/die tat) mit einer wöchentlichen Auflage von etwa 26.000 Exemplaren; 12 der 16 Redaktionsmitglieder – darunter der Chefredakteur und seine Stellvertreterin – sind Kommunisten. Über Veranstaltungen, die von der DKP als bündnispolitisch bedeutsam eingeschätzt wurden, veröffentlichte die Zeitung Sonderdrucke in hoher Auflage – so über den Kongreß der „Internationalen Ärztevereinigung für die Verhütung eines Atomkrieges“ – IPPNW – (29. Mai bis 1. Juni in Köln) und den „Internationalen Naturwissenschaftler-Friedenskongreß“ (vom 14. bis 16. November in Hamburg) – (vgl. Ziff. 2.3).

DKP zieht positive Bilanz ihrer Bündnispolitik

Die DKP konnte auf ihrem 8. Parteitag in Hamburg – zu Recht – erneut eine positive Bilanz ihrer Bündnispolitik ziehen:

„In den letzten Jahren ist es uns in einem beträchtlichen Ausmaß gelungen, die von allen Gegnern betriebene politische Isolierung unserer Partei zu durchbrechen. In Teilen unseres Volkes konnten antikomunistische Vorurteile abgebaut werden. (...) In den außerparlamentarischen Bewegungen spielten und spielen Kommunisten eine initiiierende, orientierende und organisierende Rolle. Viele politische Forderungen, die ursprünglich allein von der DKP vertreten wurden, sind inzwischen Bestandteile der Positionen anderer Parteien, von Gewerkschaften und breiten Massenbewegungen.“

(Protokoll des DKP-Parteitages, S. 599)

Zusammenwirken mit Sozialdemokraten ist für Kommunisten eine „Schlüsselfrage“

2.1 Bemühungen um „Aktionseinheit“ mit Sozialdemokraten

Für die DKP steht fest: Im Kampf um eine „grundlegende Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse“ ist „einheitliches Handeln“ der verschiedenen Gruppen und Strömungen der „Arbeiterklasse“ erforderlich. Eine „Schlüsselfrage“ dieser „Aktionseinheit“ ist für sie das Zusammenwirken mit Sozialdemokraten. Die „entscheidende Trennungslinie“ verlaufe in den „heutigen konkreten Kämpfen“ nicht zwischen dem „revolutionären“ (kommunistischen) und dem „reformistischen“ (sozialdemokratischen) Teil der Arbeiterbewegung, sondern zwischen Befürwortern von Aufrüstung und „Sozial-

abbau“ auf der einen und den Kämpfern um „Verteidigung sozialer und politischer Errungenschaften“ auf der anderen Seite¹³⁷. Die „gemeinsamen . . . sozialen Interessen“ und auch die „gemeinsamen antifaschistischen Überzeugungen“ seien „weitaus wichtiger“ als trennende politische und weltanschauliche Unterschiede¹³⁸.

Auch in der Frage der Friedenssicherung gebe es, so die DKP, „heute mehr Gemeinsamkeiten von Sozialdemokraten und Kommunisten als je zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik“¹³⁹.

Gespräche und Vereinbarungen der SPD mit regierenden kommunistischen Parteien begrüßte die DKP als hilfreich und förderlich für ihre Bemühungen um „Aktionseinheit“. Erneut nahm sie für sich in Anspruch, „sehr viel“ dazu beigetragen zu haben, daß das Zusammenwirken mit Sozialdemokraten, aber auch mit den GRÜNEN und anderen Kräften, „vorangekommen“ sei¹⁴⁰. Der DKP-Vorsitzende warnte vor einer „Neigung“, die „Aktionseinheitspolitik“ zu reduzieren auf eine „Stärkung der GRÜNEN als ‚Impulsgeber‘ für die SPD“. „Ehrliche Aktionseinheitspolitik“ richte sich immer „direkt an die Sozialdemokraten“. Jedoch fühle sich die DKP auch den GRÜNEN nahe, weil sie eine „konsequent radikal demokratische Kraft“ seien, die „in vielen außerparlamentarischen Aktionen“ mit Kommunisten zusammenarbeite¹⁴¹.

Wiederholt forderte die DKP ihre Mitglieder auf, ein „umfassendes Gespräch mit Sozialdemokraten auf allen Ebenen zu entwickeln und systematisch zu organisieren“¹⁴². Am Jahresende stellte der Parteivorsitzende fest, die „Atmosphäre“ in den Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten sei „vielerorts und auf verschiedenen Ebenen entspannter und konstruktiver“ geworden¹⁴³.

Gleichwohl zeigte sich die DKP mit der Gesamtentwicklung der SPD unzufrieden. Nach deren Nürnberger Parteitag (Ende August) sprach sie von „Inkonsequenzen und Halbheiten“ und bedauerte, die SPD bleibe eine „reformistische Kraft im Rahmen der Systemgrenzen“; über diese Grenzen hinausstrebende Teile der SPD bestimmten nicht den Kurs der Partei¹⁴⁴. Die DKP wollte die SPD aber nicht vorrangig daran messen, wie weit sie sich „strategischen Überlegungen“ zur „langfristigen Veränderung der Gesellschaft“ annähere, sondern wie weit sie sich zu einer „Kraft des Friedens und . . . für eine Umkehr zu einer neuen Politik“ entwickle¹⁴⁵.

Die Wahlempfehlung der DKP zur Bundestagswahl 1987 – Zweitstimme für SPD oder GRÜNE (vgl. Ziff. 6) – wertete die DKP nicht als „verschenkte Stimme“, sondern als Unterstützung „all jene(r) Sozialdemokraten“, die für die „Aktionseinheit“ seien¹⁴⁶.

Wie in den Vorjahren kam es – lokal, regional und bundesweit – wieder zu zahlreichen Bündnissen, in denen Kommunisten und SPD-Mitglieder gleichberechtigt mitarbeiteten. Wichtigste Themenbereiche blieben dabei die „Friedensarbeit“, die „Antifaschismus“-Kampagne, Aktionen internationaler Solidarität und Proteste gegen angebliche Einschränkungen „demokratischer Rechte“ (u. a. gegen „Berufsverbote“).

SHB will „Aktionseinheitspolitik“ in der SPD verwirklichen

Sozialdemokraten traten erneut als Redner und Teilnehmer bei Kundgebungen und Podiumsdiskussionen auf, an denen auch Kommunisten teilnahmen. Die kommunistische Presse, vor allem das DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit“, veröffentlichte wieder Interviews mit bekannten Sozialdemokraten. Mitglieder der SPD arbeiten nach wie vor in Leitungsgremien DKP-beeinflußter Organisationen mit – z. B. im KFAZ (vgl. Ziff. 1.4.3), im Bundesvorstand der DFG-VK (vgl. Ziff. 1.4.4) und im zentralen „Arbeitsausschuß“ der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ (vgl. Ziff. 2.4).

Eine besondere Rolle bei den kommunistischen Bemühungen um „Aktionseinheit“ nimmt seit Jahren der „Sozialistische Hochschulbund“ (SHB) ein. Er selbst bezeichnet sich als „linkssozialdemokratische Organisation“. Mit seinen etwa 2.000 Mitgliedern, die – nach Eigenangaben des Verbandes – überwiegend in der SPD organisiert sind, will der SHB „in der und um die SPD“ kämpfen, die „linken und marxistischen Kräfte“ in der Sozialdemokratie stärken¹⁴⁷ und die „Spaltung der Arbeiterbewegung durch eine aktive und bewußte Aktionseinheitspolitik“ überwinden¹⁴⁸.

Der SHB verfolgt ähnliche Ziele wie die moskauorientierten Kommunisten und bedient sich selbst bei seinen tagespolitischen Forderungen oft der gleichen Formulierungen und Parolen wie diese. Marxistisches Grundverständnis, Nahziele und politische Perspektiven sowie das taktische Vorgehen des SHB sind von denen moskauorientierter Kommunisten kaum zu unterscheiden. So fordert auch der SHB die Umwandlung der Bundesrepublik Deutschland in eine „sozialistische Demokratie“, in der die „Ausübung der politischen Macht“ bei der „Arbeiterklasse“ liege¹⁴⁹. Er propagiert den „antimonopolistischen Kampf“ als die richtige Strategie in der gegenwärtigen Etappe des „Klassenkampfes“ (vgl. Ziff. 1.1.1), die auch geeignet sei zur Verbreiterung des Bündnisses „aller Kräfte der Vernunft“¹⁵⁰. Er lobte die „Friedensoffensive“ der Sowjetunion und forderte, wie die orthodox-kommunistischen Parteien, die „weitere Kraftentfaltung der weltweiten Koalition der Vernunft“¹⁵¹. Die „Aktionseinheit“ mit seinem Dauerbündnispartner „Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB) beschwor er als „Herzstück“ und „Kraftzentrum“ der Studentenbewegung¹⁵² (vgl. Ziff. 1.3.2).

SHB und MSB riefen im Wintersemester 1986/87 gemeinsam zu einer bundesweiten „Studentenbefragung“ auf, die sich – so beide Verbände gleichlautend – gegen angebliches „Zweiklassenstudium“ und „Bafög-Kahlschlag“ richtete.

Moskauorientierte Kommunisten wollen Gewerkschaften als „Transmissionsriemen“ nutzen

2.2 Bemühungen um „Aktionseinheit“ mit Gewerkschaften

Unvermindert setzten die moskauorientierten Kommunisten ihre Bemühungen fort, den DGB und seine Einzelgewerkschaften zu unterwandern mit dem Ziel, sie langfristig in Werkzeuge („Transmissionsriemen“) kommunistischer Politik umzuwandeln. Die DKP betonte wiederholt, „Gewerkschaftsarbeit“ spiele für sie eine „vor-

rangige Rolle“ und sei ein „entscheidendes Kampf- und Aufgabenfeld“¹⁵³.

Die DKP-Mitglieder folgten den Weisungen ihrer Parteiführung, kommunistische Gewerkschaftsarbeit zu leisten: Etwa drei Viertel von ihnen gehört einer der DGB-Gewerkschaften an. Im Gegensatz zu Anhängern der Gruppen der „Neuen Linken“ sind Mitglieder der DKP von gewerkschaftlichen „Unvereinbarkeitsbeschlüssen“ nicht betroffen. Von den Delegierten des 8. DKP-Parteitagess waren nach Angaben der Partei 93,3 % (1984: 95,2 %) gewerkschaftlich organisiert; 642 der 719 ordentlichen Delegierten hatten – der DKP zufolge – Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionen inne, 204 seien gewerkschaftliche Vertrauensleute.

Auf den obersten Führungsebenen der Gewerkschaften sind moskauorientierte Kommunisten nach wie vor nur vereinzelt vertreten. In einigen nachgeordneten Gewerkschaftsgliederungen ist ihr Anteil an den Funktionen und damit ihre Einflußmöglichkeit jedoch beachtlich. Dies gilt insbesondere für die IG Druck und Papier sowie die Deutsche Journalisten-Union (dju), den Kern der neuen IG Medien (Druck und Papier, Publizistik und Kunst) im DGB; deren Gründung begrüßte die DKP als „wichtigen Schritt zur Formierung demokratischer Gegenmacht“¹⁵⁴.

Moskauorientierte Kommunisten fühlten sich 1986 in den Gewerkschaften zunehmend anerkannt. DKP-Präsidiumsmitglied Werner Cieslak, zuständig u. a. für Gewerkschaftsfragen, hob hervor:

„Wie auf den letzten Gewerkschaftstagen der IG Metall, der IG Druck und Papier und der Gewerkschaft HBV bestätigt wurde, sind die Kommunisten Teil der Einheitsgewerkschaft.“
(„Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“, Nr. 4/86, S. 29)

Kommunisten forderten, auch der 13. ordentliche DGB-Bundeskongreß (Ende Mai in Hamburg) solle sich solche Entscheidungen „zu eigen machen“¹⁵⁵. Ein dem Kongreß vorgelegter Antrag der IG Chemie-Papier-Keramik, daß als „Bündnispartner“ der Gewerkschaften keine Organisationen in Betracht kommen können, die in „undemokratischen Staatsformen“ ihr Vorbild sehen, wurde von den Kommunisten heftig kritisiert: Dieser Antrag sei schon auf der DGB-Bundesjugendkonferenz 1985 „nicht durchgekommen“; in der Praxis sei ohnehin „die Hemmschwelle zur Zusammenarbeit mit Kommunisten... abgesenkt“¹⁵⁶. Mit Genugtuung stellte die Partei dann heraus, daß diejenigen Teile des Antrages, die auf eine „Ausgrenzung“ der DKP gezielt hätten, „durchaus nicht im Sinne der Erfinder“ verändert oder als „Material“ an den DGB-Bundesvorstand verwiesen worden seien¹⁵⁷:

„So war es denn gewissermaßen ein Nebenprodukt der ‚Bündnisdiskussion‘, daß zum Beispiel die Mitarbeit von Kommunisten in den Gewerkschaften als eine Selbstverständlichkeit – anders als noch in früheren Jahren – betont wurde.“
(„Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“, Nr. 7/86, S. 25)

DKP kritisiert „bürgerliches Legalitätsdenken“ demokratischer Gewerkschafter

„Nachrichten-Verlag“ unterstützt kommunistische Gewerkschaftsinfiltration

„Delegierte und Gäste“ des DGB-Bundeskongresses gehörten zu den Teilnehmern des aus Anlaß der DGB-Veranstaltung von der DKP durchgeführten „traditionellen Parteiabends“ (28. Mai); dabei forderte Werner *Cieslak*, die „in den Klassenkämpfen der letzten Zeit entstandene Aktionseinheit zu festigen und auszubauen“¹⁵⁸.

In der kommunistischen Propaganda besonders herausgestellt wurden die Verleihung gewerkschaftlicher Auszeichnungen an Kommunisten sowie „offizielle“ Kontakte von Gliederungen und Funktionären der Gewerkschaften zur DKP oder ihren Publikationen: Der Parteivorsitzende Herbert *Mies* trage „die silberne und goldene Ehrennadel der Gewerkschaft HBV für treue Mitarbeit bei der Verwirklichung gewerkschaftlicher Ziele“¹⁵⁹. Auf einer DGB-Kundgebung in Kiel habe „der Bezirksvorsitzende der DKP neben dem (Landes-)Vorsitzenden der SPD und dem Bezirkssekretär der IG Metall“ gesprochen¹⁶⁰; für eine „wachsende Zahl örtlicher Gewerkschaftssekretäre“ sei es „zur Normalität geworden . . . , auf Veranstaltungen der DKP als Referenten aufzutreten“¹⁶¹; in einigen Kreisen habe sich der DGB „offiziell“ an die Partei gewandt und „um Unterstützung gebeten“; mehrere DGB-Kreisvorsitzende hätten „Exklusivinterviews“ für DKP-Zeitungen gegeben¹⁶².

Angaben der DKP zufolge konnten moskauorientierte Kommunisten in „mehreren regionalen Bereichen“ mit DGB-Gewerkschaften „Absprachen für den gemeinsamen Widerstand“ gegen eine Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) treffen¹⁶³. Zum „Aktionstag“ des DGB gegen die geplante Gesetzesänderung (6. März) mobilisierte die DKP ihre Mitglieder und Anhänger durch Parteiaktivtagungen, Sonderveranstaltungen und verstärkte Agitation. Kommunisten forderten dabei u. a., „in Betrieben und Verwaltungen . . . hunderttausendfach die ‚Brocken hinzuschmeißen‘“¹⁶⁴.

Nach Abschluß der Protestaktionen kritisierten sie „sozialpartnerschaftlich orientierte“ Gewerkschafter mit „bürgerlichem Legalitätsdenken“ hätten „verhindert, daß die ganze Kraft der Einheitsgewerkschaft in den entscheidenden Phasen der Auseinandersetzung eingebracht“ worden sei. Sie erklärten, „organisierte Betriebsbesetzungen“ seien „legitim“ und forderten, gewerkschaftliche Gremien sollten „in diese Richtung klare Zeichen setzen“¹⁶⁵.

Im Herbst stimmte die DKP ihre Mitglieder und Anhänger auf „Kampfziele“ für 1987 ein: Ein „konsequenter Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich“ müsse dazu beitragen, „das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse zu stärken“¹⁶⁶. Mit Blick auf das Jahr 2000 müsse man sich dann „deutlich auf die 30-Stunden-Woche zubewegen“¹⁶⁷.

Publikationen der „Nachrichten-Verlags-GmbH“, Frankfurt/M., unterstützten wiederum kommunistische Gewerkschaftsarbeit. Der Verlag gibt u. a. die Monatsschrift „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (Auflage etwa 7.000 Exemplare) heraus, die sich vornehmlich an Gewerkschaftsfunktionäre wendet. Der verantwortliche Redakteur, Dr. Werner *Petschick*, ist Mitglied des DKP-Bezirksvor-

standes Hessen und Beisitzer im Bundesvorstand der dju. Mehr als drei Viertel der Mitglieder des Herausgeberkreises und des Redaktionskollegiums sind Funktionäre oder Mitglieder der DKP. Die Zeitschrift konnte auch 1986 regelmäßig führende Gewerkschaftsfunktionäre (darunter vier Vorsitzende von Einzelgewerkschaften) für Interviews gewinnen. Zu ihrem „25. Geburtstag“ im Juni erhielt sie Glückwunschschreiben auch aus Gewerkschaftsgliederungen. Der DKP-Vorsitzende Herbert *Mies* würdigte aus diesem Anlaß das „impulsgebende Engagement“ der Zeitschrift für eine „an den Interessen der Arbeiterklasse orientierte autonome Gewerkschaftspolitik“.

2.3 Einflußnahme auf die „Friedensbewegung“ und die „Anti-Atom-Bewegung“

Der „Friedenskampf“ blieb ein zentrales Agitations- und Aktionsfeld der moskauorientierten Kommunisten. Sie änderten jedoch – entsprechend den Vorgaben der KPdSU und der SED – die inhaltlichen Schwerpunkte: neben dem Kampf gegen die „Militarisierung des Weltraums“ gehe es jetzt „vorrangig um den verstärkten Kampf für ein umfassendes Abkommen über ein Verbot von Atomexplosionen“¹⁶⁸.

Kommunisten stellen innerhalb der „Friedensbewegung“ eine Minderheit dar; die meisten Anhänger dieser Bewegung identifizieren sich nicht mit kommunistischen Zielen. In Arbeitsgremien sowie auf „Aktionskonferenzen“ der „Friedensbewegung“ waren die DKP und ihre Vorfeldorganisationen aber auch 1986 deutlich überrepräsentiert und konnten durch geschlossenes und taktisch geschicktes Vorgehen viele ihrer Vorstellungen durchsetzen. Geschäftsstellen der DKP-beeinflußten DFU dienten in mehreren Bundesländern wieder als Stützpunkte überregionaler „Friedensbündnisse“.

Im bundesweiten „Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung“ (KA) mit Sitz in Bonn, in dem etwa 30 Organisationen mitarbeiteten, waren moskauorientierte Kommunisten über die SDAJ, das KFAZ, die DFG-VK, die VVN-BdA und die VDS vertreten. Die DKP entsandte – obwohl offiziell nicht Mitglied des Gremiums – einen Mitarbeiter ihres Parteivorstandes zu den Beratungen des KA. Mitglieder der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen beteiligten sich auch wieder besonders aktiv an der Geschäftsführung und im Büro des KA sowie an der Erstellung von Publikationen.

Auch bei der Vorbereitung und Durchführung der „Ostermärsche 1986“ (28. bis 31. März) setzten die DKP und ihre Vorfeldorganisationen – allen voran die DFU (vgl. Ziff. 1.4.2) – wieder ihre „Apparate“ ein. Um Einfluß auf den Inhalt von „Ostermarsch-Aufrufen“ zu nehmen, mobilisierten sie ihre Anhänger in großer Zahl zu den regionalen „Friedensversammlungen“. Bundesweite „Informationsstelle Ostermarsch '86“ war – wie in den Vorjahren – die Geschäftsstelle des DFU-Landesverbandes Hessen in Frankfurt/M. Auch in den „Ostermarsch“-Organisationsgremien in den Bundesländern

Kommunisten sind in Organisationsgremien der „Friedensbewegung“ deutlich überrepräsentiert

Organisation der „Ostermärsche“ wieder weitgehend in Händen DKP-naher Kräfte

„Friedensbewegung“
und „Anti-Atom-Bewegung“ wirkten
beim „Ostermarsch“
in Wackersdorf zu-
sammen

waren Kommunisten und Funktionäre ihrer Vorfeldorganisationen in einflußreichen Stellungen tätig: Alle Kontaktadressen für überregionale „Ostermärsche“ hatten Bezüge zur DKP oder DFU; Funktionäre dieser Organisationen zeichneten auch für Spendenkonten verantwortlich. Bei der Vorbereitung der „Ostermärsche“ in Bayern unterstützten Kommunisten die Bemühungen um eine gemeinsame Aktion der „Friedensbewegung“ und der „Anti-Kernkraft-Bewegung“ gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) für nukleare Brennelemente in Wackersdorf. Die Beteiligung an den „Ostermärschen“ – bundesweit etwa 120.000 (Angaben der Veranstalter: 360.000) – blieb nur wenig unter der des Vorjahres (130.000). Mehr als 30.000 Teilnehmer hatte der „Ostermarsch“ zum Bauplatz in Wackersdorf. An der Auftaktveranstaltung des „Ostermarsches-Rheinland“ in Düsseldorf nahmen der DKP-Vorsitzende Herbert Mies und andere führende DKP-Funktionäre teil. Präsidiumsmitglieder und Bezirksvorsitzende der DKP sprachen neben Repräsentanten demokratischer Organisationen auf mehreren zentralen Kundgebungen. Die „DVZ/die tat“ schrieb zu den „bündnispolitischen“ Entwicklungen bei den „Ostermärschen“:

„Im Spektrum der den Ostermarsch tragenden politischen Gruppierungen ist die gemeinsame Teilnahme von Sozialdemokraten, Kommunisten und GRÜNEN, in der Vergangenheit mit mancherlei Berührungsangst behaftet, praktizierte Selbstverständlichkeit geworden.“
(DVZ/die tat vom 11. 4. 1986)

Kommunisten suchen
Anschluß an „Anti-
Atom-Bewegung“

Um das „demokratische Protestpotential“ zu bündeln und „schlagkräftiger“ zu machen, bemühen sich auch die moskauorientierten Kommunisten, die „Anti-WAA-Bewegung“ zu stärken und das beim „Ostermarsch“ erreichte Zusammenwirken der beiden „Protestbewegungen“ auszubauen. Zu diesem Zweck behaupteten sie, die WAA habe auch eine „militärische Funktion“; sie solle „zur Atombombenfabrik für die Bundeswehr werden“¹⁶⁹. Kommunisten riefen dazu auf, „alle Möglichkeiten des Kampfes am Bauplatz“ zu nutzen und rühmten sich, beim Bau des „Hüttendorfes“ geholfen und sich „bei der Räumung mit gegen die Polizei gestellt“ zu haben¹⁷⁰.

Problem Tschernobyl

Rückschläge für ihre Bündnisarbeit befürchteten die Kommunisten – die die Nutzung der Kernenergie in „kapitalistischen“ Staaten entschieden ablehnen, sie für die sozialistischen Länder jedoch bejahen (vgl. Kapitel III.5) – von der Diskussion über die folgenschwere Reaktorkatastrophe im sowjetischen Tschernobyl. Die Parteiführung befahl, allen Versuchen, die Kommunisten aus der Anti-Atom-Bewegung „auszugrenzen“, mit „offensiver Argumentation“ und „flexibler Taktik“ zu begegnen: Solange die „Gesamtanlage“ eines Aktionsaufrufs „positiv und handlungsorientierend“ sei, dürfe für Kommunisten selbst eine allgemeine „Abschaltforderung“ kein „Ausstiegsticket aus breiten Bündnissen“ sein¹⁷¹. Auf Vorbereitungskonferenzen für „Anti-Kernkraft-Demonstrationen“ (z. B. gegen das

Kernkraftwerk Brokdorf am 7. Juni) drängten sie darauf, die „grundsätzliche Position einer prinzipiellen Unbeherrschbarkeit der Kernenergie“ dürfe nicht Voraussetzung für „mögliche gemeinsame Aktionen“ werden¹⁷². Vielmehr müsse die „aktuelle Betroffenheit“ genutzt werden, auch als „Impuls für die Verstärkung“ des „Friedenskampfes“¹⁷³.

Um öffentlich zu zeigen, daß der Abschwung der „Friedensbewegung“ gestoppt sei, mobilisierten die Kommunisten mit besonderem Nachdruck für die „Großdemonstration der Friedensbewegung“ am 11. Oktober im Hunsrück. Linksextremisten waren schon bei der Diskussion über Inhalte und „Aktionsformen“ der vom KA initiierten „Großdemonstration“ maßgeblich beteiligt. Für die zentralen „Mobilisierungsmaterialien“ des KA zu der Demonstration („Massenzeitung“, „Rundbriefe“) stellten Mitglieder der DKP oder kommunistisch beeinflusster Organisationen meistens die Hälfte der Redaktionsmitarbeiter. Die Vorbereitungen „vor Ort“ wurden von der DKP kontrolliert. Kräfte aus dem „unabhängigen“ Flügel der Protestbewegung räumten ein, aus ihren Reihen sei „inhaltlich... nichts gekommen“; dies habe es „der DKP leichtgemacht“, die Vorbereitungen der Demonstration zu „dominieren“¹⁷⁴. Das „DKP-Spektrum“ habe dafür „hart gerödelte“¹⁷⁵.

An der „Großdemonstration“ am 11. Oktober von Kastellaun und Hasselbach zu einer Cruise-Missiles-Basis, an deren „Umzingelung“ und an der Abschlußkundgebung beteiligten sich etwa 100.000 Personen (nach Angaben der Veranstalter: 180.000). DKP und Vorfeldorganisationen stellten ein großes Kontingent des Ordnerdienstes; der kommunistisch beeinflusste Motorradclub „Kuhle Wampe“ leistete Kurierdienste. Ein Mitglied der DKP gehörte zu den Rednern der Hauptkundgebung.

Der DKP-Vorsitzende, der mit weiteren führenden Funktionären seiner Partei an der Demonstration teilgenommen hatte, sah sich durch den „Mobilisierungserfolg“ ermutigt:

„Hasselbach ist ein Impuls, daß die Friedensbewegung sich aktiv in den Wahlkampf einmischt. (...) Hasselbach hat uns noch mehr Zuversicht, aber auch mehr Kraft für unseren Kampf gegeben.“
(UZ vom 13. 10. 1986)

Sprachrohr und Interpret DKP-genehmer „Friedenspolitik“ blieb die „Krefelder Initiative“; sie führte am 27. September in Bremen unter dem Motto „Gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation – Die neuen Chancen nutzen“ ihr „5. Forum“ durch. Planung und Abwicklung der Veranstaltung mit etwa 600 Teilnehmern lagen – wie bei den früheren „Foren“ – weitgehend in den Händen der DFU. Von den Referenten gehörten mehr als zwei Drittel der DKP oder DKP-beeinflußten Organisationen an.

Die „Krefelder Initiative“ entwickelte sich weiter zu einem Sammelbecken für bundesweit tätige „berufsspezifische Friedensinitiativen“.

DKP-nahe Kräfte beteiligten sich intensiv an der Vorbereitung der „Großdemonstration im Hunsrück“

Die DKP sieht sich durch „Mobilisierungserfolge“ in Hasselbach ermutigt

„Krefelder Initiative“ Sprachrohr kommunistischer „Friedenspolitik“

„Krefelder Initiative“ fördert „berufsspezifische Friedensinitiativen“

„Betriebliche Friedensarbeit“ der Kommunisten stagniert

Diese Initiativen vereinen zwar überwiegend Nichtextremisten in ihren Reihen, sie sind jedoch häufig auf die organisatorische Kraft der DKP und der DFU angewiesen oder dulden deren Mitwirkung. Über ihre Arbeit berichtete der „Informationsdienst Wissenschaft und Frieden“, der zweimonatlich vom DKP-beeinflussten „Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“ (BdWi) verlegt wird (Auflage: ca. 1.500 Exemplare); die Redaktion der Zeitschrift liegt beim BdWi-Geschäftsführer und einem DKP-Mitglied.

Besonders enge Verbindungen bestehen zwischen der „Krefelder Initiative“, der DFU und der „Naturwissenschaftler-Initiative: Verantwortung für den Frieden“. Diese ist unter einem Telefonanschluß der „Krefelder Initiative“ in der Bundesgeschäftsstelle der DFU in Köln zu erreichen. Die DFU war auch maßgeblich an der Organisation des „Internationalen Naturwissenschaftler-Friedenskongresses“ beteiligt, der vom 14. bis 16. November in der Hamburger Universität unter dem Motto „Wege aus dem Wettrüsten“ mit mehr als 3.000 Teilnehmern aus 23 Ländern stattfand. Wesentliche organisatorische Hilfe zu diesem Kongreß leisteten auch Mitglieder der DKP, des MSB Spartakus und des BdWi. Einer der beiden „Kongreßsekretäre“ war Reiner Braun (DKP), der im Auftrag der DFU „berufsspezifische Friedensarbeit“ koordiniert. DKP und MSB Spartakus hatten schon zu Jahresbeginn angekündigt, sich in die Kongreßvorbereitung „frühzeitig und aktiv einschalten“ und das Vorhaben „massiv unterstützen“ zu wollen (z. B. Tagung des MSB-Bundesvorstandes am 1./2. März in Köln; Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP Hamburg vom 21. bis 23. Februar). Zum Eröffnungsplenum des Kongresses erschienen u. a. der DKP-Vorsitzende Herbert Mies und seine Stellvertreterin Ellen Weber.

Die „betriebliche Friedensarbeit“, der die DKP als „Arbeiterpartei“ besondere Bedeutung für die Herbeiführung der „Aktionseinheit“ beimißt, stagnierte. Von dem für März 1987 im „Frankfurter Gewerkschaftshaus“ geplanten „3. bundesweiten Treffen“ „betrieblicher Friedensinitiativen“ – deren Koordinierung der kommunistisch gesteuerte „Dortmunder Kreis“ besorgt – erhoffen sich DKP und SDAJ neuen Aufschwung für die „Friedensarbeit“.

Als Folge ihres „Friedenskampfes“ sahen moskauorientierte Kommunisten einen weiteren „Abbau des Antikommunismus“ und eine Aufwertung der DKP durch Teilhabe an demokratischen Willensbildungsprozessen. Die DKP resümierte:

„Unsere Partei hat durch eine aktive und orientierende Arbeit in der Friedensbewegung innerhalb dieser Massenbewegung die politische Isolierung sehr nachhaltig durchbrochen. Die DKP ist innerhalb der Friedensbewegung heute ein akzeptierter und geschätzter Bündnispartner. Dies hat zu einer größeren Akzeptanz unserer Partei auch in anderen Massenbewegungen geführt und bildet einen wesentlichen Ansatz, um die Isolierung unserer Partei in der Gesamtbevölkerung aufzubrechen . . . unsere Partei (hat) die Dis-

kussion in der Friedensbewegung maßgeblich mitbestimmt. Redner unserer Partei auf Massenkundgebungen haben die Rolle unserer Partei im Bündnis mit anderen politischen Kräften nachdrücklich unterstrichen.“
(Rechenschaftsbericht zur Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP Hamburg vom 21. bis 23. Februar)

2.4 Kampagne gegen angebliche „Berufsverbote“ und „Abbau der Demokratie“

Die – entscheidend von der DFU (vgl. Ziff. 1.4.2) getragene – bundesweite Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ (Sitz: Hamburg) organisierte auch 1986 Protestaktionen gegen staatliche Maßnahmen zur Fernhaltung moskauorientierter Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst. Etwa zwei Drittel der Mitglieder des „Arbeitsausschusses“ der Initiative (Sprecher: Horst *Bethge*, Mitglied des Direktoriums der DFU) gehören zur DKP oder einer ihrer Vorfeldorganisationen.

Die Initiative gab regelmäßig Rundbriefe und Auslandsinformationen heraus. Eigenen Angaben zufolge koordinierte sie die Tätigkeit von rund 300 örtlichen Initiativen und arbeitete mit „Komitees gegen die Berufsverbote in der BRD“ in nahezu 20 Ländern zusammen. Auf internationaler Ebene wurde der kommunistisch gesteuerte „Weltgewerkschaftsbund“ (WGB) bei der „Internationalen Arbeitsorganisation“ (ILO) in Genf für die Interessen der Initiative aktiv. Auch der sowjetisch gelenkte „Weltfriedensrat“ hatte in sein „Aktionsprogramm 1986“ die Unterstützung der „Aktivitäten von Organisationen zur Aufhebung der Berufsverbote in der BRD“ aufgenommen.

Der „Arbeitsausschuß“ der Initiative richtete am 24./25. Mai in Mainz eine „Internationale Konferenz“ zum Tag des Grundgesetzes (23. Mai) aus, an der sich etwa 300 Personen beteiligten. Unter dem Motto: „Für die Erhaltung der sozialen und politischen Rechte in der BRD! Die Grundrechte gemeinsam verteidigen! Die Berufsverbote ersatzlos beenden!“ wurde gegen die staatlichen Maßnahmen zur Fernhaltung von Extremisten vom öffentlichen Dienst agitiert. Die Organisation der Veranstaltung lag bei DKP und DFU. Einleitungsreferate hielten Horst *Bethge* (DFU), Sepp *Mayer* (Mitglied des DKP-Parteivorstandes), ein weiteres DKP-Mitglied, drei Abgeordnete des Europäischen Parlaments, darunter ein Vertreter der kommunistischen Fraktion, sowie ein ehemaliger DGB-Landesbezirksvorsitzender. Von den mehr als 40 Referenten in den „Foren“ und „Workshops“ des Kongresses gehörten etwa zwei Drittel zur DKP oder ihren Vorfeldorganisationen. *Mayer* diffamierte in seinem Referat das Grundgesetz als „Verfassung eines bürgerlichen Klassenstaates“.

Mit verstärkten Angriffen gegen angeblichen „Demokratieabbau“ hoffen moskauorientierte Kommunisten, „völlig neue Bündniskräfte mobilisieren“ zu können¹⁷⁶. Dabei richtet sich die kommunistische

Protest gegen die Fernhaltung von Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst

Kommunisten wirkten mit Demokraten zum „Tag des Grundgesetzes“ zusammen

DKP agitiert mit „Selbsthilfevereinen“ für ihre Ziele

Agitation vornehmlich gegen die geplanten „Sicherheitsgesetze“, gegen die Einführung des computerlesbaren Personalausweises und zunehmend gegen die im Mai 1987 stattfindende Volkszählung. Die DKP will erreichen, „daß sich überall Initiativen bilden für den Boykott der . . . Volksaushorchung“.

Unterstützung im Kampf gegen die Volkszählung und den computerlesbaren Personalausweis leistet der DKP-gesteuerte Verein „Solidarische Hilfe – Verein gegen staatliche Willkür e.V.“. Mit dem 1984 von zwölf DKP-Mitgliedern in Stuttgart gegründeten Verein (Vorsitzender: Hans *Meister*, Mitglied des DKP-Bezirksvorstandes Baden-Württemberg) sind „Selbsthilfevereine“ in elf Städten des Bundesgebietes „freundschaftlich verbunden“. Diese Vereine sollen – so die Vorstellungen der DKP – die „neuen Formen der Armut“ nach dem Vorbild der KPD-Hilfsorganisation „Rote Hilfe“ dazu nutzen, „konkrete Lebenshilfe (zu) leisten und gleichzeitig qualifiziert unsere Weltanschauung (zu) vermitteln“¹⁷⁷.

„Antifaschismus“-Kampagne stagniert

2.5 „Antifaschismus“-Kampagne und Kampagne gegen „Rechtswicklung“

Die „Antifaschismus“-Arbeit der moskauorientierten Kommunisten stagnierte; größere „antifaschistische“ Demonstrationen, wie sie 1983 und 1985 aus historischem Anlaß organisiert worden waren, gab es 1986 nicht.

Gleichwohl wertete die DKP für die erste Jahreshälfte ihr „antifaschistisches“ Wirken positiv: Der „Kampf für die Verurteilung des Thälmann-Mörders“ – ein Strafverfahren gegen einen der Tatbeteiligte Verdächtigen fand vor dem Landgericht Krefeld statt – habe „die Hochachtung vor den Antifaschisten und so auch den Kommunisten unseres Landes um ein Vielfaches vermehrt“¹⁷⁸. In der zweiten Jahreshälfte sahen sich die Kommunisten in der „ideologischen Defensive“. Deshalb verschärften sie ihre Agitation und sprachen von einer „regierenden Clique“ in der Bundesrepublik Deutschland, die den „Todesvirus des Faschismus“ mit sich schlepe¹⁷⁹. Die VVN-BdA (vgl. Ziff. 1.4.1), wichtigste Vorfeldorganisation für die kommunistische „Antifaschismus“-Kampagne, bereitete für Januar 1987 einen Kongreß mit dem Thema „Auschwitz-Buchenwald-Dachau – verdrängen oder bewältigen? Antifaschismus und ‚Historiker-Debatte‘“ vor. Mit der Ausdehnung des „Faschismus“-Vorwurfs auf konservative Kräfte, die Kritik am Kommunismus und an der Sowjetunion üben, wollen Kommunisten vor allem Sozialdemokraten und Gewerkschafter für „breite Bündnisse gegen Rechts“ gewinnen. Die „Gemeinsamkeit zwischen Konservativen und Faschisten“ – so die VVN-BdA – bestehe in deren „Antikommunismus“¹⁸⁰.

Ziel der „antifaschistischen Aktionseinheit“: revolutionäre Umgestaltung der Bundesrepublik Deutschland

Über das tatsächliche Ziel „antifaschistischer Aktionseinheit“, nämlich die Schaffung der „notwendigen Voraussetzungen für den Sozialismus“, ließen Kommunisten keinen Zweifel. Schon die KPD habe in der Forderung nach „demokratischen Rechten und Freiheiten“ und nach einer „antifaschistischen Ordnung“ eine „Plattform für die

Aktionseinheit“ und ein „Etappenziel“ gesehen; diese „Erfahrungen“ berücksichtige heute die DKP¹⁸¹. Für den „antifaschistischen Kampf“ empfahlen Kommunisten auch unfriedliche Aktionsformen:

Kommunisten empfehlen unfriedliche Aktionsformen

„Das beste Mittel bei öffentlichen Naziveranstaltungen sind Trillerpfeifen, Hupen, Rasseln – alles was Krach macht. (...) Es soll auch schon Antifaschisten gegeben haben, die mit Eiern, Tomaten und Farbbeuteln die Nazis empfangen haben.“ („elan“, Nr. 5/86, S. 20)

An die Entwicklung von „antifaschistischen Bündnissen“ dürfe „nicht kleinkariert“ herangegangen werden; man müsse dafür sorgen, „daß sich im antifaschistischen Kampf möglichst viele, möglichst breite Kräfte beteiligen“¹⁸². Als „selbstverständliches Ziel“ nannte die VVN-BdA, Aktivitäten von „Neofaschisten“ zu „verhindern“¹⁸³. „Antifaschistische“ Aktionen richteten sich auch 1986 gegen Veranstaltungen von Angehörigen ehemaliger Einheiten der Waffen-SS und der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) sowie – verstärkt – gegen die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP). Am 21. Juni fand in Duisburg eine von der VVN-BdA mitinitiierte „Landesweite Demonstration für ein Verbot und sofortige Auflösung der FAP“ statt, an der sich etwa 7.000 Personen beteiligten.

2.6 „Antimperialistische Solidarität“

Kommunisten aus der Bundesrepublik Deutschland gewährten ihnen ideologisch nahestehenden Regimen und „Befreiungsbewegungen“ in der Dritten Welt auch 1986 agitatorische und materielle Unterstützung; dabei verleumdete sie westliche Demokratien als „imperialistisch“.

Kommunisten verleumdete westliche Demokratien als „imperialistisch“

In „antimperialistischen Solidaritätsbündnissen“ sah sich die DKP als „anerkannter Partner“; sie habe zu den „Mitaufzählern bei fast allen wichtigen Solidaritätsaktionen“ gehört¹⁸⁴; Kommunisten seien „aktiv in Freundschaftsgesellschaften, Solidaritätskomitees und „3. Welt“-Gruppen“¹⁸⁵. Neben dem ASK (vgl. Ziff. 1.4.8) blieb die „Freundschaftsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland-Kuba e. V.“ die bedeutendste DKP-beeinflußte „antimperialistische“ Bündnisorganisation; sie klagte allerdings über Probleme, nachdem ihr von der zuständigen Finanzbehörde die Gemeinnützigkeit aberkannt worden war. In einem Grußschreiben an den 8. DKP-Parteitag dankte ihr Vorsitzender „den Genossinnen und Genossen der DKP“, die in der „Freundschaftsgesellschaft“ aktiv für die „kubanische Revolution“ und gegen den „US-Imperialismus“ kämpften.

„Antimperialistische Solidarität“ ist für Kommunisten Bestandteil des „proletarischen Internationalismus“. Als „besonders eindrucksvolles Beispiel“ für den „Internationalismus“ stellte die DKP ihre Solidarität mit der „Revolution in Nicaragua“¹⁸⁶ heraus: Sie förderte

„Antimperialistische Solidarität“ ist Teil des „proletarischen Internationalismus“

DKP versichert weitere Unterstützung für die „sandinistische Revolution“

mit Geld- und Sachleistungen eine Druckerei in Managua, die von deutschen Kommunisten, der sog. „Solidaritätsbrigade Carlos Fonseca“, errichtet worden ist. Für die Druckerei sind nach Angaben der DKP inzwischen 2,5 Mio. DM aufgebracht worden¹⁸⁷. Der DKP-Vorsitzende reiste im November nach Nicaragua und versprach den Sandinisten, seine Partei werde auch weiterhin die „sandinistische Volksrevolution“ und den Kampf gegen die „amerikanischen Imperialisten“ unterstützen¹⁸⁸. Als „Helden der Solidarität“ feierte die DKP einen ihrer „Internationalisten“ – ein DKP-Mitglied, das im Juli in Nicaragua von Regimegegnern bei einer bewaffneten Aktion getötet worden war¹⁸⁹.

Die „Solidarität“ der Kommunisten galt auch dem „Befreiungskampf im südlichen Afrika“. Sie protestierten gegen eine angebliche „Kollaboration von BRD-Regierung und -Wirtschaft“ mit dem „südafrikanischen Rassistenregime“¹⁹⁰.

Die DKP bezeichnete die militärische Operation der USA gegen Libyen am 15. April – amerikanische Vergeltungsaktion wegen der libyschen Unterstützung terroristischer Gruppen, die Anschläge auf amerikanische Staatsbürger verübten – als „verbrecherischen Piratenakt“¹⁹¹; sie organisierte Protestaktionen und „Mahnwachen“ vor amerikanischen Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland.

3. Betriebsarbeit

Betriebsarbeit ist für die DKP „entscheidendes Kampffeld“

Die DKP sieht als „marxistische Arbeiterpartei“ in den Betrieben ein „entscheidendes Kampffeld“¹⁹², denn sie seien der „Hauptnervstrang des Systems“. In den Betrieben müsse eine Arbeiterpartei organisiert sein, wenn sie den „Kern der Klasse... für den Kampf um den Sozialismus“ gewinnen wolle¹⁹³. Ihr Augenmerk richteten die Kommunisten vor allem auf die „Großbetriebe der materiellen Produktion“; dort seien „Klassenbewußtsein, Kampferfahrung, -tradition und -disziplin“ besonders entwickelt; DKP-Mitglieder sollen jedoch auch in den „Wachstumsbranchen“ außerhalb dieses Bereichs „stärker Fuß... fassen“¹⁹⁴. Die Parteiführung brachte eine Anweisung Ernst Thälmanns in Erinnerung:

„... wir müssen Sprachrohr aller Nöte und Vorkämpfer in allen Tagesforderungen der Massen sein, wir müssen ihnen den Tagesausweg und in Verbindung damit den Endausweg zeigen... Dazu gehört, daß wir in Betrieb und Gewerkschaft die unermüdlichsten, opferfreudigsten, energischsten Kollegen sind...“
(Ernst Thälmann, „Die Rote Fahne“ vom 25. 4. 1925, zit. in UZ vom 21. 3. 1986)

Zahl kommunistischer Betriebsgruppen steigt

Die Zahl kommunistischer Betriebsgruppen stieg erneut an: 1986 wurden nahezu 400 (1985: etwa 370) solcher Gruppen bekannt, davon etwa ein Drittel in der Metallindustrie und etwa ein Viertel im öffentlichen Dienst, überwiegend in Kommunal- und Landesverwal-

DKP - Betriebszeitungen

DER ROTE ANKER EXTRA
Januar 1986
Betrachtung der Deutschen Kommunistischen Partei für die Industrie-Betriebe



Wehrlos und rechtlos gegen Sozialabbau!
Starke Gewerkschaften können es verhindern!
Hände weg vom Streikrecht - Aussperrung verbieten!

Die rote Spritze
DKP
Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei für die Beschäftigten bei B. Braun
Februar 1986



Hände weg vom Streikrecht

Das rote Typen-Rädchen
DKP
Oktober 1986
Zeitung für die Beschäftigten von IFA
DKP-Betriebsgruppe TRIDNER-ADLER AG



KARTEN AUF DEN TISCH!

DER MOTOR
März 1986
Informationen für die Arbeiter und Angestellten der Adam Opel AG in Rüsselsheim
Herausgegeben von der Deutschen Kommunistischen Partei Betriebsgruppe Opel

Nach der Bonner Entscheidung gegen die Volksmehrheit

Jetzt erst recht: Der Kampf geht weiter!

zur sache: stadtkassel
Nr. 2 März 1986
BETRIEBSZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI FÜR DIE BESCHÄFTIGTEN DER STADT KASSEL UND ANDERER KOMMUNALER BETRIEBE

Aus aktuellem Anlaß:
Erklärung des Parteivorstands der DKP
Zu dem Reaktorunfall in Tschernobyl



roter käfer
BAUNATAL
FEBRUAR 1986
Betriebszeitung der DKP für VW Arbeiter & Angestellte



MASSENAKTIONEN FÜR DAS STREIKRECHT

DER FARBWERKER
JANUAR 1986
Betriebsgruppe der DKP in der Hoechst AG



DKP - Betriebsgruppe fordert:
WEG VON SDI

Zahl der DKP-Betriebszeitungen geht zurück

tungen. Ein Teil der Betriebsgruppen besteht jedoch nur aus wenigen Mitgliedern, die nur unregelmäßig nach außen wirksame Aktivitäten entfalten. Seit Jahren versucht die Partei mit „Betriebsaktiv“ (das sind kleinere Gruppen von betriebsangehörigen aber auch -fremden Parteimitgliedern, die auf begrenzte Zeit als „Vermittler kommunistischer Politik und Wegbereiter neuer Betriebsgruppen“ eingesetzt werden) auf diesem Arbeitsfeld voranzukommen¹⁹⁵. Für die nächsten Jahre kündigte sie große Anstrengungen an: Der 8. Parteitag setzte als Ziel, bis zum Ende dieses Jahrzehnts 200 neue Betriebsgruppen zu schaffen; in den nächsten fünf Jahren seien die Voraussetzungen für „kommunistische Arbeit“ in „allen Betrieben . . . mit mehr als 3.000 Beschäftigten“ zu sichern¹⁹⁶.

Die Zahl der DKP-Betriebszeitungen ist erneut zurückgegangen. Ca. 340 Zeitungen (1985: etwa 360) – mit Auflagen von einigen hundert bis zu mehreren tausend Exemplaren (geschätzte Jahresauflage 1,3 Millionen Exemplare) – wurden bekannt; die meisten erschienen unregelmäßig; häufig wurden sie nicht von den Betriebsgruppen selbst, sondern von übergeordneten Parteigliederungen zusammengestellt.

In Initiativen und „Bürgerkomitees“ gegen „Arbeitsplatzvernichtung“, in denen Kommunisten mitarbeiteten, agitierten sie mit „Forderungsprogrammen“ für einzelne Betriebe und Branchen (z. B. die Automobil-, Stahl-, Werft- und Bergbauindustrie); sie forderten „Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft“. Betriebliche und gewerkschaftliche Aktionen seien immer auch „Schulen des Klassenkampfes und der Verbreitung von Klassenbewußtsein“; Kommunisten stünden daher „in vorderster Reihe bei der Organisierung dieser Kämpfe“¹⁹⁷. Zur Koordinierung und Aktivierung der Betriebsarbeit veranstaltete die DKP überörtliche Konzern- und Branchenberatungen (für die Firmen SIEMENS, OPEL, DAIMLER-BENZ und MANNESMANN sowie für die Bereiche Chemie, Stahl, Werften, Gesundheitswesen und Bundesbahn). Auf ihrer zweiten bundesweiten „Betriebsrätekonferenz“ am 21. Juni in Duisburg (etwa 600 Teilnehmer) gab die Partei für die Betriebsratswahlen 1987 die Parole aus:

„...mehr Kommunisten in Betriebs- und Personalräte und Jugendvertretungen . . . mehr Macht den Räten“.
(PPA vom 21./23. 6. 1986, S. 9)

Die Partei müsse sich auf diese Wahlen zu den „betrieblichen Gremien“ genauso intensiv vorbereiten, wie auf Parlamentswahlen; das sei „unverzichtbare Voraussetzung“ für die „weitere Entwicklung der Klassenkämpfe“¹⁹⁸.

4. Jugend-, Kinder- und Studentenarbeit

Die DKP-Jugendorganisationen (SDAJ, MSB Spartakus und „Junge Pioniere“) haben die Aufgabe, die „Jugendgeneration“ an die

Kommunisten mobilisieren zu den Betriebsratswahlen 1987

„Kämpfe der Arbeiterklasse“ heranzuführen; dazu – so die DKP – müsse „revolutionäre Erziehung in allen Feldern des Klassenkampfes“ geleistet werden; das Ziel sei die „dauerhafte Organisierung in der kommunistischen Partei“¹⁹⁹.

Ziel kommunistischer Jugendarbeit ist die „dauerhafte Organisierung“ Jugendlicher in der kommunistischen Partei

4.1 Jugend

Die SDAJ sieht im „Jugendbereich“ viele Anknüpfungspunkte für „fortschrittliche, sozialistische Positionen“. Den „Rechtskräften“ sei es nicht gelungen, in wichtigen Feldern des „Jugendbewußtseins“, z. B. „Frieden, Arbeit, Ausbildung, Antifaschismus und Demokratie“, Veränderung zu erzielen²⁰⁰. Die SDAJ empfahl ihren Mitgliedern, „Wut und Ablehnung zur Politik der Rechtskoalition... zu organisieren“; jede „Schweinerei der Herrschenden“, jede „jugendfeindliche Maßnahme“ könne dazu genutzt werden. SDAJ-Mitglieder versuchten erneut, mit spektakulären Aktionen (Zumauern der Eingänge von Arbeitsämtern und Betrieben, Hungerstreiks, Besetzungen von Ausbildungswerkstätten und Büros, Störung politischer Veranstaltungen) auf sich aufmerksam zu machen.

SDAJ will gegen Politik der Bundesregierung „Wut und Ablehnung organisieren“

Im Vorfeld der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 mobilisierte sie ihre Mitglieder zu einer bundesweiten Kampagne „Stoppt die Jugendfeinde – gemeinsam gegen rechts“. Die SDAJ-Gliederungen wurden angewiesen, mit „frechen Aktionen“ Politiker und „Lehrstehleddiebe“ öffentlich anzuprangern und im Wahlkampf – u. a. durch Überkleben von CDU-Plakaten und Beschmieren von CDU-Einrichtungen – „CDU-freie-Zonen“²⁰¹ zu schaffen. Unter der Losung: „Wir pfeifen auf die Rechten“²⁰² wurden viele CDU-Wahlveranstaltungen, u. a. mit Trillerpfeifen, massiv gestört. Der SDAJ-Bundesvorstand stellte eine Broschüre mit Aktionsbeispielen und ein „Unternehmer Sünden-Register“ zusammen, in dem „die Großkonzerne“ als „Hauptschuldige“ an der Jugendarbeitslosigkeit diffamiert wurden. In ihren Bemühungen um Bündnisse mit anderen – auch demokratischen – Jugendorganisationen sah sich die SDAJ weiterhin im Aufschwung; sie stellte fest:

„Wir sind ein einflußreicher Jugendverband, der viel bewegen kann, dessen Meinung in der Diskussion der Linken gefragt ist; die SDAJ ist für viele demokratische Kräfte ein angesehener Partner.“ („Treffpunkt Gruppenleiter – extra“, hrsg. vom SDAJ-Bundesvorstand, Mai 1986, S. 2)

SDAJ sieht sich als „einflußreicher Jugendverband“ und „angesehener Partner“

Der SDAJ gelang es erneut, ihre Ziele im „Friedenskampf“ in gemeinsamen Erklärungen mit demokratischen Jugendverbänden zu propagieren. Die „Naturfreundejugend Deutschlands“ (NFJD) blieb auch 1986 Ziel kommunistischer Infiltrationsbemühungen; junge Kommunisten haben dort einflußreiche Positionen inne, so in der Bundesjugendleitung und in einigen Landesjugendleitungen. Die SDAJ setzte ihre Versuche fort, die „großen gesellschaftlichen Aus-

Kommunisten sind Mitglieder in Stadt-, Kreis- und Landesjugendringen

Über 900 Aktionen gegen die Bundeswehr unter Beteiligung junger Kommunisten

Schwerpunkt „Betriebsarbeit“

einandersetzungen“ auch „in die Schulen“ zu tragen. Sie hielt deshalb ihre Mitglieder an, die Schulen als „bildungspolitisches“ Forum zu nutzen und bei der kommunistischen „Schülerarbeit“ deutlich zu machen, daß Bildungsfragen immer auch „Klassenfragen“ seien²⁰³. Leiter der SDAJ-Schulgruppen wurden dafür an der kommunistischen „Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg“ in einwöchigen „Schulgruppenlehrgängen“ vorbereitet.

Nach wie vor sind SDAJ-Mitglieder in Landesschülervertretungen und im Vorstand der Bundesschülervertretung tätig. Auch in Gliederungen der „Deutschen Jugend-Presse e.V.“ (DJP) arbeiten junge Kommunisten mit. Die SDAJ ist nach eigenen Angaben Mitglied in 45 Stadt- und Kreisjugendringen. Seit Jahren gehört sie den Landesjugendringen in Bremen, Hamburg und im Saarland an. Ihre ständigen Bemühungen um Aufnahme in den „Deutschen Bundesjugendring“ blieben jedoch wiederum erfolglos.

Die Jugendorganisation der DKP gehört weiterhin zum „Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung“. Als Teil ihres „Friedenskampfes“ führte sie Protestaktionen gegen die Verlängerung des Wehrdienstes durch und sammelte Unterschriften gegen „Waffen im Weltraum“ und für ein „Verbot aller Atomwaffentests“. Zahlreiche SDAJ-Mitglieder beteiligten sich an den „Ostermärschen“ und im Oktober an der „Großdemonstration der Friedensbewegung“ im Hunsrück. Mit Flugschriften und der Publikation „Rührt Euch“ warb die SDAJ unter Soldaten für die Mitarbeit in den etwa 20 „Soldaten-Friedensinitiativen“ und „Arbeitskreisen Demokratischer Soldaten“ (ADS). Junge Kommunisten und von ihnen beeinflusste örtliche „Initiativen“ führten etwa 140 Störaktionen gegen die Bundeswehr (Mahnwachen, Behinderungen von Rekrutengelöbnissen, Agitation mit Flugblättern) durch; sie waren ferner – häufig im Bündnis mit anderen linksextremistischen Gruppen und mit demokratischen Kräften – an über 800 weiteren Aktionen gegen die Bundeswehr beteiligt.

Die „Betriebsarbeit“ ist für die DKP-Jugendorganisation nach wie vor von großer Bedeutung. Bei den Jugendvertreterwahlen im Frühjahr empfahl sie die Wahl „klassenbewußter Kolleginnen und Kollegen“. Sie bemühte sich, die Zahl ihrer – nach eigenen Angaben etwa 200 – Betriebsgruppen durch Konzentration ihrer Anstrengungen auf Großbetriebe zu erweitern.

Der kommunistisch beeinflusste Motorradclub „Kuhle Wampe“, dem inzwischen mehr als 70 örtliche Clubs angehören, versucht, motorradbegeisterte Jugendliche für politische Ziele der SDAJ zu gewinnen.

Den Höhepunkt orthodox-kommunistischer Jugendarbeit bildete 1986 das von SDAJ und MSB am 17./18. Mai (Pfingsten) in Dortmund veranstaltete 5. „Festival der Jugend“; es lockte mit einem breiten Kultur- und Sportprogramm nahezu 100.000 Teilnehmer an (nach Angaben der SDAJ „mehr als 150.000 Jugendliche“). Die Veranstalter begrüßten mehr als 60 Delegationen „befreundeter

Organisationen“ aus 50 Ländern. Auch mehrere demokratische Jugendverbände aus der Bundesrepublik Deutschland hatten Abordnungen entsandt. Zu den Rednern und Diskussionspartnern gehörten der DKP-Vorsitzende, seine Stellvertreterin, der UZ-Chefredakteur und eine Kandidatin des ZK der KPdSU. Das „Festival“ habe, so resümierte die SDAJ, den eigenen Verband und den MSB als „mobilisierungsfähige, initiativreiche und einigende Kraft in der demokratischen Linken und Friedensbewegung“ gezeigt²⁰⁴.

4.2 Kinder

Wichtigster Träger der kommunistischen Arbeit unter Kindern blieben die „Jungen Pioniere“ (JP). Sie haben die Aufgabe, kindlichen Spieltrieb und Unternehmungsdrang zu nutzen, um Kinder in kommunistisch geführten Gruppen zu organisieren. Bereits Kinder sollen für politische Aktionen eingespannt, gegen die freiheitliche Demokratie eingestimmt und für den „Sozialismus“ gewonnen werden.

Die „Jungen Pioniere“ sammelten – nach eigenen Angaben – mehr als 20.000 Unterschriften gegen die als „Sternenkriegsprogramm“ diffamierte strategische Verteidigungsinitiative der USA²⁰⁵. Sie beteiligten sich an den „Ostermärschen“ und an Solidaritätsaktionen für Kinder in Nicaragua. Zu den 30 Pfingstcamps der JP (Motto: „Keinen Krieg der Sterne – den Frieden haben wir gerne!“) sollen – so die UZ – etwa 4.000 Kinder gekommen sein²⁰⁶.

Im Sommer veranstalteten DKP und JP wieder ihre Kinderferienreisen in die DDR, um „antikommunistische Vorurteile“ gegenüber der DDR abzubauen und „den Masseneinfluß der Partei planmäßig (zu) erweitern“. Die DKP sah „enorme Chancen“, sich bei dieser Aktion in den „Arbeiterwohngebieten und Betrieben... zu verankern“²⁰⁷. Trotz der Werbung unter Arbeitslosen und sozial Schwachen, bei der die geringen Eigenkosten herausgestellt wurden, war die Beteiligung an den Reisen für die DKP offensichtlich unbefriedigend, denn anders als in den Vorjahren (für 1985: 4.000) nannte sie keine Teilnehmerzahlen.

4.3 Studenten

In den studentischen Vertretungen an Hochschulen und Universitäten behielten die moskauorientierten Kommunisten ihre einflußreichen Positionen. Auf den MSB Spartakus entfielen bei den Wahlen zu den Studentenparlamenten im Durchschnitt mehr als 12 % der Stimmen (vgl. Kap. II.5). Sein „Dauerbündnispartner“, der „Sozialistische Hochschulbund“ (SHB), erreichte nahezu 6 %.

Unterstützung und Anleitung erhielt der MSB von den etwa 100 DKP-Hochschulgruppen, in dem alle an einer Hochschule studierenden und beschäftigten DKP-Mitglieder organisiert sind. Diese Gruppen sollen an den Hochschulen die „Gesamtheit der Politik der DKP“ vertreten und das „Wirken“ des MSB auf der „festen gemeinsamen Grundlage“ der Ideen von Marx, Engels und Lenin fördern²⁰⁸.

Kommunisten wollen mit „Kinderferienaktionen“ neue Mitglieder werben

Etwa 100 DKP-Hochschulgruppen wirken an den Universitäten und unterstützen den MSB

Kommunistische "Kinderarbeit"



„Es kommt darauf an, mit den Kindern aktiv zu werden“

Junge Pioniere ... Altmann ...

Systematisch sollten die Kinder mit sozialistischen Ideen und solidarischem Handeln vertraut gemacht werden. Besonders im Kampf gegen die Weltraumrüstung wollen die Jungen Pioniere „lebendige Kinderpolitik“, phantasievoll und „nicht mechanisch, schablonenmäßig“.

... onen und Anmeldungen bei:



DKP Baden-Württemberg
Stutzstr. 10,
7000 Stuttgart 1
Telefon: 0711/265510

Der MSB setzte seine „Politik der gewerkschaftlichen Orientierung“ fort: die MSB-Gruppen boten sich als Sachwalter studentischer Anliegen an, drängten in die studentischen Vertretungsorgane und propagierten – zur Durchsetzung hochschul- und allgemeinpolitischer Forderungen – die Zusammenarbeit mit der „Arbeiterklasse“. Die seit Jahren bestehende „Aktionseinheit“ mit dem SHB rühmte der MSB wiederholt als „entscheidendes Kraftzentrum“ der Studentenbewegung²⁰⁹. „Aktionseinheit“ und „gemeinsames Handeln aller Linkskräfte“ an den Hochschulen hätten dort zur Stabilisierung des „nach links verschobenen Kräfteverhältnisses“ geführt²¹⁰.

Der MSB kann für seine politischen Ziele nach wie vor den organisatorischen Apparat des studentischen Dachverbandes „Vereinigte Deutsche Studentenschaften“ (VDS) einspannen. Im VDS-Vorstand, dem wiederum je ein Vertreter des MSB, des SHB und der „Radikaldemokratischen Studentengruppen“ (RSG) angehörten, verfügen die moskauorientierten Kommunisten und ihr Bündnispartner nach wie vor über einen weitaus größeren Einfluß als es ihren Stimmenanteilen bei den Wahlen zu den Studentenvertretungen entspricht.

Über den VDS-Vorstand initiierten MSB und SHB u. a. eine „bundesweite Studentenbefragung“ gegen das Hochschul-Rahmengesetz, von ihnen als Einführung eines „Zwei-Klassenstudiums“ bezeichnet, und für die Rücknahme des sog. „Bafög-Kahlschlages“. Ein Mitglied des MSB-Bundesvorstandes vertrat die VDS im „Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung“.

Intensiv warb der MSB für die „Hochschulfriedenswoche“ vom 10. bis 15. November und den „Internationalen Naturwissenschaftler-Friedenskongreß“ vom 14. bis 16. November in Hamburg (vgl. Ziff. 2.3). MSB-Mitglieder unterstützten den Wahlkampf der „Friedensliste“ (vgl. Ziff. 1.4.5) an den Hochschulen.

5. Ideologischer Kampf

Nach Meinung der DKP verschärft sich der „ideologische Kampf“, das Ringen um das Bewußtsein breiter Bevölkerungskreise²¹¹. Die Partei stellte fest, daß in der Bundesrepublik Deutschland das „Sozialismusbild“ weitgehend von „Unkenntnis“, „Vorurteilen“ und „antikommunistischen Stereotypen“ geprägt sei²¹².

Deshalb sei ein erfolgreiches Wirken der DKP nur möglich, wenn es ihr gelinge, positive „Sozialismus-Propaganda“ zu betreiben und den „Marxismus-Leninismus“ zu verbreiten, die „Erfolge“ der sozialistischen Länder zu vermitteln, Klassenbewußtsein zu entwickeln und die „sozialistische Alternative“ für die Bundesrepublik Deutschland aufzuzeigen²¹³. Für diesen „ideologischen Kampf“ unterhält die DKP eine Reihe bewährter Einrichtungen:

Linksextremisten dominieren im Vorstand der VDS

DKP verfügt über großen Apparat zur „Sozialismus-Propaganda“

IMSF bemüht sich um die Zusammenarbeit mit „fortschrittlichen“ Wissenschaftlern

5.1 „Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V.“ (IMSF)

Das IMSF in Frankfurt/M. soll sich als „wissenschaftliches“ Institut der DKP mit „Forschungsarbeiten“ auf der Basis des „Marxismus-Leninismus“ und in Veröffentlichungen und Veranstaltungen mit den „Lebens- und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse“ der Bundesrepublik Deutschland beschäftigen²¹⁴. Der Leiter des Instituts, Dr. Heinz *Jung* (Mitglied des DKP-Parteivorstandes), der stellvertretende Leiter, die Mehrzahl der Mitarbeiter sowie der Mitglieder des „wissenschaftlichen Beirats“ gehören der DKP an, darunter die Mitglieder des DKP-Parteivorstandes Prof. Josef *Schleifstein* und Dr. Robert *Steigerwald* (Chefredakteur des theoretischen Organs der DKP, „Marxistische Blätter“).

Den Schwerpunkt der Institutsarbeit bildeten Analysen zum „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ und zur Entwicklung „linker Alternativen“. Die Ergebnisse wurden in Schriftenreihen und im IMSF-Jahrbuch „Marxistische Studien“ publiziert. Das Institut bemühte sich verstärkt um die Zusammenarbeit mit „fortschrittlichen“ und „am Marxismus orientierten . . . Wissenschaftlern und Praktikern aus demokratischen und sozialen Organisationen und Bewegungen“²¹⁵.

An seinen Diskussionsveranstaltungen beteiligten sich Gewerkschafter, Mitglieder der GRÜNEN und Anhänger der „Neuen Linken“. Die „Hauptkonferenz“ der IMSF über „Verschuldung und Ausbeutung der Dritten Welt und die Rolle der Bundesrepublik“ am 31. Mai/1. Juni in Köln zählte über 300 Teilnehmer. Etwa 200 Personen beteiligten sich an einer Konferenz „Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik – Theorien, Analysen, Alternativen“, die das IMSF am 5./6. April in Frankfurt/M. zusammen mit Zeitschrift-Redaktionen aus dem Bereich der „Neuen Linken“ und der SPD organisiert hatte und die „Diskussionsfähigkeit“ der „sozialistischen Linken“ dokumentieren sollte. Gemeinsam mit der internationalen kommunistischen Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ richtete das IMSF am 19./20. März in Frankfurt/M. ein Symposium „Der wissenschaftlich-technische Fortschritt und die Lage der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern“ aus; kommunistische Parteien aus 13 „kapitalistischen“ Ländern entsandten Vertreter.

Erstmals veranstaltete das IMSF mit den „Akademien für Gesellschaftswissenschaften“ bei den Zentralkomitees von KPdSU und SED eine gemeinsame Konferenz in der Bundesrepublik Deutschland; zu der Veranstaltung „Sozialismus heute – Realität – Theoretische Analyse – Perspektive“ am 21./22. Juni in Frankfurt/M. kamen etwa 100 Teilnehmer.

5.2 „Marx-Engels-Stiftung e.V.“

Die „Marx-Engels-Stiftung e.V.“ in Wuppertal wurde 1979 von DKP-Funktionären gegründet; sie soll das „Erbe der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus“ erforschen und die „Ideen des Marxismus-Leninismus“ propagieren, um „die Öffentlichkeit, vor allem

die Jugend, an die große revolutionäre Lehre der Gegenwart heranzuführen“²¹⁶. Ihr Vorsitzender, Dr. Richard *Kumpf*, ist zugleich Leiter des „Marx-Engels-Zentrums“ der DKP, das der Stiftung angeschlossen ist²¹⁷, und zweiter Vorsitzender der „Marxistischen Arbeiterbildung“ (MAB). Das „Zentrum“ verfügt über eine Bibliothek und eine vom „Deutschen Museum für Geschichte“ der DDR überlassene Ausstellung über Marx und Engels; es wird auch von der DKP und ihren Nebenorganisationen für Schulungen genutzt. Die „Marx-Engels-Stiftung“ organisiert internationale und nationale Konferenzen und Diskussionsveranstaltungen; 1986 führte sie z. B. gemeinsam mit der VVN-BdA eine Veranstaltung über „Die historische Bedeutung des Kampfes gegen den faschistischen Putsch in Spanien vor 50 Jahren und seine Lehren für die Gegenwart“ durch.

5.3 „Marxistische Arbeiterbildung“ (MAB)

Die 1969 gegründete „Marxistische Arbeiterbildung – Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus“ (MAB) soll potentielle Bündnispartner der DKP und politisch Interessierte aus Betrieben und Gewerkschaften mit den Ideen der „marxistischen Arbeiterbewegung“ vertraut machen und so letztlich der DKP neue Mitglieder zuführen. MAB-Vorsitzender ist der langjährige DKP-Funktionär Hans *Schneider*. Das Interesse an den MAB-Veranstaltungen ist rückläufig. Nur noch etwa 30 örtliche MAB-Gemeinschaften (früher bis zu 60) waren aktiv. Sie organisierten auch Veranstaltungen mit Referenten aus der DDR. Etwa 15 Gemeinschaften arbeiteten als „Marxistische Abend- bzw. Arbeiterschulen“ (MASCH); im Mittelpunkt ihrer Programme standen Kurse über „wissenschaftlichen Sozialismus“. Um Interesse für die Marxismus-Schulung zu wecken, boten MAB-Gemeinschaften auch ein breites „Werbeprogramm“ an, z. B. Computer-Kurse, Fotozirkel, Sprach- und Musikkurse sowie preisgünstige Reisen, zumeist in die DDR.

Interesse an MAB-
Veranstaltungen
rückläufig

5.4 Druckerei, Verlage und Buchhandlungen

Die DKP verfügt seit Jahren über ein Netz von Verlagen und Buchhandlungen für „fortschrittliche“ Literatur und über beachtliche drucktechnische Kapazitäten. Zur Bedeutung der „parteieigenen Medien“ sagte Fritz *Noll* (Sekretär für Öffentlichkeitsarbeit beim DKP-Parteivorstand) auf einer „Medienpolitischen Konferenz“ der Partei im Dezember 1985:

„Die Arbeiterbewegung, die demokratische Bewegung, die Friedensbewegung brauchen . . . Medien als Transportmittel für diejenigen Informationen und Argumente, die wir im tagtäglichen Klassenkampf, im Kampf um die Köpfe benötigen.“
(Materialien der Medienpolitischen Konferenz der DKP am 14./15. 12. 1985 in Hamburg, hrsg. vom DKP-Parteivorstand, 1. Auflage Februar 1986, S. 21)

Um die Redaktionsarbeit und auch den Vertrieb der Zeitungen, Zeitschriften und Bücher rationeller und wirkungsvoller zu gestalten, ordnete die DKP 1986 ihr Verlagsnetz neu.

So übernahm die Firma „Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH“ (Neuss) zum 1. Juli die Verlagsrechte für das theoretische DKP-Organ „Marxistische Blätter“ (Auflage unverändert mehr als 7.000 Exemplare); neuer Chefredakteur wurde Dr. Robert *Steigerwald* (Mitglied des DKP-Parteivorstandes). Die Blätter erscheinen ab Januar 1987 monatlich (bisher zweimonatlich), um mit „breiterem Autorenspektrum“ und „attraktiverer formaler Aufmachung“ stärker in die „aktuelle politisch-ideologische Diskussion“ einzugreifen²¹⁸. Der Verlag „Marxistische Blätter“ wurde aufgelöst.

Ebenfalls zum 1. Juli übernahm Plambeck die Verlagsrechte der kommunistischen Jugend- oder Studentenzeitschriften „elan“, „rote blätter“, „Jugendpolitische Blätter“ und „pionier“, die bisher bei der „Weltkreis-Verlags-GmbH“ (Dortmund) erschienen.

Plambeck druckt und verlegt darüber hinaus das DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit“ (UZ) und fast alle sonstigen Publikationen der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen, einschließlich des Agitationsmaterials für die großen Kampagnen. Plambeck erhielt auch 1986 Druckaufträge aus sozialistischen Ländern und organisierte Herstellung und Vertrieb des „Messemagazin International“ (MMI), das wieder zu zehn Messen in sozialistischen Ländern erschien; mit den dabei erzielten hohen Gewinnen aus dem Anzeigengeschäft konnten Verluste bei anderen Publikationen aufgefangen werden.

Im Oktober gaben die „Weltkreis-Verlags-GmbH“ (Dortmund), die „Röderberg-Verlags-GmbH“ (Frankfurt/M.) und der „Pahl-Rugenstein-Verlag“ (Köln) ihre Fusion zum 1. Januar 1987 bekannt. Im neuen Verlag unter dem Namen „Pahl-Rugenstein“ (Sitz wie bisher in Köln) sollen die eingeführten Programme erhalten bleiben: Literatur zur Förderung der Bündnispolitik, u. a. die Zeitschriften „Blätter für deutsche und internationale Politik“, „Demokratische Erziehung“, „demokratisches gesundheitswesen“ und „Demokratie und Recht“; außerdem „antifaschistische“ und jugendpolitische Literatur.

Zu den kommunistisch gesteuerten Verlagen gehören auch die „Nachrichten-Verlags-GmbH“ (Frankfurt/M.), die gewerkschaftsbezogene Veröffentlichungen anbietet (vgl. Kap. IV.2.2), der „Verlag ‚pläne‘ GmbH“ (Dortmund), der u. a. die Musikzeitschrift „Eiserne Lerche“ herausgibt sowie die „Brücken-Verlags-GmbH – Literaturvertrieb – Import/Export“ (Düsseldorf), die ein umfangreiches Büchersortiment aus der UdSSR, der DDR und anderen sozialistischen Staaten führt. Dieses Sortiment und die Produktion der DKP-gesteuerten Verlage wird über die etwa 30 „collectiv“-Buchhandlungen angeboten; diese warben mit „Verkaufsausstellungen“, „Diskussionsveranstaltungen“ und Bücherlesungen „fortschrittlicher“ Autoren aus der Bundesrepublik Deutschland und von Schriftstellern aus der DDR.

5.5 „Kulturarbeit“

Moskauorientierte Kommunisten setzen „Kunst und Kultur als Waffe im Klassenkampf“ ein. Sie propagierten auch 1986 das Leitbild einer „parteilichen“, „revolutionären“ Kunst, die „unversöhnlich und einseitig“ sein müsse²¹⁹.

Die „Kulturarbeit“ der DKP gewann 1986 festere Formen. In einigen DKP-Bezirken und in Schwerpunkt-Kreisen arbeiteten „Kulturaktive“; manche Bezirke gaben eigene „Kulturzeitungen“ heraus (z. B. „Denkzettel“ im DKP-Bezirk Hessen, „Linke Seiten“ im DKP-Bezirk Südbayern). Das Thema „Kommunisten und Kultur“ wurde in den Lehrplan des DKP-Bildungsjahres 1986/87 aufgenommen.

Das DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit“ stellte sich verstärkt als „Plattform“ für „demokratische und sozialistische Kultur“ zur Verfügung²²⁰. Die Zeitung veröffentlichte eine Serie „Künstler stellen sich vor“ und gab zur Frankfurter Buchmesse ein „UZ-Magazin-Literatur“ heraus. Für eine UZ-Werbeaktion „Künstler für die UZ – neue Leser für die Arbeiterzeitung“ stifteten etwa 60 Künstler Preise.

Auf ihrem 8. Parteitag – so merkte die DKP selbstkritisch an – sei „Kulturpolitik zu kurz gekommen“²²¹; ein DKP-Funktionär und Künstler hatte dort die Verantwortung der Partei und der ihr „nahestehenden Verlage und Agenturen“ für die weitere Förderung „parteilicher“ Kunst angemahnt²²².

Zu den DKP-nahestehenden Verlagen und Agenturen gehören:

- der Musikverlag „pläne“ GmbH, Dortmund, der kommunistische und sonstige „fortschrittliche“ – d. h. zur Zusammenarbeit mit Kommunisten bereite – Künstler vermittelt und Schallplatten sowie Tonkassetten produziert und vertreibt; die Geschäftsführung wird seit Jahren von Kommunisten bestimmt; der verantwortliche Redakteur der im „pläne“-Verlag erscheinenden Vierteljahresschrift „Eiserne Lerche – Hefte für eine demokratische Musikkultur“ ist Mitarbeiter beim DKP-Parteivorstand;
- die Firma „UNIDOC Film GmbH“, Dortmund, die mit ihren Filmen und Videos „aktuelle Bedürfnisse der Friedensinitiativen“ und der „Genossen in der Partei und in der SDAJ“ abdecken will; ihr Geschäftsführer ist Mitglied der DKP;
- der „Dammitz-Verlag“, eine Abteilung der „Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH“ (vgl. Ziff. 5.4); dort erscheinen u. a. die Vierteljahresschriften „tendenzen – Zeitschrift für engagierte Kunst“ (ihr verantwortlicher Redakteur gehört der DKP an) und „kürbiskern – Literatur, Kritik, Klassenkampf“, herausgegeben von Funktionären und Unterstützern der DKP.

Für die Partei- und „Bündnisarbeit“ konnte die DKP wieder auf eine große Zahl kommunistischer und „fortschrittlicher“ Kabarettisten und „Liedermacher“, Song- und Agitationsgruppen sowie Mitglieder des Verbandes „Arbeiterfotografie“ zurückgreifen. Kommunisten wirkten in der Gruppe „Künstler in Aktion“ – einer berufsbezogenen Friedensinitiative – mit und unterstützten mit Aufrufen und Auftritten den Wahlkampf der „Friedensliste“. Höhepunkte kommunisti-

**Kommunisten nutzen
Kultur als „Waffe im
Klassenkampf“**

Kommunisten suchen Einfluß in Medien

scher „Kulturarbeit“ 1986 waren das kulturelle Rahmenprogramm zum 8. DKP-Parteitag, das „Festival der Jugend“ (vgl. Ziff. 4.1), mit dem „Marxisten“ „politische und kulturelle Akzente“ setzen wollten²²³, sowie die traditionellen „DKP-Arbeiterkonzerte“ und die „Theatertage für Arbeiter“ (vgl. Kap. V.2). In solchen Veranstaltungen sieht die Partei Möglichkeiten, „neue Kreise“ für sich zu gewinnen²²⁴.

An dem einwöchigen „Victor-Jara-Treffen“ der SDAJ im August auf Burg Wahrberg in Aurach/Krs. Ansbach beteiligten sich, wie in den Vorjahren, etwa 200 Künstler und Laien.

Zu den „kulturellen Kernbereichen“ zählt die DKP auch das Bildungswesen. Der „Pahl-Rugenstein-Verlag“ gibt hierfür die Monatschrift „Demokratische Erziehung“ heraus; ihre verantwortlichen Redakteure sind in der kommunistischen Bildungsarbeit tätig.

Die Kommunisten stellten erneut die „strategische Bedeutung des Wirkens in und mit den Medien“ heraus. Die DKP will „neue Kontakte in die Bereiche Rundfunk, Fernsehen und Film entwickelt“ haben. Die Partei empfahl den „Genossinnen und Genossen aus redaktionellen Bereichen“, „in der Regel nicht offen als Kommunisten aufzutreten“, um ungestört Einfluß auf „Medieninhalte“ nehmen und sich in Rundfunk- und Fernsehanstalten „fest verankern“ zu können. Der Anteil an Kommunisten in diesem „gesellschaftspolitisch wichtigen Bereich“ sei zwar – so die DKP – „zahlenmäßig . . . gering“, ihre Möglichkeiten würden jedoch „gezielt und organisatorisch straff eingesetzt“. Die Parteigruppen wurden angehalten, auch sonstige „Formen der Einflußnahme“, z. B. Leserbriefe oder den „spontanen Anruf an Sendeanstalten“ zu nutzen²²⁵.

6. Teilnahme der DKP an Wahlen

Die moskauorientierten Kommunisten setzten verstärkt auf Wahlbündnisse

Die Wahltaktik der DKP orientierte sich an einem Ziel: der Stärkung aller Kräfte für ein Ende der sogenannten Bonner „Rechtskoalition“. Deshalb beteiligte sich die DKP-gesteuerte „Friedensliste“ (vgl. Ziff. 1.4.5) bei der Bundestagswahl 1987 lediglich mit Direktkandidaten, nicht mit Landeslisten, die über die Zusammensetzung des Bundestages entscheiden. Bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hamburg, wo ein Kopf-an-Kopf-Rennen der großen demokratischen Parteien erwartet wurde, kandidierte die DKP – die erfahrungsgemäß noch weniger Stimmen als die „Friedensliste“ erhält – selber; sie empfahl jedoch zugleich – mehr oder weniger offen –, SPD oder die GRÜNEN zu wählen. In Bayern, wo ein Einzug der GRÜNEN in den Landtag ungewiß erschien, verzichteten DKP und „Friedensliste“ auf eine eigene Kandidatur und warben für die offenen Listen der GRÜNEN, auf denen vereinzelt Vertreter der „Friedensliste“ plazierte waren.

Die Folge dieser Wahltaktik war häufig ein zweigleisiger Wahlkampf: Einerseits Agitation für das Wahlprogramm von DKP oder

„Friedensliste“, andererseits Wahlempfehlung für SPD oder GRÜNE. An der Parteibasis kam es deshalb zu anhaltender Konfusion. Kritik aus den Reihen der Mitglieder hielt die Parteiführung entgegen, die Form einer Wahlbeteiligung von Kommunisten müsse sich nach den „Kampfbedingungen“ richten; „Wahlbündnispolitik“ oder Eigenkandidatur seien Teil der „politischen Strategie“, die auf „Veränderung der Kräfteverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte“ abziele²²⁶.

6.1 Bundestagswahl

Zur Bundestagswahl am 25. Januar 1987 verzichtete die DKP auf eine Eigenkandidatur. Die kommunistisch gesteuerte „Friedensliste“ (vgl. Ziff. 1.4.5) bemühte sich vergeblich um ein Wahlbündnis mit den GRÜNEN, beteiligte sich dann selbst, aber nicht mit Landeslisten, sondern nur mit Direktkandidaten in allen Wahlkreisen; darunter waren zahlreiche DKP-Funktionäre. Die DKP appellierte an ihre Mitglieder und Anhänger, mit „ganzer Kraft“ den Wahlkampf der „Friedensliste“ zu unterstützen, mit der Erststimme deren Kandidaten, mit der Zweitstimme aber SPD oder GRÜNE zu wählen. 188.602 Wähler (= 0,5 %) gaben den Kandidaten der „Friedensliste“ ihre Erststimme.

6.2 Landtagswahlen

6.2.1 Niedersachsen

Zur Landtagswahl in Niedersachsen am 15. Juni stellte die DKP – nach erfolglosen Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit „anderen fortschrittlichen Kräften“ – eigene Kandidaten und auch eine Landesliste auf. Zugleich äußerte sie aber „Verständnis“ für eine Stimmabgabe zugunsten von SPD oder GRÜNEN. Auf die DKP entfielen lediglich 5.690 Stimmen = 0,1 % (1982: 11.552 Stimmen = 0,3 %).

6.2.2 Bayern

Bei der Wahl zum Bayerischen Landtag am 12. Oktober verzichtete die DKP nach ergebnislosen Bemühungen um ein Wahlbündnis auf eine eigene Kandidatur. Sie rief zur Wahl von Vertretern der DKP-beeinflußten „Friedensliste“ auf, die auf offenen Listen der GRÜNEN kandidieren konnten. Zwei dieser Bewerber erhielten ein Mandat im Landtag.

6.2.3 Hamburg

Die DKP konnte auch zur Wahl der Hamburgischen Bürgerschaft am 9. November kein geeignetes Wahlbündnis aufbauen. Sie kandidierte mit einer eigenen Liste, empfahl aber ausdrücklich, die Stimme den Kandidaten der SPD oder der GRÜN-ALTERNATIVEN LISTE (GAL) zu geben. Auf die DKP entfielen 1.536 Stimmen = 0,2 % (1982: 3.885 Stimmen = 0,4 %).

6.3 Kommunalwahlen

6.3.1 Schleswig-Holstein

Bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am 2. März stellte die DKP in den vier kreisfreien Städten, in zehn von elf Kreisen und in etwa 170 von rund 1.000 kreisangehörigen Gemeinden eigene Kandidaten auf; in einzelnen Gemeinden bewarben sich DKP-Mitglieder zusammen mit nichtextremistischen Kräften auf örtlichen Bündnislisten. Insgesamt erhielt die DKP 3.170 Stimmen = 0,2 % (1982: 3.820 Stimmen = 0,3 %). Auf DKP-Mitglieder entfielen vier Mandate (bisher 2), darunter ein Mandat über eine Bündnisliste.

6.3.2 Niedersachsen

Die DKP beteiligte sich an den Kommunalwahlen in Niedersachsen am 5. Oktober in 14 von 38 Kreisen, in den neun kreisfreien Städten und in 78 von 1.017 kreisangehörigen Gemeinden mit eigenen Listen; in einigen Gemeinden traten DKP-Mitglieder in örtlichen Wahlbündnissen – zusammen mit nichtextremistischen Kräften – an. Bei den Kreiswahlen erhielt die DKP landesweit 42.799 Stimmen = 0,4 % (1982: 47.148 = 0,4 %), bei den Gemeindewahlen 21.083 Stimmen = 0,2 % (1982: 16.295 = 0,2 %). Insgesamt errangen DKP-Mitglieder 17 Mandate (bisher 20).

6.3.3 Hamburg

Bei den Wahlen der sieben Bezirksversammlungen in Hamburg am 9. November kandidierte die DKP in einem Bezirk mit einer eigenen Liste, in drei Bezirken beteiligte sich eine von der DKP initiierte Liste „Das Bündnis – Frieden, Arbeit, Umwelt, Internationalismus“; in drei weiteren Bezirken hatte dieses „Bündnis“ jeweils einen Vertreter auf den offenen Listen der GAL nominieren können. Auf die DKP bzw. das „Bündnis“ entfielen zwischen 0,2 und 0,4 % der Stimmen. Ein Kandidat des „Bündnisses“ (DFU-Funktionär) erhielt über die GAL ein Mandat in einer Bezirksversammlung.

6.4 Mandate in Kommunalvertretungen

Ende 1986 hatten DKP-Mitglieder erneut 99 Mandate in 50 (bisher 53) Kreis-, Stadt- und Gemeindevertretungen sowie 20 Sitze in 15 Bezirksvertretungen bzw. Ortsbeiräten inne.

7. Ausblick 1987

Die DKP kündigte an, der „Kampf um Frieden, Arbeit und gegen Rechtsentwicklung“ werde für sie auch 1987 „auf der Tagesordnung“ bleiben (UZ vom 31.12. 1986). Zu den außerparlamentarischen Kämpfen, auf die sich die Partei konzentrieren werde, zählte ihr Vorsitzender vor allem die Aktionen der „Friedensbewegung“, die „Arbeiterkämpfe“ für die 35-Stunden-Woche sowie die Kampagne

gegen die Volkszählung. Darüber hinaus will die DKP auch in die Wahlkämpfe eingreifen und bei allen Landtagswahlen selbst oder im Bündnis kandidieren. Deshalb beabsichtigt sie, die von ihr beeinflusste „Friedensliste“ organisatorisch und politisch zu stärken (UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 4. 2. und 15. 4. 1987). Aus Anlaß des 70. Jahrestages der russischen Oktoberrevolution von 1917 sieht sich die DKP verpflichtet, ihre „Sozialismus-Propaganda“ zu verstärken. Sie hofft, daß die „neue Entwicklung“ in der Sowjetunion die „Attraktivität des realen Sozialismus“ erhöhen werde (UZ vom 19. 2. 1987). Bei der „Sozialismus-Propaganda“ will die DKP besonders die sowjetische „Friedenspolitik“ als den „wichtigsten Faktor des Friedenskampfes, die wirksamste Unterstützung der Friedensbewegung in den kapitalistischen Ländern“ herausstellen (UZ vom 8. 4. 1987).

V. SED-Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland

Die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED) in der DDR setzte ihre Bemühungen fort, durch vielfältige Aktivitäten die politische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland im kommunistischen Sinne zu beeinflussen.

Diese „Westarbeit“ wurde entweder verdeckt durchgeführt oder offen als „internationale Zusammenarbeit“ im Rahmen der „friedlichen Koexistenz“ ausgegeben. Ungeachtet des auch von der SED proklamierten „neuen Denkens“ steht die „friedliche Koexistenz“ der Fortsetzung des Klassenkampfes nicht entgegen. Die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland gehören für die DDR zur „internationalen Zusammenarbeit“, weil sie – anders als die Bundesrepublik – das Verhältnis der beiden Staaten in Deutschland als ein Verhältnis zweier Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung begreift, die füreinander Ausland sind.

„Westarbeit“ leisten gesellschaftliche und staatliche Einrichtungen der DDR; sie wird von der Abteilung „Internationale Politik und Wirtschaft“ des ZK der SED koordiniert und kontrolliert. Diese Abteilung, geleitet von Gunter *Retzner*, stützt sich in ihrer Arbeit auf die „Westsektoren“ bei den SED-Bezirksleitungen, denen die DKP-Bezirksorganisationen im Bundesgebiet als „Patenbezirke“ wie folgt zugewiesen sind:

SED sieht „friedliche Koexistenz“ als Voraussetzung zur Entfaltung des „Klassenkampfes“

SED-Bezirksleitung in	„Patenbezirk“ (= zugewiesene DKP-Bezirksorganisation)
Rostock	Hamburg
Neubrandenburg	Schleswig-Holstein
Schwerin	Bremen/Niedersachsen-Nord
Frankfurt/Oder	} Hessen
Erfurt	
Potsdam	Rheinland-Pfalz
Magdeburg	Niedersachsen
Cottbus	Saar
Leipzig	} Ruhr-Westfalen
Halle	
Dresden	Baden-Württemberg
Karl-Marx-Stadt	Rheinland-Westfalen
Gera	Südbayern
Suhl	Nordbayern

1. Anleitung und Unterstützung der DKP

Die besonderen Beziehungen zwischen SED und DKP zeigen sich u. a. in den organisatorischen Zuständigkeitsregelungen im ZK der SED. Die DKP wird seit jeher von einer besonderen ZK-Einheit, der Abteilung „Internationale Politik und Wirtschaft“ (früher „Westabteilung“) betreut; für die Beziehungen zu allen anderen „Bruderparteien“ ist dagegen die ZK-Abteilung „Internationale Verbindungen“ zuständig.

SED und DKP in „untrennbarer Freundschaft“ verbunden

Führende Funktionäre von SED und DKP bekräftigten immer wieder die „untrennbare Freundschaft“ beider Parteien. Zum 8. DKP-Parteitag entsandte die SED ihr Politbüro-Mitglied Hermann Axen; SED-Generalsekretär Erich Honecker versicherte in seiner Grußbotschaft, die SED werde „weiterhin alles für die Festigung des Bruderbundes“ mit der DKP tun²²⁷.

Anleitung der DKP erfolgt weitgehend konspirativ

Erstmals erschienen auch zu allen Bezirksdelegiertenkonferenzen der DKP Delegationen der SED-Patenbezirke.

Anleitung und Kontrolle der DKP sowie die erhebliche materielle Unterstützung durch die SED (vgl. Kap. IV.1.1.5) erfolgen nach wie vor weitgehend konspirativ. Die Parteiführungen legen für die Zusammenarbeit jeweils Rahmenpläne fest; Einzelheiten (z. B. Delegationsreisen, Termine für Anleitungsgespräche, Schulungen) werden sodann zwischen den jeweiligen Bezirksorganisationen vereinbart. Zahlreiche „Arbeitsgespräche“ zwischen SED- und DKP-Funktionären, Berichte an die SED-Führung und die Aufbewahrung wichtiger Unterlagen (u. a. Kaderunterlagen) in der DDR sichern die lückenlose Kontrolle der SED über ihre „Bruderpartei“.

2. „Westarbeit“ anderer DDR-Institutionen

„Massenorganisationen“ unter Führung der SED und andere Einrichtungen in der DDR sind unverändert bemüht, auf entsprechende Zielgruppen in der Bundesrepublik Deutschland einzuwirken. Beispielhaft dafür sind die Aktivitäten der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ), des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (FDGB) und des „Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR“ (IPW) in Berlin (Ost).

Die FDJ will mit ihrer „Westarbeit“ vorrangig ihre „Bruderorganisationen“ – „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ), „Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB), „Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP) und „Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht“ (SJV Karl Liebknecht) – im „revolutionären Kampf gegen den Imperialismus“ unterstützen und zugleich das „antiimperialistische Potential“ in anderen, nichtextremistischen Jugendverbänden verbreitern.

Auch zwischen der FDJ und ihren „Bruderorganisationen“ in der Bundesrepublik Deutschland gibt es – ähnlich wie zwischen SED und DKP – Arbeitsvereinbarungen, Anleitungsgespräche, Delegationsaustausch und materielle Hilfen.

Am 5. „Festival der Jugend“ in Dortmund (vgl. Kap. IV.4.1) beteiligten sich aus der DDR Funktionäre der FDJ und der SED, Schauspieler, Sportler und Musikgruppen.

Im Rahmen der kommunistischen Aktion „Ferien in einem kinderfreundlichen Land“ reisten wieder mehrere tausend Kinder aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR (vgl. Kap. IV.4.2). An „Freundschaftslagern“ der FDJ in der DDR beteiligten sich neben kommunistischen Jugend- und Studentenverbänden auch Abordnungen demokratischer Jugendorganisationen aus der Bundesrepublik Deutschland. Enge „freundschaftliche Beziehungen“ unterhält die FDJ seit Jahren zum „Sozialistischen Hochschulbund“ (SHB); im Januar besuchten Mitglieder des SHB-Bundesvorstandes den FDJ-Zentralrat; dieser entsandte seinerseits eine Abordnung zur Bundesdelegiertenversammlung des SHB im Oktober in Köln. Beide Verbände betonten ihren Willen zum Aufbau „breiter Aktionsbündnisse für antiimperialistische Solidarität“.

Das organisatorisch mit dem FDGB verbundene „INTERNATIONAL-Informationen- und Bildungszentrum e.V.“ in der DDR veranstaltete wieder „Studien- und Informationsreisen“, insbesondere für Gewerkschafter aus der Bundesrepublik Deutschland. „INTERNATIONAL“ betreute auch die „Elterndelegationen“, die zur Vorbereitung der kommunistischen Kinderferienaktion in die DDR reisten, und sonstige von der DKP organisierte Werbereisen für Anhänger, Sympathisanten und neue Mitglieder der Partei.

Das „Institut für internationale Politik und Wirtschaft der DDR“ (IPW) in Berlin (Ost) analysiert im Rahmen seiner „Imperialismusforschung“ Entwicklungen in den westlichen Demokratien, insbeson-

Auch „Massenorganisationen“ der SED sind in der „Westarbeit“ tätig

dere in der Bundesrepublik Deutschland. Das eng in die „Westarbeit“ der ZK-Abteilung „Internationale Politik und Wirtschaft“ eingebundene Institut entsandte wieder leitende Mitarbeiter zu Tagungen und wissenschaftlichen Einrichtungen in die Bundesrepublik Deutschland, um Informationen zu sammeln und bei den Gesprächspartnern für politische Positionen der DDR zu werben. Angehörige des IPW traten als Referenten bei Veranstaltungen der DKP, des IMSF (vgl. Kap. IV.5.1) sowie der SDAJ und des MSB auf. Erkenntnisse und Kontakte dieser „Reisekader“ nutzt auch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR.

Auch die „kulturelle Westarbeit“ wurde unvermindert fortgeführt. Die SED entsandte zahlreiche Theater-, Musik- und Kleinkunstensembles, Rock- und Singegruppen zu Veranstaltungen der DKP, ihrer Neben- und beeinflussten Organisationen, um diese zu unterstützen und für den „Sozialismus“ zu werben.

Zu den Zielen der „Kulturarbeit“ erklärte der Minister für Kultur der DDR, Hans Joachim *Hoffmann*:

„Kultur und Kunst gewinnen noch an Bedeutung für die Verwirklichung der Strategie zur Stärkung des Sozialismus und im Kampf um die Sicherung des Friedens.“
(„Einheit“, Organ des ZK der SED, Nr. 7/86, S. 653)

Zu den „DKP-Theatertagen für Arbeiter“ entsandte die DDR 1986 das „Städtische Theater Karl-Marx-Stadt“ für Aufführungen in vier westdeutschen Städten. Bei den sechs „Arbeiterkonzerten“ der DKP spielte das „Berliner Sinfonie-Orchester“. Sein Leiter erklärte gegenüber dem DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit“ (UZ):

„Eine musikalische Äußerung ist ... eine hochpolitische Äußerung, und es sollte eine parteiliche sein. Parteilich für das Land, wo man aufgewachsen ist und das Positive sieht.“
(UZ vom 28. 11. 1986)

3. Funktionärs- und Delegationsreisen in die DDR und DDR-„Reisekader“

Die DKP, ihre Neben- und von ihr beeinflussten Organisationen entsandten wieder zahlreiche Funktionäre und mehr als 600 Delegationen (zusammen nahezu 10.000 Teilnehmer) zu „Studienaufenthalten“ in die DDR. Solche Reisen in ein Land des „real existierenden Sozialismus“ sollen der Anleitung und ideologischen Festigung der „Genossen“ und der Mitgliederwerbung dienen.

Auch 1986 wurden zahlreiche Einreisen von DDR-„Reisekadern“ bekannt. Es handelt sich dabei um Funktionäre der DDR, die im Rahmen der „Westarbeit“ mit politischen Aufträgen in das Bundesgebiet entsandt werden. Ihre Zuverlässigkeit ist zuvor von der SED

und dem MfS überprüft worden. „Reisekader“ werden auf ihre Einsätze besonders vorbereitet und haben nach ihrer Rückkehr eingehend über Reiseverlauf, Auftragserfüllung und Kontaktpersonen zu berichten. Diese Berichte werden von der SED und dem MfS ausgewertet.

VI. „Neue Linke“

1. Politischer Standort und Entwicklung

Neben den moskauorientierten Kommunisten – und von ihnen weder gelenkt noch unterstützt – versucht eine große Zahl weiterer linksextremistischer Gruppen, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland „revolutionär“ zu beseitigen. Diese Organisationen der „Neuen Linken“ orientieren sich an unterschiedlichen Ideologien und verfolgen ebenso unterschiedliche Strategien und Taktiken. Sie ordnen sich keiner zentralen Führung unter; die meisten von ihnen sind jedoch zur Zusammenarbeit in Aktionsbündnissen bereit.

Zwei „Lager“ lassen sich innerhalb der „Neuen Linken“ unterscheiden: die „revolutionären Marxisten“ und die „Anarchisten“; innerhalb dieser „Lager“ gibt es verschiedene Flügel und Richtungen.

Zu den revolutionären Marxisten der „Neuen Linken“ gehören die marxistisch-leninistischen Parteien und Bünde, die sog. K-Gruppen, ferner die Trotzlisten und eine Reihe weiterer Gruppen, die von marxistischen Theorieansätzen her revolutionäre Umwälzungen herbeiführen wollen. Sie propagieren den „Klassenkampf“ mit dem Ziel, über die „Diktatur des Proletariats“ zum Kommunismus zu gelangen. Ihr Vorbild ist weder die Sowjetunion noch die Volksrepublik China; deren „realen Sozialismus“ halten sie für bürokratisch- oder revisionistisch-„entartete“ Fehlentwicklungen.

Die anarchistischen Gruppen – ihr Spektrum reicht von den „Aktionsgruppen“ der „Graswurzelbewegung“ bis hin zu den militanten „Autonomen“ – wollen die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung „zersetzen“ oder „zerschlagen“, um zu einer „herrschaftsfreien Gesellschaft“, zur Anarchie, zu gelangen. Einzelne Gruppen der „Neuen Linken“ entwickelten sozialrevolutionäre Konzepte unter Rückgriff sowohl auf marxistische als auch anarchistische Theorien. Autonome Gruppen neigen zum Nihilismus.

Die Kräfteverhältnisse innerhalb der „Neuen Linken“ haben sich 1986 nur wenig geändert. Das Interesse an den anarchistischen

Zwei „Lager“ der „Neuen Linken“: „Revolutionäre Marxisten“ und „Anarchisten“

Gruppen der „Neuen Linken“ folgen unterschiedlichen Ideologien: die einen propagieren die „Diktatur des Proletariats“, die anderen die „Anarchie“

Konkurrenz unter K - Gruppen

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

KPD

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

20. Jahrgang

November-Dezember 1986

Preis: 2 DM/Nr. 4

DER WEG DER PARTEI



Theoretisches Organ der Marxisten-Leninisten in der KPD Nr.1/April 1986

Neue im
Bewusst

In ein
übertra
die ver
liche
Verkauf
an den
aus die
aufgabe
nachden
den für
den Tra

den klar
in ungew
n. übertr
i persönl
den, auf
billigen
t. (siehe
,
erhalten
aktisch
ang. der
nen. 198
die Wand
ung. 198

Der Weg der Partei



Theoretisches Organ der KPD

Trotzkismus oder Marxismus-Leninismus?

WILHELM FRIEDRICH WILHELM WILHELM WILHELM

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands
Nr.9 September 1986 50 Pfg.

ERÖFFNUNGEN GEGEN LIBYEN

STOPPT DEN US-TERRORISMUS!

Das "Libyen-Problem" stellt wieder
einmal die Frage nach der
Rolle der Partei in der
Kampfabwehr. Die Partei muss
klar machen, dass sie nicht
zurücktritt vor dem imperialistischen
Terrorismus. Die Partei muss
klar machen, dass sie nicht
zurücktritt vor dem imperialistischen
Terrorismus.

Die Partei muss klar machen,
dass sie nicht zurücktritt vor
dem imperialistischen Terroris-
mus. Die Partei muss klar
machen, dass sie nicht zurück-
tritt vor dem imperialistischen
Terrorismus.

Preis 10 DM 1'86

„Gewaltfreien Aktionsgruppen“ verringerte sich. Dagegen nahmen Zahl und Anhängerschaft der autonomen Gruppen zu; diese sprachen von einem „neuen Schub“ in den Kämpfen gegen „das System“. Die Mitgliederzahl der revolutionär-marxistischen Gruppen insgesamt blieb erhalten; innerhalb dieses Lagers gab es jedoch Verschiebungen: Um die „Einheit der revolutionären Sozialisten“ voranzubringen, schlossen sich die älteste K-Gruppe – die KPD-ML – und die bisher bedeutendste trotzkistische Organisation – die GIM – zur „Vereinigten Sozialistischen Partei“ (VSP) zusammen; eine weitere K-Gruppe – der BWK – diskutierte über einen Anschluß an die neue Vereinigung. Andere revolutionär-marxistische Gruppen, die der Fusion kritisch gegenüberstehen, zeigten sich bereit, über ideologische Fragen und strategische Konzepte gemeinsam zu diskutieren. Abseits hielten sich nach wie vor die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) und auch die „Marxistische Gruppe“ (MG). Die MLPD, nach eigenem Anspruch „die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse“, trat als einzige Organisation der „Neuen Linken“ zur Bundestagswahl 1987 an.

Mitglieder von K-Gruppen und Trotzkisten halten die GRÜNEN und Grün-Alternativen Listen nach wie vor für geeignete Vehikel, um revolutionären Zielen näher zu kommen. Einige von ihnen wanderten dorthin ab mit dem Ziel, den „ökosozialistischen Flügel“ innerhalb der GRÜNEN voranzubringen. Vermehrt gab es innerhalb der „Neuen Linken“ aber auch Kritik an den GRÜNEN, die zunehmender „Staatsanpassung“²²⁸ und „arbeiterfeindlichen Theorien“ unterlägen; für diese „Parteibildung der werktätigen Intelligenz“ seien „Arbeiterinteressen“ offensichtlich nur von untergeordneter Bedeutung²²⁹.

Auch 1986 suchten und entwickelten die Gruppen der „Neuen Linken“ wieder Aktionsbündnisse mit demokratischen Organisationen; sie akzeptierten auch die Mitarbeit der orthodoxen Kommunisten, verwahrten sich aber gegen deren Führungsansprüche.

Die Mehrzahl der Gruppen der „Neuen Linken“ befürwortet offen den Einsatz von Gewalt, um politische Ziele zu erreichen. Einzelne, vor allem Gruppen der anarchistischen „Graswurzelbewegung“, versuchen, strafbare Handlungen als „legitim“ hinzustellen. Sie erklärten, „Gewaltfreiheit“ schließe „Gewalt gegen Sachen“ nicht aus, weil Sachen keine Gewalt verspürten.

Über Anlässe und Zeitpunkt gewalttätiger Aktionen gab es Kontroversen zwischen „revolutionären Marxisten“ und militanten „Autonomen“. Marxisten-Leninisten rügten „naiven“ Aktionismus der „Militanten“ und betonten die Notwendigkeit unterschiedlicher Taktiken bei „Kämpfen vor Ort“ und bei Demonstrationen, mit denen „politische Inhalte nach außen“ vermittelt werden sollen²³⁰.

Militante „Neue Linke“ bedienten sich wieder terroristischer Praktiken*; die Zahl der Brandanschläge ist erneut erheblich angestiegen.

* Zum politischen Standort und zur Entwicklung der terroristischen Gruppen der „Neuen Linken“ vgl. auch Kap. VII.

Zahl der Anhänger
autonomer Gruppen
nimmt zu

„Neue Linke“ befür-
wortet Gewalt im
politischen Kampf

Protest gegen Kernenergie wurde wichtigster Anknüpfungspunkt für Aktionen der „Neuen Linken“

In Broschüren und Flugblättern riefen „Autonome“ dazu auf, die „offene Konfrontation“ mit dem „Staatsapparat“ zu suchen, zugleich aber auch – als neue „Technoguerilla“ – mit Sabotage gegen die „Lebensadern des Systems“, gegen „Stromleitungen, Verkehr, Energie, Transport, Bau, Verwaltung, Kommunikation“ vorzugehen²³¹. Die Zahl der Beschädigungen/Zerstörungen von Hochspannungsmasten hat sprunghaft zugenommen.

Zum wichtigsten „Anknüpfungspunkt“ für die Aktivitäten der Gruppen der „Neuen Linken“ entwickelte sich der Protest gegen die Kernenergie. Die „Antimilitarismus“- und „Friedensarbeit“ flaute dagegen ab. Weitere bedeutende Arbeitsfelder blieben „Solidaritätsaktionen“ für „Befreiungsbewegungen“ und „revolutionäre Kämpfe“ in der Dritten Welt, ferner der „Widerstand“ gegen angebliche „staatliche Repression“, gegen behaupteten „Neofaschismus“ und gegen Maßnahmen auf dem Gebiet des Ausländer- und Asylrechts.

Die Gruppen der „Neuen Linken“ verfügen über beachtliche publizistische Möglichkeiten. Sie gaben wieder mehr als 240 verschiedene periodische Schriften mit einer Jahresgesamtauflage von über 4,5 Mio. Exemplaren heraus. Auch die Alternativpresse blieb für viele Gruppen der „Neuen Linken“ ein wichtiges Informationsmittel. Die Zahl der autonomen „Szeneblätter“ nahm wieder zu.

1986 wurden drei (1985: 10) Schwarzsender bekannt, die als Informationsmittel auch für Kräfte der „Neuen Linken“ genutzt werden konnten.

2. Organisationen und Gruppierungen

2.1 Revolutionär-marxistische Gruppen

Durch den Zusammenschluß der „Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten/Leninisten)“ (KPD) und der trotzkistischen „Gruppe Internationaler Marxisten“ (GIM) zur „Vereinigten Sozialistischen Partei“ (VSP) hat sich die Zahl der marxistisch-leninistischen Parteien und Bünde (sog. K-Gruppen) weiter reduziert; nur noch drei – die MLPD, der „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK) und der „Kommunistische Bund“ (KB) – waren bundesweit aktiv; von ihnen war allein die MLPD noch mit Gruppen und Stützpunkten in allen Bundesländern vertreten. Die Mitgliederzahl in den Kernorganisationen der K-Gruppen lag zum Jahresende bei etwa 2.500 (1985: etwa 2.800), die der trotzkistischen Organisationen (zum Jahresende wieder mehr als zehn mit meist nur regionaler Bedeutung) ging auf weniger als 500 zurück.

Der 1983 von KPD und BWK ins Leben gerufene „Beilagenkreis“ konnte für die „Einheit der revolutionären Sozialisten“ keine wesentlichen Impulse geben. Seine Mitglieder, darunter die neue VSP, die „Kommunistischen Gruppen – Neue Hauptseite Theorie“ (KG-NHT) sowie vier anarcho-kommunistische Zusammenschlüsse ver-

Zahl der K-Gruppen geht zurück

breiteten in ihren zentralen Publikationen wieder eine gemeinsame „Beilage“, in der grundlegende ideologische Fragen diskutiert werden; Beiträge dafür lieferte auch der KB. Herausragendes Thema der „Beilage“ war 1986 eine Debatte über die „Faschisierungsthese“ („Faschismus“ als zwangsläufige Ausprägung des „Kapitalismus“). Sprecher des KB, die KG-NHT und eine der anarcho-kommunistischen Gruppen wandten sich gegen die unter „Neuen Linken“ verbreitete „Faschisierungserwartung“; dies seien offensichtlich „überlebte Denkformen... des Marxismus“²³². In der „Marxistischen Gruppe“ gab es erstmals Anzeichen von Stagnation; die Zahl der Anhänger blieb auf dem Stand des Vorjahres.

Das „Sozialistische Büro“ (SB) mühte sich mit seinen Publikationen („links – Sozialistische Zeitung“; „express – Zeitung für Sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“; „widersprüche – Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich“) wieder um die „Revitalisierung und Reorganisation der Linken“.

2.1.1 „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)

Die 1982 aus dem „Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD) hervorgegangene MLPD bekennt sich in ihrem Parteiprogramm zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung. Sie verteidigte Mao gegen „revisionistische Verleumdungen“: Er habe die „erste Proletarische Kulturrevolution zur Abwehr der kapitalistischen Restauration in einem sozialistischen Land“ geleitet; die „Idee der Kulturrevolution“ sei eine „wesentliche Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie“²³³. Auch Stalin ist für die MLPD weiterhin ein „Klassiker des Marxismus-Leninismus“²³⁴. Nach Auffassung der MLPD ist in den „real sozialistischen Ländern“, einschließlich China, die „politische Macht der Arbeiterklasse“ durch „revisionistisch entartete Bürokraten“²³⁵ gestürzt und ein „bürokratischer Kapitalismus“²³⁶ errichtet worden.

Zu einem „Internationalen Tribunal“ gegen „Sozialimperialismus und modernen Revisionismus“ am 15. März in Hamburg mobilisierte die MLPD nahezu 1.000 Teilnehmer; dort hielt sie der Sowjetunion vor, um die „Weltherrschaft“ zu kämpfen und die „internationale Friedensbewegung“ dafür einzuspannen²³⁷.

Scharfe Angriffe richtete die MLPD auch wieder gegen die DKP, die „zersetzend auf das Klassenbewußtsein der Arbeiter“ wirke und sich als „Steigbügelhalter einer Monopolpartei wie der SPD“ betätige²³⁸.

MLPD orientiert sich an Mao Tse-tung und Stalin

Scharfe Angriffe der MLPD gegen die DKP

Am 25. Januar 1987 beteiligte sich die MLPD erstmals an einer Bundestagswahl. Sie stellte in allen Bundesländern Landeslisten auf und in zwei Gelsenkirchener Wahlkreisen auch Direktkandidaten, darunter den Parteivorsitzenden Stefan Engel. Auf die Partei entfielen in Gelsenkirchen 596 Erststimmen und bundesweit insgesamt 13.422 Zweitstimmen (weniger als 0,1 %). Mit dem Ergebnis zeigte

sich die MLPD zufrieden, denn die Partei sei „bundesweit bekannt“ geworden und habe auch ihre „Organisation stärken können“. Eine Spendenkampagne zur Finanzierung des Wahlkampfes hatte nahezu 500.000 DM erbracht.

Die Zahl der MLPD-Mitglieder stagnierte bei etwa 1.300, organisiert in mehr als 100 Ortsgruppen und Stützpunkten, die bundesweit zu 16 Parteibezirken zusammengefaßt sind. Das MLPD-Zentralorgan „Rote Fahne“ erschien wöchentlich wieder mit einer Auflage von etwa 10.000 Exemplaren. Um eine „Zentrale Parteschule“ zu errichten, kaufte die MLPD in Gelsenkirchen ein ehemaliges Lehrlingswohnheim für mehr als 700.000 DM.

Unzufrieden war die MLPD nach wie vor mit ihren Jugendorganisationen, dem „Arbeiterjugendverband/Marxisten-Leninisten“ – AJV/ML – (Organ: „Rebell“) und dem „Marxistisch-Leninistischen Schüler- und Studentenverband“ – MLSV – (Organ: „Roter Pfeil“). Sie kritisierte deren „Trott“ und „bürokratischen Leitungsstil“; die für einen „Durchbruch zur Jugendmassenorganisation“ entscheidende „Kaderfrage“ sei noch immer nicht gelöst²³⁹. Der AJV/ML bemühte sich um den Aufbau einer Kinderorganisation „Rotfüchse“²⁴⁰.

Positiv wertete die MLPD dagegen die Entwicklung des „Marxistisch-Leninistischen Bundes Intellektueller“ (MLBI), denn es sei gelungen, ihn „eigenverantwortlich in die gesamte Bandbreite der Parteiarbeit“ einzubeziehen²⁴¹. Zum Jahresende lag die Gesamtmitgliederzahl aller drei Nebenorganisationen wieder bei etwa 350 (1985: 300).

2.1.2 „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK)

Der BWK – 1980 aus einer Abspaltung des inzwischen aufgelösten „Kommunistischen Bund Westdeutschland“ (KBW) entstanden – setzte seine Bemühungen für eine „proletarische Parteibildung“ fort. Er befürwortete den Aufbau „volksfrontartiger Organisationen“ und das Zusammenwirken mit „antifaschistischen“, „antimilitaristischen“ und „antiimperialistischen“ Gruppen „auf Seiten der Arbeiterklasse“²⁴². Den Feststellungen der 6. ordentlichen Delegiertenkonferenz des BWK am 21./22. März in Köln zufolge befindet sich der „Parteibildungsprozeß“ aber „in ständigem Umbruch“. In seinem Entwurf für ein neues Statut führt das BKW-Zentralkomitee aus, die „Erarbeitung des Programms der Kommunisten in Westdeutschland“ sei „unerlässlich“, bei der Programmdiskussion müßten aber „Theorie und Praxis aller Organisationen“ berücksichtigt werden, die sich in den letzten 20 Jahren im „Wiederaufleben des Marxismus und der revolutionären Theorie“ gebildet hätten – „bis hin zur DKP“.

Die Mitgliederzahl des BWK hielt sich bei etwa 400, organisiert in acht Landesverbänden. Abgesehen von der Verbreitung zahlreicher Publikationen, waren nach außen gerichtete politische Aktivitäten des BWK nur selten festzustellen.

Die Auflage der „Politischen Berichte“, der 14täglich erscheinenden zentralen Zeitschrift des BWK, lag wieder bei etwa 1.300 Exempla-

ren. Zusätzlich gab der BWK die nach Branchen aufgeteilten „Nachrichtenhefte“ heraus. Eine Kandidatur zur Bürgerschaftswahl in Hamburg (9. November) – vom BWK selbst als „Propagandakandidatur“ bezeichnet – erbrachte nur 198 Stimmen. Sein Drängen auf eine gemeinsame Kandidatur der Gruppen des „Beilagenkreises“ zur Bundestagswahl 1987 fand keine Zustimmung.

Den Zusammenschluß der dem „Beilagenkreis“ angehörenden KPD und GIM zur „Vereinigten Sozialistischen Partei“ – VSP – (vgl. Ziff. 2.1.5) kommentierte der BWK zunächst kritisch; er begann jedoch zum Jahresende mit Sondierungen über einen Beitritt zu der neuen Organisation. Der BWK bekräftigte seine These, der „Kapitalismus“ führe auch in der Bundesrepublik Deutschland zwangsläufig zum „Faschismus“. Er rief deshalb seine Mitglieder auf, in der einst von der KPD gegründeten „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“ (VOLKSFRONT) mitzuarbeiten. Deren Mitgliederzahl hielt sich bei etwa 600; im Vorstand haben BWK-Mitglieder die Mehrheit.

BWK erwägt Beitritt zur VSP

2.1.3 „Kommunistischer Bund“ (KB)

Auch der 1971 gegründete KB debattierte über die aktuellen Bedingungen „sozialistischer Politik“ auf der Basis des „Marxismus-Leninismus“. Zweifel richteten sich dabei insbesondere gegen die vom KB bisher propagierte „Faschisierungsthese“, die „Bourgeoisie“ in der Bundesrepublik Deutschland schaffe sich bereits jetzt „das Instrumentarium für eine faschistische Diktatur“²⁴³. KB-Mitglieder erklärten nun, mit den alten Theorien der „Kominternzeit“ sei die Gegenwart nicht zu erfassen, denn es herrsche derzeit eine „stabile Hegemonie nichtrevolutionärer Kräfte“ und eine relative ökonomische Stabilität. Die „Arbeiterbewegung“ mache nicht den Eindruck, als wolle sie „den revolutionären Sturm“ beginnen. Der KB müsse deshalb „überlebte Denkformen“ abstreifen, den „Dogmatismus“ überwinden und sich den Fragen der „neuen Bewegungen“ stellen, denn der „revolutionäre Sozialismus“ bilde sich aus den konkreten Konflikten. Es gelte, den „kritischen Impuls des Marxismus erneut freizusetzen“²⁴⁴.

KB will „überlebte Denkformen“ abstreifen und sich den Fragen der „neuen Bewegungen“ stellen

Die Diskussionen kamen noch nicht zum Abschluß. Im November tagte eine Arbeitskonferenz, um einen 3. KB-Kongreß für Frühjahr 1987 vorzubereiten; der letzte Programmkongreß des KB hatte 1982 stattgefunden. KB-Mitglieder betonten erneut, der „kapitalistische Staat“ könne „nicht ohne gewaltsame Auseinandersetzung“ überwunden werden²⁴⁵. Sie forderten, mit „publizistischer“ und „praktischer Intervention“ das zunehmende „Vakuum“ zwischen der „militanten Bewegung“ und der „grünen Partei“ auszufüllen²⁴⁶. Militanten „Autonomen“ warf der KB vor, sie versuchten, ihre Aktionsformen „anderen aufzuzwingen“²⁴⁷. Für den KB hätten die politischen Ziele Priorität vor „aktionistischen Bedürfnissen“²⁴⁸. Eine „Gewalt- und Distanzierungsdebatte“ hielt er aber für falsch, denn der politische Kampf brauche „den subjektiven, oft militanten Faktor“²⁴⁹. Bei den GRÜNEN konnten einzelne Mitglieder des KB in herausgeh-

KB verspürt
Aufwärtstrend

bene Funktionen vordringen. Der KB beklagte den wachsenden Einfluß der sog. „Realos“, insbesondere der mit der SPD koalitionsbereiten Mitglieder bei den GRÜNEN.

Die organisatorische Situation des KB stabilisiert sich. KB-Gruppen in Süddeutschland berichteten über „Zulauf“; die „Krise des KB“ sei beendet²⁵⁰. Auch in Berlin (West) war nach Jahren wieder eine KB-Gruppe aktiv. Die Mitgliederzahl stieg leicht an; sie betrug zum Jahresende mehr als 400 (davon mehr als 200 in Hamburg). Auch die Auflage der KB-Monatszeitung „Arbeiterkampf“ erhöhte sich auf durchschnittlich etwa 4.800 Exemplare (1985: etwa 4.500). KB-Mitglieder beteiligten sich vor allem an der Vorbereitung von Demonstrationen der „Anti-AKW-Bewegung“ und an Aktionen im Rahmen der „Dritte-Welt-Solidarität“.

AB kritisiert „Thesen“ der DKP

2.1.4 „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ (AB)

Der AB sieht nach wie vor „faschistische“ Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland; er fordert, den „deutschen Imperialismus“ als den „Hauptfeind im eigenen Land“ zu vernichten und statt dessen „die Macht der Arbeiter“ zu errichten²⁵¹. Erneut kritisierte er die DKP: Mit ihren neuen programmatischen Thesen (vgl. Kap. IV.1.1.2) werfe sie die „elementaren Erfahrungen der Arbeiter über Bord“ und übe damit Verrat an Lenin. Der AB werde an der „proletarischen Linie“ festhalten²⁵². Anlässlich des 100. Geburtstages von Ernst Thälmann veranstalteten etwa 200 Anhänger des AB vom 12. bis 16. April in Hamburg „Thälmann-Umzüge“ in Konkurrenz zu einer Kundgebung der DKP (vgl. Kap. IV.1.1.1). Mitglieder des AB demonstrierten erneut für die „Aufhebung des FDJ-Verbots“; die AB-beeinflußte „Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend“ veranstaltete dazu im Juli Kundgebungen in Frankfurt (ca. 60 Teilnehmer) und in München (ca. 100 Teilnehmer). Organisatorischer Schwerpunkt des AB blieb Bayern; weitere Gruppen und Stützpunkte gab es im Rhein-Main-Gebiet und in Nordrhein-Westfalen. Seine Mitgliederzahl stagniert seit Jahren bei etwa 300. Das AB-Zentralorgan „Kommunistische Arbeiterzeitung“ (KAZ) erschien wieder nur mit zwei Ausgaben. Die Aktivitäten der AB-Nebenorganisation „Kommunistischer Hochschulbund“ (KHB) blieben auf Hochschulorte in Bayern beschränkt.

GIM und KPD schließen sich zusammen

2.1.5 „Vereinigte Sozialistische Partei“ (VSP)

Die älteste unter den K-Gruppen, die zur Jahreswende 1968/69 gegründete „Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)“ (KPD), und die trotzkistische „Gruppe Internationale Marxisten“ (GIM) schlossen sich auf einem „Vereinigungskongreß“ am 4. und 5. Oktober in Dortmund zu einer neuen Organisation, der „Vereinigten Sozialistischen Partei“ zusammen. Sie will als „sozialistische, revolutionäre Organisation“ die „Arbeitervorhut für die sozialistische Umwälzung der Gesellschaft“ gewinnen und zum Aufbau einer „revolutionären, sozialistischen Massenpartei“ beitragen;

Die neue Zeitung der
"Vereinigten Sozialistischen Partei"

WAS TUN

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Impressum

WAS TUN wird herausgegeben von
der Gruppe Internationale Marxisten
(GIM), deutsche Sektion der IV. In-
ternationale

was tun, Mainzer Landstr. 147, D-8000 Frankfurt/Main 1, tel. 069/73 10 92
19. Jahrgang, 12.6.1986, DM 1.50

Proletariat aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Nr. 4
vom 24. Jan. '86
20. Jahrgang
Preis 1,- DM

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

1 H 3752 D

Preis 1,50 DM

Roter Morgen

Nummer 24

17. Oktober 1986

WAS TUN

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Die Lehre von Wackersdorf

Vereinigte Sozialistische
Partei gegründet

In drei Wochen kommt die SoZ

Weder Arbeit noch klassenbewußte Freizeit über den beschleunigten
Erfolg der Grünen in der bayrischen Landtagswahl kann von den
Blick davon verzerren, daß sie der konservativ-rechten Stimmung
Auffahrt gab.
Zum ersten Mal seit 11
zusammen wählten sie
von CSU, FDP und recht
rechtig.
Die SPD verlor 4,4 Pro-
zent auf 27,5 Prozent.
stiegen auf 7,5 Prozent. 1
von 1,5 Prozentpunkten
ihre Stimmen (er erhält
und die rechtliche
punkte. Andere Rechte.
Gibt man von dem durch 1986
mengen aus, wird das noch deutlicher: Am 12. Oktober, sowohl die
40000 Menschen weniger zu Wahl als vor vier Jahren. Sowohl die
SPD wie CSU konnten jeweils 180000 weniger dazu bewegen, ihnen
ihre Stimmen zu geben. 300000 SPD und
Männer. Die SPD gab außerdem 70000
gesamt 150000 Mehrstimmen vor allem
Von der CSU wanderten an den rechten
nationalistischen Konservativen und re-
publikaner, FDP und NPD hat
Stimmen zu verzeichnen. Die Zahl der
21500 Stimmen zu

über einen umfangreichen
über einen umfangreichen
über einen umfangreichen

strichen. Das bedeutet nicht nur
die Bereitschaft zur Abkennung
heit im Kampf gegen Unm
netzen und Koalition, nicht nur
die widerständige politische Aus-
einwanderung mit reforme-
stischen Vorschlägen, insbe-
sondere die Arbeiterbewegung
werden auch die Bereitschaft
und den Willen für die Fort-
setzung des Einigungsprozesses
revolutionäre Sozialisten – der
Name ist auch Programm.
Die grundlegenden Parti-
kament der '50er liegen vor
sowas die Auffassung sozialist-
scher Politik zumindest we-
sentlich ist, ist wichtiger.
Eine Partei zu stärken. Auch
für diejenigen, die erhebliche
Einwürfe haben, wie es
möglich, diese zu gr
rege k

SoZ

Sozialistische
Zeitung

Impressum
Die SoZ — Sozialistische Zei-
tung wird von der Vereinigten
Sozialistischen Partei (VSP)

die „bürgerliche Herrschaft“ müsse „gewaltsam gestürzt“ und die „Diktatur des Proletariats“ geschaffen werden. Die VSP lud andere Organisationen mit „revolutionär-sozialistischer“ Zielsetzung, darunter die Gruppen des „Beilagenkreises“, zur Mitarbeit ein. Die neue „Partei“ zählt etwa 600 Mitglieder – mehr als 200 Trotzlisten aus der GIM und 350 Mitglieder der KPD. Ein zentrales Büro wurde in Köln eingerichtet. Das Zentralkomitee der VSP und die Redaktion der neuen 14täglichen erscheinenden „Sozialistischen Zeitung“ (SoZ) wurden je zur Hälfte aus Mitgliedern der KPD und der GIM besetzt. Die GIM verzichtete auf ihren Status als „deutsche Sektion“ der trotzkistischen IV. Internationale („Vereinigtes Sekretariat“/Brüssel). Mitglieder der VSP können jedoch „individuell“ die Mitgliedschaft in der IV. Internationale erwerben. Die Organisationen von GIM und KPD für die Jugendarbeit, die „Revolutionär-Sozialistische Jugend – Roter Maulwurf“ (RSJ) und die „Kommunistische Jugend Deutschlands“ (KJD) schlossen sich schon Ende September zu den „Autonomen Sozialistischen Jugendgruppen“ (ASJG) zusammen.

Etwa 40 Mitglieder der GIM, darunter bisherige hauptamtliche Funktionäre, hatten vergeblich für den „kollektiven Eintritt“ der GIM in die GRÜNEN²⁵³ anstelle der Fusion mit der KPD geworben. Da sie mit ihrer Position in der Minderheit blieben, trennten sie sich von ihrer Organisation und traten als „revolutionäre Sozialistinnen und Sozialisten“ den GRÜNEN bei, um dort eine „ökosozialistische Strömung aufzubauen, die um die Führung der Partei kämpft“. Dazu hatten sie zuvor erklärt, die Mitarbeit bei den GRÜNEN dürfe „nicht zum Selbstzweck verkommen“. „Neue Wendungen im Klassenkampf, neue Radikalisierungsprozesse“ oder „Veränderungen innerhalb der Grünen Partei“ könnten die „Nützlichkeit“ der weiteren Mitarbeit dort in Frage stellen und den „Umstieg auf eine neue Taktik notwendig machen...“²⁵⁴. Im Dezember gaben diese ehemaligen GIM-Mitglieder die erste Nummer einer eigenen Zeitschrift „Horizonte“ heraus.

Auch die KPD verlor vor der Fusion zahlreiche Mitglieder. Etwa 100 davon wollen auf der Grundlage des alten Parteiprogramms den traditionellen marxistisch-leninistischen Kurs fortsetzen. Sie sind in zwei rivalisierende Gruppen zerfallen, von denen jede beansprucht, die „richtige KPD“ zu sein; beide Organisationen verbreiten Publikationen mit dem Namen des früheren KPD-Zentralorgans „Roter Morgen“ – beide bemühen sich um Anerkennung durch die „Partei der Arbeit Albaniens“ (PAA).

2.1.6 Trotzlistische Gruppen

Ohne die GIM beträgt die Zahl der organisierten Trotzlisten in der Bundesrepublik Deutschland nur noch etwa 450, die in mehr als zehn, meist nur regional wirkenden, Gruppen organisiert sind. Sie folgen jeweils unterschiedlichen, zum Teil konkurrierenden Richtungen des internationalen Trotzkismus; gemeinsam ist ihnen der Kampf

Trotzkistische Gruppen nur regional bedeutsam

für die „permanente Revolution“ im „Weltmaßstab“ und für die „Diktatur des Proletariats“ in Form von „Rätesystemen“.

Die politischen Aktivitäten dieser Gruppen und Zirkel – u. a. der „Bund Sozialistischer Arbeiter“ (BSA), die „Trotzkistische Liga Deutschlands“ (TLD), die „Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation“ (ISA), die „Internationale Kommunistische Strömung“ (IKS), die „Sozialistische Arbeitergruppe“ (SAG) und die „Posadistische Kommunistische Partei“ – beschränken sich weitgehend auf die Verbreitung von Publikationen und Flugschriften; der BSA gibt eine Wochenzeitung „neue Arbeiterpresse“ heraus. Trotzlisten agitierten gegen die „Apartheid-Politik“ Südafrikas, forderten eine „Wende zugunsten der Arbeiterklasse“ bei der Bundestagswahl und warben um Unterstützung für „revolutionäre Kämpfe“ in der Dritten Welt.

2.1.7 „Marxistische Gruppe“ (MG)

Die in den 70er Jahren an Hochschulen in Bayern aus den „Roten Zellen“ hervorgegangene „Marxistische Gruppe“ bezeichnet ihre Anhänger als die einzigen „Marxisten“, die „überhaupt noch organisiert für den Klassenkampf eintreten“²⁵⁵. Die MG gleicht nach ihrem organisatorischen Aufbau, den Anforderungen an die Mitglieder und der Abschottung ihres Verbandslebens nach außen den marxistisch-leninistischen Kaderorganisationen. Sie lehnt jedoch wesentliche Positionen des „Leninismus“ ab und sieht sich weder als „bewußter Vortrupp“ der „Arbeiterklasse“ noch als „Aufbauorganisation“ für deren „revolutionäre Partei“. Die „Arbeiterklasse“ sei zwar das „einzige in Frage kommende Subjekt einer kommunistischen Revolution“²⁵⁶, verharre jedoch in „faschistisch inspirierter Staatstreue“²⁵⁷. Um das „falsche“ Bewußtsein des „Proletariats“ zu ändern, betreibt die MG „systematische Indoktrination“ und „planmäßige Aufhetzung zum Klassenkampf“²⁵⁸; dies sei das einzige Mittel, den „Macht-habern“ die „Tour zu verderben“²⁵⁹ und „die Bande davonzujagen“²⁶⁰. Die Mitgliederzahl der MG blieb bei etwa 1.700 – überwiegend Studenten und Angehörige akademischer Berufe; zu den regelmäßig stattfindenden „Sympathisantenplena“ kamen zusätzlich wieder mehrere tausend Personen. Der organisatorische Schwerpunkt der MG liegt nach wie vor in Bayern.

Die MG-Monatsschrift „MSZ – Marxistische Streit- und Zeitschrift – Gegen die Kosten der Freiheit“ erschien wieder mit einer Auflage von etwa 10.000 Exemplaren. In unregelmäßigen Abständen gab die MG die „Marxistische Arbeiter Zeitung“ (MAZ) mit Betriebs-, Branchen- und örtlichen Ausgaben, die „Marxistische Hochschulzeitung“ (mit Einzelaufgaben bis zu 14.000 Exemplaren) und die „Marxistische Schulzeitung“ heraus. Interesse vor allem unter Studenten fanden die etwa 300 öffentlichen Diskussionsveranstaltungen der MG zu Themen wie „Deutsche Tugenden – Unarten zum Abgewöhnen“, „Wählen ist verkehrt“ oder „Die NATO schafft's – viel Krieg, wenig Kritik“; daran beteiligten sich bisweilen mehr als 1.000 Perso-

MG ohne weiteren
Mitgliederzuwachs

Anarchistische Parolen

Herzschläge

kurz & heftig

Das schließt die Anwendung
von Gewalt mit ein.

Laßt es uns wagen, unser Schiff heißt
Rebellion!

Die Staaten sind der
organisierte Wahnsinn

VORWÄRTS MIT DER REBELLION - DIE
HERRSCHENDEN ERZITTERN SCHON!

MACHT DEUTSCHLAND UNBEWOHN-
BAR!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

das heißt für uns: der widerstand umfaßt streiks genauso
wie sabotage, straßenkämpfe genauso wie friedliche oder
militante demonstrationen, anschlüge gegen sachen ge-
nauuso wie gegen personen des represionsapparates,

ZERSCHLAGT DEN STAAT

Den Kampf in die Städte tragen!

... Sabotage als direkte
gewaltfreie Aktion

Für weitergehende Sabotageakte bleiben uns ja noch alle anderen Zeitpunkte
als sonntags um drei, zum Beispiel die Nächte ...

Aufruhr - Widerstand, Tumulte
überall im Land!

DEN STEIN IN DER HAND -
DIE FAUST GEBALLT -
GEGEN DIE SCHWEINE HILFT
NUR GEWALT!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Ja, das macht auch Spaß, Widerstand
muss auch Spaß machen!

Setzen wir die Hebel an die
Knackpunkte des Systems - Alle
Tage, Sabotage!!!

Leben, Befreiung
und Selbstbestimmung sind nur im ak-
tiven Widerstand zu finden.

FEUER und FLAMME für die-
STAAT

nen. Anhänger der MG störten auch 1986 Vorlesungen an Hochschulen, belästigten Dozenten und versuchten, Veranstaltungen anderer politischer Organisationen zu sprengen.

2.2 Anarchisten

Unter den anarchistischen Gruppen verfügen nur die „Anarcho-Syndikalisten“ und die Gruppen der „Graswurzelbewegung“ über festere Organisationsformen und kontinuierlich arbeitende Gremien. Die anarchistischen „Autonomen“ blieben in viele örtliche Gruppen geteilt, die untereinander meist nur losen Kontakt haben.

Weiterhin gab es eine Reihe kleiner anarchistischer Gruppen und Diskussionszirkel, die ihre Ideen und Aktionsvorhaben über örtliche „libertäre Zentren“ und über periodische Schriften – z. B. „SCHWARZER FADEN“, „AKTION“, „STURMGLOCKE“, „HIER UND JETZT“ – verbreiten.

Die Anhängerschaft der kontinuierlich arbeitenden anarchistischen und sonstigen sozialrevolutionären Gruppen der „Neuen Linken“ betrug zum Jahresende etwa 3.000 Personen. Sie konnten auf ein Mobilisierungspotential von mehreren tausend weiteren Personen zurückgreifen.

2.2.1 „Autonome“

Die zahlreichen – über das ganze Bundesgebiet und Berlin (West) verbreiteten – „autonomen“ Gruppen folgen diffusen anarchistischen und nihilistischen Ideen. Nur wenige bemühen sich um klare ideologische Positionen. Oft reicht den Anhängern ein „Grundgefühl“ gemeinsamer militanter „Antistaatlichkeit“. „Autonome“ aus Berlin charakterisierten sich so:

„Was uns von anderen Linken unterscheidet, ist der Stein in der Hand und der Knüppel im Nacken . . . Im Tränengasnebel fühlen wir uns immer noch am autonomsten und was uns darüber hinaus zusammenhält, wissen wir auch nicht so genau zu sagen . . .“
(Flugblatt, Juli 1986)

Das autonome Selbstverständnis, so betonten andere, sei gekennzeichnet durch Begriffe wie: „WIDERSTAND – AKTION – RADIKAL – VERMUMMT – MILITANT – UNWIDERSTEHLICH – OFFENSIV – CHAOS – MABLOS und ENTSCLOSSEN“²⁶¹.

Die Anwendung von Gewalt sehen viele „Autonome“ nicht nur als Mittel im politischen Kampf, sondern auch als Hilfe für das eigene „Feeling“:

„Der Stein schafft Bewußtsein . . . Dies gilt nicht nur für jene, die der Stein trifft, es gilt vor allem auch jenen, die den Stein werfen. Wer Steine und Mollis gegen alles das wirft, was uns täglich knechtet, spürt die Befreiung – die ganz individuelle aber auch kollektive Befreiung.“
(TOT ODER LEBENDIG, autonomes Szeneblatt, Berlin, Oktober 1986)

Anarchisten überwiegend ohne festere Organisationsformen

„Autonome“: „Steine und Mollis“ sind Mittel „individueller Befreiung“

„Autonome“ sehen bei den „Kämpfen“ einen „Schub“ nach vorne

Wichtig ist den „Autonomen“, „unberechenbar“, „fantasievoll“ und beweglich zu sein. Die eigene Stärke liege in der „Vielfalt“; alle Formen des „Widerstandes“ könnten sich gegenseitig „unterstützen und ergänzen“.

Im Rückblick auf 1986 erklärten „Autonome“, der „Zustand von Frust, Ohnmacht und Perspektivlosigkeit“ der letzten Jahre sei endlich „aufgebrochen“²⁶²; es habe einen neuen „Schub“ gegeben²⁶³.

Viele Gruppen sehen ihre Aktivitäten als Teil eines „gemeinsamen Kampfes“ mit verschiedenen Ebenen, in den sich die Aktionen der „antiimperialistischen“ Gruppen (sog. „Antiimpis“) aus dem terroristischen Umfeld ebenso einfügen wie die „bewaffneten Angriffe“ der „Guerilla“. „Autonome“ aus Hamburg stellten fest:

„Das ganze Jahr über ist das Schweinesystem auf allen Ebenen und in allen Bereichen wie nie zuvor angegriffen worden. Das reicht von militantem Widerstand gegen US-Kriegspolitik, den Kämpfen gegen Wackersdorf und Brokdorf, über die zahllosen Sabotage-Aktionen und Angriffe auf Einrichtungen der Schweine bis zur Ausschaltung solch wichtiger Figuren wie Beckurts und Braummühl.“

(„SABOT – HAMBURGER INFO SAMMLUNG“ Nr. 12, November 1986)

Trotz des Aufschwungs in den Aktionen klagten autonome Gruppen jedoch erneut über einen Mangel an „theoretischen Inhalten“ und an „funktionstüchtigen Strukturen“. Die „Szene“ handle häufig nur in „Teilbereichsbewegungen“, die vom aktuellen politischen Geschehen vorgegeben seien und „hänge“ von einer „Schlacht“ zur nächsten. Ohne eine klare „inhaltliche und strategische Komponente“ sei der „Widerstand gegen diesen Drecksstaat“ nicht erfolversprechend²⁶⁴. Den „Autonomen“ fehle auch weitgehend die Fähigkeit, eigene Ziele nach außen zu vermitteln.

Bemühungen um ein gemeinsames bundesweites Kommunikationsorgan blieben auch 1986 ohne Erfolg. Vor allem Gruppen in Süddeutschland versuchten, die Diskussion über Zustand und Perspektiven der Bewegung auf überregionalen „Autonomen-Plena“ voranzubringen. Überregionale Zusammenkünfte dienten „Autonomen“ auch zur Abstimmung über Art und Ziel ihrer Beteiligung an Demonstrationen, z. B. der Umweltschutzbewegung. Den wichtigsten Ansatzpunkt für militante Aktionen „Autonomer“ gegen „das System“ bildeten 1986 die Proteste gegen den Bau und den Betrieb von Kernenergieanlagen. Zu gewalttätigen Angriffen auf Polizeibeamte und zu Zerstörungen an Verwaltungsgebäuden, Banken und Geschäften kam es auch nach polizeilichen Durchsuchungen und Räumungen besetzter Häuser u. a. in Hamburg, Köln, Düsseldorf, Bochum und – als Zeichen internationaler Solidarität – in Kopenhagen.

„Autonome“ forderten offen Gewaltaktionen auch gegen Personen. Sie mobilisierten zu „direkten Aktionen“ (Anschlägen) gegen „Firmen, Institutionen, Planungsbüros und Einzelpersonen“, zu „Sabotage“ und anderen „Nacht- und Nebelaktionen“ gegen den „Staat und die Bonzen auf allen Ebenen“²⁶⁵. Nach den Angriffen auf die Polizei bei den Protestaktionen im Juni in Wackersdorf und Brokdorf erklärten einzelne Gruppen, die Zeit der Beteiligung an „Großdemonstrationen“ und der „offenen Feldschlachten“ sei offensichtlich – wegen der „Übermacht des Staatsapparats“ – vorbei; künftig sei konspirativen Aktionen kleiner Gruppen der Vorzug zu geben. Andere warnten jedoch davor, „demos nicht mehr ernst zu nehmen“, denn auch für die „Autonomen“ sei das „solidarische Erfolgserlebnis“ des „Gesamtwiderstandes“ wichtig²⁶⁶.

Bei Protestaktionen mit linksextremistischer Beteiligung wurden 1986 nahezu 800 Beamte der Polizei und des Bundesgrenzschutzes verletzt (1985: mehr als 260); die Zahl der Brandanschläge, bei denen ein linksextremistischer Hintergrund zu vermuten ist, stieg auf nahezu 400 an (1985: 229).

2.2.2 Anarchistische „Gewaltfreie Aktionsgruppen“

Die „Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen“ (FöGA) ist bundesweite „Anlauf-, Koordinierungs- und Servicestelle“ der anarchistischen „Graswurzelbewegung“. Sie will unter den „libertär-sozialistischen und gewaltfrei-anarchistischen Kräften in der BRD einen kontinuierlichen Diskussionszusammenhang“ herstellen²⁶⁷. In der „Graswurzelbewegung“ arbeiten nach wie vor etwa 70 „Gewaltfreie Aktionsgruppen“ und „Kollektive“, denen zusammen fast 800 Personen angehören. Von der periodischen Zeitschrift der FöGA „graswurzelrevolution – für eine gewaltfreie herrschaftslose Gesellschaft“ erschienen 1986 wieder zehn Ausgaben; die Auflage ging auf etwa 3.200 Exemplare zurück (1985: etwa 4.000).

Ziel der „Graswurzelbewegung“ ist es, in einer „gewaltfreien Revolution“ („Graswurzelrevolution“) durch „Macht von der Basis her“ den „mit Gewaltmitteln ausgestatteten Staatsapparat“ abzuschaffen und durch eine „dezentralisierte Gesellschaftsordnung“, basierend auf „Selbstregierung oder Anarchie“, zu ersetzen. Anhänger anarchistischer „Gewaltfreier Aktionsgruppen“ propagierten einen „staatsfeindlichen und aggressiven zivilen Ungehorsam“, sprachen von „Suspendiertsein der Demokratie“ in den Arbeitsfeldern der „Friedensbewegung“ und der „Anti-AKW-Bewegung“ und betonten, auch Sabotage sei ein zulässiges Mittel des „gewaltfreien Widerstandes“²⁶⁸.

Nach der Reaktorkatastrophe im sowjetischen Tschernobyl erklärte die Redaktion der „graswurzelrevolution“, der „Widerstandsfall“ sei eingetreten; Aktionen am Bauzaun des Kernkraftwerks Brokdorf (am 7. Juni) solle man mit einem „geschlossenen Ring“ schützen²⁶⁹.

„Autonome“ verübten auch Gewalt gegen Personen

Anarchistische „Gewaltfreie Aktionsgruppen“ befürworteten Sabotage

Agitation militanter Linksextremisten

...dem atomstaat das licht ausblasen.....



WAA NIE !!

KAMPF DEM KRIEGSPROJEKT WAA UND SEINEN BETREIBERN !!

KAMPF DEM PROFITSYSTEM !!

Die Notwendigkeit, daß dieser Staat zerschlagen werden muß, wird immer offensichtlicher, eben nicht nur wegen Wahnsinnsprojekten wie die WAA, sondern wegen dem ganzen Schweine-system, was, zugegebenermaßen, ziemlich reibungslos funktioniert.

Wir müssen ihre Macht zerschlagen. Jede Koalition mit den Erbauern dieser Atom-Gaskammern ist Kollaboration und dient der Fortsetzung der Staatsmacht.

- WAA in Bayern - NIE!
- Einstellung aller Verfahren!
- Weg mit dem Scheiß-System!

Sofortige Stilllegung, Entsorgung und Endlagerung der herrschenden Klasse!

Wenn der Staat mit Gewalt zentrale Aktionen unterbindet werden wir dezentral angreifen.

Ein Mitglied einer „Gewaltfreien Aktionsgruppe“ berichtete in der „graswurzelrevolution“ über die Beteiligung an der Zerstörung eines Hochspannungsmastes: Dies sei „direkte praktische Umsetzung“ von „Gesellschaftskritik“ und keine Gewalt, da die zerstörten „Dinge“ keine Gewalt verspürten²⁷⁰.

Die „Antimilitarismusbearbeitung“ der FöGA erlahmte. Die Föderation beklagte auch das „Abflauen der Friedensbewegung“. Nach Vorwürfen, die FöGA sei „inhaltslos“ geworden und unfähig, Anstöße zu neuen Kampagnen zu geben, bemühten sich die „Aktionsgruppen“ um organisatorische Verbesserungen. Ein Bundestreffen der „Föderation“ vom 7. bis 9. November in Stuttgart beschloß u. a. die Einrichtung eines „Föderationsbeirates“, der künftig „schnellere Entscheidungen“ einleiten soll.

2.2.3 „Anarcho-syndikalistische“ und „anarcho-kommunistische“ Gruppen

Die anarcho-syndikalistische „Freie Arbeiter-Union“ (FAU) will „revolutionären“, „antikapitalistischen Widerstand“ in den Betrieben organisieren²⁷¹. Sie nennt als Ziel eine „herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft“; diese sei nicht durch „zentralistisch aufgebaute Organisationen“, sondern durch „Selbstorganisation der Arbeitenden in autonomen Gruppen“ zu erreichen. Als Mittel zur Vorbereitung des „Umsturzes“ propagiert die FAU „direkte Aktionen“ – Streiks, Boykott und Sabotage. Sie konnte ihre mehr als 20 örtlichen Gruppen und Stützpunkte im Bundesgebiet festigen; 50 Delegierte kamen Pfingsten zum „nationalen Kongreß“ nach Köln; sie zogen eine „positive Bilanz“: die FAU befinde sich „im Aufwind“. Die FAU ist der anarcho-syndikalistischen „Internationalen Arbeiter-Assoziation“ (IAA) angeschlossen. Sie organisierte im Frühjahr eine Vortragsreise mit Vertretern ihrer spanischen Schwesterorganisation „Confederacion Nacional del Trabajo“ (CNT); zu den Veranstaltungen in 23 Städten kamen oft mehr als 100 Teilnehmer.

Nicht nur mit Boykott und Sabotage, sondern auch mit „bewaffneter Aktion“ wollen anarcho-kommunistische Gruppen die „klassenlose freie Gesellschaft“ erkämpfen. Vier dieser Gruppen (mit zusammen weniger als 100 Mitgliedern), die „Freie Arbeiter-Union/Rätekommunisten“ (FAU/R) in Hamburg, die „Freie Arbeiter-Union (Anarchisten)“ (FAU-HD [A]) in Heidelberg, die „Anarchistische Arbeiter-Union“ (AAU) in München und die „Proletarische Aktion“ (PA), arbeiten wieder im „Beilagenkreis“ (vgl. Ziff. 2.1) mit, um die „revolutionären Sozialisten“ zusammenzuführen. Die FAU-HD (A) forderte in ihrem Organ „Fanal“ neben der „Arbeit auf der legalen Ebene“ auch die „Vorbereitung auf den bewaffneten Kampf“²⁷². Die AAU billigte zur „Zerstörung der bestehenden Gewaltordnung jedes geeignete Mittel“²⁷³. Die PA bezeichnete in ihrer Publikation „PARTISAN“ die belgischen terroristischen „Cellules Communistes Com-

Anarcho-Syndikalistinnen wollen „revolutionären Widerstand“ in den Betrieben organisieren

Die FAU sieht sich „im Aufwind“

Anarcho-Kommunisten befürworten auch „bewaffnete Aktionen“

“Widerstand“ gegen AKW Brokdorf



battantes“ (CCC) als Vorbild und begrüßte die Mordanschläge der RAF²⁷⁴.

3. Aktionsfelder

3.1 „Widerstand“ gegen Kernenergieanlagen

Die Proteste gegen Kernenergieanlagen entwickelten sich 1986 für viele Gruppen der „Neuen Linken“ zum herausragenden Aktionsfeld. Militante „Autonome“ sahen eine Gelegenheit, neue „Widerstandsregionen“ aufzubauen und den staatlichen „Repressionsapparat“ anzugreifen. Kampf gegen die „Atom-Kraftwerke“ (AKW) sei Kampf um „Selbstbestimmung über das eigene Leben“; die „Abschaffung der Atomanlagen“ sei letztlich nur über die „Abschaffung der Herrschenden“ erreichbar. „Gewaltfreie“ Anarchisten hofften, aus den Reihen der Umweltschutzbewegung Zulauf für ihre „Bezugsgruppen“ und „Trainingskollektive“ für „zivilen Ungehorsam“ und „Sabotage“ zu erhalten. Revolutionäre Marxisten versuchten erneut, gegen das „Bonner Atomprogramm“ und dessen „kapitalistische Profitprojekte“ zu mobilisieren; auch der „Kampf gegen AKW's“ sei „Klassenkampf“ und könne erfolgreich nur als „Kampf gegen Staat und Kapital“ geführt werden.

Die Proteste konzentrierten sich 1986 gegen den Bau der „Wiederaufarbeitungsanlage“ (WAA) in Wackersdorf/Bayern, gegen das Kernkraftwerk Brokdorf und gegen die „Atomfabriken“ in Hanau. Die Zahl der Anschläge gegen Lagerstätten für Atommüll (z. B. in Gorleben) ging zurück. Anlässlich des „zentralen Ostermarsches“ in Bayern, der zum Baugelände der WAA (vgl. Kap. IV.2.3) führte, versuchten „Autonome“ und andere militante Kernkraftgegner, den Bauzaun aufzusägen und auf das Baugelände vorzudringen. Die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl am 26. April führte zu einem Mobilisierungsschub auch unter den „Neuen Linken“. In ihrer Agitation stellten sie die Vorgänge in dem sowjetischen Kernkraftwerk als „Beweis“ hin, daß Gleiches auch in der Bundesrepublik Deutschland drohe. Verantwortlich sei die „weltweite Atommafia“.

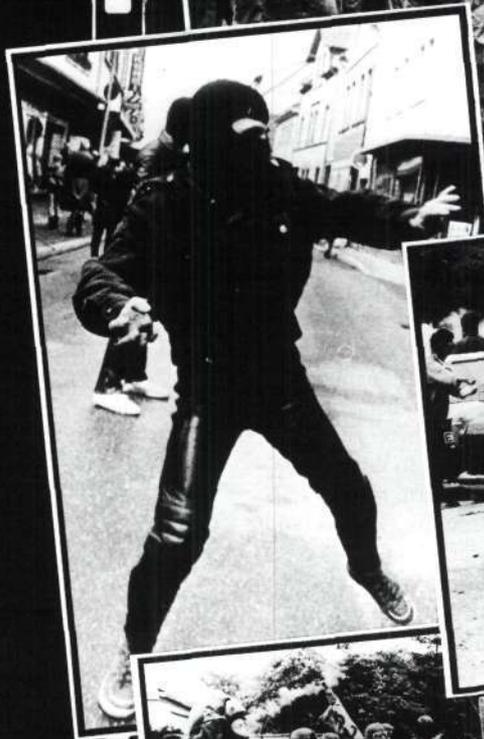
Zu einem Pfingstcamp in der Nähe der WAA in Wackersdorf, organisiert von Bürgerinitiativen und „Gewaltfreien Aktionsgruppen“, reisten auch militante „Autonome“ aus mehreren Bundesländern an. Sie versuchten, den Sicherheitszaun um das Baugelände zu durchbrechen; dabei beschossen sie Polizisten mit Stahlkugeln und Eisenkrampen aus Präzisionsschleudern und warfen mit Steinen, Feuerwerkskörpern und brennenden Benzinflaschen. Polizeifahrzeuge wurden in Brand gesteckt; mehr als 180 Polizeibeamte wurden verletzt.

In Norddeutschland beteiligten sich neben demokratischen Organisationen und Bürgerinitiativen auch Mitglieder von K-Gruppen und „Autonome“ am 7. Juni an einer Demonstration gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Brokdorf. Die Anreise der Teilnehmer

Herausragendes
Aktionsfeld der
„Neuen Linken“:
„Widerstand“ gegen
Kernenergieanlagen

Katastrophe in
Tschernobyl führt zu
Mobilisierungsschub

Militante Aktionen



erfolgte in Fahrzeug-Konvois – an der Spitze meist militante Linksextremisten, die Steine, Knüppel und weitere Angriffsmittel bei sich führten. Sie sperrten Straßen für andere Verkehrsteilnehmer, demontierten Leitplanken an Autobahnen, um Polizeikontrollen zu umgehen und versuchten, Absperrungen der Polizei mit Gewalt zu durchbrechen.

Mitte Oktober beteiligten sich Anhänger autonomer Gruppen an „Blockade- und Aktionstagen“ im Landkreis Schwandorf/Bayern zur Behinderung der Bauarbeiten an der WAA; dabei wurden Straßensperren errichtet, Hochspannungsmasten umgesägt und Schienen der Bundesbahn blockiert.

Zu Zerstörungen an Bürogebäuden und Geschäften sowie zu tätlichen Angriffen auf die Polizei kam es auch bei einer Demonstration am 8. November (etwa 12.000 Teilnehmer, darunter etwa 2.000 Militante) gegen die „Nuklearfabriken“ in Hanau. Angehörige militanter Gruppierungen der „Neuen Linken“ gehörten zu den Kundgebungsrednern.

Das ganze Jahr über riefen Linksextremisten dazu auf, die Kämpfe gegen den „Atomstaat“ nicht nur am Bauzaun und an Plätzen zu führen, an denen „die Staatsgewalt in der Übermacht“ sei; die Bewegung müsse „unberechenbar“ bleiben und selber Ort und Zeit der Auseinandersetzungen bestimmen. Dazu böten sich auch die „Transportwege der Atomindustrie“, die beteiligten Firmen und auch Stromleitungen an. Linksextremisten gaben in Broschüren, Flugschriften und Szenenblättern genaue Anweisungen, wie Hochspannungsmasten durch Sprengstoffexplosion, durch Ansägen oder durch Lockern der Verschraubungen zum Umstürzen gebracht werden können. Es kam zu mehr als 150 Anschlägen auf Strommasten (dabei wurden rd. 200 Masten beschädigt/zerstört); die Mehrzahl davon dürfte von „Autonomen“, „gewaltfreien“ Anarchisten und von Personen aus dem terroristischen Umfeld verübt worden sein.

3.2 „Antimilitarismus- und Friedensarbeit“

Das Interesse der „Neuen Linken“ an der „Friedensbewegung“ ließ spürbar nach. Viele örtliche „Friedensinitiativen“, an denen Kräfte der „Neuen Linken“ beteiligt waren, stellten ihre Arbeit ein.

Aktiv blieb jedoch die Initiative „Kein Frieden mit der NATO – Raus aus der NATO“, die 1984 von Mitgliedern des KB, der KPD und von „Dritte-Welt-Solidaritätsgruppen“ gegründet worden war. Sie organisierte Anfang April in Köln einen „Diskussionskongreß – Frieden mit der NATO?“, in dessen „Koordinationskreis“ Mitglieder von K-Gruppen, der anarchistischen FöGA, der DKP-beeinflußten „Friedensliste“ und mehrerer demokratischer Organisationen zusammenarbeiteten. Die Mehrzahl der etwa 400 Kongreßteilnehmer, darunter Vertreter von „Anti-NATO-Gruppen“ aus dem Ausland, diffamierten die NATO als „offensives Kriegsbandnis“, das „wirklicher“ Friedenspolitik im Wege stehe. Auf eine gemeinsame

Strategie beim Kampf für den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO konnten sie sich aber nicht einigen.

Anhänger von K-Gruppen und „gewaltfreie“ Anarchisten gehören nach wie vor zum „Trägerkreis“ der „Bundeskonferenz Unabhängiger Friedensgruppen“ (BUF); deren Büro, die „Koordinierungsstelle Ziviler Ungehorsam“ (KoZU) in Bremen, blieb unter anarchistischer Steuerung.

Bei der Aktionsplanung für den „Friedensherbst 1986“ konnten sich die Sprecher der BUF mit ihrer Forderung nach einer „Großdemonstration“ an einem Stationierungsort (am 11. November in Hasselbach/Hunsrück) durchsetzen. Sie erreichten darüber hinaus von der „Aktionskonferenz der Friedensbewegung“ (1./2. Februar in Bonn) die Zusage, Aktionen des „zivilen Ungehorsams“ in Zusammenhang mit der „Großdemonstration“ zu unterstützen. Diese Zusage wurde jedoch vom „Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung“ in Bonn (vgl. Kap. IV.2.3) nicht umgesetzt. Kräfte der „Neuen Linken“ beteiligten sich, neben moskauorientierten Kommunisten und demokratischen Gruppen in der „Friedensbewegung“, Ende November an Blockadeaktionen vor der Cruise-Missiles-Basis in Hasselbach und an einer vierwöchigen „Dauerblockade“ im September/Oktobre vor dem Raketenstandort der US-Streitkräfte in Mutlangen/Baden-Württemberg.

Gruppen der „Neuen Linken“ führten mindestens 80 Störaktionen (1985: 90) gegen die Bundeswehr (Blockaden, Behinderungen bei Rekrutengelöbnissen, Verbreiten von Flugschriften vor Kasernen etc.) durch und beteiligten sich – im Bündnis mit anderen Gruppen, oft auch mit moskauorientierten Kommunisten – an etwa 800 weiteren Störaktionen gegen die Bundeswehr.

Die Zahl der Störaktionen mit linksextremistischer Beteiligung gegen ausländische NATO-Streitkräfte ging auf 530 (1985: 600) zurück; am stärksten betroffen waren abermals die Streitkräfte der USA. Die Kampagne gegen die Munitionstransporte für die amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik Deutschland ging zurück. Die anarchistischen „Graswurzelgruppen“ verbreiteten zu den Einberufungsterminen für Wehrpflichtige wieder ihre Broschüren. Nur noch zwei von Gruppen der „Neuen Linken“ gesteuerte „Soldatenkomitees“ wurden bekannt.

3.3 „Antifaschismus-Arbeit“

Revolutionäre Marxisten und autonome Gruppen agitierten wieder gegen eine behauptete „Faschisierung“ der Bundesrepublik Deutschland sowie gegen „neonazistische Umtriebe“. Dabei bildeten sie „Antifa-Gruppen“ und beteiligten sich auch an „antifaschistischen Bündnissen“.

Die „Autonomen“ betrieben ihre „Antifa-Arbeit“ mit ähnlichen ideologischen Ansatzpunkten und Forderungen wie bislang K-Gruppen. Sie behaupteten, der „Faschismus“ sei in der Bundesrepublik Deutschland „weiterentwickelt und perfektioniert“ worden und

sowohl „in diesem Staatsschutz-Staat“ als auch in „der NATO integriert“. Er könne nicht allein durch die Bekämpfung der „faschistischen Organisationen“, sondern „nur durch den Umsturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ beseitigt werden²⁷⁵.

Von Anhängern der „Neuen Linken“ getragene „Antifa-Gruppen“ traten für eine „militante Praxis“ ein: „Gegen Faschismus hilft nur Gewalt“²⁷⁶. Autonome Gruppen recherchierten und veröffentlichten Informationen über Mitglieder von rechtsextremistischen „Fascho-banden“ und befürworteten „gezielte Angriffe“ auf deren „Führer“, „Koordinatoren“ und „finanzielle Hintermänner“²⁷⁷. Es kam zu 12 Brandanschlägen auf Versammlungsräume von Rechtsextremisten. Gruppen der „Neuen Linken“ behaupteten, die „Herrschenden“ hätten ein Interesse an der Existenz faschistischer Organisationen als „Terrorgruppen gegen Linke und Ausländer“; sie „solidarisierten“ sich mit Asylsuchenden und behaupteten, der Staat führe eine „Hetzkampagne gegen Gastarbeiter und Asylanten“.

„Antifa-Gruppen“
treten für „militante
Praxis“ ein

3.4 Kampf gegen angebliche „Repression“ und neue Technologien

Auch 1986 agitierten Gruppen der „Neuen Linken“ und von ihnen beeinflusste Initiativen gegen den angeblichen „Überwachungsstaat“, der die Kontrollen mit immer neuen Sicherheitsgesetzen, dem maschinenlesbaren Personalausweis, den Mikrozensusbefragungen und der geplanten Volkszählung verfeinern wolle.

Initiativen für einen „Volkszählungsboykott“ (VoBo) bemühten sich, „Widerstandspotential“ neu zu mobilisieren: auch gegen die Volkszählung 1987 müsse „massenhafte Verweigerung“ organisiert werden. Linksextremistische Publikationen verbreiteten Kontaktanschriften von mehr als 60 Boykottinitiativen; in vielen arbeiten Kräfte der „Neuen Linken“ mit.

Über Entwicklungen im Bereich der Biotechnologie, insbesondere der Gen-Forschung, wurde von Gruppen der „Neuen Linken“ behauptet, solche Forschungen dienten nur den „militärischen, ökonomischen und sozialhygienischen Plänen der Herrschenden“; die Ergebnisse seien geeignet, „Unterdrückung“ und „Ausbeutung“ zu vervollkommen.

Kräfte der „Neuen Linken“ verbreiteten Flugschriften und Broschüren mit Hinweisen auf Firmen und Forschungseinrichtungen und der Aufforderung, diese „nicht ungestört“ arbeiten zu lassen (vgl. auch Kap. VIII.3).

Agitation gegen
angeblichen „Über-
wachungsstaat“

3.5 Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Für die revolutionär-marxistischen Gruppen der „Neuen Linken“ sind Betriebe und Gewerkschaften ein wichtiges Arbeitsfeld.

Die MLPD propagierte den „unermüdlichen Einsatz marxistisch-leninistischer Gewerkschafter“, um die Einheitsgewerkschaft zur „Kampforganisation“ zu entwickeln²⁷⁸; sie warf den Gewerkschaften vor, eine Politik der „Klassenversöhnung“ zu betreiben²⁷⁹. Etwa 30 MLPD-Betriebszellen wurden bekannt; nach Angaben der Partei

Schmieraktionen der "Neuen Linken"

Deutsche Polizisten
schützen die
Faschisten

Für die Abschaffung aller Atom-
führer Behälter

Deutsche
Polizisten
Mörder und
Faschisten

WAA
Nie!
Widerstand ist überall

ANARCHIE IST
MACHBAR!

Der Widerstand
geht weiter

waren MLPD-Mitglieder an der Herausgabe von mehr als 70 verschiedenen Betriebszeitungen beteiligt.

In der „Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“ von KPD und GIM gab es Einbrüche. Die ehemalige KPD-„Massenorganisation“ für die „Gewerkschaftsarbeit“, die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ (RGO), beschloß im November wegen „schwindender Aktivität der Mitglieder“ ihre Auflösung; die RGO komme auch nicht als Basis für die „Gewerkschaftsarbeit“ der neuen VSP in Betracht (vgl. Ziff. 2.1.5). GIM und KPD hatten bei ihrer Fusion vereinbart, eine „Arbeitsgemeinschaft für autonome Gewerkschaftspolitik“ aufzubauen, die in den Gewerkschaften die „klassenkämpferischen Kräfte“ stärken solle.

Die „Marxistische Gruppe“ verbreitete vor Großbetrieben ihre Publikationen in hohen Stückzahlen; die „Marxistische Arbeiter Zeitung“ (MAZ) erschien mit mehr als 18 verschiedenen Betriebsausgaben (1985: 14), mit mehreren örtlichen Ausgaben und als Zeitung für verschiedene Branchen und für Berufsschulen.

Die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ hat sich aufgelöst

3.6 Tätigkeit an Hochschulen

Von den revolutionär-marxistischen Organisationen der „Neuen Linken“ konnte an den Hochschulen nur die „Marxistische Gruppe“ nennenswerte Aktivitäten entfalten. Sie beteiligte sich aber nur in Bayern an Wahlen zu Studentenvertretungen; dabei erzielte sie an zwei (1986: 3) Hochschulen Erfolge. Mit ihren Diskussionsveranstaltungen erreichte sie erneut mehrere tausend Studenten. Die „Kommunistischen Studenten“ (KS) – Hochschulorganisation der KPD – stellten zu Beginn des Jahres ihre Aktivitäten ein.

Die 1982 auf Initiative der „Kommunistischen Hochschulgruppen“ des BWK und der KS gemeinsam mit Gruppen der anarcho-syndikalistischen FAU gegründete „Arbeitsgemeinschaft für revolutionäre Hochschulpolitik“ stand zum Jahresende vor dem Zerfall.

Unverändert aktiv blieben dagegen die anderen sozialrevolutionären und diffus anarchistisch orientierten Vereinigungen, die sog. undogmatischen Gruppierungen. Viele dieser Zusammenschlüsse sind nur kurzlebig; bei Wahlen zu den studentischen Gremien treten sie häufig in Listenverbindungen und oft mit von Semester zu Semester wechselnden Namen an. Auf sie entfielen in den Studentenparlamenten mehr als 8 %, in den „Allgemeinen Studentenausschüssen“ nahezu 17 % der Sitze.

Sozialrevolutionäre und Anarchisten an Hochschulen riefen dazu auf, dem Staat „die Loyalität aufzukündigen“; sie propagierten „Widerstand“ gegen das herrschende „System“, das sich nur „mit Gewalt“, „Terrorurteilen“ und „bürgerkriegsmäßigen Polizeieinsätzen“ halten könne. Die „Basisgruppenfraktion“ in den „Vereinigten Deutschen Studentenschaften“ (VDS), die auch 1986 eine Mitarbeit im VDS-Vorstand ablehnte, agitierte gegen „totalen Überwachungs- und Polizeistaat“. Vertreter der „Basisgruppen“ forderten u. a. den „Boycott der Volkszählung auf breitester Ebene“²⁸⁰. Sie bezeichne-

ten die Hochschulen als „Sonderforschungsbereiche“ im Dienste staatlicher „Schreibtischtäter über Natur und Weltbevölkerung“²⁸¹.

4. Ausblick 1987

Bisher gibt es keine Anzeichen dafür, daß sich das diffuse Gefüge, die Zahl der Anhänger sowie Aktionsfelder, -formen und -ziele der „Neuen Linken“ in nächster Zeit wesentlich verändern werden. Organisationen des revolutionär-marxistischen Lagers wollen weiter über Fusionen diskutieren. Anarchisten fordern zwar, wirksame überregionale Strukturen zu schaffen, lehnen jedoch nach wie vor „Befehlsstrukturen“ ab. Beide Lager der „Neuen Linken“ sehen die Arbeit in ihren wichtigsten Aktionsfeldern als langfristige Aufgabe an; sie sind jedoch beweglich genug, um rasch auf aktuelle Ereignisse zu reagieren. Der Kampf gegen den „Atomstaat“ sowie gegen angeblich zunehmende „Repression“ und Überwachung bildet dabei einen Schwerpunkt. Agitation und Aktion richten sich zunehmend gegen die für Mai 1987 angesetzte Volkszählung. Die verschiedenen Gruppen der „Neuen Linken“ propagieren unterschiedliche „Widerstandsformen“: vom „weichen Boykott“ bis hin zur gewaltsamen „Sabotage“.

Nach den militanten Großdemonstrationen im Jahre 1986 ist die Neigung der „Autonomen“ zu „offenen Feldschlachten“ sehr gering. Sie befürworten aber auch für 1987 militante Aktionen und Anschläge in Kleingruppen: „unberechenbar“ das „Hinterland“, die Infrastruktur der „Atommafia“ und den Staat angreifen.

VII. Verbindungen zu ausländischen Linksextremisten

1. Moskauorientierte Kommunisten und deren Vorfeld

1.1 Kern- und Nebenorganisationen

DKP und SEW betonen ständig, sie seien „Teil der kommunistischen Weltbewegung“ – der „stärksten internationalen Bewegung“; daraus erwachse ihnen „Kraft und Solidarität“²⁸². Beide Parteien unterhalten vielfältige Kontakte zu den „Bruderparteien“ vor allem in den sozialistischen Staaten. Zum 8. Parteitag der DKP (vgl. Kap. IV.1.1.2) kamen Vertreter von 44 „kommunistischen und Arbeiterparteien“ und sieben nationalen „Befreiungsorganisationen“. Der

**DKP und SEW in
ständigem Kontakt
mit kommunistischen
„Bruderparteien“**

Leiter der KPdSU-Delegation, Boris N. Jelzin (Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU), hob hervor, die „Freundschaft“ zwischen beiden Parteien (zwischen KPdSU und KPD/DKP) habe seit über 60 Jahren „tiefe Wurzeln“ geschlagen und „alle Zerreißproben“ überstanden. Delegationen der KPdSU beteiligten sich im Frühjahr erstmals auch an DKP-Bezirksdelegiertenkonferenzen. Umgekehrt entsandten DKP und SEW führende Funktionäre zum KPdSU-Parteitag (25. 2. bis 6. 3. in Moskau). Der KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow weihte am 3. Oktober in Moskau, gemeinsam mit SED-Generalsekretär Erich Honecker und den Vorsitzenden von DKP und SEW, Herbert Mies und Horst Schmitt, ein Denkmal für Ernst Thälmann ein. Dabei erklärte Gorbatschow, in der DDR sei der Sozialismus verwirklicht, von dem Thälmann geträumt habe; in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) führten die Kommunisten „Thälmanns Sache unter neuen Bedingungen“ weiter²⁸³.

DKP-Funktionäre besuchten die kommunistischen Parteien Bulgariens und Polens und nahmen an Parteitag und Pressefesten von „Bruderparteien“ in Kuba, der ČSSR, Indien, Portugal und Vietnam teil. Der DKP-Vorsitzende besuchte Anfang November Nicaragua und Kuba, um „revolutionäre Solidarität“ zu demonstrieren. In ihren Parteibüros in Düsseldorf und Bonn empfing die DKP Abordnungen von „Bruderparteien“ und „Befreiungsbewegungen“ aus Äthiopien, Chile, El Salvador, Dänemark, dem Libanon, Namibia, Ungarn und Südafrika. Botschafter der UdSSR, Polens und Kubas statteten der DKP ihre Antritts- oder Abschiedsbesuche ab.

Die DKP entsandte auch 1986 wieder Vertreter zu zahlreichen internationalen Begegnungen, u. a.

- zu einem Informations- und Meinungsaustausch über Probleme im Kohlebergbau (am 8. Februar in Brüssel mit Abordnungen von fünf kommunistischen Parteien Westeuropas);
- zu „wissenschaftlichen Konferenzen“ anlässlich des 100. Geburtstages von Ernst Thälmann (am 12./13. März in Berlin (Ost) mit Vertretern von elf kommunistischen Parteien und am 8. April in Moskau);
- zu einem Symposium der internationalen kommunistischen Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“* mit dem Thema: „Der Imperialismus der 80er Jahre“ (Mitte Juni in Prag mit Beteiligung von 28 kommunistischen Parteien);
- zu einer Konferenz: „Arbeiterklasse und Gegenwart“ (8. bis 10. Oktober in Moskau mit Vertretern von „kommunistischen, revolutionär-demokratischen und sozialdemokratischen Parteien“ sowie Gewerkschaftern aus 80 Ländern);
- zu einer Konferenz über die Entwicklungen des „Weltsozialismus“ und die „demokratische Friedensbewegung“ (3. bis 5. Dezember in Moskau mit Delegationen von 42 politischen und theoretischen Zeitschriften kommunistischer Parteien).

Das IMSF (vgl. Kap. IV.5.1) veranstaltete in Frankfurt/M. Konferenzen zusammen mit der Zeitschrift „Probleme des Friedens und

Ein Netz von „Frontorganisationen“ unterstützt die sowjetische Außenpolitik

des Sozialismus“* und mit den „Akademien für Gesellschaftswissenschaften“ bei den Zentralkomitees von KPdSU und SED. Eine Delegation des SDAJ-Bundesvorstandes reiste im August nach Nordkorea, um mit ihrer „Bruderorganisation“, der „Sozialistischen Arbeiterjugend Koreas“ (VSAJK), über die Vorbereitung der „13. Weltjugendfestspiele“ 1989 in Pjöngjang zu beraten. SEW-Delegationen besuchten „Bruderparteien“ u. a. in der UdSSR, in Rumänien, Bulgarien und Schweden.

1.2 Orthodox-kommunistisch beeinflusste Organisationen

Die „Internationale Abteilung“ des ZK der KPdSU leitet seit Jahren ein Netz kommunistischer Tarnorganisationen („Frontorganisationen“) an, das die sowjetische Außenpolitik unterstützen soll. Die aktivste und bedeutendste „Frontorganisation“ ist der „Weltfriedensrat“ (WFR) mit Sitz in Helsinki. Witalij *Schaposchnikow*, Stellvertretender Leiter der „Internationalen Abteilung“ beim ZK der KPdSU und dort zuständig für „Frontorganisationen und Protestbewegungen“, ist Mitglied des WFR-Präsidiums. Der WFR-Präsident, Romesh *Chandra*, ist Mitglied des Politbüros der KP Indiens.

Zum Präsidium des WFR gehören auch fünf Personen aus der Bundesrepublik Deutschland, darunter als eine der Vizepräsidentinnen Martha *Buschmann* (Mitglied des DKP-Präsidiums und des „Büros“ des KFAZ).

Als „Filiale“ des WFR in der Bundesrepublik Deutschland ist das KFAZ anzusehen (vgl. Kap. IV.1.4.3); die VVN-BdA und die DFU (vgl. Kap. IV.1.4.1 und 1.4.2) sind dem WFR korporativ angeschlossen; die DFG-VK (vgl. Kap. IV.1.4.4) entsendet einen Vertreter dorthin, z. Z. einen ihrer stellvertretenden Bundesvorsitzenden.

Der WFR bestätigte auf einer Tagung im April in Sofia die Einzelmitgliedschaft von mehr als 40 Personen aus der Bundesrepublik Deutschland – fast ausnahmslos Funktionäre und Mitglieder der DKP oder ihrer Vorfeldorganisationen. Der Generalsekretär der KPdSU hatte in einem Schreiben an die Tagungsteilnehmer seine Erwartung bekräftigt, daß der WFR „auch weiterhin einen bedeutenden Beitrag“ zur „Realisierung“ des „sowjetischen außenpolitischen Programms“ leisten werde²⁸⁴.

Auf Betreiben des WFR fand dazu vom 15. bis 19. Oktober in Kopenhagen ein „Weltkongreß zum Internationalen Jahr des Friedens“ statt. Aus der Bundesrepublik Deutschland beteiligten sich daran etwa 100 Personen – überwiegend Mitglieder der DKP oder einer ihrer Vorfeldorganisationen.

* Zeitschrift für Theorie und Information, die gemeinsam von mehr als 40 moskauorientierten „kommunistischen und Arbeiterparteien“ in Ost und West herausgegeben wird; Sitz der Redaktion: Prag; der Chefredakteur ist Mitglied der KPdSU; die meisten kommunistischen Parteien – auch die DKP – sind am Sitz der Redaktion in Prag mit einem Mitarbeiter vertreten.

Neben dem WFR arbeiteten 1986 weitere „Frontorganisationen“ mit Personen oder Organisationen aus der Bundesrepublik Deutschland zusammen; dazu gehören u. a.

- die „Internationale Föderation der Widerstandskämpfer“ (FIR), in deren Gremien die VVN-BdA durch führende Funktionäre vertreten ist;
- die „Internationale Demokratische Frauenföderation“ (IDFF), mit der die DFI (vgl. Kap. IV.1.4.6) personell verbunden ist und zusammenarbeitet;
- die „Weltföderation der Wissenschaftler“ (WFW), in deren zentralen Organen der kommunistisch beeinflusste BdWi mitarbeitet;
- die „Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen“ (IVDJ), der die VDJ (vgl. Kap. IV.1.4.7) als Sektion angeschlossen ist;
- die „Christliche Friedenskonferenz“ (CFK), die in der Bundesrepublik Deutschland durch einen eigenen „Regionalausschuß“ – personell verbunden mit der DFU und der CfA (vgl. Kap. IV.1.4.2) – vertreten ist; sie führte am 24. Oktober in Hannover eine internationale Veranstaltung zum „UNO-Friedensjahr“ durch.

DKP-beeinflußte Vereinigungen unterhielten darüber hinaus nach wie vor Kontakte zu „Partnern“ im kommunistischen Machtbereich, z. B. zu Verbänden von Widerstandskämpfern und zu „Friedensräten“. Zu ihren Veranstaltungen kamen erneut – häufiger noch als in den Vorjahren – Referenten aus der UdSSR.

2. „Neue Linke“

Auch die Gruppen der „Neuen Linken“ betonten wieder ihre „internationalistische“ Orientierung. Feste Bindungen zu Linksextremisten im Ausland haben jedoch nur wenige von ihnen. Nur die trotzkistischen Gruppen arbeiten, als nationale Sektionen der IV. Internationale, meist regelmäßig mit „Bruderorganisationen“ im Ausland zusammen. Die beiden Abspaltungen der ehemaligen KPD (vgl. Kap. IV.2.1.5) bemühten sich um Anerkennung durch die „Partei der Arbeit Albaniens“ (PAA).

Einige Gruppen der „Neuen Linken“ unterhielten Verbindungen zu Mitgliedern palästinensischer Organisationen oder zu Vertretern „revolutionärer“ Organisationen in Mittelamerika und Südafrika. Angehörige der „Neuen Linken“ werteten ihre Teilnahme an „Arbeitsbrigaden“ in Nicaragua als „praktische internationale Solidarität“²⁸⁵ und als „Teil des antiimperialistischen Kampfes“²⁸⁶; sie hätten dort nicht als „unpolitische humanistische Idealisten“ gearbeitet – ihre Einsätze ständen „in der Tradition der internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg“²⁸⁷. Teilweise berichteten „Brigadisten“ aus den Reihen der „Neuen Linken“, sie hätten sich in Nicaragua im Gebrauch von Waffen unterweisen lassen.

VIII. Deutscher linksextremistischer Terrorismus*

1. Entwicklung der Terroraktionen

Zahl der Terrorakte wiederum deutlich gestiegen

Die Zahl der Terrorakte, die von deutschen Linksextremisten 1986 begangen wurden oder ihnen nach dem gegenwärtigen Ermittlungsstand zuzurechnen sind, ist gegenüber dem Vorjahr wiederum deutlich gestiegen. Mit drei Morden, einer gefährlichen Körperverletzung und 315 ausgeführten oder versuchten Sprengstoff- und Brandanschlägen hat sich der seit Jahren (außer 1984) festzustellende stetige Anstieg terroristischer Gewalttaten fortgesetzt (1980: 77; 1981: 129; 1982: 184; 1983: 215; 1984: 148; 1985: 221).

3 Todesopfer/sehr hohe Sachschäden

Terroristische Gewalttäter ermordeten 1986 drei Menschen und verletzten einen weiteren durch zwei gezielte Pistolenschüsse in die Beine. Zugleich stieg die Höhe der verursachten Sachschäden wegen einiger besonders schwerwiegender Fälle auf schätzungsweise mehr als 38 Millionen DM.**

Nach Begehungsart und Täterkreis lassen sich die Anschläge des Jahres 1986 wie folgt aufschlüsseln.***

	Brand- anschläge	Sprengstoff- anschläge	Mord- anschläge	sonstige Straftaten	insgesamt
„Rote-Armee-Fraktion“ Militante	- (-)	- (1)	2 (2)	- (5)	2 (8)
RAF-Anhänger	5 (13)	12 (20)	- (-)	- (-)	17 (33)
„Revolutionäre Zellen“/„Rote Zora“	6 (3)	10 (15)	- (-)	1 (-)	17 (18)
sonstige Gruppen/ Einzeltäter	244 (138)	38 (24)	- (-)	- (-)	282 (162)
Summe	255 (154)	60 (60)	2 (2)	1 (5)	318 (221)

Zahlreiche Terrorakte durch Unglück in Tschernobyl und Vorgänge um die Hamburger Hafenstraße ausgelöst

Insbesondere die folgenschwere Reaktorkatastrophe im Kernkraftwerk Tschernobyl (Ukraine) löste einen starken Anstieg terroristischer Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland aus. In ihrer Folge wurden im Mai 35 und im Juni 42 sowie nochmals im Oktober über 34 Anschläge vorwiegend gegen die wirtschaftliche Nutzung der Kernenergie verübt. Der zweite Höhepunkt lag im Dezember (33 Anschläge) mit einer Serie von Brandanschlägen gegen die geplante Sanierung der Hamburger Hafenstraße. Regionale Schwerpunkte der Anschläge waren Niedersachsen (70 Anschläge) und erstmals Bayern (47) (in beiden Bundesländern werden Anlagen zur Entsorgung bzw. Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen errichtet).

Regionale Anschlagsschwerpunkte: Niedersachsen, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Hamburg

* Zur Definition der Begriffe „Terrorismus“ und „Terrorakte“ siehe Seite 22.

** Der tatsächliche wirtschaftliche Schaden dürfte weit höher sein, da zu etwa 40 % der Anschläge keine Angaben über die Schadenshöhe erhältlich sind.

*** Vergleichszahlen 1985 in Klammern.

Weitere Schwerpunkte waren Nordrhein-Westfalen (51 Anschläge) und Hamburg (47).

Unter den Motiven überwog der Kampf gegen die Kernenergie mit etwa einem Drittel der Anschläge (97). Als Anlaß zu 46 weiteren Terrorhandlungen wurden geplante oder durchgeführte Häuserräumungen in Bochum, Göttingen und Hamburg sowie umstrittene lokale Bauvorhaben oder Großprojekte genommen. In diesem Zusammenhang wurden am häufigsten die beteiligten Baufirmen, aber auch die Deutsche Bundesbahn, Verwaltungs- und Polizeibehörden sowie Geldinstitute und Kaufhäuser „angegriffen“. Vorwiegend „antiimperialistisch“ orientierte Gruppierungen verübten 35 Brand- und Sprengstoffanschläge auf militärische Einrichtungen der Bundeswehr und der NATO, den wissenschaftlich-militärischen Forschungsbereich sowie Unternehmen, denen Produktion von Rüstungsgütern nachgesagt wird. In mehreren Fällen begründeten Täter ihre Aktionen mit der militärischen Intervention der USA im April in Libyen.

Weitere bevorzugte Angriffsziele terroristischer Gewalttäter waren 1986 insgesamt gesehen Kaufhäuser, Banken und Konzerne (vor allem solche mit geschäftlichen Beziehungen zur Republik Südafrika), die als Symbole einer „kapitalistischen Ausbeuter- und Konsumgesellschaft“ bezeichnet wurden. Darüber hinaus richteten sich auch 1986 zahlreiche Anschläge auf Gebäude und Fahrzeuge von Sicherheitsbehörden, Justiz und Verwaltung. Militante Linksextremisten, die sich als „Antifaschisten“ bezeichnen, setzten eine 1983 begonnene Serie von Brandstiftungen und Sprengstoffanschlägen auf Versammlungsräume von Rechtsextremisten und von diesen benutzte Fahrzeuge, Verlage und Druckereien fort (vgl. Kap. VI.3.3).

Angriffsziel Militär

Hauptangriffsziele:
Kaufhäuser, Banken,
Konzerne, Sicherheitsbehörden, Justiz,
Verwaltung

2. „Rote-Armee-Fraktion“ (RAF)

2.1 „Kommandobereich“ der „Roten-Armee-Fraktion“

Von der „Roten-Armee-Fraktion“ ging auch 1986 eine schwerwiegende Bedrohung für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland aus. Mit zwei Terrorakten, denen drei Menschen zum Opfer fielen, setzte sie ihre im Winter 1984 begonnene „Offensive“ fort. Dem „Kommandobereich“ – also die untergetauchten Bandenmitglieder – der RAF, der für diese schwersten Gewaltverbrechen verantwortlich ist, gehören weiterhin etwa 15 bis 20 Personen an.

Am 9. Juli ermordete ein „Kommando Mara CAGOL“ bei Straßlach nahe München das SIEMENS-Vorstandsmitglied Prof. *Beckurts* und dessen Fahrer durch einen am Straßenrand gezündeten Sprengsatz. Zur Begründung des Anschlags führte die RAF u. a. die Schlüsselstellung von Prof. *Beckurts* im Bereich Forschung und Technik bei SIEMENS und die Bedeutung des Unternehmens im sog. „militärisch-industriellen Komplex“ („MIK“) an. Die Täter wiesen insbe-

RAF setzte „Offensive“ fort

„Kommando Mara CAGOL“ ermordet Prof. Beckurts

„Kommando Ingrid SCHUBERT“ erschießt Dr. v. Braunmühl

RAF verübt nunmehr auch Terroranschläge gegen den staatlich/politischen Bereich

Der Kreis der durch die RAF gefährdeten Personen hat sich erheblich erweitert

sondere auf die mögliche Beteiligung des Konzerns an den Projekten SDI und EUREKA hin.

Die „Offensive“ erreichte am 10. Oktober mit der Ermordung des Ministerialdirektors im Auswärtigen Amt Dr. Gerold v. *Braunmühl* einen weiteren Höhepunkt. Zwei Mitglieder eines „Kommandos Ingrid SCHUBERT“ der „Roten-Armee-Fraktion“ erschossen Dr. von *Braunmühl* vor seinem Wohnhaus in Bonn-Ippendorf. Mit einer der Tatwaffen war bereits im Oktober 1977 der Präsident des Arbeitgeberverbandes Hanns Martin *Schleyer* ermordet worden. Eine weitere Tatwaffe war 1984 von Mitgliedern der RAF bei einem Raubüberfall auf ein Waffengeschäft in Maxdorf bei Ludwigshafen verwendet worden.

Zu dem Attentat erklärte die „Rote-Armee-Fraktion“, der „Geheimdiplomate“ Dr. von *Braunmühl* habe in seiner Funktion als „Politischer Direktor im Außenministerium“ u. a. als Vertreter der Bundesregierung im politischen Komitee der „Europäischen Politischen Zusammenarbeit“ (EPZ), einem der vermeintlich wichtigsten Instrumente der „politischen Formierung der Staatsapparate in Westeuropa gesessen“. Zudem habe er innerhalb der „Westeuropäischen Union“ (WEU) mit Vertretern der anderen Regierungen „sicherheitspolitische Linien“ für die „europäische NATO-Säule“ erarbeitet. Er habe damit der Stärkung „der politisch-militärischen Macht Westeuropas und so . . . der NATO insgesamt“ gedient.

Die „Rote-Armee-Fraktion“ hat mit der Ermordung Dr. von *Braunmühls* im Rahmen ihrer auf alle Bereiche unserer Gesellschaft zielenden „Gesamtoffensive“ ein weiteres Aktionsfeld eröffnet. Nach den Anschlägen auf den militärischen Bereich (NATO-Schule in Oberammergau am 18. Dezember 1984; US-Air-Base in Frankfurt am 8. August 1985) und den sog. „militärisch-industriellen Komplex“ („MIK“) (Ermordung des MTU-Vorstandsvorsitzenden Dr. Ernst *Zimmermann* am 1. Februar 1985 und des SIEMENS-Vorstandsmitgliedes Prof. *Beckurts* am 9. Juli) will sie jetzt auch den staatlich-politischen Bereich treffen. Neben den genannten Angriffszielen bleibt auch der Justiz- und Sicherheitsbereich Terrorziel der RAF.

Die RAF hat mit ihren jüngsten Morden Kriterien aufgegeben, an denen sie sich Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre orientiert hatte. Damals hatte sie ihre Anschlag-Opfer unter den „Symbolfiguren des politischen und gesellschaftlichen Systems“ der Bundesrepublik Deutschland ausgewählt. Die im Rahmen der neuen „Offensive“ verübten Morde zielten jedoch auf in der Öffentlichkeit weniger bekannte Personen, die aus der Sicht der RAF als „Funktionsträger“ zu den „zentralen Figuren in der Formierung westeuropäischer Politik im imperialistischen Gesamtsystem“ gehören. Dadurch hat sich der Kreis der durch die RAF gefährdeten Personen erheblich erweitert.

Während die Ermordung des US-Soldaten *Pimental* im August 1985 noch zu tiefgreifenden Irritationen der Anhänger der RAF und zu einer Stagnation ihrer „Offensive“ geführt hatten, haben die Morde

an Prof. Beckurts und Dr. von Braunmühl bei der Anhängerschaft der „Roten-Armee-Fraktion“ ungeteilte Zustimmung gefunden. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, daß die „Rote-Armee-Fraktion“ ihre – wie sie sie nennt – „militärischen Angriffe“, d. h. auf Mord gerichteten Terrorakte, fortsetzen wird.

Aufgrund eines Hinweises aus der Bevölkerung wurden am 2. August das mutmaßliche Mitglied der RAF-„Kommandoebene“ Eva Sybille *Haule-Frimpong* und zwei weitere, den „Mililitanten der RAF“ zuzurechnende Personen in einem Eiscafé in Rüsselsheim verhaftet. *Haule-Frimpong*, die seit Mitte 1984 mit Haftbefehl gesucht wurde, war mit einer durchgeladenen Pistole bewaffnet, welche die RAF Ende 1984 – ebenso wie die Waffe zur Ermordung Dr. von *Braunmühls* – bei ihrem Überfall auf ein Waffengeschäft in Maxdorf erbeutet hatte.

Haule-Frimpong und zwei „Mililitante der RAF“ festgenommen

2.2 „Mililitante der Roten-Armee-Fraktion“

Die „Mililitanten“ als zweite kämpfende Ebene in der „Roten-Armee-Fraktion“ erscheinen den Sicherheitsbehörden inzwischen als nahezu ebenso gefährlich und aktiv wie die „Kommandoebene“. Das belegen ihre zunehmend schwerer werdenden Gewalttaten, die teilweise den „Kommando-Mitgliedern“ angepaßte Verhaltensweise, der Inhalt und Umfang ihrer Taterklärungen, aber auch die Veröffentlichungen seit Ende 1984 in der von den „Mililitanten“ als Sprachrohr benutzten Untergrund-Zeitung „Zusammen Kämpfen“ (bisher insgesamt 8 Ausgaben und mindestens 6 Sondernummern; 1986 je 4 Ausgaben und Sondernummern).

„Mililitante der Roten-Armee-Fraktion“ verüben zahlreiche, zunehmend schwerere Gewalttaten

Während die „Mililitanten“ Anfang 1985 in einigen Fällen als „Illegale Mililitante“ auftraten, bezeichneten sie sich bei ihren Anschlägen 1986 regelmäßig – ähnlich wie die „Kommandoebene“ – als „Kämpfende Einheiten“ mit dem Namenszusatz eines – meist ausländischen – toten „Genossen“. Sie wollen „einheitliche koordinierte mililitante Projekte“ entwickeln, „die darauf aus sind, die imperialistische Strategie zu durchkreuzen“. Darunter verstehen sie auf die Zerstörung von Sachwerten gerichtete Anschläge (vor allem Sprengstoffanschläge), die in der Zielrichtung in engem Zusammenhang mit den „militärischen“, d. h. gegen Personen gerichteten, Anschlägen des „Kommandobereichs“ stehen.

An der vom „Kommandobereich“ initiierten „Offensive 86“ haben sich die „Mililitanten“ mit neun Anschlägen beteiligt:

- Sprengstoffanschlag auf das Gebäude des „Fraunhofer-Instituts für Lasertechnik“ in Aachen am 24. Juli
- Sprengstoffanschlag auf ein Gebäude der Fa. DORNIER in Immenstaad am 25. Juli
- Sprengstoffanschlag auf eine Trafostation und eine Sendeanlage des Bundesgrenzschutzes in Swisttal-Heimerzheim am 11. August
- Sprengstoffanschlag auf ein Gebäude der Fa. WESTINGHOUSE in Wuppertal am 13. August

Neun Sprengstoffanschläge „Kämpfender Einheiten“

„Koordinierte militante Projekte“ der RAF sollen „imperialistische Krisenlösungsstrategien“ vereiteln

Zunehmende Übereinstimmungen von „Kommandoebene“ und „Militanten“ bei den Tatmitteln

- Sprengstoffanschlag auf das Hauptgebäude des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln am 8. September
- Sprengstoffanschlag auf ein Gebäude der Firma „PANAVIA Aircraft GmbH“ und NAMMA (NATO MRCA Management Agency) in München am 15. September
- Sprengstoffanschlag auf ein Gebäude der Firma IBM in Heidelberg am 16. November
- Sprengstoffanschlag auf das Gebäude der „Deutschen Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern“ (DEG) in Köln am 19. Dezember
- Sprengstoffanschlag auf das „Kurt-Schumacher-Bildungszentrum“ der „Friedrich-Ebert-Stiftung“ in Bad Münstereifel am 21. Dezember.

Sämtliche Anschläge der „Militanten“ zielten – entsprechend den vom „Kommandobereich“ vorgegebenen Aktionsrichtungen – auf den „militärisch-industriellen Komplex“ („MIK“) (5 Anschläge) und den politisch-staatlichen Bereich (4 Anschläge). Sie versuchen damit, die von der RAF in ihrem Grundsatzpapier „Guerilla, Widerstand und Antiimperialistische Front“ im Mai 1982 entwickelte Vorstellung umzusetzen, mit sogenannten „koordinierten militanten Projekten“ die „imperialistische Krisenlösungsstrategie“ zu vereiteln.

In allen Erklärungen versuchten die „Militanten“, ihre Anschläge in einen „praktischen Zusammenhang“ mit der „Offensive“ der „Kommandoebene“ zu stellen. So übernahmen sie zentrale Formulierungen oder Parolen aus den Erklärungen zu den Morden an Prof. Beckurts und Dr. von Braunmühl wörtlich oder in leicht abgewandelter Form. Dabei unterstrichen sie ihr Selbstbewußtsein durch zusätzliche eigene Schlußparolen und Forderungen, wie z. B. „Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand“ oder „Freilassung von Günter Sonnenberg“.

Das einheitliche Vorgehen der beiden Ebenen der „Roten-Armee-Fraktion“ – Kommandoebene und Militante – wird auch durch die zunehmenden Übereinstimmungen der Tatmittel belegt. So benutzten die Täter bei den Sprengstoffanschlägen auf die Firma DORNIER in Immenstaad am 15. Juli und auf das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln am 8. September erstmals „Autobomben“, wie sie die „Kommandoebene“ bereits bei ihrem versuchten Anschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau am 18. Dezember 1984 und dem Anschlag auf die Rhein-Main-Air-Base am 8. August 1985 verwendet hatte. Auch wurden den Sprengsätzen in Heimerzheim und Köln nach dem „Vorbild“ der „Kommandoebene“ Schrauben und Muttern beigelegt, um damit die Verletzungswirkung gegen Menschen zu steigern. Die Verwendung dieser Tatmittel zeigt, daß die „Militanten der RAF“ die größtmögliche Sprengwirkung erzielen wollen und das damit verbundene Risiko für Menschen bewußt in Kauf nehmen.

Die Umstände bei der Festnahme von zwei „Militanten“ während eines „Treffs“ mit der mutmaßlichen Angehörigen der „Komman-

doebene“ Eva Sybille *Haule-Frimpong* in einem Rüsselsheimer Café am 2. August machen deutlich, daß zwischen der „Kommandoebene“ und den „Militanten“ konkrete Absprachen und Abstimmungen auch über Anschlagsvorhaben stattfinden.

Bereits am 13. Januar war in Hannover eine vermutlich ebenfalls der Ebene der „Militanten“ zuzuordnende Frau festgenommen worden. Zum Zeitpunkt ihrer Festnahme war sie unbewaffnet und im Besitz eines verloren gemeldeten, verfälschten Personalausweises.

Am 13./14. August wurden in Duisburg drei weitere, vermutlich den „Militanten der RAF“ zuzurechnende Personen festgenommen. Sie stehen im Verdacht, den Sprengstoffanschlag auf den Bundesgrenzschutz am 11. August in Heimerzheim verübt zu haben.

Abstimmung über Anschlagsvorhaben

2.3 Umfeld der „Roten-Armee-Fraktion“

Das Umfeld der „Roten-Armee-Fraktion“, insbesondere das engere RAF-Umfeld mit inzwischen über 200 Anhängern, besteht aus Personen und Gruppierungen, die das Gewaltkonzept der „Roten-Armee-Fraktion“ bejahen, für deren Ziele werben und u. a. mit Flugblattaktionen und Sympathieveranstaltungen „Öffentlichkeitsarbeit“ betreiben. Sie betreuen inhaftierte terroristische Gewalttäter und Unterstützer der RAF, setzen sich für deren Forderungen ein, halten den Informationsaustausch zwischen den Häftlingen und den im Untergrund lebenden terroristischen Gewalttätern aufrecht, erledigen deren Aufträge und führen auch selbst Anschläge aus.

Der „Öffentlichkeitsarbeit“, insbesondere dem Versuch einer Integration der „Autonomen“, diente der vom engeren RAF-Umfeld getragene „Internationale Kongreß“ „Antiimperialistischer und anti-kapitalistischer Widerstand in Westeuropa“ vom 31. Januar bis 4. Februar in Frankfurt/M. An ihm nahmen zeitweise bis zu tausend Personen aus dem In- und Ausland teil. Dem „Kongreß“ war die Aufgabe zugeschrieben worden, die politische Komponente des „gemeinsamen Kampfes“ stärker zur Geltung zu bringen und dazu beizutragen alle „revolutionären“ Kräfte in einer „antiimperialistischen Front in Westeuropa“ zusammenzufassen.

Obwohl diese Ziele nicht erreicht werden konnten, werteten die „RAF-Unterstützer“ es schon als Erfolg, daß der „Kongreß“ überhaupt zustande gekommen war. Sie betonten die stimulierende und stabilisierende Wirkung einer internationalen Veranstaltung dieser Größenordnung für die eigene Anhängerschaft. Versuche der zuständigen Stellen, die Durchführung dieses Kongresses zu verbieten, waren gescheitert.

In allen Diskussionen und Beiträgen auf dem Kongreß zeigten sich allerdings unüberbrückbare Gegensätze zwischen der RAF und den „Autonomen“. Diese kritisierten besonders die Ermordung des US-Soldaten Edward F. *Pimental* im August 1985, mit dessen Truppenausweis „ID-Card“ die Täter des Sprengstoffanschlages auf die Rhein-Main-Air-Base in Frankfurt sich den Zutritt zum Gelände verschafft hatten. Durch diesen Mord seien Gemeinsamkeiten im

Anhänger der „Roten-Armee-Fraktion“ bilden zuverlässiges Unterstützerpotential

„Internationaler anti-imperialistischer Kongreß“ in Frankfurt/Main mit tausend Teilnehmern

Unüberbrückbare Gegensätze zwischen RAF und „Autonomen“

Internationale ideologische Gegensätze

Acht weitere Brand- und Sprengstoffanschläge des engeren RAF-Umfeldes

Neue „Zusammenlegungs“-Kampagne der RAF-Unterstützer

Zahl der Anschläge „Revolutionärer Zellen“ in etwa gleich

Ansatz erstickt worden, die nach dem Hungerstreik 1985 noch vorhanden gewesen seien.

Auch international brachte der „Kongreß“ die RAF ihrem Ziel, gemeinsame Strukturen zu erarbeiten, nicht näher. Trotz der Teilnahme von „Genossen“ aus fast dem gesamten westeuropäischen Ausland und aus Amerika ließen die Diskussions- und Redebeiträge kaum überwindliche ideologische Gegensätze erkennen.

Auch mehrere „Nachbereitungstreffen“ machten die inneren Unstimmigkeiten deutlich. Insgesamt gelang es dem engeren RAF-Umfeld nicht, die Ansätze des „Frankfurter Kongresses“ in eine „stetige politische Arbeit“ umzusetzen. Darüber konnte auch eine seit Juli unter hohem Kostenaufwand im Bundesgebiet verbreitete „Dokumentation zum Kongreß“ mit weitgehend bereits bekannten Texten nicht hinwegtäuschen.

Neben den neun Anschlägen, bei denen die Täter als „Kämpfende Einheiten“ auftraten (vgl. Ziff. 2.2) verübten Angehörige des engeren RAF-Umfeldes acht weitere Brand- und Sprengstoffanschläge, wobei es in einem Fall beim Versuch blieb:

So nahmen sie am 13. Januar in Wuppertal die „Rassenunruhen in Südafrika“, am 17. April in Düsseldorf und am 5. Mai in Duisburg den US-Luftangriff auf Ziele in Libyen zum Anlaß für Anschläge auf Gebäude deutscher Konzerne, denen enge geschäftliche Verbindungen zur Republik Südafrika oder Kapitalverflechtungen mit „US-Multis“ nachgesagt werden. Ein Sprengstoffanschlag am 5. Mai in Kirchheimbolanden und eine Brandstiftung am 31. Mai in Reichersbeuern galten Einrichtungen der US-Armee. Am 30. Juni und am 18. August begingen RAF-Anhänger in Wuppertal erneut zwei Anschläge auf Fahrzeuge des Amtes für Linientechnik der Deutschen Bundespost und einer Baufirma. Die unbekanntenen Täter wollten sich damit, wie sie erklärten, in einen „praktischen Zusammenhang“ mit der „Offensive“ der RAF stellen.

Seit dem Sommer liegen erste Hinweise auf eine neue „Zusammenlegungs“-Kampagne für inhaftierte RAF-Terroristen vor. Zu diesem Zweck fanden im Juli und im August zwei überregionale Treffen statt, auf denen die RAF-Unterstützer über die inhaltliche Ausformung und den Ablauf der Kampagne diskutierten.

Ansonsten erschöpften sich die Aktivitäten des engeren RAF-Umfeldes in der sporadischen Teilnahme an Veranstaltungen der „Neuen Linken“ wie den Demonstrationen gegen das militärische Eingreifen der USA in Libyen oder zum Jahrestag des Todes des bei einer Demonstration in Frankfurt/M. umgekommenen Günter Sare.

3. „Revolutionäre Zellen“ (RZ) und „Rote Zora“

Die Zahl der von „Revolutionären Zellen“ und ihrer autonomen Frauengruppe „Rote Zora“ verübten Brand- und Sprengstoffanschläge (insgesamt 17) ist gegenüber dem Vorjahr etwa gleich geblieben.

ben (1985: 18). Regionale Schwerpunkte für Anschlagaktivitäten der „Revolutionären Zellen“ waren Nordrhein-Westfalen (8), Hamburg (2), Niedersachsen (2) und erstmals seit mehreren Jahren wieder Berlin (4).

Nachdem die „Revolutionären Zellen“ in den ersten Monaten des Jahres zwei Terrorakte im Zusammenhang mit Rassenunruhen in Südafrika und der amerikanischen Militäraktion gegen Ziele in Libyen verübt hatten, leiteten sie am 1. Juni mit einem versuchten Sprengstoffanschlag auf das Einwohnermeldezentralamt in Hamburg eine Serie von zehn Anschlägen zum Thema „Asylantenpolitik“ ein. Höhepunkte waren die versuchten bzw. vollendeten Sprengstoffanschläge auf das Bundesverwaltungsamt in Köln und das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg am 31. August, gegen die Ausländerbehörden in Hamm und Hagen am 25. September, gegen die Kölner Lufthansa-Hauptverwaltung am 28. Oktober sowie das am selben Tag in Berlin verübte Attentat („Knieschußaktion“) auf den Leiter der dortigen Ausländerbehörde, der dabei schwer verletzt wurde.

Mit der „Knieschußaktion“ in Berlin haben die „Revolutionären Zellen“ zum drittenmal einen auf Menschen gezielten Anschlag verübt.

Im Mai 1978 hatten sie ebenfalls in Berlin einen Rechtsanwalt durch Schüsse in die Beine verletzt; im Mai 1981 töteten sie in Frankfurt den damaligen hessischen Wirtschaftsminister *Karry*, angeblich hatten sie nur die Absicht, ihn in die Beine zu schießen. Ob sich hier eine neue „Linie“ abzeichnet, die von den RZ insgesamt getragen wird, oder ob dieser Anschlag als Aktionsform die Ausnahme bleiben wird, ist derzeit noch nicht abzusehen.

Mit den Gewaltakten zur „Asylantenpolitik“ halten die „Revolutionären Zellen“ sich kontinuierlich an das von ihnen im Gegensatz zur RAF seit jeher verfolgte Konzept, durch ein Aufgreifen jeweils aktueller, in der breiten Öffentlichkeit diskutierter Problemstellungen Anhänger für ihr Ziel einer „sozialen Revolution“ zu gewinnen. Um darüber hinaus nach außen den Eindruck eines koordinierten Vorgehens zu erwecken, verbreiteten die „Revolutionären Zellen“ Ende Oktober eine „Extra“-Ausgabe ihrer seit 1981 nicht mehr erschienenen Schrift „Revolutionärer Zorn“, in der ihre Erklärungen zu den bislang zur „Asylantenproblematik“ durchgeführten Anschlägen propagandistisch zusammengefaßt sind.

Auch die autonome RZ-Frauengruppe „Rote Zora“ bemühte sich 1986, ihren Einfluß auf das insbesondere in der Frauenbewegung vorhandene Protestpotential zu intensivieren. Mit einem Brandanschlag auf das „Institut für Humangenetik“ in Münster am 5. August, einem Sprengstoffanschlag gegen die „Gesellschaft für biotechnologische Forschung“ in Braunschweig/Stöckheim am 20./21. September und erstmals in Berlin mit einem gescheiterten Sprengstoffanschlag gegen das „Biotechnische Institut GmbH“ am 18. Oktober setzte sie eine im Frühjahr 1985 begonnene Serie von Terrorakten fort, die schwerpunktmäßig auf Einrichtungen und Institute im Bereich der

Serie von Anschlägen zur „Asylantenpolitik“

RZ verfolgen Konzept einer „sozialen Revolution“

„Extra“-Ausgabe der Schrift „Revolutionärer Zorn“

„Rote Zora“ will Einfluß auf Protestpotential intensivieren

**Hauptanschlagsziele:
Bio- und Gentechno-
logie**

„Bio- und Gentechnologie“ zielen. Die „Rote Zora“ sieht in der „Bio- und Gentechnologie eine entscheidende Schlüsseltechnologie“. Von der „Bio- und Gentechnologie“ seien in der Bundesrepublik Deutschland vor allem die Frauen, Ausländer und sozial Schwächeren betroffen. Neben mit frauenspezifischen Bezügen versehenen „sozialrevolutionären“ Begründungsansätzen wiesen die Erklärungen der „Roten Zora“ – ebenso wie die der RZ – auch internationalistische Aspekte auf. So soll nach der Behauptung der „Roten Zora“ der „westliche Imperialismus“ die Errungenschaften der „Bio- und Gentechnologie“ weltweit dazu benutzen, die Länder der Dritten Welt auszubeuten und von sich abhängig zu machen bzw. zu halten.

4. Terroristische Aktivitäten sonstiger Gruppen

**Wiederum deutliche
Zunahme von Terror-
akten sonstiger
Gruppen**

Seit Jahren verüben militante linksextremistische Kleingruppen und Einzeltäter vornehmlich aus dem „Autonomen“-Spektrum in zunehmender Zahl Brand- und Sprengstoffanschläge. Sie lehnen die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland ab und wollen das „System“ gewaltsam verändern. Die von ihnen ausgehende erhebliche Gefahr für die innere Sicherheit zeigt sich in der hohen Zahl ihrer Anschläge und der Höhe des verursachten wirtschaftlichen Schadens. So erreichte 1986 die Zahl der ihnen zuzuordnenden Terrorakte mit 282 durchgeführten oder versuchten Anschlägen (244 Brandanschläge oder Brandstiftungen; 38 Sprengstoffanschläge) im Vergleich zu den Vorjahren (1984: 116; 1985: 162) eine deutliche Steigerung. Ein weiterer Anschlag konnte im Vorbereitungsstadium verhindert werden. Die zeitlichen Höhepunkte lagen im Mai (32 Anschläge), Juni (41), Oktober (30) und Dezember (31), regional häuften sich die Anschläge solcher Gruppen in Niedersachsen (67), Hamburg (45) und Bayern (44).

**Terroristische Klein-
gruppen orientierten
sich an den RZ oder
den „Militanten der
RAF“**

Bei der Planung und Vorbereitung ihrer Anschläge orientierten sich diese Kleingruppen an den „Revolutionären Zellen“ und den militanten RAF-Anhängern, ohne jedoch deren Konzept vorbehaltlos zu übernehmen oder bei der Durchführung ihrer Gewaltaktionen deren Risikobereitschaft zu erreichen. Da nur die wenigsten von ihnen über stabile Organisationsstrukturen oder klare ideologische Vorstellungen verfügen, glichen sie ihre Taterklärungen vielfach auch inhaltlich denen der „Revolutionären Zellen“ oder der „Militanten der RAF“ an. Etwa ein Drittel ihrer terroristischen Aktionen wurde im Mai durch den Reaktorunfall von Tschernobyl angestoßen und richtete sich gegen die wirtschaftliche Nutzung der Kernenergie. Dabei waren bevorzugte Angriffsziele die mit Baumaßnahmen für Kernkraftwerke und eine Wiederaufarbeitungsanlage betrauten Firmen sowie die Betreiber von Kernkraftwerken und deren Zulieferunternehmen vor allem in Bayern und im norddeutschen Raum. Neben ökologischen Motiven führten die Täter zur Begründung häufig den wirt-

**Bevorzugtes Angriffs-
ziel: Kernkraftindu-
strie**

schaftlichen Nutzen an, den die angegriffenen Unternehmen erzielen. So behauptete eine Gruppe „AK (Arbeitskreis) – zur Abschaffung der herrschenden Klasse“ zu einer Brandstiftung auf das Forschungszentrum eines deutschen Elektrokonzerns in Frankfurt am 7. Juni (mindestens 5 Millionen DM Sachschaden), das Unternehmen verdiene „seit Jahren beim Bau von Atomanlagen und in der Rüstungsindustrie Milliarden“. Vermehrt stellten militante Kernkraftgegner aber auch eine angebliche militärische Nutzung der Kernenergie in den Mittelpunkt ihre Agitation, beispielsweise einen Brandanschlag auf ein Zulieferunternehmen in Dreieich am 24. Mai (1,5 Millionen DM Sachschaden).

Terroristische Kleingruppen nahmen zunehmend auch Gerichtsbeschlüsse und behördliche Auflagen oder Verbote im Zusammenhang mit Demonstrationen zum Vorwand für Anschläge auf Einrichtungen der Verwaltung, Justiz und Polizei. „Revolutionäre für ein feuriges Fest“ versuchten eine Serie von 20 Brandstiftungen in Hamburger Kaufhäusern, Einkaufszentren und Banken am 21. und 23. Dezember mit solchen Maßnahmen zu rechtfertigen. Zu der Anschlagsserie, die in zeitlichem Zusammenhang mit einer gewaltsamen Demonstration „um den Erhalt der umkämpften Hafenstraßenhäuser“ am 20. Dezember in Hamburg stand, erklärte die Gruppe, die behördlichen Maßnahmen gegen ihre „Veranstaltungen, Projekte“ und ihren „Widerstand“ wäre für sie „Grund genug“ gewesen, den „Konsum- und Finanztempeln“ einen „Festbesuch zu machen“. Ihre „Brandanschläge“ seien „Antwort auf den Terror, die letzte Warnung vor der Räumung“ und Ausdruck ihrer „praktischen Solidarität“ mit den „Leuten in der Hafenstraße“. Sie seien gerne „Terroristen gegen das Gewaltmonopol des Staates“. Bereits am 9. Mai hatte eine Gruppe die sich „Avanti Deltantanti?“ nannte, sechs ähnliche Brandanschläge auf Kaufhäuser in Göttingen und Kassel verübt.

Am 5. Dezember konnte in Bielefeld durch die Verhaftung eines dem terroristischen Umfeld zuzurechnenden Mannes ein für den 9. Dezember geplanter Sprengstoffanschlag auf die Firma SIEMENS verhindert werden. In einer von ihm handschriftlich vorbereiteten Erklärung wird der geplante „Angriff“ mit der Stellung von „SIEMENS als einer der weltweit führenden Rüstungselektronik-Konzerne, als größter Militärelektronik-Konzern der BRD, als größter High-Technik-Konzern in Westeuropa, und als drittgrößter Atom-Konzern“ begründet.

Kampf gegen staatliche Maßnahmen

Sprengstoffanschlag auf SIEMENS verhindert

5. Internationale Verflechtungen

Die auf eine Kooperation mit anderen westeuropäischen terroristischen Gruppierungen innerhalb einer „antimperialistischen Front“ gerichteten Anstrengungen der „Roten-Armee-Fraktion“ und ihres

Keine „antimperialistische Front“ in Westeuropa

Durch Festnahmen in Frankreich wichtigster Partner der RAF zunächst ausgefallen

Annäherungsversuche der RAF an die Roten Brigaden

Umfeldes haben auch 1986 insgesamt gesehen keine Fortschritte erbracht.

Im Vordergrund dieser Bemühungen stand weiterhin das Bündnis mit dem sog. „internationalistischen Flügel“ der französischen „Action Directe“ (AD). Die beiderseitigen terroristischen „Offensiven“ in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich waren in der Zielsetzung einiger Anschläge aufeinander abgestimmt und sollten offensichtlich die Existenz einer „westeuropäischen Front“ unter Beweis stellen. Bei der Festnahme von vier AD-Mitgliedern am 21. Februar 1987 in der Nähe von Orléans wurden auch umfangreiche schriftliche Unterlagen sichergestellt, die auf eine enge Kommunikation beider Gruppen schließen lassen. Weitere Funde zeigen, daß sie sich u. a. mit Waffen, Sprengmitteln und Ausweispapieren unterstützt haben. Mit diesen Festnahmen ist der wichtigste Partner der „Roten-Armee-Fraktion“ für den Aufbau einer „antiimperialistischen Front in Westeuropa“ zunächst ausgefallen. Es bleibt abzuwarten, ob der „internationalistische Flügel“ der AD überhaupt noch aktionsfähig ist. In Belgien jedenfalls haben die „Kämpfenden kommunistischen Zellen“ (CCC) nach der Festnahme ihrer führenden Mitglieder im Dezember 1985 keine terroristischen Aktionen mehr durchgeführt.

Im vergangenen Jahr bemühte sich die „Rote-Armee-Fraktion“ auch eine Zusammenarbeit mit den italienischen „Roten Brigaden“ zu erreichen. So veröffentlichte die Untergrundzeitung „Zusammen Kämpfen“ (Nr. 6) im Mai unkommentiert hauptsächlich konzeptionelle Erklärungen von (z. T. inhaftierten) Mitgliedern der „Roten Brigaden“. Dem gleichen Zweck diene offensichtlich auch die Verwendung des Namens der italienischen „Rotbrigadistin“ *Mara Cagol* als „Kommandobezeichnung“ (Mord an Prof. *Beckurts* am 9. Juli). Auf der anderen Seite gibt es solidarische Äußerungen von Inhaftierten der „Roten Brigaden“ nach den Morden der RAF an Prof. *Beckurts* und Dr. von *Braunmühl*. Gleichzeitig zeigten jedoch andere schriftliche Äußerungen ideologische und konzeptionelle Gegensätze auf.

Dabei ist außerdem zu berücksichtigen, daß die „Roten Brigaden“ seit September 1984 in zwei sog. „Positionen“ gespalten sind: in die ähnlich wie die „Rote-Armee-Fraktion“ stärker internationalistisch und antiimperialistisch ausgerichteten „Roten Brigaden – Für den Aufbau der Kämpfenden Kommunistischen Partei“ (B.R.-P.C.C.; sog. erste Position) und die mehr proletarisch klassenkämpferisch ausgerichtete „Vereinigung kämpfender Kommunisten“ (U.C.C.; sog. zweite Position). Die BR.-P.C.C. haben in einer Erklärung zu einem bewaffneten Raubüberfall am 14. Februar 1987 erstmals die „revolutionären Aktivitäten“ von „Rote-Armee-Fraktion“ und „Action Directe“ lobend erwähnt. Ob sich nunmehr trotz unterschiedlicher Grundpositionen eine Zusammenarbeit entwickeln wird, bleibt – zumal nach den Festnahmen der Mitglieder der „Action Directe“ am 21. Februar 1987, abzuwarten.

Scharfe Kritik übt die „Communa Carlos MARX“, eine Gruppe inhaftierter Mitglieder und Anhänger der spanischen Kommunistischen Partei PCE(r) und der durch Festnahmen weitgehend zerschlagenen spanischen Terrorgruppe GRAPO („Grupe de Resistencia Antifascista Primero de Octubre“/-„Antifaschistisches Kommando 1. Oktober“) an dem Bündnis von RAF und AD. Die „bewaffneten Aktionen der RAF und AD“ seien „durch Radikalismus, Spontaneität und Opportunismus“ gekennzeichnet und stellten eher „ein Hemmnis als einen Impuls“ für ihre weitere Entwicklung dar. Eine „westeuropäische Front“ nach der Vorstellung von „RAF und AD“ sei im Grunde „eine schlechte Parodie“.

Auch der „Frankfurter Kongreß“ zu Beginn des Jahres 1986 (vgl. Ziff. 2.3), der den Aufbau einer „antiimperialistischen Front in Westeuropa“ voranbringen sollte, hat nicht zu Fortschritten bei dem von RAF und „Action Directe“ propagierten „westeuropäischen Projekt“ geführt. Es wurden nicht einmal Anhänger von AD als Teilnehmer am „Kongreß“ festgestellt. Insgesamt überwog auf dem „Kongreß“ – gerade auch unter den ausländischen Teilnehmern – die Meinung, daß eine „westeuropäische Guerilla“ nicht existiere und gegenwärtig auch nicht realisierbar sei.

Im publizistischen Bereich versuchen dagegen nach wie vor die Untergrundschriften „Zusammen Kämpfen“ und „De Knipselkrant“ aus den Niederlanden Anhaltspunkte für eine europäische Zusammenarbeit zu vermitteln. Sie veröffentlichen unkommentiert „Taterklärungen“ – sowie „Interviews“ mit westeuropäischen Terrorgruppen. Sie sind damit internationale Sprachrohre, mit deren Hilfe die verschiedenen ideologischen Positionen verbreitet werden. Ein deutliches Übergewicht bildeten 1986 Äußerungen der „Roten-Armee-Fraktion“, der „Action Directe“ und der „Roten Brigaden“.

Im terroristischen Umfeld bestehen weiterhin vielfältige Verbindungen zu sog. revolutionären Gruppierungen in Südeuropa und Mittelamerika.

Spanische Terroristen kritisieren Bündnis RAF-AD scharf

Zusammenarbeit im publizistischen Bereich

6. Strafverfahren

6.1 Anklageerhebungen

Im August 1986 eröffnete das Oberlandesgericht Frankfurt die Hauptverhandlung gegen Ingrid *Barabass* und Mareile *Schmegner* wegen Verdachts der Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung „Rote-Armee-Fraktion“ (§ 129a StGB). Beide waren im Sommer 1985 im Zusammenhang mit der Entdeckung einer konspirativen Wohnung der RAF in Offenbach festgenommen worden.*

Gegen weitere neun Personen wurden Anklagen, zumeist wegen

Hauptverhandlung gegen Barabass und Schmegner eröffnet

* Im März 1987 wurde B. zu vier Jahren und 10 Monaten Freiheitsstrafe u. a. wegen Mitgliedschaft in der RAF sowie Sch. zu drei Jahren und 10 Monaten Freiheitsstrafe wegen Unterstützung der RAF verurteilt.

Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) oder der Beteiligung an einem Sprengstoffdelikt (§ 311 StGB) erhoben.

6.2 Einzelne Verurteilungen

1986 ergingen gegen 15 (1985: 20) Personen Urteile wegen Straftaten mit linksterroristischem Hintergrund. So wurden verurteilt:

- Barbara *Ernst* und Ernst Volker *Staub* zu je vier Jahren Freiheitsstrafe;
- Christa *Eckes* zu acht Jahren, Manuela *Happe* zu fünfzehn Jahren und Ingrid *Jakobsmeier* zu neun Jahren Freiheitsstrafe;
- Stefan *Frey* zu viereinhalb Jahren Freiheitsstrafe und Helmut *Pohl* zu lebenslangem Freiheitsentzug.

Alle Verurteilungen erfolgten wegen Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung „Rote-Armee-Fraktion“ sowie wegen mehrerer anderer Straftaten. So wurden *Happe*, weil sie bei ihrer Festnahme eine Schußwaffe gegen Polizeibeamte gebrauchte, des zweifachen, und *Pohl*, wegen seiner Beteiligung am Sprengstoffanschlag auf das Hauptquartier der US-Luftwaffe in Ramstein am 31. August 1981, des 17fachen versuchten Mordes für schuldig befunden.

IX. Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund und staatliche Maßnahmen

1. Gewalttaten und sonstige Gesetzesverletzungen

Zahl der Gesetzesverletzungen durch Linksextremisten nahm erneut zu

Linksextremisten setzten wieder Gewalt bis hin zum Terror ein, um ihren politischen Zielen näher zu kommen. Die Zahl der bekanntgewordenen Gesetzesverletzungen* mit linksextremistischem Hintergrund hat erneut zugenommen.

In die nachfolgende Übersicht sind auch terroristische Gewaltaktionen (1986: 3 Opfer bei Mordanschlägen, 60 Sprengstoff- und 255 Brandanschläge, eine gefährliche Körperverletzung unter Einsatz von Schußwaffen; 1985: 2 Morde, 60 Sprengstoff- und 154 Brandanschläge) einbezogen.

* Gesetzesverletzungen in diesem Sinne sind Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, z. B. Körperverletzungen, Gewaltandrohung, der unberechtigte Besitz von Waffen, Munition und Sprengstoff usw. Dabei wurde – wie in den Vorjahren – jede gewaltsame Aktion und jede sonstige Gesetzesverletzung nur einmal gezählt, auch wenn sie aus mehreren Einzeltaten bestand oder mehrere Straftatbestände erfüllte, mehrere Handlungen umfaßte oder von mehreren Tätern gemeinsam begangen wurde.

	1985	1986
Morde	2	3
Sprengstoffanschläge	63	60
Brandanschläge**	229	395
Aktionen mit Körperverletzungen	88	155
Raubüberfälle/Diebstähle	5	2
Landfriedensbruch und Widerstandshandlungen	112	139
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft- oder Straßenverkehr	115	153
Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung	990	995
Gewalttaten insgesamt:	1.604	1.902
Gewaltandrohungen	74	97
Sonstige Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund	167	240
Gesamt:	1.845	2.239

1.1 Gewaltaktionen

Bei den im Berichtsjahr gezählten 155 Aktionen mit Körperverletzungen wurden mehr als 800 Personen verletzt, darunter 769 Beamte der Polizei und des Bundesgrenzschutzes (1985: 267) und zwei Angehörige der Streitkräfte (1985: 7). In 20 Fällen waren die verletzten Personen Rechtsextremisten. Zu Angriffen auf Polizeibeamte kam es vor allem bei Protesten gegen den Bau und Betrieb von Kernenergieanlagen, bei Demonstrationen gegen die Räumung besetzter Häuser und bei den Protestaktionen gegen die militärische Operation der USA gegen Libyen.

Auch die Zahl der gefährlichen Eingriffe in den Bahn-, Straßen- und Luftverkehr hat nochmals zugenommen. Die meisten Aktionen (93) standen in Zusammenhang mit den Protesten gegen kerntechnische Anlagen. Die Täter versperrten Straßen mit Nagelbrettern, ausgelegten Krähenfüßen oder brennenden Autoreifen, blockierten Schienen mit abgesägten Baumstämmen und Telegraphenmasten, zerstörten und beschädigten Signalanlagen sowie Oberleitungen der Bundesbahn und beschossen Polizeihubschrauber mit Stahlkugeln und Feuerwerksraketen.

Ziel von Sachbeschädigungen waren in mehr als 400 Fällen Banken, Bürogebäude oder Warenhäuser. Über 300 Polizeifahrzeuge und Polizeidienststellen wurden beschädigt. Strommasten und andere Einrichtungen für die Energieversorgung wurden zum bevorzugten Ziel linksextremistischer Gewaltaktionen. Über 150 Aktionen gegen

** Umfaßt Brandstiftung und alle Sachbeschädigungen unter Einsatz von Brandmitteln.

Anleitungen in linksextremistischen Schriften kommen als Täter für die Mehrzahl der Aktionen Linksextremisten in Betracht.

1.2 Gewaltandrohungen

Von den 97 erfaßten Gewaltandrohungen mit linksextremistischem, einschließlich terroristischem Hintergrund (meist Bombendrohungen) richteten sich 28 gegen Einrichtungen der Bundeswehr oder der anderen NATO-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland, weitere 14 gegen Flughäfen, elf Gewaltandrohungen gingen bei zivilen amerikanischen Einrichtungen und Unternehmen ein. In 25 Fällen standen die Gewaltandrohungen in Zusammenhang mit dem Einsatz amerikanischer Kampfflugzeuge gegen Libyen; 32 bezweckten die Verhinderung von Kernenergieprojekten; 27 Drohungen nahmen Bezug auf Forderungen aus dem Umfeld der „Roten-Armee-Fraktion“, z. B. die Forderung nach „Zusammenlegung der Gefangenen“.

1.3 Sonstige Gesetzesverletzungen

Zu den 221 bekanntgewordenen sonstigen Gesetzesverletzungen gehören insbesondere Fälle von Hausfriedensbruch, Beleidigung und Fälschung amtlicher Schreiben.

Die zahlreichen Farbsprüh- und Schmieraktionen mit linksextremistischem Hintergrund sind nicht mitgerechnet, weil über sie kein vollständiger Überblick besteht.

2. Staatliche Maßnahmen gegen Linksextremisten

2.1 Verurteilungen (Überblick)*

	1985	1986	
insgesamt:	597	410	
davon:	14	20	Freiheitsstrafen von mehr als einem Jahr, 12 (1985: 11) ohne Bewährung
	23	15	Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr, 2 (1985: 2) ohne Bewährung
	371	234	Geldstrafen
	4	–	Jugendstrafen, (1985: 2 mit Bewährung)
	185	141	Geldbußen, Verwarnungen, Arbeitsauflagen, Arreste und sonstige Schuldsprüche

* Erfaßt wurden nur erstinstanzliche Urteile, die im Berichtsjahr ergangen sind, unabhängig vom Eintritt der Rechtskraft. Die Zahl der Urteile dürfte insgesamt höher liegen, da erfahrungsgemäß viele Verurteilungen erst erhebliche Zeit nach Erstellung des Verfassungsschutzberichtes bekannt werden. Die Vergleichszahlen für 1985 wurden entsprechend fortgeschrieben.

Hochspannungsmasten sind bekannt geworden (dabei wurden rd. 200 Strommasten beschädigt oder zerstört); nach Täterschreiben und

2.2 Anklagen: Insgesamt 255 (1985: 252)

Über die Zahl der gegen Linksextremisten ergangenen Durchsuchungen und Beschlagnahmeanordnungen liegen keine exakten Erhebungen vor.

Fundstellennachweis

1. Einführung in die Politik des MSB Spartakus, hrsg. vom Bundesvorstand des MSB, Frühjahr 1986, S. 68
2. DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit“ (UZ) vom 20. 12. 1985
3. UZ vom 13. 12. 1986
4. UZ vom 9. 5. 1986
5. UZ vom 24. 1. 1986
6. UZ vom 25. 1. 1986
7. UZ vom 9. 8. 1986
8. „Roter Morgen“ vom 16. 5. 1986
9. „Freiraum“ Nr. 13, S. 7
10. „Rote Fahne“ vom 25. 10. 1986
11. Flugschrift „Autonomer“ aus Frankfurt/M., September 1986
12. „info“ Nr. 6, Bremen, Juni 1986
13. „Aktion“ Nr. 23, S. 31
14. UZ vom 20. 8. 1986
15. UZ vom 2. 4. 1986
16. UZ vom 13. 12. 1986
17. „Thesen des 8. Parteitages der DKP, Hamburg, 2.–4. Mai 1986“ („Thesen“), hrsg. vom Parteivorstand der DKP, Mai 1986, S. 30
18. UZ vom 8. 4. 1986
19. „radikal“ Nr. 132, Juli 1986
20. „s'Blättle“ Nr. 112, April 1986
21. Flugblatt autonomer Gruppen, April 1986, Verfasser unbekannt
22. „Rote Fahne“ vom 19. 9. 1986
23. UZ vom 24. 1. 1986
24. UZ vom 20. 2. 1986: „UZ-Sonderdruck zu den antidemokratischen ‚Sicherheitsgesetzen‘“, Frühjahr 1986, S. 2
25. UZ vom 25. 1. 1986
26. „Sabot“ vom 21. 1. 1986
27. „Rote Fahne“ vom 8. 11. 1986
28. „Rote Fahne“ vom 7. 6. 1986
29. „Arbeiterkampf“ vom 10. 2. 1986
30. „Rundbrief“ Nr. 4 der „Föderation Anarchistischer Gruppen in Norddeutschland“, Januar 1986
31. UZ vom 23. 12. 1986
32. UZ vom 3. 7. 1986
33. UZ vom 5. 4. 1986
34. „rote Blätter“ Nr. 11, November 1986, S. 30
35. „Rote Fahne“ vom 6. 12. 1986
36. „Sozialpolitische Vorschläge der DKP“, hrsg. vom Parteivorstand der DKP, 2. Aufl., April 1986, S. 6
37. „Beschäftigungsprogramm der DKP“, hrsg. vom Parteivorstand der DKP, 3. Aufl., Januar 1986, S. 3
38. UZ vom 14. 6. 1986
39. UZ-EXTRA „Hände weg vom Streikrecht“, Februar 1986, S. 7
40. „Roter Morgen“ vom 21. 2. und 21. 3. 1986
41. „Rote Fahne“ vom 8. 3. 1986
42. „ABC junger Kommunistinnen und Kommunisten“, hrsg. vom Parteivorstand der DKP, 2. Aufl., Juli 1986, Stichwort: „Umweltschutz“
43. UZ vom 11. 12. 1986
44. Beschluß des 8. Parteitages der DKP, veröffentlicht in UZ vom 7. 5. 1986
45. „Rote Fahne“ vom 29. 11. 1986
46. Flugblatt „Warten Auf Das Nächste Mal?“, Mai 1986, Verfasser unbekannt

47. Flugblatt „KWU: Atombombe & Profit“ der „Anti-NATO-Gruppe“ Erlangen, Mai 1986
48. Flugschrift der undogmatischen „Neuen Linken“, Frankfurt/M., Juni 1986
49. „Aktion“ Nr. 22, S. 12
50. Bericht des Parteivorstands an den 8. Parteitag der DKP, veröffentlicht in den „Pressemitteilungen des Parteivorstandes“, „8. Parteitag – Informationen“ Nr. 2; „Rote Fahne“ vom 17. 5. 1986
51. UZ vom 27. 11. 1986
52. UZ vom 27. 11. 1986
53. UZ vom 27. 11. 1986
54. „radikal“ Nr. 132, Juli 1986
55. „s'Blättle“ Nr. 113, Mai 1986
56. UZ vom 7. 5. 1986
57. „s'Blättle“ Nr. 116, August 1986
58. UZ vom 16. 4. 1986
59. UZ vom 16. 4. 1986
60. „Thesen“, S. 97 und 9
61. UZ vom 23. 4. 1986
62. „Thesen“, S. 96ff.
63. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 4. 10. 1986, S. 37; UZ vom 9. 8. 1986
64. „Für die Neuen“, Heft 2: „Blick in die DKP“, S. 8; „Thesen“, S. 97
65. „ABC junger Kommunistinnen und Kommunisten“ (s. Fundstellennachweis Nr. 42), Stichwort: „Revolution“
66. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 4. 10. 1986, S. 54; DKP-Bildungsjahr 1984/85, Heft 3, S. 5
67. „Thesen“, Einleitung und S. 41
68. „Programm der DKP“, S. 58, „Thesen“, S. 41
69. „Für die Neuen“, Heft 1: „Was will die DKP eigentlich“, S. 12
70. „Thesen“, S. 41
71. „Marxistische Blätter“ Nr. 4/86, S. 69
72. SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ vom 6. 11. 1986
73. Protokoll des 8. Parteitages der DKP, hrsg. vom Parteivorstand der DKP, Juli 1986, S. 348
74. UZ vom 3. 5. 1986; UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 4. 10. 1986, S. 45
75. „ABC junger Kommunistinnen und Kommunisten“ (s. Fundstellennachweis Nr. 42), Stichwort: „Revolution“
76. „Thesen“, S. 80ff.
77. „Thesen“, S. 80ff.
78. UZ vom 9. 8. 1986 u. a.
79. UZ vom 3. 5. 1986
80. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 4. 10. 1986, S. 44
81. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 4. 10. 1986, S. 40f.
82. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 4. 10. 1986, S. 54 und 56
83. „Thesen“, S. 103f.
84. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 4. 10. 1986, S. 54f.
85. UZ vom 10. 9. 1986
86. UZ vom 9. 4. und 10. 9. 1986
87. Bundestagsdrucksache Nr. 10/6194 vom 16. 10. 1986
88. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 4. 10. 1986, S. 47
89. UZ vom 6. 5. 1986
90. „Leitfaden für die UZ-Arbeit“, hrsg. vom Verlag Plambeck & Co., Neuss, S. 4
91. Hansjoachim Höhne, Report über Nachrichtenagenturen, 2. erw. Aufl., Baden-Baden 1984, S. 295
92. SEW-Zentralorgan „Die Wahrheit“ vom 22. 4. 1986
93. „Jugendpolitische Blätter“ 2/86, S. 11
94. „elan“ Nr. 5/86, S. 49
95. „SDAJ-Bildungszeitung“ 2/86, S. 2
96. Referat auf der 5. Bundesvorstandssitzung der SDAJ (25./26. 1. 1986)
97. Referat auf der 7. Bundesvorstandssitzung der SDAJ (14./15. 6. 1986)
98. „Treffpunkt Gruppenleiter“, hrsg. vom Bundesvorstand der SDAJ, 7/86
99. „elan Computerinfo“, Juni 1986, S. 2
100. „Information über die Bildungskonzeption 1986“, hrsg. vom Bundesvorstand der SDAJ
101. Lexikon zur 11. ordentlichen Mitgliederversammlung der „Vereinigten Deutschen Studentenschaften“ (VDS), S. 14
102. 2. Bildungsthema des MSB, Sommersemester 1986, S. 4; „Einführung in die Politik des MSB Spartakus“, hrsg. vom Bundesvorstand des MSB, Frühjahr 1986
103. Referat auf der 3. Bundesvorstandstagung des MSB (1./2. 3.

- 1986); „Leitfaden zur Durchführung der Mitgliederversammlung“, Ausg. 1986, S. 11
104. Referat auf der 3. Bundesvorstandstagung des MSB (1./2. 3. 1986); Referat auf der 4. Bundesvorstandstagung des MSB (12./13. 7. 1986)
105. 2. Bildungsthema des MSB, Sommersemester 1986, S. 11
106. „Jugendpolitische Blätter“ 1/86, S. 36
107. Referat auf der 5. Bundesvorstandssitzung der SDAJ (25./26. 1. 1986)
108. Bericht des DKP-Bezirksvorstands Niedersachsen an die Bezirksdelegiertenkonferenz (1./2. 3. 1986)
109. Bericht des DKP-Bezirksvorstands Niedersachsen an die Bezirksdelegiertenkonferenz (1./2. 3. 1986)
110. „Für friedliche Koexistenz, Demokratie und Völkerverständigung“, hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle der DFU, Anfang 1986
111. DFU-Pressedienst vom 15. 4. 1986 u. a.
112. UZ vom 23. 12. 1986
113. Offener Brief der DFG-VK-Gruppe Mannheim, zitiert nach „südwest-kontakte“, hrsg. vom Landesverband Baden-Württemberg der DFG-VK, Nr. 6/86
114. „Zivil Courage“ Nr. 4/86
115. Vorbereitungsmaterialien für ein Seminar „Aktiv gegen Oliv“ der DFG-VK
116. Rechenschaftsbericht „Referat Jugend“ zum außerordentlichen Bundeskongreß der DFG-VK
117. Referat auf der Tagung des DKP-Bezirksvorstands Hamburg am 2./3. Februar 1985
118. „Argumente zur Friedensliste“, hrsg. vom DKP-Bezirksvorstand Schleswig-Holstein
119. Referat auf der Tagung des DKP-Bezirksvorstands Hamburg am 2./3. Februar 1985
120. UZ vom 26. 2. 1986
121. Protokoll des DKP-Parteitags, S. 68
122. DFI-Gruppeninfo „Aktionen“ vom 19. 3. 1986
123. DFI-Gruppeninfo „Internationales“ vom 25. 7. 1986
124. Werbeprospekt der VDJ, 1986
125. Rundbrief des ASK vom 6. 5. 1986
126. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 4. 10. 1986, S. 38
127. Kurt *Fritsch* (Mitglied des DKP-Präsidiums) in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ Nr. 3/86, S. 331; 3. Bildungsthema des MSB, Wintersemester 1985/86
128. „praxis“ Nr. 1/86, S. 17
129. Vgl. „Arbeiterbewegung und demokratische Alternative“, Berlin (Ost) 1986, S. 235
130. „Konsequent“ Nr. 3/85; Rundbrief „Bildung“ des Bundesvorstands des MSB vom 30. 5. 1986
131. „Marxistische Blätter“ Nr. 3/86, S. 47; Nr. 6/86, S. 79
132. Zitiert nach: DKP-Bildungsmagazin „Neue Sicherheit“ Nr. 1/86; „Marxistische Blätter“ Nr. 4/86, S. 68 ff.; UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 21. 6. 1986
133. „Arbeiterbewegung und demokratische Alternative“, Berlin (Ost) 1986, S. 197
134. „Marxistische Blätter“ Nr. 4/85, S. 70
135. Vgl. Jürgen *Reusch*, „Friedensforschung in der Bundesrepublik“, Informationsbericht Nr. 40 des IMSF, Frankfurt/M. 1986, S. 573; Rechenschaftsbericht zur Bezirksdelegiertenkonferenz des DKP-Bezirks Hamburg (21.–23. 2. 1986)
136. Materialien der Medienpolitischen Konferenz der DKP (14./15. 12. 1985 in Hamburg), hrsg. vom Parteivorstand der DKP, 1. Aufl., Februar 1986, S. 80
137. „Marxistische Blätter“ Nr. 3/86, S. 89
138. „Marxistische Blätter“ Nr. 1/86, S. 69
139. UZ vom 3. 5. 1986
140. UZ Eigenbeilage zur UZ vom 4. 10. 1986, S. 54
141. „Marxistische Blätter“ Nr. 6/86, S. 78
142. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 26. 3. 1986, S. 22
143. UZ vom 31. 12. 1986
144. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 4. 10. 1986, S. 15 f.; „Marxistische Blätter“ Nr. 6/86, S. 82
145. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 4. 10. 1986, S. 16

146. „Marxistische Blätter“ Nr. 6/86, S. 76ff.
147. Antrag „Sozialdemokratie“ auf der 27. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung (BDV) des SHB (4./5. 10. 1986 in Köln)
148. Aufruf der 27. ordentlichen BDV des SHB
149. SHB-Grundsatzprogramm, Februar 1981
150. Antrag „Sozialdemokratie“ auf der 27. ordentlichen BDV des SHB
151. Rechenschaftsbericht zur 27. ordentlichen BDV des SHB, S. 21
152. UZ vom 20. 5. 1986
153. Kurt *Fritsch* (Mitglied des DKP-Präsidiums) in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ Nr. 3/86, S. 332
154. Materialien der Medienpolitischen Konferenz der DKP, S. 16, 75
155. „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“ Nr. 4/86, S. 10
156. „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“ Nr. 4/86, S. 11
157. UZ vom 31. 5. und 30. 6. 1986
158. UZ vom 31. 5. 1986
159. „8. Parteitag – Informationen“ Nr. 82
160. Bericht des DKP-Bezirksvorstands Schleswig-Holstein an die Bezirksdelegiertenkonferenz (15./16. 3. 1986)
161. „Information über die Erfüllung der Beschlüsse des 7. Parteitags der DKP“, hrsg. vom Parteivorstand der DKP, Mai 1986
162. Bericht des DKP-Bezirksvorstands Niedersachsen an die Bezirksdelegiertenkonferenz (1./2. 3. 1986)
163. „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“ Nr. 4/86, S. 29
164. UZ vom 22. 2. 1986
165. „Marxistische Blätter“ Nr. 3/86, S. 8ff.
166. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 4. 10. 1986, S. 22f.
167. Protokoll des DKP-Parteitags, S. 256
168. Protokoll des DKP-Parteitags, S. 41
169. UZ vom 31. 10. 1986
170. Protokoll des DKP-Parteitags, S. 332f., 660
171. Rundbrief „Bildung“ des Bundesvorstands des MSB vom 30. 5. 1986
172. UZ vom 30. 5. 1986
173. Referat auf der 7. Bundesvorstandssitzung der SDAJ (14./15. 6. 1986)
174. Protokoll BUF – „Trägerkreis“ (4. 10. 1986)
175. „Arbeiterkampf“ vom 20. 10. 1986
176. Protokoll des DKP-Parteitags, S. 153–157
177. Vgl. „praxis“ Nr. 4/86, S. 10
178. PPA-Tagesdienst vom 15. 5. 1986
179. „Deutsche Volkszeitung/die tat“ (DVZ/die tat) vom 28. 11. 1986
180. „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“, Arbeits- und Diskussionspapier der VVN-BdA, Januar 1986
181. Vgl. Leitfaden „Die KPD im Kampf gegen den Faschismus – Lehren für heute“, Hinweise zur Durchführung des 1. Bildungsthemas des MSB, Sommersemester 1986; UZ vom 17. 5. 1986
182. Protokoll des DKP-Parteitags, S. 173
183. „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“, a. a. O. (s. auch Fundstellennachweis Nr. 180)
184. „Information über die Erfüllung der Beschlüsse des 7. Parteitags der DKP“
185. Protokoll des DKP-Parteitags, S. 652ff.
186. UZ vom 27. 11. 1986
187. UZ vom 7. 5. 1986
188. UZ vom 6. 11. 1986
189. UZ vom 30. 8. und 1. 9. 1986
190. UZ vom 20. 5. 1986; AIB-Sonderheft Nr. 1/86
191. Flugblatt der DKP/SDAJ Aschaffenburg
192. UZ vom 6. 5. 1986
193. UZ vom 1. 10. und 21. 3. 1986
194. UZ vom 22. 10. 1986
195. „praxis“ Nr. 4/86, S. 30
196. UZ vom 3. 5. 1986
197. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 18. 12. 1986, S. 30
198. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 4. 10. 1986, S. 41

199. Beschluß des Präsidiums der DKP zur „Jugendpolitik der DKP nach dem 8. Parteitag“, veröffentlicht in der UZ vom 10. 9. 1986
200. Referat auf der 5. Bundesvorstandssitzung der SDAJ (25./26. 1. 1986)
201. „Treffpunkt Gruppenleiter“ 8/86
202. UZ vom 30. 9. und 31. 10. 1986; „elan“ Nr. 10, S. 22f., 28; Nr. 11, S. 20f.; Nr. 12, S. 25–27
203. „Marxistische Blätter“ Nr. 1/86, S. 41
204. „Treffpunkt Gruppenleiter“ 5/86
205. „Pionierleiter-Info“ Nr. 9/86, S. 11
206. UZ vom 20. 5. 1986
207. Beschlüsse des 8. Parteitags der DKP, veröffentlicht in der UZ vom 10. 5. 1986
208. „Für eine demokratische Hochschule mit Zukunft“, hrsg. vom Parteivorstand der DKP, Juni 1986, S. 3
209. „rote blätter“ Nr. 6/86, S. 29
210. „rote blätter“ Nr. 6/86, S. 34
211. „Thesen“, S. 103ff.
212. „Marxistische Blätter“ Nr. 5/86, S. 116f.
213. „Thesen“, S. 105ff.
214. Institutsmitteilung Nr. 31 des IMSF, „Arbeitsplan 1986“ S. 2
215. Institutsmitteilung Nr. 31 des IMSF
216. „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ Nr. 6/86, S. 794ff.
217. „Neues Deutschland“ vom 6. 8. 1985
218. UZ vom 24. 9. 1986
219. Protokoll des DKP-Parteitags, S. 292; „Information über die Erfüllung der Beschlüsse des 7. Parteitags der DKP“
220. UZ vom 18. 3. 1986
221. „Marxistische Blätter“ Nr. 4/86, S. 9
222. Protokoll des DKP-Parteitags, S. 292
223. Referat auf der 7. Bundesvorstandssitzung der SDAJ (14./15. 6. 1986)
224. UZ vom 20. 9. 1986
225. Materialien der Medienpolitischen Konferenz der DKP; „Information über die Erfüllung der Beschlüsse des 7. Parteitags der DKP“
226. „Thesen“, S. 93
227. „Neues Deutschland“ vom 2. und 3./4. 5. 1986
228. „Arbeiterkampf“ vom 30. 6. 1986
229. „Politische Berichte“ Nr. 19/86, S. 34ff.
230. „Arbeiterkampf“ vom 20. 10. 1986 u. a.
231. „AUTONOM“, Szenenblatt der undogmatischen „Neuen Linken“ in Bayern, Dezember 1986
232. „Arbeiterkampf“ vom 22. 9. 1986
233. „Rote Fahne“ vom 30. 8. und 6. 9. 1986
234. „Rote Fahne“ vom 23. 8. 1986
235. „Rote Fahne“ vom 30. 8. 1986
236. „Rote Fahne – extra“ vom 12. 3. 1986
237. „Rote Fahne“ vom 22. 3. 1986
238. „Rote Fahne“ vom 22. 3. und 27. 9. 1986
239. „Rote Fahne“ vom 12. 7. und 25. 10. 1986
240. Dokumente des o. a. Verbandsdelegiertentages der AJV/ML, Januar 1986
241. „Rote Fahne“ vom 8. 3. 1986
242. Entwurf für ein neues BWK-Statut, veröffentlicht in: „Politische Berichte“ Nr. 19/86, S. 34ff.
243. „Arbeiterkampf“ vom 22. 9. 1986
244. „Arbeiterkampf“ vom 22. 9. und 20. 10. 1986
245. „Arbeiterkampf“ vom 25. 8. 1986
246. „Organisations-Bulletin“ Nr. 40, September 1986
247. „Arbeiterkampf“ vom 20. 10. 1986
248. „Arbeiterkampf“ vom 2. 6. 1986
249. „Arbeiterkampf“ vom 22. 9. 1986
250. „Organisations-Bulletin“ Nr. 40, September 1986
251. „Kommunistische Arbeiterzeitung“ (KAZ) vom 1. 5. 1986
252. KAZ vom 1. 5. 1986
253. „was tun“ vom 25. 8. 1986
254. „Turbulenzen – Rundbrief der Initiative Sozialistische Politik“ Nr. 3, August 1986, S. 11 ff.

255. „MSZ Marxistische Streit- und Zeitschrift – gegen die Kosten der Freiheit“ Nr. 5, Mai 1986
256. „MSZ“ Nr. 11, November 1986
257. „Marxistische Hochschul-Zeitung“ vom 15. 4. 1986
258. „Bremer Hochschulzeitung“ vom 12. 5. 1986
259. „MSZ“ Nr. 7/8, Juli/August 1986
260. „MSZ“ Nr. 5, Mai 1986
261. „Autonomen-info“ zur Demonstration am 8. November in Hanau
262. Flugblatt „Autonomer“ aus Hessen, Herbst 1986
263. „SABOT – HAMBURGER INFO SAMMLUNG“ Nr. 11, September 1986
264. „SABOT – HAMBURGER INFO SAMMLUNG“ Nr. 11, September 1986
265. „radikal“ Nr. 132, Juli 1986; Erklärung zu einem Brandanschlag auf eine Baustelle im Juni 1986 in Hamburg; Flugblatt „Autonomer“ aus Berlin, Juli 1986
266. Flugblatt „Autonomer“ aus dem Rhein-Main-Gebiet, September 1986
267. „Graswurzelkalender '87“, S. 245
268. „Ziviler Ungehorsam“ Nr. 7/8, Juli/August 1986, S. 26 ff.
269. „Graswurzelrevolution“ Nr. 105, Juni 1986, S. 6 f.
270. „Graswurzelrevolution“ Nr. 110, Dezember 1986/Januar 1987, S. 4 f.
271. „direkte aktion“ Nr. 59, September 1986
272. „Fanal“ Nr. 6, März 1986
273. „Provisorische Plattform der AAU“, veröffentlicht in: „ALLES WIRD GUT!“, Zeitung der FAU/R, Nr. 2, Dezember 1986
274. „PARTISAN“ Nr. 7, Mai 1986 und Nr. 8, November 1986
275. „Thesenpapier“ der „Antifaschistischen Initiative Hannover“, Januar 1986; „SABOT – HAMBURGER INFO SAMMLUNG“ Nr. 7, Januar 1986
276. „DER EXTERMINATOR“ Nr. 4, Sommer 1986; Flugblatt autonomer „Antifaschisten“
277. „UNZERTRENNLICH – Autonomes Info“ Nr. 2, März/April 1986
278. „Rote Fahne“ vom 31. 5. 1986
279. „Rote Fahne“ vom 22. 11. 1986
280. Antrag der Basisgruppenfraktion auf der 11. ordentlichen Mitgliederversammlung der VDS, März 1986
281. Diskussionspapier der Basisgruppenfraktion zur 11. ordentlichen Mitgliederversammlung der VDS
282. Protokoll des DKP-Parteitages, S. 354
283. „Die Wahrheit“ vom 4./5. 10. 1986
284. „Rabotnitschesko delo“, Zentralorgan der „Bulgarischen kommunistischen Partei“ (BKP), vom 25. 4. 1986
285. „was tun“ vom 12. 6. 1986
286. Erklärung eines „Brigadisten“ in: „die tageszeitung“ (taz) vom 31. 7. 1986
287. Erklärung einer „Brigade Günter Sare“ in: taz vom 26. 8. 1986

Rechtsextremistische Bestrebungen 1986

I. Allgemeine Erfahrungen

Rechtsextremisten streben – teils offen, teils verdeckt – totalitäre oder zumindest autoritäre Staatsformen an. Sie lehnen daher die parlamentarische repräsentative Demokratie ab. Ihre Triebfedern sind ein Nationalismus, der die Freiheitsrechte des Einzelnen übermäßig einengt und sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet, sowie ein Rassismus, der oft eine aggressive Juden- und Ausländerfeindlichkeit einschließt. Darüber hinaus diffamieren Rechtsextremisten kontinuierlich Personen und Einrichtungen des demokratischen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Neo-Nationalsozialisten (Neonazis) unter den Rechtsextremisten wollen ein dem NS-Staat vergleichbares System wiedererrichten. Sie leugnen die NS-Verbrechen und die deutsche Schuld am Ausbruch des 2. Weltkrieges. Auch die „Sozialrevolutionäre“ oder „Nationalrevolutionäre“, die innerhalb des deutschen Rechtsextremismus zunehmend Resonanz finden, sind Neo-Nationalsozialisten. Sie berufen sich auf den linken NSDAP-Flügel der Brüder *Strasser* in der Weimarer Republik und lehnen *Hitler* als Leitfigur des Nationalsozialismus ab. Diese Strömung beschreibt ihnen aktuellen politischen Standort häufig als in der Nähe von „Sozialisten“ und „Antiimperialisten“. Die „Nationaldemokraten“ kleiden ihre völkisch-kollektivistischen Systemvorstellungen in Begriffe wie „Volksgemeinschaft“ und „Volksganzes“ ein, wobei sie – wie dies auch die „National-Freiheitlichen“ tun – keinen Zweifel daran lassen, daß sie trotz aller Wortbekenntnisse zum Grundgesetz die Interessen der Volksgesamtheit über die Freiheitsrechte des Individuums setzen.

Die deutschlandpolitischen Vorstellungen der meisten Rechtsextremisten – mit Ausnahme der „Deutschen Volksunion“ (DVU) – basieren auf nationalistisch-neutralistischen Leitbildern. Sie fordern ein wiedervereinigtes Deutschland in einem von beiden Weltblöcken unabhängigen atomwaffenfreien Europa unter deutscher Hegemonie. Mit diesem Neutralismus geht zuweilen ein militanter Antiamerikanismus einher.

Deutsche Rechtsextremisten verübten im vergangenen Jahr 71 Gewaltakte.

230 Aktivisten der rechtsextremistischen Szene, davon knapp 90 % Neonazis, sind als militant einzustufen. Nach vertraulichen Hinweisen beziehen vor allem Neonazis die Gewalt als Mittel der Politik in ihre Vorstellungen ein. Militante Neonazikreise unterhalten intensive Kontakte zu ausländischen Gesinnungsgenossen, wobei organi-

satorische oder propagandistische Pläne und auch konspirative Waffenbeschaffungen eine Rolle spielen.

Die Versuche insbesondere von Neonazis, gewalttätige Skinheads zu indoktrinieren, sind auch 1986 überwiegend gescheitert. Es gibt unter den Skinheads in der Bundesrepublik Deutschland nur etwa 200, die als Rechtsextremisten anzusehen sind. Vermehrt wurden 1986 gewaltsame Übergriffe politischer Gegner gegen Rechtsextremisten festgestellt; auch Rechtsextremisten gehen zunehmend mit Gewalt gegen ihre Gegner vor.

Wohlwollende Beachtung fand in Neonazikreisen die Auseinandersetzung des libyschen Revolutionsführers *Ghaddafi* mit den US-Streitkräften in der Großen Syrte. Deutsche und ausländische Neonazis wandten sich in zahlreichen Gruß- und Solidaritätsadressen und gelegentlich sogar mit dem Wunsch nach einer politischen Zusammenarbeit an *Ghaddafi*.

Den Verfassungsschutzbehörden sind derzeit 1.460 aktive Neonazis im Bundesgebiet bekannt (1985: 1.420). Sie verteilen sich auf 23 (1985: 29) neonazistische Gruppierungen; etwa 250 (1985: 150) sind nicht organisiert. Die bedeutsamsten Aktivitäten gingen wie 1985 von der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) und der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) aus. In beiden Organisationen hat der Einfluß von Aktivisten der verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA), die sich gelegentlich auch als „Die Bewegung“ bezeichnen, weiter zugenommen.

Die Mitgliederzahlen der NPD und der DVU blieben im großen und ganzen unverändert.

II. Übersicht in Zahlen

1. Organisation und Mitgliederstand

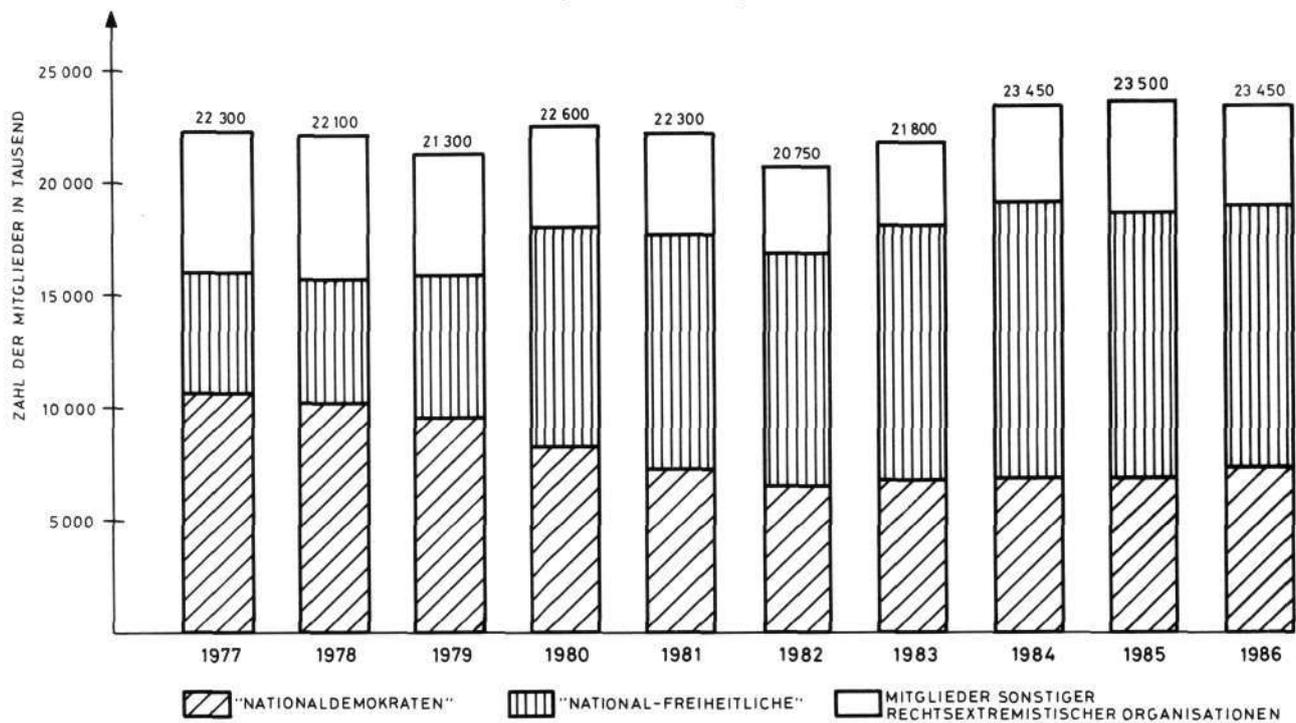
Mitgliederentwicklung der rechtsextrem. Organisationen insgesamt stagniert

Ende 1986 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 73 (1985: 78) rechtsextremistische Organisationen, in denen wie schon 1984 und 1985 rund 22.100 Personen organisiert waren.

Die Zahl der neonazistischen Gruppen sank u. a. infolge der Sogwirkung der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) um 6 auf 23. Die Zahl der organisierten aktiven Neonazis sank auf 1.210 (1985: 1.270). Dazu kommen rund 250 neonazistische aktive Einzeltäter ohne Bindung an eine der bestehenden neonazistischen Gruppen (1985: 150). Dem Neonazibereich sind somit 1.460 Personen (1985: 1.420) zuzuordnen.

Die Mitgliederzahl der „Nationaldemokratischen Partei Deutsch-

Entwicklung der Zahl der Mitgliedschaften
in rechtsextremistischen Organisationen von 1977-1986
- ohne Abzug für Mehrfachmitgliedschaften -



lands“ (NPD) blieb mit rund 6.100 ebenso konstant wie die der „Deutschen Volksunion“ (DVU) mit über 12.000. Einzelheiten der Entwicklung der letzten 3 Jahre zeigt die nachstehende Tabelle:

Art der Organisationen	Ende 1984		Ende 1985		Ende 1986	
	Anzahl der Org./	Mitgliedschaften	Anzahl der Org./	Mitgliedschaften	Anzahl der Org./	Mitgliedschaften
Neonazistische Gruppen	34	1.150	29	1.400	23	1.500
„Nationaldemokratische“ Organisationen	7	6.700	8	6.700	6	6.800
„National-freiheitliche“ Organisationen	3	12.400	2	12.000	2	12.100
Sonstige Vereinigungen	45	3.200	39	3.400	42	3.150
Summe	89	23.450	78	23.500	73	23.550
Zahl der Mitglieder nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften		22.100		22.100		22.100

2. Organisationsunabhängige Verlage und Vertriebsdienste

1986 gab es 47 rechtsextremistische organisationsunabhängige Verlage und Vertriebsdienste (1985: 48).

Vertriebsdienste/Verlage	1984	1985	1986
Buchverlage	10	9	10
Zeitungs- und Schriftenverlage	20	21	19
Vertriebsdienste	17	18	18
Zusammen:	47	48	47

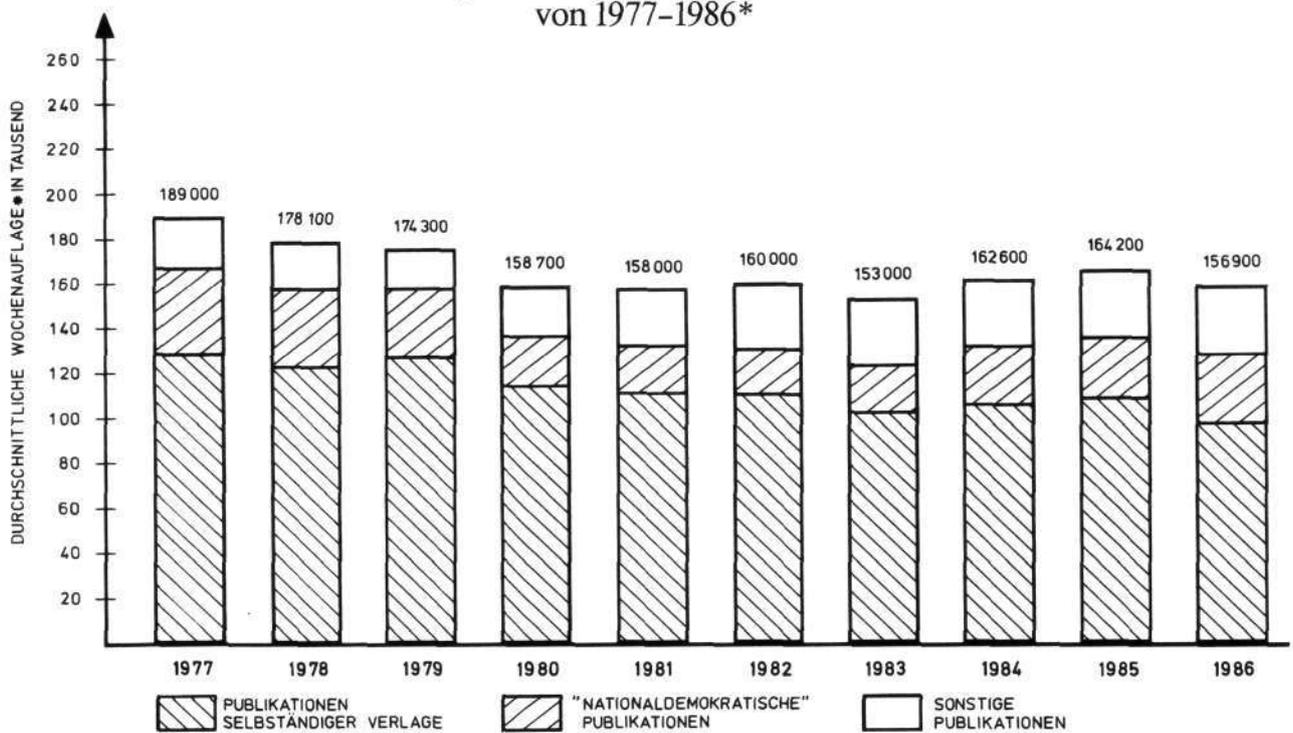
3. Periodische Publikationen

Gesamtauflage der rechtsextremistischen Publizistik gesunken

Die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Publikationen stieg um 5 auf 92. Ihre tatsächliche Gesamtauflage pro Jahr sank aber um rd. 380.000 auf 8.158.000 (1985: 8.538.600) Exemplare.

Einzelheiten der Entwicklung relativ bedeutender Schriften, die zugleich mindestens viermal im Jahre erschienen sind, vermittelt die Übersicht auf Seite 6.

Entwicklung der rechtsextremistischen Publizistik von 1977-1986*



* Um vergleichbare Zahlen zu erhalten, sind die Auflagen der nicht wöchentlich erscheinenden Schriften auf eine durchschnittliche Wochenaufgabe umgerechnet worden

Zahl der Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst nimmt ab

4. Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst

4.1 Ende 1986 waren den Verfassungsschutzbehörden 224 Rechtsextremisten (1985: 255) im öffentlichen Dienst bekannt. Einzelheiten ergeben sich aus der folgenden Darstellung (Vergleichszahlen für 1985 in Klammern):

	Personen insgesamt		NPD		Sonstige Rechtsextremisten	
Bundesebene	96*	(113)*	48	(61)	48	(52)
Landesebene	85	(95)	38	(42)	47	(53)
Kommunalebene	43	(47)	28	(29)	15	(18)
	224	(255)	114	(132)	110	(123)

4.2 Die auf Bundesebene beschäftigten 96 Rechtsextremisten sind bei nachgeordneten Behörden tätig. 34 von ihnen sind bei der Deutschen Bundespost und 18 bei der Deutschen Bundesbahn – überwiegend in mittleren Positionen – beschäftigt. Der Bundeswehr gehören 35 an: 21 als Zeit- oder Berufssoldaten, 14 als Zivilbedienstete.

4.3 Von den 85 auf Landesebene Beschäftigten sind tätig:

an Schulen und Hochschulen	34	(35)
in der Justiz	8	(11)
in der Finanzverwaltung	6	(8)
bei der Polizei	8	(9)
in anderen Verwaltungsbereichen	29	(32)
	85	(95)

4.4 Von den 224 Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst sind 124 Beamte, 21 Soldaten, 44 Angestellte und 35 Arbeiter. Die 145 Beamten und Soldaten gehören folgenden Laufbahngruppen oder vergleichbaren Dienstgraden an:

höherer Dienst	23	(23)
gehobener Dienst	39	(43)
mittlerer Dienst	51	(64)
einfacher Dienst	32	(41)

* ohne Wehrpflichtige

Periodische rechtsextremistische Publikationen im Vergleich 1985–1986

Periodische Publikationen	Erscheinungsweise	1985			1986		
		Zahl	Einzelauflage	Jahresauflage	Zahl	Einzelauflage	Jahresauflage
Neonazistische Schriften	monatlich	3	2.800	33.600	7	7.250	87.000
	zweimonatlich	6	6.150	36.900	2	3.000	18.000
	vierteljährlich*	4	7.950	31.800	4	11.500	46.000
		13	16.900	102.300	13	21.750	151.000
„Nationaldemokratische“ Schriften	monatlich	5	105.700	1.268.400	6	126.400	1.516.800
	zweimonatlich	6	8.500	51.000	6	3.900	23.400
	vierteljährlich*	8	6.200	29.600	4	6.000	24.000
		19	120.400	1.349.000	16	136.300	1.564.200
„National-freiheitliche“ Schriften	wöchentlich	1	25.000	1.300.000	1	25.000	1.300.000
	zweimonatlich	1	100	400	1	100	400
		2	25.100	1.300.400	2	25.100	1.300.400
Schriften sonstiger Vereinigungen	monatlich	–	–	–	2	2.500	30.000
	zweimonatlich	2	2.000	12.000	3	1.600	9.600
	vierteljährlich*	8	8.150	32.600	7	14.000	56.000
		10	10.150	44.600	12	18.100	95.600
Schriften organisations- unabhängiger Verlage	wöchentlich	2	101.000	5.252.000	2	89.000	4.628.000
	2 × im Monat	1	1.500	36.000	1	1.500	36.000
	monatlich	7	28.200	340.400	5	25.800	309.600
	zweimonatlich	–	–	–	3	300	1.800
	vierteljährlich*	4	4.500	18.000	5	4.750	19.000
		14	135.200	5.646.400	16	121.350	4.994.400
	Summe:	58	307.750	8.442.700	59	322.600	8.105.600

* Hier sind auch unregelmäßig herausgegebene Publikationen erfaßt, sofern sie mindestens viermal im Jahr erschienen sind.

5. Soziologische Daten

Untersucht man Alter und Beruf der im vergangenen Jahr wegen einschlägiger Straftaten rechtskräftig verurteilten 77 Rechtsextremisten, so ergibt sich folgendes Bild (Vergleichszahlen für den Zeitraum 1977–1985 in Klammern):

Altersstruktur bei Tatbegehung:

	1986	1977–1985
Jugendliche und Heranwachsende 14–20 Jahre	35 %	(39 %)
Personen der Altersgruppe 21–30 Jahre	39 %	(32 %)
Personen der Altersgruppe 31–40 Jahre	16 %	(12 %)
Personen der Altersgruppe 41–50 Jahre	5 %	(9 %)
Personen der Altersgruppe über 50 Jahre	5 %	(8 %)

Berufsgliederung:*

ungelernte Arbeiter	20 %	(19 %)
Facharbeiter/Handwerker	34 %	(20 %)
Angestellte	5 %	(13 %)
Schüler/Studenten	10 %	(12 %)
Auszubildende	26 %	(20 %)

Die übrigen 5 % verteilen sich auf sonstige Berufsgruppen. Dem öffentlichen Dienst gehört keine der verurteilten Personen an; ebenso zählen keine Akademiker zu diesem Personenkreis.

11 % der rechtskräftig Verurteilten waren arbeitslos.

III. Schwerpunkte der Agitation 1986

Rechtsextremisten zielen darauf ab, die freiheitliche demokratische Grundordnung durch totalitäre oder autoritäre Staatsformen zu ersetzen; daran orientierten sich die Agitationsthemen der deutschen Rechtsextremisten auch 1986.

1. Verfassungspolitik

„Nationaldemokraten“ und „National-Freiheitliche“ legen oftmals Lippenbekenntnisse zum Grundgesetz ab; Neonazis machen dagegen keinen Hehl aus ihrer Verachtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung:

* Zur Tatzeit

Lippenbekenntnisse
zum Grundgesetz –
Verachtung der frei-
heitlichen Demo-
kratie

„Eine Scheißdemokratie. Es gab nur einen Führer, Adolf Hitler, der fehlt heute, mehr denn je. Von A-Z fehlt uns die Ordnung.“
(„NS Kampfruf“ Nr. 61, S. 4)

Wir fordern unmißverständlich:

„Zerschlagt diesen Staat!“
(„Schwarzer Rebell“ 1/86, S. 12)

2. Deutschlandpolitik

Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) strebt als „dritten Weg“ zwischen den Militärblöcken in Ost und West einen neutralen deutschen Nationalstaat an. Neutralität fordern – wenn gleich in wesentlich schrilleren Tönen – auch die Neonazis:

NPD fordert neutralen deutschen Nationalstaat

„Wir Deutschen wurden 1945 nicht befreit, sondern versklavt, und leiden seitdem unter Besatzung und Fremdherrschaft!“
(„SIEG-AJ-Presse-Dienst“ 1/86, S. 12)

„Wir fordern ein – bis an die Zähne bewaffnetes – neutralisiertes Deutschland! – Absolut tödlich für jeden Aggressor!“
(Flugblatt „Hände weg vom deutschen Volk!“ des Landesverbandes Niedersachsen der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ – FAP –)

Die „National-Freiheitlichen“ halten dagegen die NATO für unverzichtbar.

3. Innen- und Rechtspolitik

Rechtsextremisten fordern einerseits ein energisches Vorgehen des Staates gegen Kräfte, die die innere Sicherheit gefährden; andererseits beklagen sie sich über die Strafverfolgung von Gesinnungsgenossen:

Rechtsextremisten polemisieren gegen Strafverfolgung von Gesinnungsgenossen

„Nicht wir wollen Andersdenkende unterdrücken und geistig bevormunden, sondern die Nutznießer des nationalen Unglücks sind es, die jeden geistigen Widerstand volkstreuere Deutscher durch politische Justiz und Straßenterror auszulöschen versuchen!“
(„SIEG-AJ-Presse-Dienst“ 1/86, S. 12)

4. Wirtschafts- und Sozialpolitik

In der Wirtschafts- und Sozialpolitik propagiert die NPD einen „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus ebenso

NPD propagiert „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus

wie die Neonazis, die den „Kampf gegen Kapitalismus und Kommunismus“⁴¹ aufnehmen wollen.
Die „national-freiheitlichen“ Zeitungen bekennen sich dagegen zur sozialen Marktwirtschaft.

5. Umweltpolitik

Rechtsextremisten greifen im Umweltbereich populäre Forderungen anderer auf. Dabei gelangen sie mitunter zu unterschiedlichen Standpunkten, wie z. B. in der Frage der zivilen und militärischen Nutzung der Atomenergie. Während die „National-Freiheitlichen“ die Atomenergie mangels realistischer Alternativen auf absehbare Zeit für unverzichtbar halten, lehnen Neonazis diese Energiequelle ab. Für den in Kanada lebenden deutschen NS-Propagandisten Ernst *Zündel* (47) ist dabei ein wesentliches Argument,

„daß diese atomaren Erfindungen praktisch ein Monopol der Juden“
(„Samisdat-Rundbrief“ Nr. 75, S. 2)

gewesen seien.

Die bayerischen „Nationaldemokraten“ verabschiedeten auf ihrem Landesparteitag im Mai 1986 einen Antrag, in dem es u. a. heißt:

„Es ist klar, daß ein . . . sofortiger Ausstieg (aus der Kernenergie) schon aus technischen Gründen nicht möglich ist. Alle weiterführenden Atomprojekte, wie z. B. die WAA in Wackersdorf, sollen aber sofort eingestellt werden.“
(DSt 6/86, S. 4)

In einem aktuellen Flugblatt „Lebensschutz statt Strahlentod“ fordern die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN):

– „KEINE ATOMENERGIE! Keine WAA Wackersdorf!
– Förderung umweltfreundlicher und natürlicher Technologien zur autarken Energieversorgung.“

Für den Neonazi Manfred *Roeder* (57) ist auch der Kampf gegen die Einwanderung von Ausländern Umweltschutz:

„Wer in die vollkommen überbevölkerte BRD noch zusätzlich fremde Bevölkerungsgruppen mit anderen Vorstellungen von Kultur und einem anderen Verhältnis zur Natur hereinbringen will, dem ist es nicht ernst mit Naturschutz, denn in einem derartig überlasteten Land müssen die ökologischen Grundlagen zusammenbrechen.“
(„Europäische Freiheitsbewegung“, 59. Brief, S. 2f.).

6. Asylanten und sonstige Ausländerpolitik

Die seit Jahren geführte Agitation der Rechtsextremisten gegen die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer konzentrierte sich im Jahre 1986 auf Asylbewerber und Asylanten. Die NPD machte das Asylantenproblem zu einem Schwerpunktthema ihres Bundestagswahlkampfes.

Die „national-freiheitlichen“ Wochenblätter „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ), „Deutscher Anzeiger“ (DA) und „Deutsche Wochen-Zeitung“ (DWZ) betrieben seit dem 25. Juli eine systematische Anti-Asylanten-Kampagne. Sie brachten Woche für Woche Schlagzeilen wie z. B. „Ertrinkt Deutschland in der Asylantenflut?“², „Was Asylanten kosten – Milliarden aus der Steuerkasse“³ und „Noch mehr Asylanten/Die Hintergründe“⁴. Seit Oktober veröffentlichten sie eine „Meinungsumfrage“ mit der Überschrift „Deutschland den Deutschen – oder den Scheinasylanten?“.

Noch aggressivere Töne schlugen die Neonazis an:

„Der Volkszorn erwacht. Asylantenlager werden mehr und mehr ‚abgepackelt‘. Wir als nationale Sozialisten sehen als einzige Kraft den kommenden Bürger- und Rassenkrieg voraus und fordern deshalb: Deutschland muß leben – Ausländer raus!“
(„FAP-Nachrichten“, Ausgabe 6, S. 1)

Asylanten Schwerpunkt rechtsextremistischer Anti-Ausländeragitation

7. Agitation gegen den Bundespräsidenten

Seit seiner Rede vom 8. Mai 1985 wird Bundespräsident Richard von Weizsäcker ständig von Rechtsextremisten angegriffen. Sie sehen in ihm den Repräsentanten des neuen, demokratischen Deutschland, das sie ablehnen und das sie mit Begriffen wie „Umerziehung“ und „Nationalmasochismus“ verbinden:

„Das gegenwärtige Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland, Richard von Weizsäcker, übertrifft an Anklagen gegen Deutschland und das deutsche Volk den Nationalmasochismus, der seinen Vorgänger Gustav Heinemann auszeichnete (oder auch Kanzler Willy Brandt), noch bei weitem.“
(DWZ 1/2/86, S. 1)

Rechtsextremisten führen Kampagne gegen den Bundespräsidenten

IV. Neuer Nationalsozialismus/Neonazismus

1. Zielsetzung

Die Neo-Nationalsozialisten unter den Rechtsextremisten streben einen vom Führer- und Eliteprinzip bestimmten totalitären großdeutschen Staat nach der Ideologie und dem Programm der ehemaligen

Neonazis streben ein dem NS-Staat vergleichbares System an

Rechtsextremistische Agitation gegen Asylanten

Deutschland – Asylanten-Paradies der ganzen Welt

Scheinasylanten aller Länder,
strömt herein!

ASYLANTEN
RAUS!



Publik. Deutsche Arbeiterpartei
Postfach
4400 Münster

Notstand durch Asylanten?

VIII/1986
DEUTSCHE STIMME
„Asyl“: Die Deutschen werden
mißbraucht!
Von Martin Müllner, NPD-Parteivorsitzender

Asylanten – die große Gefahr für Deutschland

Brot für
die Welt



ASYLANTEN FÜR DEUTSCHLAND

VISIT. I. R. D. Postf. Keupen
Druck: Elpendruck
Publik. Deutsche Arbeiterpartei

Asylanten-Probleme ungelöst!
Ist Bonn das Sozialamt der Welt?
Deutsches Geld für deutsche Aufgaben
Deutsche Politik nur mit der NPD!

Macht Schluß mit der Asylanten-Schwemme!

Asylflut – Deutschlands Tod?

Die wahren Schuldigen / Seite 3

Freie Bahn für Asylanten?

Kohls Todsünde am deutschen Volk

Scheinasylanten
Deutschland
den
Deutschen

Gelobtes Land für Asylanten?

NPD
Nationaldemokraten

Asylanten: Ertrinkt Deutschland im Ausländerstrom? / s. 3

Deutschland den Deutschen –
oder den Scheinasylanten?

Deutschlands Einheit kommt bestimmt Lesen und verstehen
DEUTSCHE STIMME

11. Jahrgang Nr. 8/September 1986 Einzelpreis 2,- DM Nationaldemokratische Zeitung Auflage 178.000 Ausgabe E 8027 E

Schluß mit dem „Asyl“- Mißbrauch!

Jude, Asylanten
Ausländer raus
raus (S) raus

NSDAP an. Bis 1982 war Adolf *Hitler* unbestrittenes Leitbild aller Neonazis. Das änderte sich in der Folgezeit, als sog. nationalrevolutionäre Neonazis zunehmend einen antihitleristischen Kurs einschlugen und dem „Führer“ – wie seinerzeit die Brüder *Strasser* und der SA-Stabschef *Röhm* – vorwarfen, er habe die nationale Revolution verraten und den Nationalsozialismus verbürgerlicht*.

„Nationalrevolutionäre“ lehnen Hitler als Leitbild ab

2. Zahlen

Den Verfassungsschutzbehörden waren Ende 1986 etwa 1.460 Neonazis bekannt, rund 40 mehr als im Jahr zuvor. Ungefähr 1.210 (1985: 1.270) von ihnen sind in 23 (1985: 29) erkannten neonazistischen Gruppen organisiert. Die restlichen etwa 250 (1985: 150) haben keine erkennbaren Gruppenbindungen.

Zahl der Neonazis nimmt leicht zu

3. Militante Neonazis

Von den 1.460 Neonazis sind 202 (1985: 219) als militant zu bezeichnen. Es handelt sich um Aktivisten, die in den letzten Jahren an Gewalttaten beteiligt waren, Gewalt angedroht oder geplant hatten oder im illegalen Besitz von Waffen, Munition oder Sprengstoff waren.**

Gewaltbereitschaft der Neonazis dauert an

4. Neonazistische Gruppen

Die Zahl der erkannten neonazistischen Gruppen sank gegenüber dem Vorjahr von 29 auf 23.

4.1 „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP)

Die von Anhängern der 1983 verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) unterwanderte FAP konnte sich auf über 400 Mitglieder vergrößern.

Die FAP charakterisiert ihre Mitglieder selbst wie folgt:

„Die FAP besteht zu 98 % aus Jugendlichen, die mit allem gebrochen haben, was mit diesem System irgendetwas zu tun hat, um ein neues Deutschland zu bauen.“
(Beilage zu „FAP-Nachrichten“ Nr. 6)

Zahl der FAP-Mitglieder nimmt zu

* Die Brüder *Strasser* repräsentierten in der Frühzeit des Nationalsozialismus den linken Flügel der NSDAP. Gregor *Strasser* und *Röhm* wurden 1934 auf Befehl *Hitlers* bei der Niederschlagung des „Röhm-Putsches“ ermordet. Dr. Otto *Strasser*, der Führer der „Schwarzen Front“, setzte sich 1933 nach Kanada ab.

** Darüber hinaus sind den Sicherheitsbehörden noch 28 militante Rechtsextremisten bekannt, die nicht den Neonazis, sondern anderen rechtsextremistischen Gruppen wie z. B. den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) oder der „Wiking-Jugend“ (WJ) angehören. Insgesamt gibt es derzeit in der Bundesrepublik Deutschland also 230 militante Rechtsextremisten.

FAP baut Organisation weiter aus

Die FAP konnte ihre Organisation weiter ausbauen. Neben den – nur z. T. untergliederten – Landesverbänden in Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Bremen und seit September auch in Baden-Württemberg gibt es einzelne Kreisverbände in Bayern und Schleswig-Holstein. Die Tätigkeit einiger Kreisverbände kam allerdings durch exekutive Maßnahmen gänzlich zum Erliegen; andere Kreisverbände bestehen nur aus wenigen Mitgliedern. Die Schwerpunkte der FAP-Aktivitäten lagen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bayern; sie bestanden im wesentlichen in provozierenden Märschen durch einige Städte (Lübeck, Hameln, Stuttgart), in Flugblatt-, Schmier- und Klebeaktionen sowie in internen Zusammenkünften, an denen zuweilen über 100 Personen teilnahmen. Zur Selbstdarstellung benutzt die FAP die von ihrem Bundesvorsitzenden Martin *Pape* (59) herausgegebene Monatsschrift „Deutscher Standpunkt“ und die unregelmäßig erscheinenden „FAP-Nachrichten – Kampfblatt der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“. Für letztere ist der Landesverband Nordrhein-Westfalen verantwortlich. Es weist u. a. stark ausländerfeindliche Tendenzen auf.

FAP-Publizistik

Das herausragende Ereignis des Jahres 1986 war für die FAP ihr erster Bundesparteitag in Stuttgart am 7. Juni, dessen Einberufung *Pape* seit 1985 immer wieder hinausgezögert hatte. Um seine Position zu stärken, hatte er in der Zwischenzeit vergeblich versucht, den Einfluß der Neonazis aus der ehemaligen ANS/NA einzuschränken, indem er einige von ihnen ausschloß. Es waren taktische Überlegungen, die die ANS/NA-Anhänger in der FAP dennoch darauf verzichten ließen, einen der Ihren als Vorsitzenden zu wählen. Die gewählten Vorstandsmitglieder sind mehrheitlich der verbotenen ANS/NA zuzurechnen. Die Neonazis beurteilen den Parteitag wie folgt:

Erster Bundesparteitag der FAP vom taktischen Verhalten der ANS/NA-Anhänger geprägt

„Lebhaft wurde der Parteitag eigentlich nie so recht. Wie sollte er auch. Wahlen liegen unseren Kameraden ohnehin nicht und der weitere Kurs einer Partei entscheidet sich sicherlich überall, nur nicht auf einem Parteitag . . . Denn dieser Parteitag hat zumindest eines gesichert. Junge Nationalsozialisten werden auch weiterhin in der FAP marschieren.“

(„Die Neue Front“ 6/7/1986, S. 9)

FAP bei Wahlen weiterhin erfolglos

Das auf dem Bundesparteitag verabschiedete, im wesentlichen mit dem „FAP-Parteiprogramm“ von 1979 identische „Parteiprogramm“ vermeidet ein offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus. Es wird von vielen FAP-Mitgliedern als „zu harmlos“ empfunden, so daß es als Richtlinie für die politische Arbeit der einzelnen Untergliederungen kaum gefragt ist.

Die FAP trat erstmals zur Bürgerschaftswahl in Hamburg am 9. November an. Sie erzielte mit 0,1 % (713 Stimmen) ein schwaches Ergebnis. Für die Wahlen zu den sieben Hamburger Bezirksversammlungen hatte die FAP keine Kandidaten aufgestellt. Die Teilnahme an den Kommunalwahlen in Niedersachsen verlief ebenfalls erfolglos. Sie hatte dort für zwei Kreistage, einen Gemeinderat und

einen Bezirksrat Kandidaten aufgestellt. Ihre Teilnahme an der Landtagswahl in Niedersachsen scheiterte daran, daß es ihr nicht gelang, die erforderlichen Unterschriften beizubringen.*

4.2 „Die Bewegung“

Hinter den Unterwanderungsinitiativen in der FAP steht ein wenig strukturierter Neonazikreis, der sich als „Bewegung“ bezeichnet und die Ziele der verbotenen ANS/NA weiterzuverfolgen sucht. Dieser Aktivistenkreis setzt sich aus ehemaligen ANS/NA-Mitgliedern, aber auch aus Neuzugängen zusammen; ein Teil von ihnen ist Mitglied der FAP. Gelegentlich tritt diese „Bewegung“ auch unter den Bezeichnungen „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ und „Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers“ (KAH) auf. Die „Bewegung“, die sich als Teil einer „Europäischen Bewegung“ versteht, gibt die Neonazischrift „Die Neue Front“ heraus.

Maßgeblicher Motor der „Bewegung“ waren der in Strafhaft einsitzende ehemalige Organisationsleiter der ANS/NA, Michael *Kühnen* (31), und sein Stellvertreter Thomas *Brehl* (29). Beide erklärten zum 1. September unter spektakulären Begleitumständen den Austritt aus der Gruppe, den *Kühnen* inzwischen im Dezember widerrufen hat. Der Austritt stand im Zusammenhang mit einer in Neonazikreisen geführten Kampagne gegen Homosexuelle. Ein von führenden Aktivisten unterzeichneter Artikel in der bis dahin *Kühnen*-treuen Schrift „Die Neue Front“ (NF) vom August mit dem Titel „Der Kampf geht weiter“ bezeichnete die Homosexualität als eine „lebenszerstörende, krankhafte Abnormalität“, die man nicht länger hinzunehmen gedenke:

„Sollte es auch bei uns den einen oder anderen Schwulen geben, so ist er hiermit aus der Bewegung ausgeschlossen.“
(NF 8/86, S. 9/10)

Die Entscheidung *Kühnens* und *Brehls*, die „Bewegung“ zu verlassen, stieß bei ihren Gesinnungsgenossen zum Teil auf Unverständnis. Dies wohl bewog beide, zwei Monate nach ihrem Rücktritt den Versuch zu unternehmen, ihre Führungspositionen in der „Bewegung“ zurückzuerobern. Im Oktober erschien eine von *Brehl* herausgegebene Schrift mit dem bisherigen Titel „Die Neue Front“, die alle Gesinnungsgenossen aufrief, sich erneut um *Kühnen* zu scharen. Weitere Aufforderungen dieser Art folgten. *Kühnen* hat inzwischen Aktivitäten entwickelt, die noch hinter ihm stehenden Anhänger neu zu organisieren.

Im November fand ein Bundesführerthing der „Bewegung“ mit 60 Teilnehmern unter Leitung des Neonazis Jürgen *Mosler* (31) statt, der die Nachfolge *Kühnens* als „Organisationsleiter“ übernommen

„Die Bewegung“ sucht Ziele der verbotenen ANS/NA weiterzuverfolgen

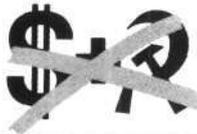
Kühnen verläßt im Zusammenhang mit einer Kampagne gegen Homosexuelle zeitweise „Die Bewegung“

Machtkämpfe in der „Bewegung“ noch nicht entschieden

* Zur Bundestagswahl am 25. Januar 1987 trat die FAP nur mit einer Landesliste in Bremen und in zwei Wahlkreisen an. Sie erhielt jeweils 0,1 % der Stimmen.

Neonazistische Agitation

Damit aus diesem Land wieder Deutschland wird.



48 Bielefeld 1 - Postf.
NATIONALISTISCHE FRONT

BESATZER RAUS!



48 Bielefeld 1 - Postf.
NATIONALISTISCHE FRONT



Deutschland ist uns zu wichtig, als daß wir es seinen Feinden überlassen werden!



48 Bielefeld 1 - Postf.
NATIONALISTISCHE FRONT

FREIHEIT für alle verfolgten Nationalisten



HNG

Postfach 4800 Bielefeld



DEUTSCHLAND WIRD LEBEN!!

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei



Für Rasse und Nation

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
FAP, Postf. 152 Kessen

Vielvölkerstaat Bundesrepublik NEIN DANKE!



Rassenmischung ist VÖLKERMORD...!

UNSERE VÄTER WAREN HELDEN
SCHLUSS MIT DER 6 MILLIONEN JUDEN-LÜGE UND DER KRIEGSSCHULD-LÜGE
FORDERT: WAHRE BERICHTERSTATTUNG ÜBER ADOLF HITLER UND SEINE SOLDATEN!



FAP-Gau Niederrhein

Unsere Jugend ist arbeitslos.

Ausländer RAUS!

Erbarmen die Türken kommen 1.12.88

Deutscher Wehr' Dich! gegen die Überfremdung

hatte. Als Stellvertreter *Moslens* trat der Neonazi Volker *Heidel* (32) auf.

Das Verbot der ANS/NA und einer ihrer Teilorganisationen, des „Freundeskreises Deutsche Politik“ (FK), ist seit dem 1. April rechtskräftig, weil die Anfechtungsklage gegen die Verbotsverfügung des Bundesministers des Innern zurückgezogen wurde. Das Bundesverwaltungsgericht wies mit Urteil vom 13. Mai die Klage der „Aktion Ausländerrückführung – Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung“ (AAR) gegen ihr Verbot zusammen mit der ANS/NA ab. Das Gericht vertrat die Auffassung, die AAR sei lediglich eine Teilorganisation der ANS/NA und damit vom Verbot miterfaßt. Es habe der AAR an dem für eine politische Partei erforderlichen Mindestmaß an Eigenständigkeit der Willensbildung und organisatorischer Selbständigkeit gefehlt. Sie sei von der ANS/NA, die selbst keine Partei gewesen sei und auch nicht an Wahlen hätte teilnehmen wollen, gegründet und im Verbotszeitpunkt so organisiert gewesen, daß sie von ihr gänzlich beherrscht und gesteuert worden sei. – Mit der Begründung, die AAR sei nicht parteifähig, verwarf das Bundesverfassungsgericht am 25. November zwei Anträge der AAR im Organstreitverfahren.

ANS/NA-Verbot
rechtskräftig

4.3 „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG)

Die mittlerweile schätzungsweise 250 Mitglieder umfassende HNG unterstützt ungefähr 30 inhaftierte Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland, unter ihnen auch einige wegen terroristischer Straftaten Verurteilte. Der amtierende Vorstand mit der Neo-Nationalsozialistin *Christa Goerth* (50) an der Spitze bekräftigte im September den Ausspruch des ehemaligen Vorsitzenden der HNG, *Henry Beier* (58):

HNG unterstützt in-
haftierte Gesinnungs-
genossen

„Für uns ist es nicht wichtig, was einer getan hat, sondern warum er es getan hat.“
(„Nachrichten der HNG“ Nr. 77, S. 4f).

Die HNG läßt weiterhin klar erkennen, daß sie politisch motivierten Straftaten Verständnis entgegenbringt und daß die von ihr geleistete „Gefangenenhilfe“ nicht, wie so oft betont, allein humanitäre Gründe hat. Die Hilfeleistungen stellen – wie ein ehemaliger Gefangener formulierte – das einzige

„Bindeglied zwischen uns gefangenen Patrioten und unseren Volksgenossinnen und Volksgenossen dort in der Freiheit“
(„Nachrichten der HNG“ Nr. 70, S. 6)

dar. Die Gefangenenhilfe zielt auf die nahtlose Wiedereingliederung der aus der Haft entlassenen Gesinnungsgenossen in die neonazistische Szene hin.

„HNG-Nachrichten“
verbreiten Durch-
halteparolen

In Leserbriefen, die wesentlicher Bestandteil der „HNG-Nachrichten“ sind, werden u. a. folgende Durchhalteparolen verbreitet:

„In erster Linie möchte ich mich . . . dafür bedanken, daß ihr mir in der Zeit der Inhaftierung durch Eure Briefe und Grüße immer das Gefühl gegeben habt, . . . ein Bestandteil unserer Kameradschaft zu sein . . . Geändert hat sich an meiner politischen Überzeugung nichts . . . Unser Kampf gilt unserem geknechteten Vaterland . . . mag kommen was da wolle . . . Darin wird mich auch meine derzeitige Bewährung nicht hindern können . . .“
(„Nachrichten der HNG“ Nr. 74, S. 4)

HNG gewinnt bei
Neonazis an Bedeu-
tung

Wie im Vorjahr galt ein beträchtlicher Teil der „Gefangenenhilfe“ Michael *Kühnen*, für dessen Freilassung sich die HNG in zahlreichen Flugblattaktionen einsetzte.

Die HNG gewann in neonazistischen Kreisen an Bedeutung. Aufrufe in vielen in- und ausländischen neonazistischen Publikationen weisen auf sie hin und bezeichnen sie als „unterstützenswerte“ oder „befreundete“ Organisation.

FAP versucht Einfluß
auf die HNG zu ge-
winnen

Sie ist eine von ihrer Aufgabenstellung, der politischen Gefangenenhilfe, bestimmte Sammlungsgruppierung, in der sich neonazistische Aktivisten anderer Organisationen und Kreise zusammengefunden haben; sie verfügt auch über lebhaft Kontakte ins Ausland. Anhänger der verbotenen ANS/NA bzw. FAP-Angehörige beeinflussen die HNG nach wie vor. So ist der stellvertretende Organisationsleiter der „Bewegung“, *Heidel*, zugleich Schriftleiter der „Nachrichten der HNG“.

HNG zeigt ausländer-
feindliche Haltung

Die ausländerfeindliche Haltung der HNG wurde besonders durch das Engagement von Christa *Goerth* deutlich. Sie richtete im Zusammenhang mit der Tötung des Türken *Avci* durch Skinheads im Dezember 1985 in Hamburg einen Brief an die „Skinheads Hamburg“, in dem es heißt:

„Ihr seid als Skinheads nach dem Unglücksfall von Hamburg von der veröffentlichten Meinung gemein diffamiert worden und könnt dem sehr wenig entgegensetzen. Als Nationalisten sehen wir es deshalb als unsere Pflicht an, zu versuchen, Euch ein wenig zu unterstützen . . .“
(„Nachrichten der HNG“ Nr. 71, S. 8f.)

Entwicklung der NF
stagniert

4.4 „Nationalistische Front“ (NF)

Die im November 1985 gegründete, mehrere Dutzend Mitglieder umfassende NF hat ihr Vorhaben, in allen Bundesländern Fuß zu fassen, nicht realisieren können. Sie hat sich neben ihrem Gründungsstandort Bielefeld im wesentlichen nur noch in Berlin und Bremen etabliert; die Bremer ehemalige „Nationalrevolutionäre Arbeiterfront“ (NRAF) ist unter Aufgabe ihrer Eigenständigkeit korporativ der NF beigetreten. Die maßgebende Rolle spielt unverkennbar die Bielefelder Gruppe, deren Leiter, der Neonazi Meinolf

Schönborn (31), auch die Führungsaufgabe anstelle von *Bernhard Pauli* (42) übernommen zu haben scheint.

Die NF ist diejenige neonazistische Organisation, die am klarsten die historischen nationalrevolutionären Vorstellungen der linksnationalsozialistischen Brüder *Strasser* (vgl. Ziff. 1) zu ihrem politischen Programm erhoben hat. Ihr Grundsatzprogramm fordert die „antiimperialistische nationale Befreiung von fremder Macht und ihren deutschen Handlangern“⁵. Ausländerintegration ist für sie Völkermord⁶. Die von *Schönborn* herausgegebene Zeitschrift „Klartext“ ruft zum „totalen Widerstand“, Austritt aus dem „NATOD“, zur Unterstützung des „nationalistischen Freiheitskampfes“ auf und will die „Systembonzen zum Teufel“ schicken⁷. Die NF feierte *Ghaddafi* mit der Feststellung, es gebe „nur wenige couragierte Staaten wie Libyen, die dem Zionismus entschlossen entgegentreten“⁸.

Die Berliner NF-Gruppe ist von Skinheads durchsetzt. Ihr Anführer *Andreas Pohl* (26) gibt eine Schrift mit dem Titel „Wille und Weg“ heraus. Gegen die Herausgeber ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Verdachts der Volksverhetzung in Zusammenhang mit ausländischer Feindschaften gegen Türken. Die Berliner NF veranstaltete eine Demonstration zum 92. Geburtstag von *Rudolf Hess* und brachte ein Flugblatt heraus, in dem zu Spenden für die an der Tötung des Türken *Avci* (vgl. Ziff. 4.3) beteiligten und inzwischen zu hohen Freiheitsstrafen verurteilten Skinheads aufgerufen wird.

NF eindeutig auf „nationalrevolutionärem“ Kurs

Skinheads bilden Berliner NF-Gruppe

4.5 „Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund“ (ANV/VB)

Die von dem NPD-Funktionär *Peter Naumann* (34) geleitete ANV/VB führte am 21. Juni im Raum Butzbach (Wetteraukreis) erneut eine gut besuchte Sonnenwendfeier durch, an der Vertreter mehrerer rechtsextremistischer, insbesondere neonazistischer Organisationen teilnahmen. *Naumann*, der seine Anhänger systematisch schult, trat mit seinen Gesinnungsgenossen bei rechtsextremistischen Veranstaltungen im In- und Ausland auf, wo er für die ANV/VB warb.

Naumann verfolgt das Ziel, Deutschland von den angeblichen US-amerikanischen und fremdrassigen Einflüssen freizumachen. In einer Flugschrift bekundete er:

„Wir wollen nicht länger rasonieren und uns mit Lächerlichkeiten aufhalten! Wir wissen, daß es für unser Volk zwei Minuten vor zwölf ist. Deshalb heißt unsere Parole: Kämpfen und kämpfen lassen!“

ANV/VB kämpft gegen fremdrassige Einflüsse

4.6 „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP-AO)

Die NSDAP-AO, die über eine Vielzahl von „Stützpunkten“ im gesamten Bundesgebiet verfügt, agitierte auch 1986 mit Propagandamaterial, das sie in großen Mengen von ihrem „Propagandaleiter“ *Gary Rex Lauck* (33) aus Lincoln im US-Bundesstaat Nebraska

NSDAP-AO bezieht Propagandamaterial aus den USA

bezieht. Die sogenannten Stützpunkte bestehen zumeist aus Einzelpersonen, die Propagandamaterial per Post aus den USA erhalten und es in der Bundesrepublik Deutschland zu verbreiten suchen. Drucktechnische Schwierigkeiten in der „Propagandazentrale“ führten zu einem vorübergehenden Rückgang der Klebe- und Verteilaktionen und zu einer erheblichen Verzögerung der Herausgabe des NSDAP-AO-Organs „NS Kampftruf“, das erst im Juli nach rund anderthalbjähriger Unterbrechung wieder erschien. Deutsche NS-Aktivistinnen versuchten, die Versorgungslücke durch eigene Flugblätter zu schließen.

Im Januar und Februar verbreitete eine angebliche „Kreisleitung der NSDAP-Aufbauorganisation (NSDAP-AO) Wiesbaden“ eine Flug-schrift mit der Überschrift „Rassenmischung ist Völkermord“, die mit volksverhetzenden Parolen gegen die Anwesenheit von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland polemisierte. Ein angeblicher „NSDAP-AO Ortsbereich Lüdenscheid“ erklärte im April in dem Flugblatt „NS-Front“ „all den Unterdrückern Deutschlands den Krieg!“.

4.7 Neonazizentrum um Ernst Tag

Der NS-Aktivist Ernst *Tag* (40) aus Ludwigshafen/Rh. bemüht sich weiterhin, eine führende Rolle in der Neonaziszene zu spielen. So versuchte er in der ersten Jahreshälfte, die Haft Michael *Kühnens* dazu zu nutzen, dessen Anhänger auf seine Seite zu ziehen. Das Unternehmen schlug fehl; es kam zu heftigen gegenseitigen Beschimpfungen.

Das von *Tag* in Weidenthal (Landkreis Bad Dürkheim) erworbene dörfliche Anwesen will er zu einem „Zentrum und Hauptquartier der Nationalsozialistischen Bewegung“⁹ machen. Er erklärte, „unersforschliche Geschehnisse der Vorsehung“ (Flugblatt „Aktion Sauberes Deutschland“) hätten ihn in die Lage versetzt, das Anwesen zu kaufen.

Tag tritt auch als „Aktion Sauberes Deutschland“ (ASD) auf. Unter der Bezeichnung „Grüne Aktion Deutschland“ (GAD) vertreibt er darüber hinaus seine „Schulungsbriefe“.

4.8 Neonazikreis um Curt Müller

Das Gärtnerei-Anwesen des Ehepaares Curt und Ursula *Müller* (56/53) in Mainz-Gonsenheim blieb eine Anlauf- und Kommunikationsstelle für in- und ausländische Neonazis. Am 19./20. April (zu *Hitlers* Geburtstag) und am 21. Juni (zur Sommersonnenwende) fanden auf dem Grundstück größere Treffen statt. Die Polizei stellte dabei bis zu 200 Personen fest. Nach einem im Mai verübten – bislang ungeklärten – Brandanschlag, bei dem der als „Walhalla“ bezeichnete Versammlungsraum auf dem *Müller*-Anwesen zerstört wurde, riefen Gesinnungsgenossen aus dem In- und Ausland zu einer Spendenaktion auf.

Neonazizentrum soll
in der Pfalz eingerich-
tet werden

Anlauf- und Kommu-
nikationsstelle für in-
und ausländische
Neonazis in Mainz

Neonazistische Schriften

Widerstand
W
 -national-
 -radikal-
 -loyalistisch-
 -revolutionär-

Ausgabe 4
 März 1986
FAP
Nachrichten
 2. Jahrgang
 EINZELSTÜCK
 DM 1,-



Kampfblatt der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei

Bringen Ausländer Bürgerkrieg ?

Kampfblatt der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei



-NACHRICHTEN-
 - national - radikal - sozialistisch - revolutionär -

**** Ausgabe 6 / Oktober 1986 / 2. Jahrgang / Einzelstück DM 1,- ****

Deutschland ist kein Urwald —



Ausländer raus!

Millionen Fremdlige überfüllen Deutschland - Systempolitiker wieder total unfähig

Der Fackelträger
 für Freiheit - Recht und Ehre

Nr. 8
 Hilfswerk Manfred Roeder
 JULI 1986

Glaube und Gelöbnis



ZUSAMMENGESTELLT VON

Die Bauernschaft
 FÜR RECHT UND GERECHTIGKEIT
 Organ der „Bürger- und Bauerninitiative e.V.“
 Nr. 2/86
 Mai 1986

Deutsche Bürgerinitiative e.V.
 - weltweit -



Übertragungen bitte nur an:
 Postcheckkonto
 Raiffischbank
 Konto-Nr.

Manfred Roeder
 Hans Kießberg
 3579 Schwarzenborn/Knüll

in Österreich nur an: Manfred Roeder
 Oren: Postsparkasse Wien
 Konto-Nr.

Widerstand
W
Die Neue Front
 Nr. 37
 4. Jahrgang
 November 1986

Der Kampf



geht weiter!

Deutsche Bürger-Initiative
 Schriftenreihe
 Manfred Roeder
Ein Deutscher Winter
 Heft Nr. 5



**NACHRICHTEN
 DER
 HNG**

Der Schulungsbrief
 Nummer 12-12-86
 7. Jahrgang

Das zentrale Schulungsblatt der G.D. - Genossenschaft: HAN - Ernst Tag
 Heft Nr. 12 86 Nr. 12 November 1986 oder Nr. 12/86 Nr. 12
 4700 Weidenhof - Tel.: 04270-1411 oder 0421-297278

Dies ist eine Sonderausgabe des SCHULUNGSBRIEFES

**Demokratie -
 was ist das?**

Demokratie ist, daß Herr Michael Kühnen in der demokratischen bnd uns Deutschen als Nazi verschärft werden kann.

Grundsatzerweitert kommt zur Schlussfolgerung: Nationalsozialismus und Homosexualität sind vorerbaut!
 Michael Kühnen

"Herr Kühnen ist der beste Feind, den Deutschland je von seinen Feinden untergeschoben bekam."

Themen: Frey Muncht was vorfiter-
 zornmühenwiderstandigert bad hachschur
 nach bndh"Vidien: Augustin contra Quid-
 FriedhofUSA wlleren Freunde/Lehrerbräu

SPD-Vorsitzende Strauß in Gefahr! Horstmann
 antwortet nicht! Neue Reichspartei! Feinde
 der Bundeswehr! Spont-Zeitfragen

-12 x plus Zust. 25...
 Einzelpreis DM 1.50
 sfr. 1.50

DS Deutscher Standpunkt

Bedeutung der BBI
ging zurück

4.9 „Bürger- und Bauerninitiative“ (BBI)

Die BBI hat ihren Sitz von Mohrkirch (Schleswig-Holstein) nach Hannover verlegt. Sie macht fast nur noch durch den regelmäßigen Versand ihrer Publikation „Die Bauernschaft“ auf sich aufmerksam. Ihr Leiter und Verfasser der Broschüre „Die Ausschwitzlüge“, der Neonazi Thies *Christophersen* (68), der wegen neonazistischer Straftaten wiederholt vorbestraft ist und sich oft längere Zeit im Ausland aufhält, zählt aber nach wie vor zu den bekanntesten Propagandisten im neonazistischen Lager. Die Herausgabe und Verbreitung seiner Schriften führte erneut zu mehreren strafrechtlichen Verfahren.

DBI bedeutungslos

4.10 „Deutsche Bürgerinitiative“ (DBI)

Die DBI hat keine Bedeutung mehr. Ihr Leiter, der ehemalige Rechtsanwalt Manfred *Roeder* (57), der den „Freundeskreis“ 1971 gegründet hatte, sitzt seit Jahren im Gefängnis. Er war 1982 wegen Rädelsführerschaft in der terroristischen Vereinigung „Deutsche Aktionsgruppen“ zu 13 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Mit seinen in der Haft verfaßten Publikationen „Europäische Freiheitsbewegung“ und „Deutscher Jahrbuch“ versucht er mit immer weniger Erfolg, politisch auf seine ehemaligen Weggefährten einzuwirken. Seine Texte werden von seiner Ehefrau Gertraud, die seit seiner Festnahme die Geschäfte der DBI führt, herausgegeben. Daneben veranstaltet Frau *Roeder* regelmäßig Freundestreffen auf dem „Reichshof“ bei Schwarzenborn (Schwalm-Eder-Kreis), um den Zusammenhalt der Gesinnungsfreunde wenigstens einigermaßen aufrechtzuerhalten.

V. „Nationaldemokraten“

1. „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Ideologie der NPD
nicht mit dem Grund-
gesetz vereinbar

1.1 Zielsetzung

Der Disziplinarsenat des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG 1 D 103.84) entschied am 12. März, ein Beamter, der dem Präsidium der NPD angehöre und für seine Partei zu Bundes- und Landtagswahlen kandidiere, verletze seine politische Treuepflicht und müsse den Dienst quittieren. Die NPD vertrete „mit der Verfassung nicht zu vereinbarende ideologische Wertvorstellungen“ und bekämpfe die demokratischen Parteien in einer Weise, die „eine Übereinstimmung in der Methode der Nationalsozialisten im Umgang mit ihren Gegnern deutlich macht“. Die verfassungsfeindlichen Ziele der Partei ergäben sich nicht aus der Satzung oder dem Programm, sondern

vielmehr aus den „Worten und Taten“ ihrer Funktionäre und Presseorgane. Das Bundesverfassungsgericht nahm mit Beschluß vom 23. Juni (2 BvR 520/86) die Verfassungsbeschwerde des betroffenen NPD-Funktionärs nicht zur Entscheidung an. Es erklärte, die Wertung des BVerwG, die NPD verfolge verfassungsfeindliche Ziele, sei rechtmäßig. Die Verfassungsbeschwerde habe somit keine Aussicht auf Erfolg.

1.1.1 Die völkisch verstandene „nationale Solidargemeinschaft“ ist das Ziel der NPD¹⁰. Demgegenüber komme es in der derzeitigen Gesellschaft

„Nationale Solidargemeinschaft“ Ziel der NPD

„immer mehr zur Zerstörung der Familie, ja des Volkes in seiner Gesamtheit. Eine wirkliche Wende, die das Volk in den Mittelpunkt stellt und nur diesem verpflichtet ist, ist zum Überleben unseres Volkes und seine Zukunft dringend erforderlich, wir Nationaldemokraten sind dafür der Garant!“
(DSt 10/86, S. 4)

Das Parteiorgan „Deutsche Stimme“ (DSt) forderte eine

„Hinführung des deutschen Menschen zum Bewußtsein seiner sittlichen und völkischen Verantwortung für das Ganze!“
(DSt 4/86, S. 4)

1.1.2 Noch deutlicher von völkisch-rassistischen Vorstellungen geprägt sind die Äußerungen der NPD zum Asylrecht. So wartete die DSt vom September mit der Schlagzeile auf: „Schluß mit dem ‚Asyl-Mißbrauch! Deutschland muß das Land der Deutschen bleiben!‘“¹¹ Dazu wurde ein Foto, das farbige Ausländer zeigt, wie folgt kommentiert:

NPD agitiert gegen Asylanten

„Sie fallen in unser Land ein. Sie rauben und vergewaltigen. Sie zerstören unsere Jugend mit Rauschgift. Aber sie nennen sich Asylanten – und werden von den Opfern bezahlt. Solch einen Wahnsinn gibt es nur bei uns. – Merke: ‚Ist es Wahnsinn – hat es doch Methode!‘“
(DSt 9/86, S. 1)

Die eng mit der NPD verflochtene „Hessenliste für Ausländerstopp“ (HLA) stieß in ihrem Publikationsorgan „Die Parole“ in das gleiche Horn:

„Unser Volk ist aufgewühlt über die Skandalzustände im Asylantenunwesen . . . Wer nicht in einer afrikanisch-asiatischen Mischgesellschaft untergehen will, wurde der Einfachheit halber als Brutaler oder geistig Zurückgebliebener hingestellt.“
(„Die Parole“ 9/86, S. 3)

<p>NPD diffamiert politische Gegner</p>	<p>„In der millionenfachen Überfremdung von Volk und Land... sehen wir einen direkten Zusammenhang in bezug auf die von den Hintergrundmächten praktizierten Maßnahmen zur Dezimierung des Deutschen Volkes... Die Abwehr der Besetzung und Überfremdung, vor allem durch außereuropäische kulturfremde Ausländer, ist unser Hauptanliegen.“ („Die Parole“ 1/86, S. 2 und 4)</p> <p>1.1.3 Wie alle Extremisten diffamieren die „Nationaldemokraten“ demokratische Personen und Institutionen. Sie sprechen von einer „volksfeindlichen Politik der Bonner Parteien“¹², indem sie behaupten:</p> <p>„Man kann sich immer wieder aufs neue wundern, welche eigenartige Gedanken diese Politikomödianten entwickeln und diese dem Volk unterjubeln, um ihr total kriminelles Tun und Handeln zu vernebeln... diese verantwortungslosen Diener der Besatzungsmächte... was sind diese... doch für Volksverdummer und Hanswürste zugleich.“ („Stimmen der hessischen Nationaldemokraten“ August/86, S. 10)</p>
<p>„Nationaldemokraten“ streben Einparteiensstaat an</p>	<p>1.1.4 „Nationaldemokraten“ streben offenbar nach wie vor den Einparteiensstaat an. Ein „nationaldemokratischer“ Wahlkandidat forderte als sein politisches Ziel „die Ablösung aller in Bonn vertretenen Parteien durch die NPD“.¹³</p>
<p>Mitgliederzahl stagniert weiter</p>	<p>1.2 Mitgliederentwicklung Die Mitgliederzahl der NPD stagniert seit längerem bei etwa 6.100.</p>
<p>Finanzlage stabil</p>	<p>1.3 Finanzen Aufgrund der Wahlkampfkostenerstattung aus der Europawahl 1984 und der Vorauszahlungen für die nächste Wahl zum Europaparlament blieb die finanzielle Situation der NPD weitgehend stabil. Zur finanziellen Unterstützung des Bundestagswahlkampfes wurden „Wahlkampfmedaillen“ aus Silber mit der Prägung „Deutschland wird leben“ für 150 DM verkauft. Gleichzeitig wurden Spendenmarken für den Wahlkampf (10, 20 und 30 DM) herausgegeben.</p>
<p>Aktivitäten im Zeichen der Vorbereitungen zur Bundestagswahl 1987</p>	<p>1.4 Aktivitäten Das Jahr 1986 stand für die NPD ganz im Zeichen der Vorbereitungen für die Bundestagswahl am 25. Januar 1987. Alle Veranstaltungen waren auf dieses Ziel ausgerichtet. Das traditionelle „Deutschlandtreffen“ der Partei zum „Tag der Deutschen Einheit“ am 17. Juni wurde diesmal nicht als bundesweite Großveranstaltung durchgeführt. Die NPD-Mitglieder aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Berlin trafen sich vielmehr in Münster/Niedersachsen, die nordrhein-westfälischen</p>

Parteiangehörigen in ihrer Landesgeschäftsstelle in Bochum-Wattenscheid und die süddeutschen an drei Orten in Bayern, um an den Aufstand von 1953 in der DDR zu erinnern und gleichzeitig das NPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl zu verkünden.

Auf dem Bundesparteitag am 8. und 9. November im nordhessischen Willingen (Kreis Waldeck-Frankenberg) legte der Parteivorsitzende Martin *Mußnug* (50) vor rd. 900 Teilnehmern die Marschrichtung der Partei für die letzte Phase des Wahlkampfes fest. Er erklärte, es gelte nun, das offensichtlich große Potential der Nichtwähler durch massiven Einsatz von Plakaten und Flugblättern anzusprechen und für die Ideen der „Nationaldemokratie“ zu gewinnen.

In einem der NPD von einer Gönnerin überlassenen Ferienhaus in Oberitalien, das als Ausbildungszentrum dient, wurden mehrmals einwöchige Grundlehrgänge für NPD- und JN-Funktionäre durchgeführt.

Ausbildungszentrum
in Italien

1.5 Beteiligung an Wahlen

Die NPD beteiligte sich weder an der niedersächsischen Landtagswahl am 15. Juni noch an der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft am 9. November. Die Kommunalwahl in Niedersachsen und die bayerische Landtagswahl im Oktober wurden dagegen von der Parteiführung als Testwahlen für die Bundestagswahl 1987 angesehen. Alle Landesverbände waren aufgerufen, die betroffenen Verbände bei der Wahlkampfarbeit tatkräftig zu unterstützen.

1.5.1 Kommunalwahlen in Niedersachsen

Zu der niedersächsischen Kommunalwahl am 5. Oktober trat die NPD nur in sechs Landkreisen, in einer kreisfreien Stadt, sowie in einigen kleineren Gemeinden an. Sie erreichte Stimmenanteile zwischen 0,5 und 1,4 % und blieb ohne Mandat. Ihre bisherigen zwei Kreistags- und drei Gemeinderatssitze konnte sie nicht halten, so daß auf die NPD derzeit nur noch 11 Mandate in Vertretungen kommunaler Gebietskörperschaften im Bundesgebiet entfallen.

NPD bei Wahlen
erfolglos

1.5.2 Landtagswahl in Bayern

Die NPD, die in sämtlichen 105 Stimmkreisen zur Wahl am 12. Oktober antrat, erreichte 58.163 Erst- und Zweitstimmen (= 0,5 %) und mußte damit gegenüber 1982 (69.656 = 0,6 %) Verluste hinnehmen. Für die Partei war das Ergebnis eine Enttäuschung. Ihre Führung erklärte es indes zum „Ansporn, als authentische nationale Opposition kämpferisch den Bundestagswahlkampf zu bestreiten“. Nach Ansicht der NPD war das gute Abschneiden der „Republikaner“ (3,0 %) mitursächlich für ihren Mißerfolg.

1.5.3 Bundestagswahl 1987

Bereits im Dezember 1985 hatte die NPD mit der Nominierung von Direktkandidaten für die einzelnen Wahlkreise begonnen. Sie

Schwierigkeiten bei den Vorbereitungen auf die Bundestagswahl 1987

konnte ihr Vorhaben, in allen Wahlkreisen zu kandidieren, aber nicht verwirklichen; es gelang ihr nur in 172 der 248 Wahlkreise, die erforderlichen Unterstützungsunterschriften zu erreichen. *Mußnug* führte die Landesliste der bayerischen Nationaldemokraten an, nachdem er mit seiner Kandidatur für den Spitzenplatz in Nordrhein-Westfalen gescheitert war.

Der Wahlkampf stand unter dem Motto „Dein Herz für Deutschlands Zukunft“ – einer Abwandlung des bisherigen NPD-Slogans „Ein Herz für Deutschland“. Einen Schwerpunkt des „nationaldemokratischen“ Wahlprogramms bildete die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es stellt dazu fest, bei uns seien „fast genauso viele Arbeitsplätze von Ausländern besetzt, wie Deutsche arbeitslos“. Ein „Arbeitsplatzsicherungsgesetz“ müsse daher die bevorzugte Einstellung von Deutschen regeln. Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sollten die Milliarden verwendet werden, „die heute zur Finanzierung der EG, für fremde Truppen auf deutschem Boden, für sinnlose Entwicklungshilfeprojekte, zur Finanzierung von Massen-Arbeitslosigkeit und des Scheinasylantentums verschwendet werden“.

Dr. Frey unterstützt die NPD im Bundestagswahlkampf

Um die Heimatvertriebenen anzusprechen, wurden eine „Sudetenausgabe“ und eine allgemeine „Vertriebenenausgabe“ der DSt hergestellt. Die NPD wurde im Bundestagswahlkampf – wie schon im bayerischen Landtagswahlkampf – von dem Münchener Verleger Dr. Gerhard Frey (53) unterstützt. Dieser veröffentlichte seit August in seinen Wochenblättern „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ), „Deutscher Anzeiger“ (DA) und „Deutsche Wochen-Zeitung“ (DWZ) Interviews mit führenden NPD-Funktionären. Außerdem erschienen in diesen Publikationen seit Oktober Wahlaufrufe für die NPD.*

2. „Junge Nationaldemokraten“ (JN)

Mitgliederzahl der JN leicht gestiegen

2.1 Mitgliederentwicklung

Die JN konnten ihre Mitgliederzahl von rd. 550 auf rd. 600 steigern.

2.2 Innere Situation

In Schleswig-Holstein, wo – wie in Hamburg, Rheinland-Pfalz und im Saarland – kein JN-Landesverband besteht, ist man bemüht, einen solchen aufzubauen. Ein JN-Landesbeauftragter für Schleswig-Holstein, der die Gründung eines Landesverbandes vorbereiten soll, wurde benannt.

* Die NPD erhielt bei der Bundestagswahl vom 25. Januar 1987: 227.054 (= 0,6 %) Zweitstimmen (1983: 91.095 = 0,2 %). Sie kommt damit in den Genuß der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung.

Parolen der Nationaldemokraten

**Filz, Korruption,
Bereicherung, Skandale?**

Die „Demokratie“ braucht Nationaldemokraten!



1986: Nationale Sammlung tut not!

Für äußere und innere Freiheit!

Deutschland den Deutschen

Dein Herz
für
Deutschlands
Zukunft

Deutschland –
Aufmarschland



Wahltag ist Zahntag
Gegen Korruption und Staatsverschuldung
Gegen die undemokratische 5%-Sperrklausel
Keine Stimme den Etablierten!

NPD
Nationaldemokraten

Arbeitsplätze für Deutsche! NPD wählen!

Nationaldemokraten die Alternative
zu den Altparteien CDU - FDP - SPD.
Nationaldemokraten vertreten in
Bonn deutsche, statt amerikanische
Interessen!

Damit unser Land
deutsch bleibt **NPD**

Junge Nationaldemokraten (JN):
„Auch das Sudetenland
bleibt unser!“

**Von der Ganzheit
der Nation**

Ausländer fordern den
„Vielvölkerstaat Bundesrepublik“



Weniger Ausländer –

weniger Arbeitslosigkeit!

Verbindungen zur flämischen rechtsextremistischen Organisation „VOORPOST“

2.3 Aktivitäten

Vom 16. bis 19. März veranstalteten die JN zusammen mit der rechtsextremistischen flämischen Organisation „VOORPOST“ in Flandern das „7. Europäisch-Nationalistische Pfingstlager“. Neben politischen Vorträgen und Diskussionen wurden Ausflüge, Liederabende und Lagerfeuer durchgeführt.

Am 6. und 7. September fand in Harsefeld (Krs. Stade) der JN-Bundeskongreß unter dem Motto „Deutschlands Zukunft ist die Jugend“ statt. Im Vorfeld des Kongresses inszenierten die JN-Angehörigen einen Demonstrationzug durch Stade mit Abschlußkundgebung auf dem Marktplatz.

Auf dem anschließenden Kongreß traten neben dem JN-Bundesvorsitzenden Hermann *Lehmann* (36) der Vorsitzende des „VOORPOST“ und der NPD-Generalsekretär Walter *Seetzen* (70) als Redner auf.

3. „Nationaldemokratischer Hochschulbund“ (NHB)

NHB weitgehend inaktiv

Auch 1986 konnte der NHB seine organisatorische Struktur kaum ausbauen. Neben den bereits bestehenden kleinen Hochschulgruppen in München, Erlangen und Saarbrücken wurde lediglich in Köln/Wuppertal eine neue gegründet. Auf der 22. Bundesversammlung am 12. Dezember wurde der bisherige Vorsitzende Karl-Heinz *Sendbühler* (29) wiedergewählt.

Der NHB umfaßt z. Zt. etwas über 30 Mitglieder. Die Aktivitäten beschränkten sich auf die Veröffentlichung einer Ausgabe des „NHB-Report“, der nach einem Beschluß des NPD-Präsidiums vorläufig nicht mehr erscheinen soll.

VI. „National-Freiheitliche“

1. Zielsetzung

Anti-Asylanten-Kampagne

1.1 Die Anti-Asylanten-Kampagne der „national-freiheitlichen“ Presse, die 1986 mit großen Schlagzeilen im Vordergrund der Agitation des Münchener Verlegers Dr. *Frey* stand, wurde bereits oben (Kap. III.6) dargestellt.

Freys Zeitungen manipulieren die historische Wahrheit

1.2 Eines der Hauptanliegen der Zeitungen Dr. *Freys* ist es, die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg zu bestreiten:

„Die Kriegserklärung Englands an Deutschland bildete den Schlußstein. Angesichts so schwerer Schuld hat England sich für

immer mit dem Makel belastet, der Hauptschuldige am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zu sein.“

(DA 11/86, S. 4)

„...verdichtet sich namentlich in den USA die historisch nachweisbare Erkenntnis, daß der damalige US-Präsident F. D. Roosevelt spätestens ab 1937 einer der Haupttreiber an jenem Unglück gewesen ist, das die Welt mit etwa 50 Millionen Toten zu bezahlen hatte.“

(DA 40/86, S. 4)

1.3 Die nach der Behauptung der „National-Freiheitlichen“ von den Siegermächten nach dem Zweiten Weltkrieg eingeleitete „Umerziehung“ der Deutschen ist ein immer wieder behandeltes Thema in Dr. Freys Blättern:

„National-Freiheitliche“ polemisieren gegen „Umerziehung“

„Mit der Umerziehung wollten die Sieger nach 1945 das deutsche Volk auf psychologischem Wege in seiner geistig-seelischen Substanz nachteilig beeinflussen. Durch systematische Massenbeeinflussung ist es den Initiatoren der Umerziehung auch tatsächlich gelungen, daß die meisten Deutschen kollektiv alle Schuld freiwillig auf sich nehmen...“

(DA 20/86, S. 4)

„Das Übermaß an Selbstdemütigung und Nationalmasochismus, das die Rundfunk- und Fernsehanstalten und überhaupt die Massenmedien in Bundesdeutschland auszeichnet, kann niemandem auf der Welt imponieren.“

(DNZ 10/86, S. 3)

1.4 DNZ, DA und DWZ leisten weiterhin dem Antisemitismus Vorschub. So bezeichnen sie den jüdischen Friedens-Nobelpreisträger Elie Wiesel als „Erfinder des Wortes Holocaust“.

DNZ, DA, DWZ leisten Antisemitismus Vorschub

„Der Mann haßt Deutschland und die Deutschen abgrundtief... Seine Prämierung ist eine Beleidigung für das ganze deutsche Volk!“

(DWZ 44/86, S. 1)

2. „Deutsche Volksunion“ (DVU)

2.1 Die DVU ist mit über 12.000 Mitgliedern weiterhin die mitgliederstärkste rechtsextremistische Vereinigung. Ihr Vorsitzender Dr. Frey selbst gibt die Mitgliederzahl mit 16.000 an.

Mitgliederzahl bei der DVU in etwa konstant

Der im November 1984 als sechste „Aktionsgemeinschaft“ der DVU gegründete „Schutzbund für Leben und Umwelt“ wurde im Juli in „Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur“ unbenannt. Im November gründete Dr. Frey eine „Deutsche Volksliste“.* Diese

„Deutsche Volksliste“

* Die „Deutsche Volksliste“ wurde 1987 in „Deutsche Volksunion – Liste D“ unbenannt.

Partei, die an künftigen Landtagswahlen teilnehmen will, wurde von Dr. Frey als „rechte Alternative, auf die Deutschland wartet“¹⁴, angekündigt.

Dr. Frey setzt sich für NPD ein

2.2 In der zweiten Jahreshälfte kam es zu einer überraschenden Annäherung zwischen Dr. Frey und der NPD, die dieser jahrelang in seinen Zeitungen ignoriert hatte. Nach anfänglichen zögerlichen Kontakten empfahlen Dr. Freys Blätter erstmals vor der bayerischen Landtagswahl vom 12. Oktober die Wahl der NPD:

„Den klarsten Protest eines nationalen Wählers bei dieser Landtagswahl stellt ohne Zweifel die Stimmabgabe für die Nationaldemokratische Partei dar, unabhängig, ob man das NPD-Programm in allen Punkten für richtig hält oder nicht.“
(DNZ 41/86, S. 2)

Vor der Bundestagswahl sprach sich die DWZ noch deutlicher für die NPD aus:

„Die NPD empfiehlt sich als einzige rechte Alternative am 25. Januar. Gerade angesichts der sehr klaren und auch sehr drastischen Mehrheitsverhältnisse für die Mitte sind bei den bevorstehenden Wahlen Proteststimmen zugunsten der NPD notwendig und sinnvoll, um gegen eine Politik der nationalen Entwürdigung zu demonstrieren... Sicher ist, die Union braucht einen Denkkettel...“
(DWZ 49/86, S. 1)

DVU veranstaltet Vortragsserien mit David Irving

2.3 Zum Thema „Entrechtung des deutschen Volkes“ veranstaltete die DVU zwei Vortragsserien mit dem britischen Schriftsteller David Irving (48). Dabei kam es wiederholt zu Störungen durch politische Gegner, wodurch einige Vortragsveranstaltungen ausfallen mußten. Zum Teil mußte die Durchführung durch Gerichtsbeschlüsse sichergestellt werden.

Aus Anlaß des 17. Juni (Tag der Deutschen Einheit) veranstaltete die DVU am 15. Juni in Berlin eine Kundgebung mit Irving, der dabei sein neues Buch „Der Morgenthauplan – Entstehung und Hintergründe“ vorstellte.

Propagandistische Preisverleihungen

2.4 Im Laufe des Jahres verlieh Dr. Frey, neben dem „Andreas-Hofer-Preis des Deutschen Anzeigers“, zwei weitere mit jeweils 20.000 DM dotierte Preise:

Am 19. Januar vergab er in München den „Freiheitspreis der Deutschen National-Zeitung“ an den rechtsextremistischen Publizisten Waldemar Schütz (73). Dieser hatte zum 1. Januar 1986 seine „Deutsche Wochen-Zeitung“ an Dr. Frey verkauft; er blieb aber Mitherausgeber des Blattes.

Auf der Bundesversammlung der DVU-Aktionsgemeinschaft „Aktion deutsche Einheit“ (AKON) am 18. Oktober in Trier wurde das Redaktionsmitglied der DWZ und Ehrenmitglied der rechtsex-

Schlagzeilen der "Deutschen National-Zeitung", des
"Deutschen Anzeigers" und der "Deutschen Wochen-Zeitung"

Die Schuld am 2. Weltkrieg

Dokumente entlasten Deutschland / s. 6

Wird Hitler neu bewertet?

Wer trieb Hitler zum Krieg?

Was hinter den Kulissen geschah / Seite 4

Hitlers Schuld - Dichtung und Wahrheit

Anschlag auf Hitler: Was Attentäter wirklich wollten

Die Macht des jüdischen

Auf ewig für Hitler büßen?

Die Moral von Weizsäcker & Co

Weltkongresses

Deutsche und Juden: Sühne ohne Versöhnung?

Vergewaltigt, erschossen, erschlagen

Die ungesühnten Morde der Sieger

So folterten die Sieger
im Nürnberger Prozeß

Weizäckers Irrtum im Fall Rudolf Heß

Waren unsere Gefallenen
Helden oder Verbrecher?

War Nürnberger Prozeß Mord?

Von der Maas bis an die Memel

Wurde Heß zu Recht verurteilt?

Weizäckers
skandalöse
Rede

Büßen und zahlen für immer?

National-Zeitung
Deutscher Anzeiger

Deutsche Wochen-Zeitung

tremistischen „Gesellschaft für Freie Publizistik“ (GFP), Reinhard *Pozorny* (78), mit dem „Hans-Ulrich-Rudel-Preis“ ausgezeichnet.

3. Verlage

3.1 Der „Druckschriften- und Zeitungsverlag“ (DSZ-Verlag) Dr. *Freys* gibt seit dem 1. Januar 1986 neben den beiden Wochenzeitungen DNZ und DA auch die von *Schütz* erworbene DWZ heraus. In der Übernahmeanündigung schrieb Dr. *Frey*:

„Damit ist ein langgehegter Wunsch vieler Nationalgesinnter in Erfüllung gegangen. Konzentration der rechten Kräfte, Miteinander statt Nebeneinander . . . Wie bitter nötig diese Zusammenfassung der Kräfte ist, zeigen die Zustände in Deutschland drei Jahre nach der ‚Wende‘ überdeutlich.“
(DNZ 1/2/86, S. 3)

Durch die Übernahme festigte der DSZ-Verlag seine Position als führender rechtsextremistischer Zeitungsverlag. Die regelmäßige wöchentliche Auflage aller drei Zeitungen liegt bei mehr als 110.000 Exemplaren. Dr. *Frey* selbst spricht von 600.000 Exemplaren.

3.2 Der FZ-Verlag (jetzt: „Freiheitlicher Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH“, früher: „Freiheitlicher Zeitungsverlag GmbH“), der der Ehefrau Dr. *Freys* gehört, hat inzwischen einen zweiten Band des Buches „Prominente ohne Maske“ mit „1000 weiteren Lebensläufen bekannter Zeitgenossen“ auf den Markt gebracht. Dieser zweite Band soll – wie der erste 1984 erschienene – der „Entlarvung einstiger Nationalsozialisten, die uns Deutsche Umerziehungs-Moral lehren wollen“¹⁵, dienen.

VII. Sonstige rechtsextremistische Gruppen

Den Sicherheitsbehörden sind außer 23 neonazistischen, 6 „nationaldemokratischen“ und 2 „national-freiheitlichen“ noch 42 (1985: 39) sonstige rechtsextremistische Gruppen mit insgesamt etwa 3.150 (1985: 3.400) Mitgliedern bekannt. Zumeist handelt es sich um Klein- und Kleinstgruppen. Nur die folgenden sind erwähnenswert:

1. Kulturgruppen

1.1 „Gesellschaft für Freie Publizistik“ (GFP)

Die GFP ist die größte rechtsextremistische Kulturvereinigung. 1986 veranstaltete sie zwei gutbesuchte Treffen:

GFP größte rechtsextremistische Kulturvereinigung

Am 30. August fand in Balingen bei Tübingen aus Anlaß des 200. Todestages Friedrich des Großen eine Gedenkfeier statt, an der zwischen 350 und 400 Personen teilnahmen. In dem Einladungsschreiben hieß es:

„Seit 1960 gilt unser Kampf den Entstellungen in der deutschen Geschichtsbetrachtung, den unwahren Darstellungen der Ursachen beider Weltkriege und der Diffamierung des deutschen Soldatentums. Die Gesellschaft, ihre Organe und Mitglieder arbeiten ebenso gegen Kulturzersetzung in jeder Form, für die Selbstbestimmung unseres Volkes und die Wahrung seiner nationalen Identität.“

Unter dem Motto „Das Ende aller Freiheit – der Kampf um Unabhängigkeit und Selbstbehauptung“ führte die GFP vom 10. bis 12. Oktober in Kassel ihren Jahreskongreß durch. Die Veranstaltung wurde von ca. 300 Teilnehmern besucht. Vortragender war u. a. das Vorstandsmitglied des niedersächsischen Landesverbandes der NPD, Hans Michael *Fiedler* (43).

1.2 „Deutsche Kulturgemeinschaft“ (DKG)

Die DKG, die sich 1979 vom rechtsextremistischen „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG) abgespalten hat, veranstaltete vom 25. bis 27. April in Rotenburg-Mulmshorn an der Wümme die „Norddeutschen Kulturtage“. An der von rd. 150 Personen besuchten Tagung nahmen auch Angehörige anderer rechtsextremistischer Vereinigungen, z. B. der „Wiking-Jugend“ (WJ) und der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), teil. Der von der DKG abgespaltene „Arbeitskreis für Kultur und Politik“ führte vom 4. bis 6. April in Lüneburg zum zweitenmal das „Norddeutsche Forum“ durch. Unter der Leitung des ehemaligen Bundesführers des rechtsextremistischen „Bundes Heimattreuer Jugend“ (BHJ), Gernot *Mörig* (32), trafen sich während der drei Veranstaltungstage bis zu 200 Personen, darunter rd. 50 Angehörige des BHJ.

„Norddeutsche
Kulturtage“
und
„Norddeutsches
Forum“
gut besucht

2. Weitere Gruppen

2.1 „Die Deutsche Freiheitsbewegung“ (DDF)

Die DDF trat 1986 kaum durch Aktivitäten hervor. Ihr Gründer und derzeitiger Leiter Otto-Ernst *Remer** (74) vertritt einen nationalistischen Kurs und propagiert gleichzeitig eine Annäherung an die Sowjetunion, um dadurch die Schaffung eines wiedervereinigten „Deutschen Reiches“ in einem neutralistischen Europa zu erreichen. Das Landgericht Kempten verurteilte *Remer* am 26. November

DDF kaum aktiv

* *Remer* war als Kommandeur des Berliner Wachregiments an der Niederschlagung des Aufstandes vom 20. Juli 1944 gegen *Hitler* maßgeblich beteiligt. Nach dem Krieg war er Gründungsmitglied und Zweiter Vorsitzender der 1952 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP).

Remer zu Freiheitsstrafe verurteilt

wegen Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Freiheitsstrafe von drei Monaten, die zur Bewährung ausgesetzt wurde. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß er eine aus Frankreich stammende Videokassette mit dem Titel „Das Gaskammerproblem“ vertrieben hatte, in der die Existenz von Gaskammern zur Ermordung von Menschen während der NS-Diktatur in Deutschland angezweifelt wurde. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

GfbAEV kämpft gegen „Rassenmischung“

2.2 „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ (GfbAEV)

Die GfbAEV kämpft gegen die „Rassenmischung“. In einer Erklärung vom 4. Mai, die in mehreren rechtsextremistischen Zeitschriften abgedruckt wurde, stellt sie fest:

„... Abgesehen von den Belastungen für unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit muß ein verstärkter Zuzug zu verstärkter Rassenmischung führen, was angesichts der damit verbundenen vermehrten Krankheitshäufigkeit (Schizophrenie, Tuberkulose, Hüftgelenksluxationen u. a.) vom anthropologischen Standpunkt aus abzulehnen ist.“

(z. B. „Die Bauernschaft“ 3/86, S. 9)

„Freundeskreis“ gegen „Umerziehung“

2.3 „Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V.“

Der deutsch-österreichische „Freundeskreis“ schrieb in seiner Publikation „Huttenbriefe“ zum Thema „Umerziehung als Instrument der Unterwerfung“:

„Nun leben wir seit 41 Jahren im Sog dieser diabolischen Bestrebungen, das deutsche Volk in seiner Substanz zu dezimieren, es moralisch herabzuziehen und schließlich biologisch zu vermischen. Die Schuldpropaganda läuft unvermindert auf Hochtouren.“

(„Huttenbriefe“ 4/86, S. 7)

Zur Frage der Gewährung der deutschen Staatsangehörigkeit an Ausländer heißt es:

„... Nun zeigen sich die Folgen der Umerziehung, der Unmündigmachung eines ganzen Volkes, das alle Maßnahmen und Belastungen, die für das eigene Volk zu unerträglichen Dauerschäden führen müssen, ohne Widerstand hinnimmt... Aber jeder, der in Deutschland und auch anderswo im Machtbereich der Gehirnwäscher auf diese Naturgesetze hinweist, wird als Rassist oder Nazi verdammt.“

(„Huttenbriefe“ 4/86, S. 7f.)

VGP auf nationalistisch-neutralistischem Kurs

2.4 „Vereinigung für gesamtdeutsche Politik e.V.“ (VGP)

Die Aktivitäten der nationalistisch-neutralistisch ausgerichteten VGP erschöpften sich im wesentlichen in der Herausgabe der Schrift „Deutschland – Schrift für neue Ordnung“. Darin mahnt sie:

„Vergessen wir es nicht: Erfüllungsgehilfen finden die Siegermächte von damals in den Herrschenden in Bonn, von Adenauer bis Kohl. Noch heute betreiben sie eine auf Spaltung des deutschen Reiches und Zersetzung des deutschen Volkes gerichtete Politik im Dienste kapitalistischer und klerikaler Interessen . . .“ („Deutschland“ 5/6/86, S. 39)

Zur Judenverfolgung im „Dritten Reich“ heißt es:

„Die Juden Deutschlands und Europas haben durch den Krieg nicht mehr gelitten als alle anderen Bewohner der europäischen Staaten. Sie waren so wenig Opfer eines geplanten Genocids wie andere Völker. Sie hatten weder ein besonderes Schicksal, noch steht ihnen eine Sonderstellung unter den Völkern zu.“ („Deutschland“ 3/4/86, S. 29)

VIII. Jugendgruppen

1. Überblick

Es gibt 8 (1985: 10) rechtsextremistische Jugend- und Studentengruppen mit zusammen – wie 1985 – etwa 1.150 Mitgliedern. Davon haben nur die „Jungen Nationaldemokraten“ (vgl. Kap. V.2) und die „Wiking-Jugend“ (WJ) eine gewisse Bedeutung. Die Führer der WJ und der anderen nationalistischen Jugendgruppen sind durchweg überzeugte Rechtsextremisten. Dies gilt jedoch häufig nicht für die Mitglieder, die z. T. noch im Kindesalter sind. Viele dieser Jugendlichen fühlen sich weniger von den rechtsextremistischen Ideen angezogen als vielmehr von der Kameradschaft, den körperlichen Anforderungen und der Zelt- und Lagerfeuerromantik, die dort bewußt als Lockmittel eingesetzt werden, um die Jugendlichen dann politisch indoktrinieren zu können.

Führer der nationalistischen Jugendgruppen durchweg überzeugte Rechtsextremisten

2. Jugendliche Randgruppen

Die Versuche von Rechtsextremisten, Skinheads für ihre politische Arbeit zu gewinnen, blieben auch im Jahre 1986 überwiegend erfolglos. Es gibt jedoch etwa 200 Skinheads, die als Rechtsextremisten anzusehen sind. Sie traten durch das Verteilen von neonazistischem Werbematerial und Aufklebern, durch die Teilnahme an Schmier- und Klebeaktionen sowie an Veranstaltungen rechtsextremistischer Gruppen hervor.

200 rechtsextremistische Skinheads

Eine überwiegend aus Skinheads bestehende rechtsextremistische Gruppierung gibt es in Berlin: Unter Leitung des Skinheads Andreas Pohl (26) formierte sich die neonazistische Berliner Teilgruppe der „Nationalistischen Front“ (vgl. Kap. IV.4.4).

3. „Wiking-Jugend“ (WJ)

FAP setzt Zusammenarbeit mit WJ fort

Die seit 1984 bestehende Zusammenarbeit der WJ mit Anhängern und Aktivisten der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) wurde 1986 fortgesetzt. Mitglieder beider Gruppierungen nahmen wechselseitig an Veranstaltungen teil.

Weitere Radikalisierung der WJ

Die weitere Radikalisierung dieses Jugendverbandes verdeutlicht ein Aufruf des WJ-Bundesführers Wolfgang Nahrath (57):

„... daß die Zeit der ruhigen Entwicklung auch für die volkstreuen Jugendbünde vorbei ist. Wer sich nunmehr in dieser kämpferischen Gegenwart hinter den Rockschoßen bürgerlicher Betulichkeit verkriecht – und sich obendrein in läppischer Kritik ergeht – dem werde ich in Zukunft in harter Offenheit den Spiegel vor das Gesicht halten... Die alte Taktik: ‚Angriff ist die beste Verteidigung‘ mußte allerdings dafür aus der Schublade gezogen werden. Das sollten sich diejenigen hinter die Ohren schreiben, die glauben, mit weiblicher Duldungstaktik dieses Problem lösen zu können. Eintausend Polizisten mit entsprechenden Geräten waren in Stuttgart aufgeboten, um zu verhindern, daß 300 entschlossene junge volkstreuere Männer bereit dazu waren, den roten Chaoten einen Denktzettel zu verpassen.“ (Gemeint ist der Bundesparteitag der FAP)

Das bis 1985 jährlich an Silvester an der innerdeutschen Grenze in der Rhön veranstaltete „Mahnfeuer“, das 1985 erstmals verboten worden war, wurde auch 1986 vom Landrat in Fulda untersagt. Trotz des Verbotes versuchten zahlreiche WJ-Mitglieder und Neonazis, am 31. Dezember in Fulda zu demonstrieren. Das jeweils sofortige Eingreifen der Polizei bewirkte jedoch, daß die Demonstrationsteilnehmer sich immer wieder zerstreuten. Anschließend versammelte sich die WJ in einem Dorfgemeinschaftshaus in Schlüchtern (Main-Kinzig-Kreis). An diesem Treffen nahmen etwa 150 Personen teil, darunter zahlreiche Anhänger der verbotenen ANS/NA.

IX. Rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste

Die 47 organisationsunabhängigen Verlage und Vertriebsdienste (1985: 48) vertrieben auch 1986 große Mengen rechtsextremistischer Druckerzeugnisse.

1. Zeitungs- und Schriftenverlage

Zu den thematischen Schwerpunkten der rechtsextremistischen Publizistik zählen das Leugnen oder Verharmlosen von NS-Verbrechen, das Bestreiten der deutschen Kriegsschuld, die Verherrlichung von Führungspersonen des Dritten Reichs sowie die Veröffentlichung von Beiträgen mit ausländerfeindlichem oder antisemitischem Inhalt. Viele dieser Verlage verfügen auch über ein breitgefächertes Buchangebot. Die Zahl der organisationsunabhängigen rechtsextremistischen Zeitungs- und Schriftenverlage sank 1986 von 21 auf 19. Von ihren Erzeugnissen sind außer den „national-freiheitlichen“ Wochenblättern (vgl. Kap. VI.1) erwähnenswert:

1.1 „Nation Europa“ (NE)

Die in einer Auflage von etwa 10.000 Exemplaren erscheinende Monatsschrift „Nation Europa“ setzte ihre rassistische Agitation fort:

NE setzt rassistische Agitation fort

„Der einfache Weiße in Afrika hat seit Vorväterzeiten im täglichen Leben feststellen können, daß die Denk- und Charakterleistung der Neger und ihr ganzes Verhalten . . . weit unter dem liegt, was man für die nötigsten zivilisatorischen Bedürfnisse erwarten muß.“
(NE 1/2/86, S. 51)

„Sagen Sie ruhig laut und deutlich, daß uns die Europäer näher stehen als die Massen aus Afrika und Asien, die außer in ihrer kaninchenhaften Vermehrung zu jeder anderen Leistung offenbar unfähig sind.“
(NE 9/86, S. 44)

„Keine Wohnung, kein Zimmer darf Asylbewerbern aus Sri Lanka, Pakistan, Jordanien, Persien, Ghana usw. zu Verfügung gestellt werden . . . Nahrungsmittel, Kleidung und dergleichen dürfen an Wirtschaftsflüchtige nicht verkauft werden . . .“
(NE 9/86, S. 44)

NE empfahl, zur Bundestagswahl die NPD, die „Republikaner“ oder die „Ökologisch-Demokratische Partei“ (ÖDP) zu wählen. Sie ließ den NPD-Generalsekretär *Seetzen* in breiter Form für seine Partei werben¹⁶.

Wahlempfehlung für die NPD

Antisemitismus und
Nationalsozialismus
in „Diagnosen“

1.2 „Deutsche Monatshefte“ (DM)

Die in einer Auflage von rd. 5.000 Exemplaren erscheinenden Monatshefte bezeichneten *Hitler* als

„einen militärischen Führer von technischem Weitblick und operativer Begabung.“
(DM 1/86, S. 35)

1.3 „Diagnosen“

Die im Stil eines Nachrichtenmagazins in einer Auflage von mehreren tausend Exemplaren erscheinende Monatsschrift schürte den Antisemitismus und verherrlichte den Nationalsozialismus. Sowohl die englische als auch die französische, russische und spanische Revolution seien „das Werk des internationalen Judentums gewesen“¹⁷. „Adolf Hitler und seine Gruppe, die Nationalsozialistische Partei Deutschlands“ hätten „die Antriebskraft des Weltjudentums erkannt“¹⁸.

Gegen den Herausgeber der Schrift verhängte das Amtsgericht Leonberg im September einen noch nicht rechtskräftigen Strafbefehl über 100 Tagessätze zu je 50 DM wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung (§§ 86a, 130 Ziffer 1 und 3 StGB). In der Zeitschrift waren Abbildungen von Adolf *Hitler* mit Hakenkreuzarmbinde und dem sog. „deutschen Gruß“ veröffentlicht worden, ohne daß ein Zusammenhang mit zeitgeschichtlicher Berichterstattung oder publizistisch-staatsbürgerlicher Aufklärung ersichtlich war.

DGG bezweifelt Gas-
kammermorde

1.4 „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG)

Die im „Grabert-Verlag“ erscheinende Vierteljahresschrift DGG, deren Auflage etwa 3.000 Exemplare umfaßt, zweifelte die Massensterbe an Juden im „Dritten Reich“ an:

„Immer noch fehlt eine gründliche und unvoreingenommene Untersuchung darüber, was mit den nach Osten deportierten Juden überhaupt geschehen ist. Insonderheit die behaupteten Gaskammermorde sind, wie zahlreiche revisionistische Arbeiten längst aufgedeckt haben, in mehr als einer Hinsicht fragwürdig.“
(DGG 1/86, S. 12/13)

Seit einem Brandanschlag auf das Verlagsgebäude im Juli, der großen Schaden hervorrief, sieht sich der Verlag

„als Opfer in der vordersten Front des geistigen Kampfes um die geschichtliche Wahrheit und gegen die Überfremdung Deutschlands...“
(DGG 3/86, S. 44)

1.5 „Mensch und Maß“

Die Monatsschrift, die regelmäßig die Veranstaltungshinweise des „Bundes für Gotterkenntnis“ (BfG) veröffentlicht, beteiligte sich u. a. daran, Fremdenhaß zu schüren:

Fremdenhaß in
Schrift der LUDEN-
DORFFIANER

„Die aus der Not ums Überleben und aus der Not der Unfreiheit aufgezwungene Asylsuche ist zum Asylantentum pervertiert. Das Asylantentum stellt sich als internationaler Sozialparasitismus dar. Dabei ist ein Teil der Asylantenschar insoweit schlecht an die parasitäre Daseinsform angepaßt, als diese Asylanten ihre bewirtenden Gastgeber zum eigenen Nachteil schlimm schikanieren, Wohnräume verwüsten, Essen vernichten, randalieren usw.“ („Mensch und Maß“, 11/86, S. 512)

2. Buchverlage und Vertriebsdienste

Die Anzahl der organisationsunabhängigen Buchverlage und Vertriebsdienste, die rechtsextremistische Literatur anbieten, blieb 1986 gegenüber dem Vorjahr mit 27 unverändert.

Neben rechtsextremistischer Literatur bieten einige Vertriebsdienste auch Schallplatten, Musikkassetten und Filme mit Aufzeichnungen von Veranstaltungen und Reden der „Führungspersonlichkeiten“ der NS-Zeit an.

X. Verbindungen zum ausländischen Rechts- extremismus

1. Internationaler Neuer Nationalsozialismus

Innerhalb des internationalen Rechtsextremismus kam 1986 den Verbindungen deutscher Neonazis nach Frankreich, Österreich und Belgien besondere Bedeutung zu.

Ein Kristallisationspunkt dieser Zusammenarbeit ist die „Europäische Bewegung“ (EB), die der französische Neonazi und Aktivist der „Faisceaux Nationalistes Européens“ (F.N.E.), Michel *Caignet* (32), initiierte. Seit Ende August 1985 treffen sich unter dieser Bezeichnung westeuropäische Neonaziführer. Nach dem „1. Führerthing“ in Paris am 31. August 1985 fand das „2. Europäische Führerthing“ vom

Verbindungen von
Neonazis nach Frank-
reich, Österreich und
Belgien haben beson-
dere Bedeutung

Europäische Bewe-
gung Kristallisations-
punkt der Zusam-
menarbeit

Caignet seiner Ämter
enthoben

28. bis 31. März mit Unterstützung der britischen „National Action Party“ (NAP) in der Nähe von London statt. Im Gegensatz zur ersten Veranstaltung fanden sich nur Aktivisten aus Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden zusammen.

Im Sommer wurde *Caignet* seiner Ämter enthoben und zu seinem vorläufigen Nachfolger der belgische Neonazi *Jimmy Bosmans* (37) bestimmt. Dieser gibt die Schrift „Euro-Forum“ als „Zentralorgan der EB“ heraus. Vom 18. bis 21. September führte die EB ein drittes „Führerthing“ in Belgien durch, an dem erstmals auch dänische Neonazis teilnahmen. Ob *Bosmans* in der Lage ist, die in letzter Zeit nachlassenden Aktivitäten der EB wieder zu steigern, bleibt abzuwarten.

Die EB verfaßte im April einen gemeinsamen Brief zur Unterstützung von Oberst *Ghaddafi* „in seinem Kampf gegen die zionistische Pest“¹⁹.

Aus den USA eingeschleuste Propagandaschriften stellten wiederum eine beachtliche Hilfe für die politischen Aktionen der deutschen Neonazis dar.

Vermehrt zeigen sich auch im internationalen Rechtsextremismus nationalrevolutionäre Strömungen mit „sozialistischen“ und „antiimperialistischen“ Ausprägungen (vgl. oben IV.1).

2. Frankreich

NPD an Kontakten
mit der französischen
FN interessiert

Die „Front National“ (FN) des Jean-Marie *Le Pen* (58) dient nach ihrem Erfolg bei der Wahl zur französischen Nationalversammlung am 16. März (9,65 % der Stimmen) vielen deutschen Rechtsextremisten als großes Vorbild für ihre eigenen Bemühungen. Mehrere Vertreter der FN, darunter ein Abgeordneter eines Regionalparlaments, nahmen nach anfänglichem Zögern an Veranstaltungen der NPD teil und sprachen sich für ein künftiges Zusammenwirken beider Parteien aus.

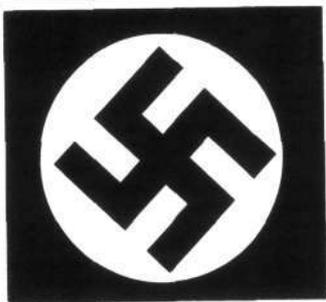
3. Großbritannien

Zusammenarbeit mit
Britten verstärkt

Mit der Einbindung der von *Kevin Randall* (25) geleiteten neonazistischen „National Action Party“ (NAP) in die EB wurde die Zusammenarbeit zwischen deutschen und britischen Neonazis gestärkt. In ihrer Publikation „National Action“, die auch im Bundesgebiet verbreitet wird, forderte die NAP „Freiheit für Michael KÜHNEN“. *Kühnen* werde als

„politischer Gefangener . . . im ‚demokratischen‘ Westdeutschland festgehalten, weil er es wagte, die Wahrheit zu sagen!“
(„National Action“ Nr. 67, S. 1)

Neonazistische Agitation aus dem Ausland



Schluss mit den Besatzungszuständen!
**NS-VERBOT
 AUFHEBEN!**

NSDAP-AO
 Box 6414, Lincoln, NE 68506 USA

**Freedom for
 Michael
 Kühnen**



Michael Kühnen

Gedenke dem 9. November
 1923!



Sie starben damit Deutschland
 lebe!

Und Ihr habt doch gesiegt!



**TROTZ
 VERBOT-
 NICHT
 TOT!**

NSDAP-AO
 Box 6414, Lincoln, NE 68506 USA

EIN TABU THEMA:
WOHIN TREIBT UNSER VOLK
ohne Erbgesundheitspflege?



**KAUFT NICHT
 BEI JUDEN!**

NSDAP-AO Box 6414,
 Lincoln, NE 68506 USA



El "tren de Hitler"

**Schluß mit
 der Fremdherrschaft!**
Dieses Land ist unser Land.

Deutschland ist durch Nazion, Stalinschicht und Mann brutal zerstört. Ausländer aus
 aller Welt können sich in der BRD niederlassen, doch Deutsche dürfen nicht aus
 Deutschland nach Deutschland
 Fremde, Waffenschmuggler und gar ein Wille des Irken in unserer Heimat auf
 gefahrt und sind ihre gegenseitige Vernichtungsstrategie. Die Folgewerke des
 deutschen Landes sind durch die Schwandkate von 1945 an der Verwundung
 gewaltam gesteuert. So, "sozialist" und "am"
 Wir sind nicht länger bereit, die Verwundung unseres Volkes durch die Sieger von
 1945 herzuführen!

Wir fordern den Abzug aller fremden Truppen aus Ost und West, den Abbau aller
 fremden Vermehrungspunkten in Deutschland, den Austritt aus allen Bündnissen, die
 gegen Freiheit und Selbstbestimmung unseres Volkes geschlossen sind

- Fremde Truppen raus aus Deutschland.
- Alle Ausländer heim.
- Schutz des Lebens statt des Kapitals.
- Gegen Mietwucher und Spekulation.

**Damit aus
 diesem
 Land wieder
 Deutschland
 wird.**

Deutscher steh auf!
 Komm zu uns.

VERKLEIST UND BESTELLT:
 "SIEG"
 Postfach
 A-6911 Lochau

504 73



**Rudolf Hess:
 la represión
 del Honor**



REMEMBER
 each passing day
 RUDOLF HESS

Erneut Rechtsextremistentreffen in Flandern

Enge Verbindungen zwischen JN und „VOORPOST“

Exekutivmaßnahmen gegen Versand neonazistischer Schriften aus Österreich

4. Belgien

Das flämische Volkstumstreffen „Ijzerbedevaart“ in Diksmuide/Belgien wurde auch 1986 von westeuropäischen Rechtsextremisten zum Meinungsaustausch und zur Kontaktpflege genutzt. Die stärksten Gruppen unter den etwa 100 bis 120 deutschen Teilnehmern stellten die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), die „Wiking-Jugend“ (WJ) und die „Nationalistische Front“ (NF). Unter den Teilnehmern befanden sich auch zahlreiche Skinheads.

Besonders enge Verbindungen bestehen zwischen den JN und der belgischen „VOORPOST“, die seit Jahren gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen durchführen. Am 4. Oktober demonstrierten Aktivisten von NPD, JN und „VOORPOST“ gemeinsam vor dem Sektorenübergang Berlin-Kreuzberg (Checkpoint-Charlie) gegen die NPD gerichteten „willkürlichen Freiheitsbeschränkungen“ in Berlin-West durch die alliierte Kommandantur Berlin. Sie verteilten anschließend in Berlin-Charlottenburg Flugblätter, in denen u. a. die „Integration der Ausländer in Deutschland“ als „Verbrechen“ bezeichnet wurde.

5. Österreich

Auch 1986 kam es zu mehreren Treffen zwischen deutschen und österreichischen Rechtsextremisten. Wie schon im Vorjahr nahmen viele österreichische Gesinnungsgenossen an der Großkundgebung der „Deutschen Volksunion“ (DVU) im August in Passau teil. Die „Bewegung“ der Anhänger der verbotenen ANS/NA gab im Sommer bekannt, daß nun auch in der „Ostmark“ ein „Gausekretär“ eingesetzt worden sei²⁰.

Die monatlich erscheinende Schrift „SIEG-AJ-Press-Dienst“ des österreichischen Rechtsextremisten Walter *Ochensberger* (45) wurde trotz wiederholter Beschlagnahmungen durch die Staatsanwaltschaft Feldkirch (Österreich) in der Bundesrepublik Deutschland weiter verbreitet. Die österreichischen Exekutivmaßnahmen erfolgten u. a. wegen der Wiedergabe einiger Passagen einer „wissenschaftlichen“ Arbeit, derzufolge es „legitime Gründe gibt, es zu verneinen, daß es Gaskammern gegeben hat“²¹.

Der auch im Bundesgebiet kursierende und durch Gewaltandrohung gegen Politiker hervorgetretene „Österreichische Beobachter – Kampfblatt der NSDAP (Hitlerbewegung) in Österreich“ setzte seine antisemitische Hetze fort.

6. Schweiz

Die neonazistische „Europäische Neu-Ordnung“ (ENO) mit Sitz in Lausanne strebt seit Jahren den Zusammenschluß aller „nationalen-

Neonazistische Schriften aus dem Ausland

CEFALE
1984 FRENCH EDITION
DIRECTED BY
JULIENNE THOMAS

GROSS. RAZA Y NACIONAL SOCIALISMO
RAZA: LO QUE DICEN LOS CIENTIFICOS

EUROPA Y LAS RAZAS DE COLOR
TERRE BLANCHE: SURAFRICA PARA LOS BLANCOS

SIEG
ohne KEIN EUROPA
DEUTSCHE EINWEIT!

Nationaler Freiheitskampf!
US & SU raus aus Deutschland...

Jugend für Deutschland

NOTRE EUROPE
COMBATTANTE
Directeur de la publication:
Claude DOMINO

537 rue de l'actuelle
Rue de FESQ

JUIN 86 N° 15

SOLSTICE 1986

the NEW ORDER

NUMBER 64 SEPTEMBER/OCTOBER 1986 (87) \$1.00

WEERWOLF

White Power

DIE NEUE ZEIT
MAI 86-87 3. JAHGANG

Zentralorgan der AKTIONSFREONT NATIONALER SOZIALISTEN - A.O.

NR. 13 2. DM

WEERWOLF
STROMBLAD VAN HET
ANS DER NEDERLANDEN

HOLOCAUST - HOLOCASDA

30. Folge/ 6. Jahrgang
Erachtet im Untergrund

Osterreichischer Beobachter

Kampfblatt der NSDAP (Hitlerbewegung) in Osterreich
März/April 1986 (96. Jahr des Fünfers)

Die Rache ist mein,
ich will vergelten!

NIEDER MIT ZIONISMUS UND REAKTION!

euro-forum

Vollständig von der Deutschen Bewegung
Publikation of the European Movement
Distribution by Newsletter Services
Distributors: see Distribution list

ES LASST KÜHNEN FREI

SAMISDAT
TROTZ VERBOT NICHT TOT!

14. Mai 1986. Rundbrief Nr. 74.

NS KAMPFRUF

Eine Zeitenwende

AN MEINE FREUNDE: PRIVAT UND VERTRAULICH!

ENO strebt Zusammenschluß aller „nationaleuropäischen Kräfte“ an

europäischen Kräfte“ an. Ihre Aktivitäten beschränkten sich 1986 im wesentlichen auf die Herausgabe der Schrift „Courier du Continent“. Die auch im Bundesgebiet verbreitete rechtsextremistische Schrift „Eidgenoss – Informationsblatt zur eidgenössischen und europäischen Besinnung“ erklärte, die „jüdischen Holocaust-Zahlen“ widersprächen „offiziellen Zahlen und Berichten von Zeitzeugen“. „Der einzige und grauenvollste Holocaust“ habe sich „unter den englischen und amerikanischen Bomben in den deutschen Städten“ abgespielt²².

7. Spanien

Deutsche Ausgabe der spanischen CEDADE

Wie in den Vorjahren bestanden Kontakte zwischen dem spanischen neonazistischen „Circulo Espanol de Amigos de Europa“ (CEDADE) mit Sitz in Barcelona und deutschen Rechtsextremisten, vorwiegend Mitgliedern der WJ und der FAP. Umfangreiches neonazistisches Propagandamaterial des CEDADE, wie Bücher, Plakate, Fahnen, Embleme und insbesondere dessen Zeitschrift „CEDADE“, in der das „Dritte Reich“ glorifiziert wird, wurden wiederum auch im Bundesgebiet verbreitet. 1986 wurde erstmals eine deutsche Ausgabe von „CEDADE“ bekannt.

An den Kundgebungen spanischer Rechtsextremisten zum Todestage *Francos* nahmen am 20. November in Madrid auch deutsche Rechtsextremisten teil.

8. Nordamerika

„NS-Kampfruf“ aus den USA wieder erschienen

Deutsche NS-Aktivisten wurden auch 1986 durch neonazistische Propagandazentren in Nordamerika unterstützt. Der „Propagandaleiter“ der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP-AO), Gary Rex *Lauck* (33) in Lincoln im US-Bundesstaat Nebraska (vgl. Kap. IV.4.6), brachte seit Juli nach über einjähriger Pause wieder Ausgaben des deutschsprachigen „NS-Kampfrufs“ und der englischsprachigen neonazistischen Schrift „The New Order“ heraus. Erstmals seit Jahren veröffentlichte der „NS-Kampfruf“ wieder die „Gefangenenliste“ einsitzender in- und ausländischer Rechtsextremisten. Breiten Raum in dem Blatt nahm der bereits 1983 begonnene Abdruck des von Michael *Kühnen* in der Haft verfaßten Buchmanuskriptes „Die Zweite Revolution“ ein. Der „Kampfruf“ agitierte in scharfer Form gegen die demokratische Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland:

„Die Demokratie ist am Ende. Den aufgeblasenen Unrechtsstaat heißt es aufstechen wie einen Abszeß, denn er führt zu totaler Vergiftung. Wer die Kraft dazu hat, bekämpfe ihn mit allen

illegalen Mitteln . . . Wir müssen lernen, auf Verbote zu spucken, zu treten, sie zu hintergehen.“
(„NS-Kampfruf“ Nr. 62, S. 2)

Als weitere amerikanische Neonazischrift wurde das von Matthias *Koehl* (41) in Arlington/Virginia herausgegebene „NS-Bulletin“ im Bundesgebiet verteilt. *Koehl*, Leiter der neonazistischen Organisationen „New Order“ und „World Union of National Socialists“ (WUNS), bot in seinem Verlag „NS Publications“ u. a. *Hitlers* „Mein Kampf“ und *Christophersens* „Auschwitz: Truth or Lie“ an. Im Frühjahr nahm *Koehl* an einer Veranstaltung der BBI auf der Insel Helgoland teil und referierte zum Thema: „Warum wir Amerikaner noch Adolf Hitler verehren“. Auch der in Toronto/Kanada ansässige deutsche Neonazi Ernst *Zündel* (47) setzte 1986 über seinen Verlag „Samisdat Publishers Ltd.“ seine propagandistischen Aktivitäten fort. In seinen „Samisdat-Rundbriefen“ schrieb er u. a.:

„Die Umerzieher müssen neutralisiert werden. Wir können (den) normalen Zustand gesunder Rassen und Völker nur wieder . . . erlangen, wenn wir uns von all dem Dreck befreien, den die Umerzieher, d. h. die Sieger von einst, die Knechte und Handlanger der Besatzungsmächte . . . auf alles Deutsche geworfen haben.“
(„Samisdat-Rundbrief“ Nr. 73, S. 3)

Weiteres Propaganda-
material aus Nord-
amerika

XI. Deutscher rechtsextremistischer Terrorismus*

1. Gewalttaten

1.1 1986 wurden ein Sprengstoff- und ein Brandanschlag begangen, bei denen ein rechtsterroristischer Hintergrund angenommen werden kann (1985: 5 Gewaltakte). Dafür sprechen die Diktion der entsprechenden Selbstbeichtigungsschreiben sowie die Auswahl der Zielobjekte.

Des Sprengstoffanschlags auf die Berliner Mauer am 28. Juli bezichtigten sich eine bisher unbekannte „Demokratische prodeutsche Aktion“ sowie eine „Volksfront für die Nationale Erhebung“.

Zu einem Brandanschlag auf ein Gebäude des alliierten Militärgefängnisses in Berlin-Spandau, der infolge der Verpuffung von Gasen

Gewalttaten mit terroristischem Einschlag weiter rückläufig

* Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

eine explosionsartige Wirkung hatte, ging eine Selbstbezeichnung eines bisher unbekanntes „Befreiungskommandos Rudolf Hess“ ein. Bereits Anfang Oktober war in einem Drohschreiben eines ebenfalls unbekanntes „Sprengkommandos Weiße Wolke“ ein Anschlag auf das Spandauer Gefängnis angekündigt worden, falls Rudolf Hess nicht bis zum 24. Oktober freigelassen werde.

Beide angeblichen Gruppierungen kündigten weitere Aktionen an. In den letzten Jahren hatten militante neonazistische Kreise wiederholt auch Gewaltakte zur Befreiung von Hess erörtert.

Fahndung nach Udo Albrecht intensiviert

1.2 Die Fahndung nach dem mit internationalem Haftbefehl gesuchten deutschen rechtsextremistischen und allgemein kriminellen Gewalttäter Udo Albrecht (46) wurde intensiviert. Albrecht beging bis zu seiner Flucht in die DDR im Juli 1981 zahlreiche, z. T. politisch motivierte, schwere Straftaten, u. a. Bankraub und Geiselnahme. Aufgrund seiner vielfältigen Kontakte zu ausländischen, insbesondere palästinensischen Terrorgruppen muß davon ausgegangen werden, daß sich Albrecht vorwiegend im Nahen Osten aufhält.

Rechtsextremisten im Libanon

Eine Reihe von Hinweisen deutet darauf hin, daß sich einige weitere deutsche Rechtsextremisten bei militanten Palästinensern im Libanon aufhalten.

Gewaltaufrufe durch ausländische Blätter

1.3 Propagandistische Unterstützung aus dem Ausland erfolgte u. a. durch die deutschsprachigen Neonazischriften „Die Neue Zeit“ aus Frankreich und „NS-Kampfruf“ aus den USA. Die in Frankreich erscheinende Schrift rief zu massiven Gewaltaktionen für den Fall des Ablebens von Hess auf²³; die amerikanische forderte, den „aufgeblasenen Unrechtsstaat“ ... „mit allen illegalen Mitteln“ zu bekämpfen²⁴.

2. Verurteilungen

Hohe Freiheitsstrafe gegen WSG-Hoffmann

Das Landgericht Nürnberg-Fürth verurteilte am 30. Juni nach fast zweijähriger Verhandlungsdauer den Leiter der im Januar 1980 durch den Bundesminister des Innern verbotenen „Wehrsportgruppe HOFFMANN“ (WSG), Karl-Heinz Hoffmann (49), u. a. wegen Geldfälschung, Freiheitsberaubung, gefährlicher Körperverletzung und Vergehen gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz zu einer Freiheitsstrafe von 9 Jahren und 6 Monaten. Das Gericht sah ihn für schuldig an, u. a. im Jahre 1980 im Libanon WSG-Angehörige gefangen gehalten und mißhandelt zu haben. Als besonders schweren Fall hob das Gericht die Mißhandlung eines WSG-Mitgliedes hervor, das vermutlich an den Folgen der Folterungen starb. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Weitere Verurteilungen gegen ehemalige WSG-Mitglieder

Vier weitere Anhänger der „WSG-Libanon“ wurden zu Freiheitsstrafen zwischen 15 Monaten und 3 Jahren u. a. wegen gefährlicher Körperverletzung und Nötigung verurteilt. Die Verurteilten wurden

für schuldig befunden, an Folterungen des später verstorbenen WSG-Mitgliedes beteiligt gewesen zu sein. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Das Landgericht Freiburg verurteilte am 9. September den Freiburger Rechtsextremisten Gerhard *Ratzel* (63) wegen zweier Verstöße gegen das Sprengstoffgesetz in Tateinheit mit Beihilfe zum Herbeiführen von Sprengstoffexplosionen und zur Zerstörung von Bauwerken zu einer Freiheitsstrafe von 18 Monaten, die auf zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurde; das Urteil ist rechtskräftig. *Ratzel* hatte 1980/81 Mitgliedern der elsässischen Autonomiebewegung „Schwarze Wölfe“ eine größere Menge Sprengstoff und Zünder überlassen, womit diese insgesamt drei Anschläge auf das Turenne-Denkmal in Türkheim (Elsaß) und auf das Lothringer Kreuz in Sasbach (Elsaß) verübt hatten.

Am 6. November verurteilte das Appellationsgericht Paris den im April 1985 im Zusammenhang mit geplanten militanten Aktivitäten der palästinensischen „Palestine Liberation Front“ (PLF) in Paris festgenommenen deutschen Rechtsterroristen Odfried *Hepp* (28) in einem Berufungsverfahren wegen des Besitzes von gefälschten Pässen zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren; gleichzeitig wurde *Hepp* mit einem Aufenthaltsverbot von 5 Jahren für Frankreich belegt. Im Oktober hatte die französische Justiz die Auslieferung *Hepps* an die Bundesrepublik Deutschland erneut befürwortet.*

Lieferant von Sprengstoff verurteilt

Rechtsterrorist Hepp in Paris zu 2 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt

XII. Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund

1. Überblick

1986 wurden insgesamt 1.281 Gesetzesverletzungen** mit rechtsextremistischem Hintergrund (1985: 1.754), davon 71 Gewaltakte (77), erfaßt.

* Am 29. Januar 1987 wurde *Hepp* der deutschen Polizei überstellt und dem Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe zur Eröffnung des Haftbefehls mit den Tatvorwürfen: 5 Raubüberfälle und Bildung einer kriminellen Vereinigung, überstellt.

** Gesetzesverletzungen in diesem Sinne sind Straftaten, einschließlich strafbarer Versuchshandlungen und Ordnungswidrigkeiten z. B. Terrorakte, Gewaltandrohungen, der unberechtigte Besitz von Waffen, Munition und Sprengstoff, das Verbreiten von Propagandamitteln und das Verwenden von Kennzeichen nationalsozialistischer Organisationen, gem. den §§ 86, Abs. 1 Nr. 4, 86 a StGB. Dabei wurde – wie in den Vorjahren – jede Gesetzesverletzung nur einmal gezählt, auch wenn sie aus mehreren Einzeltaten bestand, mehrere Straftatbestände erfüllte, mehrere Handlungen umfaßte oder von mehreren Tätern gemeinschaftlich begangen wurde. Ein Vergleich der Gesamtzahl mit der Zahl der Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund ist nicht möglich, weil den §§ 86 Abs. 1 Nr. 4, 86 a StGB keine Strafvorschriften im Bereich des Linksextremismus entsprechen.

Gewaltakte nahezu gleichbleibend

Diese Gesetzesverletzungen gliedern sich wie folgt:

	1985*	1986
Tötungsdelikte	2	0
Sprengstoffanschläge	0	1
Brandanschläge	11	4
Raubüberfälle	2	0
Körperverletzungen	38	41
Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung	24	25
Gewalttaten insgesamt	77	71
Gewaltandrohungen	140	134
sonstige Gesetzesverletzungen ohne Propagandadelikte	570**	381
Insgesamt	710	586
Propagandadelikte, die den Tatbestand der §§ 86 I 4, 86a StGB erfüllen (u. a. Schmier-, Klebe-, Plakat-, Flugblattaktionen)** ***	967**	695

2. Gewaltaktionen

Die vier Brandanschläge richteten sich gegen ein Gebäude im Areal des Spandauer Gefängnisses in Berlin (vgl. Kap. XI.1), Notzelte in Berlin, die für Asylbewerber aufgestellt worden waren (27. Juli), ein Verwaltungsgebäude der Stadt Maintal (31. Dezember) und eine Schule in Bochum (24. Mai). In Maintal und Bochum waren zugleich Hakenkreuze geschmiert. Einer der vier Brandstifter an den Notzelten in Berlin war bereits rechtsextremistisch hervorgetreten.

Zwölf der 1986 festgestellten 41 Körperverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund richteten sich gegen Ausländer.

Die Zuwanderung und Aufnahme von Asylsuchenden und ihr Ausmaß waren 1986 zunehmend Anlaß für politische, z. T. gewalttätige Aktionen u. a. auch rechtsextremistischer Personenkreise. Bei den bisher ungeklärten weiteren 47 Gewaltaktionen gegen Ausländer, insbesondere Asylanten und deren Unterkünfte, darunter 19 Brandanschläge, dürfte neben allgemein kriminellen Motiven zum Teil

* Die Vergleichszahlen für 1985 wurden aufgrund von nachträglichen Meldungen fortgeschrieben. Sie weichen daher von den im Vorjahresbericht genannten Zahlen ab.

** Die die Tatbestände der §§ 86 Abs. 1 Nr. 4, 86a StGB erfüllenden Flugblattaktionen wurden erstmals bei den Schmier-, Klebe- und Plakataktionen und nicht mehr bei den sonstigen Gesetzesverletzungen berücksichtigt. Die entsprechenden Vorjahreszahlen wurden umgerechnet.

*** Mangels den §§ 86 Abs. 1 Nr. 4, 86a StGB entsprechenden Strafvorschriften sind vergleichbare Taten im Abschnitt über linksextremistische Bestrebungen nicht aufgeführt.

Neonazistische Schmieraktionen



auch rassistisch motivierte Ausländerfeindlichkeit ursächlich gewesen sein.

Die 25 Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung richteten sich gegen jüdische Einrichtungen und Gedenkstätten, Objekte politischer Gegner von Rechtsextremisten sowie öffentliche Anlagen und Bauten.

Immer wieder wurden auch 1986 gewaltsame Übergriffe politischer Gegner auf Rechtsextremisten bekannt.

3. Gewaltandrohungen

Von den 134 im Berichtsjahr bekanntgewordenen Gewaltandrohungen richteten sich 57 (42,5 %) (1985: rd. 29 %) gegen ausländische Personen bzw. Objekte. 26 dieser Drohungen hatten Asylbewerber oder deren Unterkünfte zum Ziel; meist waren diese Drohungen mit der Forderung verbunden, die Bundesrepublik Deutschland zu verlassen. In 34 Fällen (25,3 %) (1985: 25 %) richteten sich Drohungen, zumeist begleitet von Beleidigungen und Verunglimpfungen, gegen jüdische Personen und Objekte.

4. Gesetzesverletzungen ohne Gewaltbezüge

Von den 1.076 (1985: 1.537) Gesetzesverletzungen ohne Gewaltbezüge waren 695 (64,5 %) Schmier-, Klebe-, Plakat- und Flugblattaktionen nach § 86a StGB.

5. Gesetzesverletzungen mit antisemitischem Charakter

269 (1985: 390) Gesetzesverletzungen (21 %) hatten antisemitischen Charakter. Bei 16 (1985: 16) der insgesamt 38 (1985: 35) bekanntgewordenen Schändungen jüdischer Friedhöfe und Einrichtungen liegen konkrete Hinweise auf eine rechtsextremistische Täterschaft vor.

XIII. Staatliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten und rechtsextremistische Vereinigungen

1. Verurteilungen*

Eine Gliederung der Verurteilungen nach dem Strafmaß ergibt folgendes Bild (in Klammern die Zahlen des Vorjahres):

20	(21)	Freiheitsstrafen von mehr als einem Jahr, davon
14	(9)	ohne Bewährung
36	(28)	Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr, davon
8	(9)	ohne Bewährung
35	(28)	Geldstrafen
22	(45)	sonstige Schuldsprüche, wie Verwarnungen mit Strafvorbehalt, Geldbußen, Arbeitsauflagen, Arreste.

Von den insgesamt 113 (122) im Jahre 1986 bekanntgewordenen Verurteilungen wurden 77 (50) in diesem Jahr rechtskräftig.

2. Anklagen

1986 wurden gegen 182 (252) Personen Anklage erhoben.

Fundstellennachweis

1. Grundsatzprogramm der „Nationalistischen Front“, S. 3
2. „Deutscher Anzeiger“ (DA) 33/86, S. 1
3. „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) 34/86, S. 1
4. „Deutsche Wochen-Zeitung“ (DWZ) 35/86, S. 1
5. Grundsatzprogramm der „Nationalistischen Front“, S. 2
6. „Volkskampf“ 1/86, S. 9
7. „Klartext“ Nr. 17, S. 2 und 5
8. „Volkskampf“ 1/86, S. 10
9. „Der Schulungsbrief“ 6/86, S. 18 und 7/86, S. 20
10. „NPD Landesspiegel NRW“ 4/86, S. 2
11. „Deutsche Stimme“ (DSt) 9/86, S. 1
12. „Die Parole“ 9/86, S. 6
13. „NPD Landesspiegel NRW“ 4/86, S. 24
14. DA 49/86, S. 8
15. DNZ 40/86, S. 2
16. „Nation Europa“ 11/86, S. 3f. und 16f.
17. „Diagnosen“ 4/86, S. 51
18. „Diagnosen“ 5/86, S. 54
19. „Notre Europe“ Mai 1986, S. 1
20. „Die Neue Front“ 6-7/86, S. 29
21. „Sieg“ 6-7/86, S. 21
22. „Eidgenöß“ 1-3/86, S. 5 und 7-8/86, S. 5
23. „Die Neue Zeit“ Mai 1986, S. 12 und 13
24. „NS Kampftruf“ 62/86, S. 2

* Erfaßt wurden nur erstinstanzliche Verurteilungen, die im Berichtsjahr ergangen sind, unabhängig vom Eintritt der Rechtskraft. Die tatsächliche Zahl dieser Urteile dürfte insgesamt höher sein, weil erfahrungsgemäß viele Verurteilungen erst erhebliche Zeit nach Erstellung des Jahresberichtes bekannt werden. Soweit es sich um rechtsextremistische Schmierdelikte und Plakataktionen handelt, wurden nur solche erfaßt, die die Tatbestände der §§ 86, Abs. 1 Nr. 4, 86a StGB erfüllen.

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern 1986

I. Allgemeine Erfahrungen

Wie schon bisher verhielt sich der weitaus größte Teil der im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) lebenden etwa 4,5 Millionen Ausländer auch 1986 gesetzestreu und nicht extremistisch. Die Mitgliederzahl der Organisationen extremistischer Ausländer¹ blieb mit 116.940 (1985: 116.300) nahezu unverändert. Ihre Aktivitäten spiegelten zwar weiterhin die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Auseinandersetzungen in den Heimatländern wider, wurden aber auch in erheblichem Maß von der ausländerpolitischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland beeinflusst. Insbesondere linksextrémistische Ausländerorganisationen agitierten auch gegen Entscheidungen der Bundesregierung.

Durch ihre Aktivitäten auf deutschem Boden beeinträchtigten ausländische Extremisten wie in den Vorjahren die innere Sicherheit sowie wichtige innen- und außenpolitische Belange der Bundesrepublik Deutschland. Dabei taten sich palästinensische, kurdische, iranische, türkische sowie – mit Abstand – jugoslawische und tamilische Extremisten besonders hervor.

Die Auswirkung des nahöstlichen Konfliktbereiches auf die Bundesrepublik Deutschland zeigte sich insbesondere bei zwei Sprengstoffanschlägen in Berlin (West). Sie galten der „Deutsch-Arabischen Gesellschaft Berlin e.V.“ (DAGB) und der bevorzugt von Angehörigen der US-Streitkräfte besuchten Diskothek „La Belle“ und forderten drei Todesopfer und über 200 Verletzte.

Die orthodox-kommunistische „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) war weiterhin die mit Abstand aktivste und militanteste extremistische Organisation von Kurden. Die tätlichen Übergriffe auf politische Gegner setzten sich fort. Ungeklärt ist, ob PKK-Anhänger in die Vorbereitung eines vereitelten Sprengstoffanschlages auf das türkische Generalkonsulat in Hamburg verwickelt waren. Gegen die zeitweilige Inhaftierung eines in diesem Zusammenhang als Verdächtiger festgenommenen Kurden führten Anhänger der PKK bundesweit Protestaktionen durch. Die Aktivitäten iranischer extremisti-

¹ Darunter werden hier solche Organisationen der im Bundesgebiet lebenden Ausländer verstanden, deren Bestrebungen sich im Sinne von §3 Abs.1 VerfSchG gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder – aus politischen Motiven – gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder die durch Anwendung von Gewalt oder hierauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

scher Organisationen nahmen zu; die Zahl ihrer Aktionen mit Gewaltanwendung erhöhte sich von fünf (1985) auf zwölf. Insbesondere aus Anlaß von Informationsveranstaltungen iranischer Organisationen kam es vermehrt zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern einander feindlich gegenüberstehender Gruppen. Linksextremistische oppositionelle Iraner, die sich bisher überwiegend in Frankreich hervortaten, wurden mehr und mehr auch im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland aktiv; bei ihnen muß künftig auch mit Gewalttätigkeiten gerechnet werden.

Türkische Extremisten der „Neuen Linken“* offenbarten auch 1986 Bereitschaft zur Gewalt. Wiederholt kam es zu gewaltsamen Übergriffen, u. a. gegen türkische diplomatische Vertretungen im Bundesgebiet. Unter dem Einfluß der islamisch-fundamentalistischen Erneuerungsbewegung im Iran wurde die publizistische Agitation radikaler Muslime zunehmend aggressiver. Der Mitgliederbestand der türkischen links- und rechtsextremistischen sowie islamisch-extremistischen Organisationen blieb weitgehend unverändert. Gewaltsame politisch motivierte Auseinandersetzungen zwischen Anhängern extremistischer türkischer Organisationen, wie sie in den vergangenen Jahren zahlreich zu verzeichnen waren, blieben 1986 aus.

Militante Aktivitäten jugoslawischer Emigrantenorganisationen nahmen weiter ab. Dies beruht nicht zuletzt auf der anhaltenden Zersplitterung der kroatischen Emigration, in der es aber weiterhin die Bereitschaft gibt, zur Durchsetzung politischer Ziele Gewalt anzuwenden. Trotz der angespannten Lage im Kosovo-Gebiet (Amsel-feld) nahmen die Aktivitäten Kosovo-albanischer Gruppen im Bundesgebiet nicht zu.

Aktivste tamilische „Befreiungsorganisation“ war 1986 die deutsche Sektion der linksextremistischen gewaltorientierten „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE), die sich als einzige legitime Vertreterin des Kampfes für einen unabhängigen Staat „Tamil Eelam“ in Sri Lanka versteht. Wiederholt kam es zu gewalttätigen Übergriffen gegen rivalisierende tamilische Organisationen im Bundesgebiet.

Die Zahl der versuchten oder vollendeten Terror- und sonstigen schweren Gewaltakte ausländischer Extremisten nahm im Vergleich zum Vorjahr von 15 auf 10 ab; dabei kamen vier Menschen ums Leben. Die versuchten oder vollendeten Sprengstoffvergehen reduzierten sich auf drei (1985: acht). 1986 wurden mit vier Brandanschlägen zwei mehr als im Vorjahr verübt. Die Gesamtzahl der politisch motivierten Gewaltaktionen sank auf 70 (1985: 76).

* Zum Begriff der „Neuen Linken“ vgl. Seite 203, Fußnote 6.

Anteil extremistischer
Ausländer an ausländischer Wohnbevölkerung leicht gesunken

II. Übersicht in Zahlen

1. Überblick

Im Bundesgebiet leben ca. 4.480.000 ausländische Staatsangehörige (Stand: 30. September 1986), etwa 3.463.500 davon sind über 16 Jahre alt. Nach Schätzungen der Sicherheitsbehörden sind von diesen rund 3,4 % in Vereinigungen organisiert, von denen extremistische Bestrebungen ausgehen. Dieser Prozentsatz ging bei leichter Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung geringfügig zurück.

Tabelle 1:
Vergleichszahlen der ausländischen Wohnbevölkerung, Ausländer über 16 Jahre und Mitglieder extremistischer bzw. extremistisch beeinflusster Organisationen (Vergleichszahlen 1985 in Klammern).

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Wohnbevölkerung	Ausländer über 16 Jahre	Mitglieder extremistischer bzw. extremistisch beeinflusster Organisationen über 16 Jahre ²
Araber	138.700	95.800	3.295 = 3,4% ⁵ (3.340) = (3,9%)
Türken	1.425.000	953.000	44.260 = 4,6% (44.260) = (4,8%)
Kurden ³	-	-	2.690 = - (2.540) = (-)
Iraner	67.700	56.000	2.930 = 5,2% (2.430) = (6,0%)
Jugoslawen	591.000	462.000	970 = 0,2% (1.020) = (0,2%)
Tamilen ³	-	-	200 = - (-) = (-)
Sonstige ⁴	2.257.600	1.896.700	62.595 = 3,3% (62.710) = (3,4%)
Insgesamt:	4.480.000	3.463.500	116.940 = 3,4% (116.300) = (3,5%)

² Zur Aufgliederung der Vereinigungen in Kern-, Neben- und extremistisch beeinflusste Organisationen und deren Mitglieder vgl. Tabelle 4.

³ Zu den Kurden, die in verschiedenen Staaten beheimatet sind, und den Tamilen liegen keine Zahlen zur ausländischen Wohnbevölkerung und zu Ausländern über 16 Jahren vor.

⁴ Sonstige: Armenier, Äthiopier, Afghanen, Bulgaren, Chilenen, Griechen, Italiener, Pakistani, Portugiesen, Spanier, Vietnamesen und Organisationen mit national gemischter Mitgliedschaft.

⁵ Prozentsatz an der ausländischen Wohnbevölkerung über 16 Jahren.

2. Organisationen

Die Zahl der Organisationen ausländischer Extremisten und der von ihnen beeinflussten und im Bundesgebiet aktiven Vereinigungen nahm leicht zu. Ende 1986 waren insgesamt 118 Organisationen (1985: 113) bekannt, die nach ihren Zielen und dem Verhalten ihrer Anhänger als extremistisch einzuschätzen sind.

Tabelle 2:

Anzahl der im Bundesgebiet aktiven extremistischen und extremistisch beeinflussten Ausländervereinigungen nach ihrem politisch-ideologischen Standort (Vergleichszahlen 1985 in Klammern)

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Orthodox-kommunistische Gruppen	„Neue Linke“ ⁶ u. sozialrevolutionäre Gruppen	Rechts- ⁷ extremistische Gruppen	Extrem- ⁸ nationalistische Gruppen	Islamisch- ⁹ extremistische Gruppen	Insgesamt
Araber	4 (4)	13 (13)	– (–)	– (–)	3 (3)	20 (20)
Türken	6 (6)	5 (5)	– (–)	1 (1)	3 (3)	15 (15)
Kurden	9 (8)	3 (3)	– (–)	– (–)	– (–)	12 (11)
Iraner	3 (3)	9 (8)	– (–)	1 (1)	1 (1)	14 (13)
Jugoslawen	– (–)	2 (2)	– (–)	6 (6)	– (–)	8 (8)
Tamilen	– (–)	1 (–)	– (–)	– (–)	– (–)	1 (–)
Sonstige	19 (19)	21 (21)	1 (1)	4 (2)	3 (3)	48 (46)
Insgesamt	41 (40)	54 (52)	1 (1)	12 (10)	10 (10)	118 (113)

3. Mitglieder

Die Gesamtmitgliederstärke der Gruppen ausländischer Extremisten im Bundesgebiet stieg 1986 geringfügig an. Von den 116.940 (1985: 116.300) Mitgliedern und Anhängern ausländischer Extremistengruppen gehörten 58.840 (1985: 59.450) orthodox-kommunistischen Gruppen und 22.750 (1985: 22.100) Vereinigungen der „Neuen Linken“, d. h. insgesamt 81.590 linksextremistischen Gruppen an. Die Anhängerschaft rechtsextremistischer Gruppen nahm ab und umfaßte nur noch 2.000 Mitglieder. Die extrem-nationalistischen Vereinigungen steigerten dagegen die Zahl ihrer Mitglieder von 11.450 auf 13.050. Die islamisch-extremistischen Gruppen zählten wie im Vorjahr 20.300 Mitglieder.

Gesamtstärke ausländischer Extremisten fast unverändert

6 Zur „Neuen Linken“ werden hier solche linksextremistischen Gruppen gezählt, die den orthodoxen, moskauorientierten Kommunismus ablehnen, einschließlich der Gruppen mit sozialrevolutionär-nationalistischer Einstellung.

7 Unter rechtsextremistischen Gruppen werden hier die ausländischen Vereinigungen verstanden, die demokratische freiheitliche Grundwerte aus nationalistischen Gründen in Frage stellen.

8 Extrem-nationalistische Gruppen sind extremistische ausländische Vereinigungen, die nationalistische Ziele in aktiv-kämpferischer, aggressiver Haltung verfolgen.

9 Islamisch-extremistische Gruppen sind Vereinigungen, die auf revolutionärem Weg ein islamisch-fundamentalistisches theokratisches Staatswesen erzwingen wollen.

Mitgliederentwicklung bei ausländischen Extremistengruppen 1982-1986

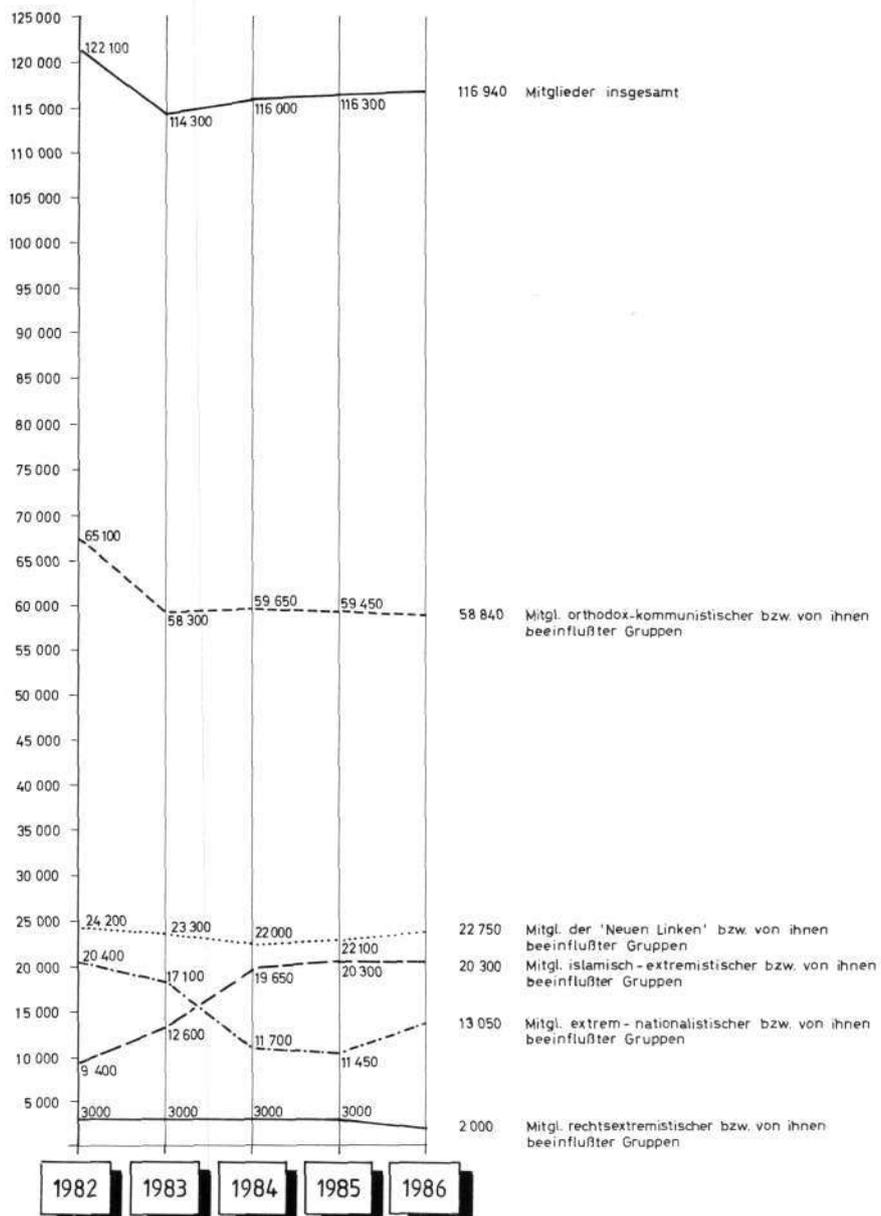


Tabelle 3:
Mitgliederzahl extremistischer Gruppen nach ihrem politisch-ideologischen Standort (Vergleichszahlen 1985 in Klammern)

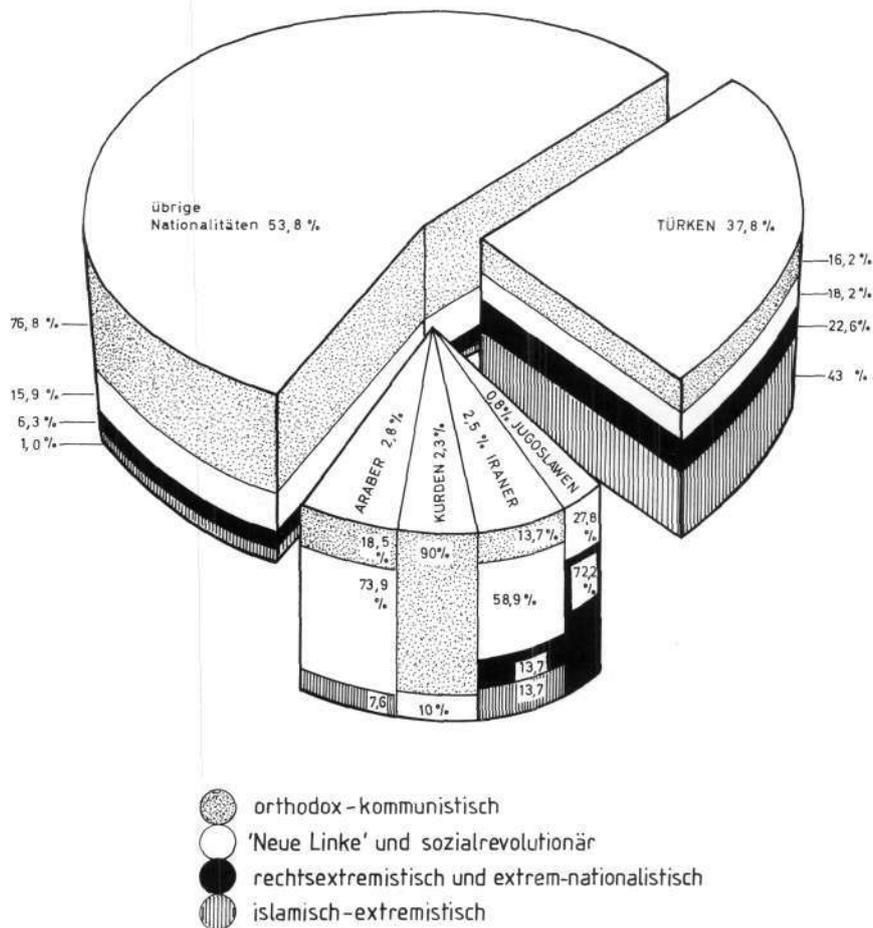
Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Orthodox-kommunistische Gruppen	„Neue Linke“ u. sozialrevolutionäre Gruppen	Rechts-extremistische Gruppen	Extrem-nationalistische Gruppen	Islamisch-extremistische Gruppen	Insgesamt
Araber	610 (540)	2.435 (2.550)	- (-)	- (-)	250 (250)	3.295 (3.340)
Türken	7.210 (7.210)	8.050 (8.050)	- (-)	10.000 (10.000)	19.000 (19.000)	44.260 (44.260)
Kurden	2.420 (2.270)	270 (270)	- (-)	- (-)	- (-)	2.690 (2.540)
Iraner	400 (400)	1.730 (1.230)	- (-)	400 (400)	400 (400)	2.930 (2.430)
Jugoslawen	- (-)	270 (250)	- (-)	700 (770)	- (-)	970 (1.020)
Tamilen	- (-)	200 (-)	- (-)	- (-)	- (-)	200 (-)
Sonstige	48.200 (49.030)	9.795 (9.750)	2.000 (3.000)	1.950 (280)	650 (650)	62.595 (62.710)
Insgesamt	58.840 (59.450)	22.750 (22.100)	2.000 (3.000)	13.050 (11.450)	20.300 (20.300)	116.940 (116.300)

Tabelle 4:
Mitgliederzahl aufgeschlüsselt nach Kern-, Neben- und beeinflussten Organisationen sowie politisch-ideologischem Standort (Vergleichszahlen 1985 in Klammern).

	Orthodox-kommunistische Gruppen	„Neue Linke“ u. sozialrevolutionäre Gruppen	Rechts-extremistische Gruppen	Extrem-nationalistische Gruppen	Islamisch-extremistische Gruppen	Insgesamt
Kernorganisationen	18.350 (19.000)	20.330 (20.400)	- (-)	12.200 (11.450)	20.010 (20.000)	70.890 (70.850)
Nebenorganisationen	8.990*	265 (250)	2.000 (3.000)	- (-)	290 (300)	11.545 (5.800)
Extremistisch beeinflusste Organisationen	31.500* (38.200)	2.155 (1.450)	- (-)	850 (-)	- (-)	34.505 (39.650)
Insgesamt	58.840 (59.450)	22.750 (22.100)	2.000 (3.000)	13.050 (11.450)	20.300 (20.300)	116.940 (116.300)

* Die Veränderungen der Mitgliederzahlen ergeben sich aus der Neueinschätzung einer linksextremistisch beeinflussten Organisation als Nebenorganisation.

Vergleich der Mitglieder extremistischer
bzw. extremistisch beeinflusster Organisationen,
unterteilt nach Nationalität
und politisch ideologischem Standort
1986



4. Publizistik

Die Zahl der im Bundesgebiet verbreiteten periodischen Schriften ausländischer Extremistenorganisationen stieg auch 1986 an, und zwar von 200 auf 218, davon werden 191 im Ausland gedruckt.

Zahl der Publikationen ausländischer Extremistenorganisationen gestiegen

Tabelle 5:
Periodische Publikationen ausländischer Extremistenorganisationen und der von ihnen beeinflussten Vereinigungen (Vergleichszahlen 1985 in Klammern).

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Gesamtzahl der Publikationen	davon im Bundesgebiet gedruckt
Araber	31 (29)	1 (1)
Türken	53 (52)	7 (7)
Kurden	18 (19)	3 (3)
Iraner	42 (24)	– (–)
Jugoslawen	21 (22)	7 (6)
Tamilen	1 (–)	– (–)
Sonstige	52 (54)	9 (9)
Insgesamt	218 (200)	27 (26)

78,4 % der Schriften waren linksextremistisch ausgerichtet; davon war mehr als die Hälfte der „Neuen Linken“ zuzurechnen. Die restlichen 21,6 % verbreiteten rechtsextremistisches bzw. extremnationalistisches oder islamisch-extremistisches Gedankengut.

Tabelle 6:
Periodische Publikationen ausländischer Extremistengruppen und der von ihnen beeinflussten Vereinigungen nach ihrem politisch-ideologischen Standort (Vergleichszahlen 1985 in Klammern).

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Orthodox-kommunistische Gruppen	„Neue Linke“ u. sozialrevolutionäre Gruppen	Rechtsextremistische Gruppen	Extremnationalistische Gruppen	Islamisch-extremistische Gruppen	Insgesamt
Araber	7 (6)	22 (21)	– (–)	– (1)	2 (2)	31 (30)
Türken	26 (25)	23 (23)	– (–)	2 (2)	2 (2)	53 (52)
Kurden	18 (17)	– (2)	– (–)	– (–)	– (–)	18 (19)
Iraner	6 (6)	24 (13)	– (–)	11 (3)	1 (2)	42 (24)
Jugoslawen	– (–)	3 (5)	– (–)	18 (17)	– (–)	21 (22)
Tamilen	– (–)	1 (–)	– (–)	– (–)	– (–)	1 (–)
Sonstige	20 (23)	21 (23)	1 (1)	6 (2)	4 (4)	52 (53)
Insgesamt	77 (77)	94 (87)	1 (1)	37 (25)	9 (10)	218 (200)

Gewaltaktionen fordern vier Todesopfer und annähernd 250 Verletzte

5. Gewaltaktionen

Auch 1986 wendeten ausländische Extremisten vielfach Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele an; 70 (1985: 76) politisch motivierte versuchte und vollendete Gewaltaktionen wurden bekannt. Dabei wurden vier Personen getötet und annähernd 250 verletzt. Ein Sprengstoffanschlag auf die Berliner Diskothek „La Belle“, die bevorzugt von Angehörigen der US-Streitkräfte besucht wurde, forderte am 5. April drei Todesopfer und 200 Verletzte. Ein weiterer Sprengstoffanschlag in Berlin (West) am 30. Oktober, bei dem größerer Sachschaden entstand, war möglicherweise gegen US-Einrichtungen gerichtet. Die festgestellten Brandanschläge, deren

Tabelle 7:
Übersicht zu politisch motivierten Gewaltaktionen von Ausländern im Bundesgebiet 1986 (Vergleichszahlen 1985 in Klammern).¹⁰

Terrorakte ¹¹ und andere schwere Gewaltakte	ausgeführte bzw. versuchte oder vorbereitete Gewaltaktionen	angedrohte Gewaltaktionen	Insgesamt
Tötungsdelikte	3 (5)	4 (3)	7 (8)
Sprengstoffvergehen	3 (8)	17 (17)	20 (25)
Brandanschläge	4 (2)	– (–)	4 (2)
Menschenraub u. ä.	– (–)	2 (–)	2 (–)
Zwischensumme	10 (15)	23 (20)	33 (35)
Sonstige Gewaltakte			
Körperverletzungen	23 (32)	– (–)	23 (32)
Sachbeschädigungen	7 (7)	– (–)	7 (7)
Verstöße gegen das VersammlG., Hausfriedensbruch u. ä.	30 (22)	– (4)	30 (26)
Insgesamt:	70 (76)	23 (24)	93 (100)

¹⁰ In der Übersicht ist jede gewaltsame Aktion und sonstige Gesetzesverletzung nur einmal gezählt. Sind z. B. während einer Demonstration mehrere Körperverletzungen eingetreten, erscheinen sie nur als eine Gewalttat in der Rubrik Körperverletzungen. Sind im Verlauf einer Aktion mehrere der in den Rubriken genannten Gesetzesverletzungen (z. B. Körperverletzung und gleichzeitig Sachbeschädigung) eingetreten, so wurde die Aktion nur in der Rubrik des schwerwiegenderen Verstoßes aufgenommen.

¹¹ Terrorakte sind Anschläge, d. h. schwerwiegende Straftaten, wie sie insbesondere in § 129a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) und andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen, sofern diese Taten gezielt im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes für politische Ziele begangen werden. Nicht hierunter fallen Anschläge, die spontan, etwa aus gewalttätig verlaufenden Demonstrationsveranstaltungen heraus, durchgeführt werden.

Zahl sich im Vergleich zu 1985 von zwei auf vier erhöhte, richteten sich gegen türkische und jugoslawische Ziele. Neben amerikanischen waren vor allem türkische Einrichtungen – u. a. diplomatische Vertretungen – Ziel von Bombendrohungen. Wiederholt deponierten die Täter an den Objekten täuschend echt wirkende Bombenattrappen; eine solche Aktion führte zur zeitweiligen Vollsperrung einer Bundesautobahn. In insgesamt 23 Fällen wurden Mord- und Sprengstoffanschläge sowie Entführungen angedroht. Soweit erkennbar, gingen die Drohungen vorwiegend von extremistischen Kurden, Türken, Arabern und Tamilen aus. Wiederholt kam es zu heftigen tätlichen Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Gruppen ausländischer Extremisten, insbesondere unter Iranern, aber auch unter Tamilen. Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Türken, die in den Vorjahren immer wieder zu verzeichnen waren, wurden 1986 nicht festgestellt.

III. Mitgliederentwicklung* und Aktionsschwerpunkte einzelner Ausländergruppen

1. Araber

1.1 Mitgliederentwicklung

Kernorganisationen	Nebenorganisationen	Beeinflusste Organisationen	Insgesamt 1986	Vergleich 1985
2.895	160	240	3.295	3.340

1.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

Die Aktivitäten der Zweiggruppen palästinensischer Widerstandsorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland nahmen 1986 ab. Wesentliche Veränderungen im Mitgliederbestand waren nicht festzustellen. Die von Yassir Arafat geführte FATAH blieb die wichtigste palästinensische Organisation; immer weniger ihrer Mitglieder scheinen allerdings zu politischem Engagement bereit zu sein. In der Organisation machte sich – offenbar im Hinblick auf das Scheitern der politischen Initiativen Arafats und die fortdauernde Spaltung der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO) – eine gewisse Resignation breit. Die Gruppe des Said Mussa Maragha (Abu Musa)

Aktivitäten palästinensischer Organisationen im Bundesgebiet nehmen ab

* Die Zahlenangaben beruhen auf Schätzungen. Veränderungen der Mitgliederzahlen gegenüber dem Vorjahr können auch auf neuere Erkenntnisse zurückzuführen sein, bedeuten daher nicht immer einen tatsächlichen Mitgliederzuwachs bzw. Mitgliederverlust.

Araber verüben schwere Gewaltakte mit staatsterroristischem Hintergrund in Berlin (West)

und die übrigen in der syrisch-kontrollierten „Palästinensischen Nationalen Rettungsfront“ (PSNF) zusammengeschlossenen PLO-Dissidentenorganisationen konnten ihre schmale personelle Basis im Bundesgebiet nicht verbreitern. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß es den PLO-Dissidenten unter syrischem Einfluß auch 1986 nicht gelungen ist, politisches Profil zu gewinnen. Einzige Dissidentenorganisation von einigem politischem Gewicht blieb die im wesentlichen orthodox-kommunistisch orientierte „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP). Sie neigt aber offenbar dazu, sich aus der PSNF, der sie sich erst nachträglich angeschlossen hatte, wieder zurückzuziehen.

Die orthodox-kommunistische „Demokratische Front für die Befreiung Palästinas“ (DFLP), die mit der FATAH teilweise zusammenarbeitet und der PSNF nicht angehört, gründete am 8. März in Köln zur Verbesserung der Nachwuchsarbeit die Jugendorganisation „Demokratische Palästinensische Jugend“. Darüber hinaus versuchte sie, ihren Einfluß auf den von der FATAH beherrschten „Palästinensischen Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin e.V.“ (PSV) zu verstärken. Der 1985 vom PSV abgesplitterte gleichnamige Verband der PLO-Dissidenten – gebildet insbesondere aus Angehörigen der PFLP und der Abu Musa-Gruppe – blieb unbedeutend. Die Aktivitäten des ebenfalls von der FATAH beeinflussten „Palästinensischen Arbeiterverbandes in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin“ (PAV), mit annähernd 1.000 Mitgliedern größte palästinensische Organisation im Bundesgebiet, blieben gering.

1.3 Vorbereitung und Durchführung von Gewaltakten

Im Frühjahr 1986 wurden in Berlin (West) Sprengstoffanschläge auf die „Deutsch-Arabisches Gesellschaft Berlin e.V.“ (DAGB) (29. 3.) und auf die Diskothek „La Belle“ (5. 4.) verübt.

Den Anschlag auf die DAGB wollen die insoweit geständigen jordanischen Täter *Hasi* und *Salameh* unter Anleitung und Mithilfe syrischer Stellen durchgeführt haben. Seinen Angaben zufolge erhielt *Hasi* den Sprengstoff in der Syrischen Botschaft in Berlin (Ost). *Hasi* will den Anschlag auf Veranlassung seines Bruders Nizar *Hindawi* verübt haben, der am 24. Oktober in London wegen eines mißglückten Sprengstoffanschlags auf ein israelisches Verkehrsflugzeug zu 45 Jahren und 18 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Das Landgericht Berlin verurteilte *Hasi* und *Salameh* am 26. November u. a. wegen versuchten Mordes zu 14 bzw. 13 Jahren Freiheitsstrafe. Beide haben gegen das Urteil Revision eingelegt.

Beim Anschlag auf die Diskothek „La Belle“, die regelmäßig von Angehörigen der US-Streitkräfte besucht und bei dem zwei US-Soldaten und eine türkische Staatsangehörige getötet und 200 Personen teils schwer verletzt wurden, ergaben sich Hinweise für eine Verwicklung libyscher Stellen in den Anschlag.

Anschläge arabischer Terroristen



Diskothek "La Belle"
(5. April)



Deutsch-Arabische Gesellschaft Berlin
(29. März)



Am 30. Oktober explodierte auf dem Tempelhofer Damm in Berlin (West) in einem in der Nähe des militärischen Flughafens Tempelhof abgestellten Pkw – wahrscheinlich vorzeitig – ein aus sowjetischen Werfergranaten hergestellter Sprengsatz. Nach dem mutmaßlichen Fahrer des Wagens, einem Libanesen, und dem Eigentümer, der sich mit einem gestohlenen französischen Paß ausgewiesen hatte, wird noch gefahndet. Am 29. Juli wurde in Berlin (West) Yousef Ahmad Yousef *Saad*, Mitglied der „Palästinensischen Befreiungsfront“ (PLF) des Abu Al *Abbas* festgenommen. *Saad* war am 10. Juli von einem Schwurgericht in Genua wegen seiner Verwicklung in die Entführung des italienischen Kreuzfahrtschiffes „Achille Lauro“ im Oktober 1985 in Abwesenheit zu sechs Jahren und sechs Monaten Freiheitsstrafe verurteilt worden. Er wurde im November an Italien ausgeliefert.

2. Kurden

2.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinflusste Organisationen	Insgesamt 1986	Vergleich 1985
1.430	1.260	–	2.690	2.540

2.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

PKK ist weiterhin die aktivste und militanteste kurdische Widerstandsgruppe

Die orthodox-kommunistische „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) war auch 1986 die mit Abstand aktivste und militanteste extremistische Organisation von Kurden. Sie verfügt mit der „Nationalen Befreiungsfront Kurdistans“ (ERNK) über eine Propagandaeinheit und mit der „Befreiungseinheit Kurdistans“ (HRK) auch über eine Kampforganisation. Aus der Agitation der PKK wird eine stark gewaltorientierte Einstellung deutlich. In der erstmals in deutscher Sprache erschienenen Publikation „Der Weg der Revolution Kurdistans – Manifest“ heißt es, die PKK sei „heute die Kraft, die den Kampf aufgenommen hat gegen die faschistische türkische Besatzung“. Sie bekenne sich zum „Marxismus-Leninismus“ und befürworte die Anwendung „revolutionärer Gewalt“. Mit den „gesamten sozialistischen Ländern“ fühle sie sich nach den „Prinzipien des proletarischen Internationalismus“ verbunden.

Massive propagandistische Unterstützung erfuhr die PKK durch die „Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der BRD“ (FEYKA-Kurdistan); die kulturellen Aktivitäten der PKK wurden maßgeblich vom „Verein patriotischer Künstler Kurdistans in der BRD“ (HUNERKOM) getragen. In einer

Erklärung vom 13. Januar kündigt die FEYKA-Kurdistan an, sich „gegen jegliche gegen das Volk von Kurdistan und seine führenden Kräfte, die PKK, ERNK und HRK gerichteten Angriffe stellen“ zu wollen. Insgesamt dürften diese drei Organisationen etwa 1.000 Anhänger umfassen.

Am 25. Februar wurde in Hamburg das führende Mitglied der links-extremistischen türkischen Gruppe „Devrimci Isci“ (Revolutionärer Arbeiter), Kürsat *Timuroglu*, erschossen; verantwortlich für die Tat wird in linksextremistischen türkischen Kreisen die PKK gemacht. In einer deutschsprachigen Erklärung wiesen Sympathisanten der 1985 gegründeten PKK-Propagandaeinheit ERNK gegenüber „Devrimci Isci“ jegliche Verantwortung für die Tat zurück, griffen die Organisation aber gleichzeitig an: Ohne den geringsten Beweis werde der PKK die Schuld an dem Mord zugeschrieben, nur weil „dunkle Kreise“ Rache üben wollten für den Kampf der PKK gegen die türkische Republik. Die „Führungszirkel“ von „Devrimci Isci“ hätten längst politisch kapituliert und sich mit dem türkischen Staat arrangiert.

Bereits im Januar hatten sechs türkische Linksgruppen in einer im Bundesgebiet verbreiteten Erklärung gefordert, die PKK müsse ihre Gewaltpraxis sofort aufgeben. Die durch die Gewaltpraktiken der PKK ausgelöste öffentliche Diskussion habe zu einer angespannten Lage in der gesamten „revolutionären Bewegung“ geführt.

Am 3. März wurden in Gießen zwei Türken von Landsleuten zusammengeschnitten. Ein Opfer behauptet, von einem der Täter früher wiederholt aufgefordert worden zu sein, der PKK beizutreten und Geld zu spenden, andernfalls werde er von PKK-Mitgliedern mißhandelt oder getötet. Drei der sechs ermittelten Täter sind Anhänger der PKK.

Am 13. August wurde durch einen anonymen Brief bekannt, daß Mitglieder der PKK einen Sprengstoffanschlag auf das türkische Generalkonsulat in Hamburg planten. Zwei Tage später konnte auf dem Hamburger Hauptbahnhof ein Schließfach ausfindig gemacht werden, in dem sich u. a. Sprengstoff, eine Pistole mit Schalldämpfer und ein auf die PKK hinweisendes Schreiben befanden. Als möglicher Attentäter wurde ein 18jähriger PKK-Anhänger festgenommen, der am 27. November aber aus der Untersuchungshaft entlassen wurde, weil ein hinreichender Tatverdacht nicht mehr gegeben war. Gegen die Inhaftierung des Kurden führten Anhänger der PKK bundesweit eine Reihe von Protestaktionen durch.

Der PKK und den sie unterstützenden Organisationen gelang es 1986, ihre Anhängerschaft für mehrere Großveranstaltungen zu mobilisieren. An einer Veranstaltung der FEYKA-Kurdistan aus Anlaß des kurdischen Neujahrsfestes am 15. März in Duisburg nahmen etwa 2.000 Personen teil. Für die Freiheit des kurdischen Volkes demonstrierten am 31. Mai in Bonn auf Initiative der FEYKA-Kurdistan rund 3.200 Personen, darunter eine Gruppe von etwa 100 deutschen „Autonomen“. In Sprechchören und auf Transparenten

PKK geht weiterhin gewaltsam gegen „Abweichler“ vor

PKK organisiert mehrere Großveranstaltungen

Agitation kurdischer Linksextremisten

5. AGÜSTOS'LA DAYANIŞMA GECESİ
 SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNG MIT
 DEM 15. AUGUST

HUNERKOM Dayanışma Gecesi
 Solidaritätsveranstaltung

HEZEN RIZSARIY KUR
 KURULUSUNUN 3. YILINDA
 ANTİKAMPEYCEMLERİNE DA

9.8.1986
 Samstag
 STADTHALLE HANNOVER

**KURDISTAN
 REPORT**

Jahrgang 6
 März 1986
 Nr. 19
 Preis 2,- DM

ORGAN DER ÜNBANGVERTRITUNG DER NATIONALEN BEFREIUNGSRONT KURDISTAN

FEUER ERHELLET UNSEREN WEG UNTER
 DER NATIONALEN BEFREIUNGSRONT

FAŞİST TÜRK CUNTASINI PROTESTO YÜRÜYÜŞÜ
 Protestdemonstration gegen die türkische faschistische Junta



**NULUSAL KUR
 ÜR MÜCADE**

Ort
 in der Kohlo Realschule
 Breiter Str. 36
 Efeld



Protestieren wir gegen das Massaker an dem kurdischen Volk!
Kahrolsun Sömürgeci-Faşist Türk Cuntası!

Treffpunkt: 6. September 1986
 Ebertplatz Um 10.00 Uhr
 Kundgebung: Neumarkt 5000 Köln 1

FEYKA-KURDISTAN



forderten die Demonstranten „Nieder mit der kolonialfaschistischen türkischen Junta“. Ebenfalls nach einem Aufruf von FEYKA-Kurdistan beteiligten sich am 9. August in Hannover etwa 5.000 PKK-Anhänger aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland an einer Solidaritätsveranstaltung anlässlich des zweiten Jahrestages der Gründung der PKK-Kampforganisation HRK. Eine Spendensammlung erbrachte 45.000 DM. Am 6. September organisierte die FEYKA-Kurdistan in Köln anlässlich des sechsten Jahrestages der Machtübernahme durch das Militär in der Türkei eine Demonstration, an der etwa 2.600 Kurden teilnahmen. Die Nachricht von einem türkischen Luftangriff auf kurdische Dörfer löste Mitte August bundesweit zahlreiche demonstrative, auch von Gewalthandlungen begleitete Aktionen von Anhängern der PKK aus. An einer Veranstaltung aus Anlaß des achten Jahrestages der PKK-Gründung nahmen am 20. Dezember in Hannover mehr als 5.000 Personen aus dem In- und Ausland teil.

Die orthodox-kommunistische „Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V.“ (KOMKAR) verurteilte scharf den amerikanischen Luftangriff auf Libyen vom 15. April und behauptete, dieser sei nicht als Reaktion auf den Anschlag auf die Berliner Diskothek „La Belle“ erfolgt, sondern schon seit langem vorbereitet gewesen. Im Februar und März organisierte die KOMKAR Neujahrs-Großveranstaltungen in Berlin (West), Hamburg, Köln und Stuttgart, um den nach ihrer Ansicht „zügellosten Terror der faschistischen Diktatur“ in der Türkei anzuprangern. Am 7./8. Juni führte die KOMKAR in Köln ihren 8. Bundeskongreß durch, an dem etwa 500 Personen teilnahmen. Die Delegierten verabschiedeten Beschlußvorlagen wie „Solidarität mit den nationalen Befreiungskämpfen“ und „Generalamnestie für die politischen Gefangenen in der Türkei“.

Unter maßgeblicher Beteiligung der KOMKAR schlossen sich im März zehn kurdische und türkische orthodox-kommunistische Gruppen und Gruppierungen der „Neuen Linken“ zu einem Aktionsbündnis zusammen, um ihre Forderung nach „Freiheit für die politischen Gefangenen in der Türkei“ in die deutsche Öffentlichkeit zu tragen und gegen die „blutrünstige faschistische Diktatur“ zu protestieren. Nach Angaben der KOMKAR wurde die Kampagne von mehr als 58.000 Personen durch schriftliche Solidaritätserklärungen unterstützt.

Kurdische und türkische linksextremistische Gruppen gründen Aktionsbündnis

3. Iraner

3.1 Mitgliederentwicklung

Kernorganisationen	Nebenorganisationen	Beeinflusste Organisationen	Insgesamt 1986	Vergleich 1985
1.190	50	1.690	2.930	2.430

Heftige tätliche Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Gruppen iranischer Extremisten

Von den 2.930 Mitgliedern iranischer extremistischer Organisationen gehören 1.730 der „Neuen Linken“ an; je 400 sind orthodox-kommunistisch, islamisch-extremistisch bzw. extrem-nationalistisch.

3.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

Auch 1986 waren iranische extremistische Organisationen sehr aktiv. Die Zahl der von ihnen verübten Gewaltaktionen erhöhte sich von fünf im Vorjahr auf zwölf. Insbesondere bei Informationsveranstaltungen iranischer Gruppen kam es verstärkt zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen iranischen Extremisten verschiedener politischer Überzeugung, so z. B. am 2. Oktober auf der Frankfurter Buchmesse zwischen Anhängern der iranischen Regierung und Angehörigen der der „Neuen Linken“ zuzurechnenden „Volksfedayin Guerilla Iran“; insgesamt fünf Personen wurden dabei verletzt. Die von iranischen Extremisten ausgehenden Gefahren für die innere Sicherheit zeigt auch ein Vorfall am 7. Februar in Paris. Dort wurde ein Pkw mit deutschem Kennzeichen sichergestellt, dessen iranische Insassen sich einer Verkehrskontrolle durch Flucht entzogen hatten. In dem Kraftfahrzeug wurden neben Papieren und Fotos der Insassen zwei geladene Schußwaffen gefunden. Es besteht der Verdacht, daß sich einer der Fahrzeuginsassen am 24. November 1985 vor dem Sprengstoffanschlag auf das amerikanische Einkaufszentrum PX in Frankfurt/M. im damaligen Tatfahrzeug aufgehalten hatte. Auf dem Parkplatz des Einkaufszentrums war in einem Pkw deponierter Sprengstoff explodiert, wobei 35 Personen verletzt worden waren.

3.2.1 Anhänger der iranischen Regierung

Die etwa 400 Anhänger der iranischen Regierung in der Bundesrepublik Deutschland sind nach wie vor in der islamisch-extremistischen „Union Islamischer Studentenvereine in Europa“ (U.I.S.A.) organisiert, die im vergangenen Jahr lediglich mit vereinzelt Publikationen und nur einer größeren Demonstration, die am 7. Juni mit rund 1.500 Teilnehmern in Hamburg stattfand, an die Öffentlichkeit trat.

3.2.2 Gegner der iranischen Regierung

MSV bleibt größte iranische Oppositionsgruppe

3.2.2.1 Die in der „Iranischen Moslemischen Studentenvereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V.“ (MSV) organisierten „Sympathisanten der Volksmohedin Iran“ blieben mit etwa 700 Mitgliedern die größte iranische Oppositionsgruppe. Nachdem es in dieser zur „Neuen Linken“ gehörenden Organisation 1985 bereits interne Querelen gegeben hatte, mußte die MSV 1986 erneut eine Belastungsprobe überstehen. Am 9. Juni verließ Massoud *Rajavi*, Vorsitzender der „Volksmohedin Iran“, sein französisches Exil und reiste mit einem Teil seines Führungsstabes in den Irak. Der neue Standort kündigt nach Angaben der „Volksmohedin Iran“ eine „neue Phase des Widerstandes“ an, in der man den „Sturz des *Khomeini*-Regi-

mes“ anstrebe. Bei den diesjährigen Demonstrationen der MSV zum 20. Juni (Tag des Widerstandes gegen *Khomeini*) in Hamburg und Bonn wurden mit 1.200 etwa doppelt soviel Teilnehmer wie im Vorjahr gezählt.

Anhänger der international tätigen – ebenfalls der „Neuen Linken“ zuzurechnenden – „Volksfedayin Guerilla Iran“, die in der „Organisation Iranischer Studenten, Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran (Ashraf-Deghani-Anhänger)“ (O.I.P.F.G.) zusammengefaßt sind, kritisierten in einer am 24. Februar veröffentlichten Schrift rivalisierende oppositionelle Gruppen und forderten, daß bestimmte „Plätze gesäubert“ werden müßten. Insbesondere eine marxistisch-leninistisch ausgerichtete Gruppe wurde heftig angegriffen, weil sie „nichts gegen die konterrevolutionären Machenschaften der Tudehis, der ‚Volksfedayin Mehrheit‘ und der Monarchisten“ unternommen habe. Am 9. Mai kam es in der Freien Universität Berlin zu heftigen handgreiflichen Auseinandersetzungen, als Vertreter dieser so angegriffenen Gruppe Anhänger anderer Organisationen der iranischen Opposition provozierten.

3.2.2.2 Die internen Auseinandersetzungen innerhalb der im Iran verbotenen orthodox-kommunistischen TUDEH-Partei dauerten auch 1986 an. Eine Versammlung von etwa 50 Parteianhängern am 22. Juni in Berlin (West) befaßte sich mit den parteiinternen Streitigkeiten und der daraus resultierenden Krise der Partei. Dem „Politischen Komitee“ der Partei wurde angelastet, die Krise durch interne Konkurrenz zwischen seinen Mitgliedern verschlimmert zu haben; dieses Verhalten habe viele Genossen zum Austritt veranlaßt. In einem „Aufruf an die Partei-Organisation“ forderten die Versammlungsteilnehmer dazu auf, den „Willkürakten“ des „Politischen Komitees“ Einhalt zu gebieten.

Die von der TUDEH-Partei beeinflusste „Organisation iranischer Studenten, Sympathisanten der Organisation der Volksfedayin (Mehrheit)“ (O.I.S.) warf in einer im Spätsommer verbreiteten Ausgabe ihres deutschsprachigen „Iran Informationsblattes“ den „Rechtskräften“ in der Bundesrepublik Deutschland vor, das „Sommerloch“ mit einer „Kampagne gegen die Flüchtlinge und das Asylrecht“ zu füllen. Dahinter stehe die Absicht, „von den wirklichen Ursachen der Massenarbeitslosigkeit abzulenken“.

3.2.2.3 Bei den monarchistischen und nationalistischen iranischen Organisationen war seit dem Brandanschlag auf eine iranische Bank am 6. Februar 1985 in Frankfurt/M. keine Gewaltbereitschaft mehr erkennbar.

4. Türken

Mitgliederstärke und ideologisches Spektrum extremistischer türkischer Gruppen zeigten im Vergleich zu 1985 keine wesentlichen

Auseinandersetzungen innerhalb der TUDEH-Partei dauern an

Veränderungen. Die Gesamtstärke der Organisationen türkischer Extremisten wird auf über 44.000 Mitglieder geschätzt.

4.1 „Neue Linke“

4.1.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinflusste Organisationen	Insgesamt 1986	Vergleich 1985
8.050	–	–	8.050	8.050

4.1.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

Die „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/M-L) rief in ihren Propagandaschriften dazu auf, den „organisierten Kampf gegen die herrschenden Klassen“ zu steigern. Im Zusammenhang mit dem amerikanischen Luftangriff auf Libyen betonte sie, die Zeit für die „Zerschlagung des imperialistischen Systems“ sei nunmehr reif. Eine Gerichtsverhandlung gegen zehn Anhänger der TKP/M-L in der Schweiz löste im Januar heftige Proteste von Anhängern der Partei bei schweizerischen diplomatischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland aus. Am 19. Mai befestigten Anhänger der TKP/M-L an der Umzäunung des türkischen Generalkonsulats in Hamburg zwei Bombenattrappen und schossen mehrmals mit einer Faustfeuerwaffe auf ein Fenster des Gebäudes. Anlässlich des gewaltsamen Todes von Parteigängern in der Türkei zündeten unbekannte Täter am 9. August im Eingangsbereich des türkischen Generalkonsulats in Stuttgart einen Brandsatz; über den Vorplatz hängten sie ein Transparent mit der Drohung „Rache . . . durch die TKP/M-L“. Anhänger der TKP/M-L deponierten am 15. August im Eingangsbereich eines türkischen Verlagsgebäudes in Dreieich/Sprendlingen eine Bombenattrappe sowie ein Transparent mit der Aufschrift „Wir werden Euch rächen“.

Infolge ideologischer Differenzen ist die von der TKP/M-L beeinflusste „Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.“ (ATIF) weiterhin in die zwei Gruppen „Partizan“ und „Bolshevik Partizan“ gespalten. Die militante Haltung der mitgliederstärkeren Gruppe „Partizan“ machte eine Veröffentlichung in ihrem Organ „Mücadele“ (Kampf) vom Juni/Juli deutlich. Darin heißt es, die Bundesrepublik Deutschland verstärke ihre „Kriegsvorbereitungen“; der einzige Weg, dies zu verhindern, sei revolutionäre Gewalt.

„Partizan“ führte drei größere Veranstaltungen durch. Am 28. Juni organisierte die Gruppe im Rahmen der „internationalen Solidarität“ mit der peruanischen Widerstandsbewegung in Bonn eine von etwa 300 Personen besuchte Protestveranstaltung gegen die Niederschlagung der Häftlingsrevolte vom 18.–20. Juni 1986 in Peru. Am 16. August fanden in Stuttgart eine Veranstaltung mit rund 100

Anhänger der türkischen „Neuen Linken“ führen Gewaltaktionen durch

Auch ATIF befürwortet die Anwendung von Gewalt

Agitation der türkischen "Neuen Linken"

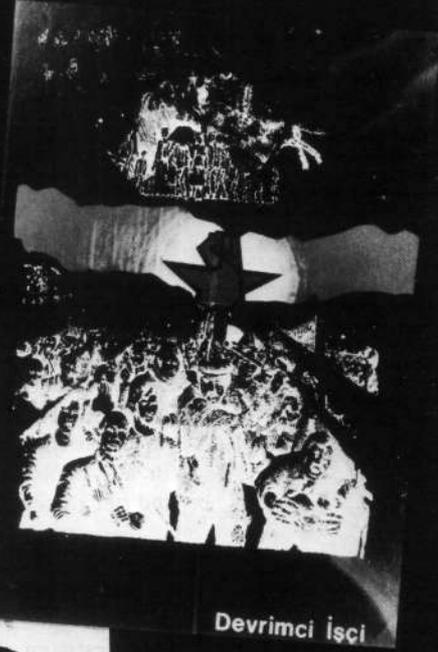


HERŞEY THKP- C
HERŞEY ZAFER

TEK YOL DEVİRİM



ZGÜR VATAN YA ÖLÜM



1 Mayıs
1. Mai

Marksizm-Leninizm
Bayrağı Altında Birleş!
Vereinigt euch unter dem Banner
des Marxismus-Leninismus!

TKP/ML Türkiye Komünist Partisi

Teilnehmern sowie am 13. September in Frankfurt/M. eine Demonstration mit etwa 1.200 Teilnehmern statt.

Auch die Gruppe „Bolshevik Partizan“ stellte den Kampf gegen den „westdeutschen Imperialismus“, der als „Todfeind der Völker in der Türkei, Chile und der ganzen Welt“ bezeichnet wurde, in den Mittelpunkt ihrer Agitation. In einer deutschsprachigen Veröffentlichung zum 1. Mai heißt es, die offiziellen Kundgebungen zum 1. Mai seien ausschließlich „Propagandaveranstaltungen“, bei denen die „revolutionäre Tradition“ des 1. Mai „mit Füßen“ getreten werde. Die Gruppe rief dazu auf, die „konterrevolutionären Kundgebungen der DGB-Bonzen“ durch Störaktionen zu beeinflussen. In ihrem Organ „Bolshevik Partizan“ betonte die Gruppe, zu ihrer Strategie gehöre als unbedingte Notwendigkeit der bewaffnete Kampf. Als einzige Organisation türkischer Extremisten verteidigte die Gruppe die Gewaltpolitik der PKK, kritisierte aber deren „falsche nationalistische Linie“.

Die „Föderation der türkischen demokratischen Arbeitervereine in Deutschland e.V.“ (DIDF), die der in der Türkei verbotenen „Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei (TDKP) nahesteht, verstärkte im Frühjahr ihre seit Jahren laufende Kampagne „Freiheit für alle politischen Gefangenen in der Türkei – Generalamnestie“ und rief zu einer Spendenaktion auf.

4.1.3 Gruppen mit besonderer Bereitschaft zur Gewaltanwendung

Anhänger der „Türkischen Volksbefreiungspartei-Front“ (THKP/-C) befestigten am 12. September über der Autobahn Heidelberg-Mannheim eine Bombenattrappe mit einem Transparent „Kampf dem faschistischen Terror in der Türkei – Kampf bis zur Befreiung“. Die Aktion führte zu einer zeitweiligen Vollsperrung des Autobahn-teilstückes.

Die Aktivitäten der von der THKP/-C beeinflussten, 1983 vom Bundesminister des Innern verbotenen militanten Gruppe „Devrimci Sol“ (Revolutionäre Linke), deren Anhänger auch unter der Bezeichnung „Avrupa 'da Dev Genç“ (Revolutionäre Jugend in Europa) auftreten, stagnierten 1986.

Die Organisation war zunehmend um die Reaktivierung ihrer Anhänger bemüht; es bestehen allerdings interne Streitigkeiten über den weiteren Kurs.

In der ebenfalls von der THKP/-C beeinflussten Gruppe „Devrimci Yol“ (Revolutionärer Weg), die sich in der Bundesrepublik Deutschland auch „Devrimci Isci“ (Revolutionärer Arbeiter) nennt, gibt es weiterhin Meinungsverschiedenheiten über die Frage einer gewaltsamen Revolution in der Türkei. Die Gruppe hat sich Ende 1985/Anfang 1986 in die inzwischen allgemein als „Alte Zeit“ und „Neue Zeit“ bezeichneten Flügel gespalten. Im Sommer gab die „Neue Zeit“ erstmals ihr Organ „Göçmen“ (Emigrant) heraus.

4.2 Orthodoxe Kommunisten

4.2.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinflusste Organisationen	Insgesamt 1986	Vergleich 1985
1.210	–	6.000	7.210	7.210

4.2.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

Die „Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e.V.“ (FIDEF) ist mit schätzungsweise 6.000 Mitgliedern weiterhin die größte türkische orthodox-kommunistisch beeinflusste Organisation in der Bundesrepublik Deutschland. In einem Interview mit dem DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit“ (UZ) vom 26. April bezeichnete der langjährige Bundesvorsitzende Hasan Özcan die FIDEF als „Einheitsorganisation“ der im Bundesgebiet lebenden türkischen Immigranten. In einer Grußadresse an den 8. Parteitag der DKP dankte die FIDEF für deren Solidarität mit den „Demokraten“ in der Türkei; an der Veranstaltung nahm auch eine Delegation der FIDEF teil.

Am 26./27. April führte die FIDEF in Essen ihren Jahreskongreß durch, an dem 800 Personen, darunter u. a. Vertreter des Parteivorstandes der DKP, deren Nebenorganisation „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) sowie der von der DKP beeinflussten „Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK), teilnahmen. Vertreter der in der Türkei verbotenen orthodoxen „Kommunistischen Partei der Türkei“ (TKP) bekundeten ihre Verbundenheit mit der FIDEF. Özcan wurde in seinem Amt bestätigt.

FIDEF bleibt größte Organisation der türkischen orthodoxen Kommunisten

4.3 Islamische Extremisten

4.3.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinflusste Organisationen	Insgesamt 1986	Vergleich 1985
19.000	–	–	19.000	19.000

4.3.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

Gemeinsames Ziel türkischer islamischer Fundamentalisten in der Bundesrepublik Deutschland ist die Abschaffung des Laizismus in der Türkei und die Errichtung eines theokratischen Staates. Unter dem Einfluß der islamisch-fundamentalistischen Erneuerungsbewegung im Iran wurde der Stil der türkischsprachigen Propaganda zunehmend schärfer. Weltliche Gesetze und Gerichte sollen abge-

Agitation islamisch-extremistischer türkischer Organisationen wird schärfer

schaft werden; an ihre Stelle soll wieder die Scharia, das islamische Recht, treten; Recht soll allein durch geistliche Richter gesprochen werden. Vor diesem Hintergrund betrachten die islamischen Extremisten die türkische Republik als eine „Kriegserklärung an Gott“. „Mit aller Kraft“ müsse „eine monotheistische Gemeinde, eine revolutionäre Generation“ geschaffen werden.

Ein maßgebliches Sprachrohr dieser Entwicklung ist „Tebliğ“ (Die Verkündigung), das Organ des „Verbandes der islamischen Vereine und Gemeinden e.V.“ mit Sitz in Köln. In der Ausgabe vom 1. Juli heißt es, der türkische Staat habe sich mit seiner „widerwärtigen Demokratie wie eine Kobra auf dem Feld der Märtyrer, dem islamischen Boden Anatoliens, breitgemacht“. An einer Veranstaltung des „Verbandes der islamischen Vereine und Gemeinden e.V.“ am 8./9. März in Köln nahmen rund 800 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland teil.

Die „Vereinigung der neuen Weltansicht in Europa e.V.“ (AMGT) ist nach wie vor ein Sammelbecken von Anhängern der in der Türkei verbotenen „Nationalen Heilspartei“ (MSP). Der langjährige MSP-Vorsitzende *Erbakan* sprach Ende März in Köln vor etwa 10.000 Zuhörern und kündigte an, künftig öfter im Bundesgebiet auftreten zu wollen.

4.4 Extreme Nationalisten

4.4.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinflusste Organisationen	Insgesamt 1986	Vergleich 1985
10.000	–	–	10.000	10.000

4.4.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

Die „Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.“ (ADÜTDF) blieb mit etwa 10.000 im Bundesgebiet lebenden Mitgliedern trotz interner Streitigkeiten um den Führungsanspruch die größte türkische Dachorganisation in Westeuropa. Sie führte mehrere gut besuchte Veranstaltungen durch. Etwa 1.300 Anhänger beteiligten sich am 5. April an einer Kundgebung in Köln. Die Teilnehmer zogen durch die Innenstadt und forderten die Ausreise des früheren ADÜTDF-Vorsitzenden Musa Serdar *Celebi* aus Italien; *Celebi* war Ende März in Rom von dem Vorwurf freigesprochen worden, 1981 an der Planung des Attentates auf Papst Johannes Paul II. beteiligt gewesen zu sein. Am 12. April demonstrierten aus demselben Anlaß in München etwa 100 sowie in Berlin (West) rund 250 Anhänger der ADÜTDF. Mit einem von einem Mitgliedsverein der ADÜTDF organisierten Marsch durch die Kölner Innenstadt protestierten am 26. April etwa 2.500 Türken gegen einen vom

ADÜTDF führt mehrere Großveranstaltungen durch

„Westdeutschen Rundfunk“ (WDR) ausgestrahlten Fernsehbeitrag zur „armenischen Frage“, der einseitig und geeignet gewesen sei, alte Wunden zwischen Armeniern und Türken wieder aufzureißen. An einer von dem örtlichen Mitgliedsverein der ADÜTDF organisierten Kundgebung am 19. Mai in Würzburg beteiligten sich rund 600 Personen. Die Demonstration richtete sich gegen die bulgarische Assimilationspolitik gegenüber der türkischen Minderheit. Mitte Juni führte die ADÜTDF in Nürnberg ihren 8. Jahreskongreß durch, an dem rund 1.000 Delegierte aus der Bundesrepublik Deutschland und dem benachbarten Ausland teilnahmen. In seiner Eröffnungsrede bezeichnete der ADÜTDF-Vorsitzende Feridun *Tuncay* den früheren Vorsitzenden der in der Türkei verbotenen rechtsextremistischen türkischen „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP), *Alparslan Türkeş*, als „unseren Führer“. *Türkeş*' Sohn überbrachte Grüße seines Vaters. Von Mitte Januar bis zum Sommer vertrieb die ADÜTDF in ihren Reihen – ergänzt durch eine Beilage mit Nachrichten aus den ADÜTDF-Mitgliedsverbänden – die in der Türkei erscheinende Wochenzeitung „Yeni Düşünce“ (Das neue Denken). Das für türkische Nationalisten in Europa bestimmte Blatt gilt als Sprachrohr der MHP.

5. Jugoslawen

5.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinflusste Organisationen	Insgesamt 1986	Vergleich 1985
970	–	–	970	1.020

Von diesen 970 Mitgliedern sind etwa 700 extrem-nationalistisch und 270 linksextremistisch.

5.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

Von den in der Bundesrepublik Deutschland politisch tätigen jugoslawischen Emigrantenorganisationen gingen 1986 nur von der linksorientierten, weltweit operierenden „Kroatischen Staatsbildenden Bewegung“ (HDP) und dem „Kroatischen Nationalrat“ (HNV), nationalistischer Dachverband kroatischer Emigrantenvereinigungen mit Sitz in New York, nennenswerte Aktionen aus. Die Aktivitäten des HNV beschränkten sich vornehmlich auf interne Zusammenkünfte sowie die Herausgabe und Verbreitung von antijugoslawischen Publikationen, insbesondere deren Einschleusung nach Jugoslawien. Im Umfeld der HDP hingegen waren nach wie vor militante Tendenzen festzustellen. Die HDP-Aktivisten im Bundesgebiet wurden besonders von ihren Gesinnungsgenossen in Australien finanziell unterstützt.

HDP zeigt nach wie vor militante Tendenzen

Agitation jugoslawischer Extremisten



ZERI KOSOVES

ADMINISTRIMI I DHUNSHEM NE KOSOVE

LIBERTAS

KOSOVA REPUBLIC

Administrimi i dhunshem ne Kosove

Administrimi i dhunshem ne Kosove... (text continues in columns)

S' gënjimoni: Shqipëri, papërkulur politikisht, mbetën në këmbë!



EUROPSKO IZDANJE: Koordinacioni Odbor HNVi za Njemačku, Postfach 1349, 7 Stuttgart 1

VJESNIK BROJ 2 Svibanj 1986.

HRVATSKOGA NARODNOG VIJEĆA

CROATIAN NATIONAL CONGRESS • KROATISCHER NATIONALRAT • CONSEIL NATIONAL

Stičbeno glasila HNVi-a — Izdaje: četvrti odbor: CNC, P.O. ...

Am 9. Mai sprach das Landgericht Karlsruhe den HDP-Aktivisten Milan *Buskain* und zwei Gesinnungsgenossen von dem Vorwurf frei, 1983 an der Ermordung eines Landsmannes beteiligt gewesen zu sein, der bei kroatischen Extremisten im Verdacht stand, Angehöriger des jugoslawischen Geheimdienstes zu sein. Nach dem Prozeß übernahm *Buskain* wieder Führungsaufgaben in der HDP. Am 22. September wurden in Zagreb zwei Jugoslawen zu Freiheitsstrafen verurteilt. Sie waren für schuldig befunden worden, von HDP-Angehörigen in der Bundesrepublik Deutschland geschult worden zu sein und Geld für Aktionen in Jugoslawien entgegengenommen zu haben. 1986 wurden zwei Anschläge mit Sachschaden verübt, die einen Hintergrund im jugoslawischen Extremismus vermuten lassen: In der Nacht zum 1. Juni wurde das Obergeschoß der Gaststätte eines HDP-Funktionärs in Unterthürheim (Landkreis Dillingen) durch vorsätzliche Brandstiftung zerstört; es entstand erheblicher Sachschaden. Die Gaststätte ist Anlaufstelle von HDP-Aktivisten. In der Nacht zum 22. Juni verübten ebenfalls unbekannte Täter mit einem Molotowcocktail einen Brandanschlag auf den Eingangsbereich des jugoslawischen Generalkonsulats in Stuttgart. Das Feuer konnte von Konsulatsbediensteten gelöscht werden. Ein zweiter, gegen ein Fenster geschleuderter Molotowcocktail richtete keinen Schaden an. Trotz der angespannten Lage in der jugoslawischen Provinz Kosovo nahmen die Aktivitäten Kosovo-albanischer Gruppen im Bundesgebiet nicht zu. Am 18. Januar fand in Stuttgart aus Anlaß des vierten Todestages von drei Exiljugoslawen albanischer Volkszugehörigkeit, die bei Heilbronn erschossen worden waren, eine Demonstration mit rund 350 Teilnehmern aus dem In- und Ausland statt. Die Demonstranten forderten den Status einer Republik für die jugoslawische autonome Provinz Kosovo.

6. Tamilen

6.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinflusste Organisationen	Insgesamt 1986	Vergleich 1985
–	–	200	200	–

6.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

Nach den in unterschiedlichen Zeitabständen (u. a. 1971, 1977 und 1983) erfolgten gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Bevölkerungsgruppen der Singhalesen und der Tamilen in Sri Lanka kam jeweils eine zunehmende Zahl von Flüchtlingen in die Bundesrepublik Deutschland. Im Gefolge dieser zunehmenden Zahl von Einreisen wurden im Bundesgebiet verschiedene tamilische Exilorga-

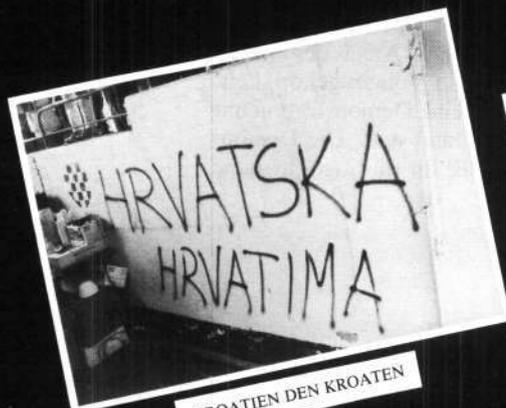
Schmieraktionen kroatischer Extremisten



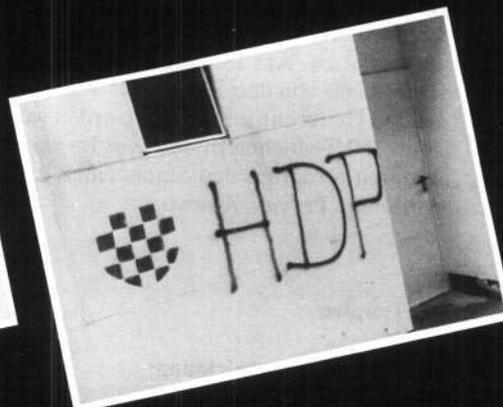
TITO MÖRDER



ERHEBT EUCH KROATEN



KROATIEN DEN KROATEN



nisationen gegründet, die alle das Ziel eines eigenen und unabhängigen Staates „Tamil Eelam“ verfolgen. Die aktivste tamilische „Befreiungsorganisation“ ist die deutsche Sektion der linksextremistischen, gewaltorientierten und in Sri Lanka verbotenen „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE), auch „Tamil Tigers“ genannt.

Am 14. November demonstrierten in Bonn rund 2.300 Anhänger der LTTE aus dem gesamten Bundesgebiet für die Freilassung ihres ZK-Vorsitzenden *Prabhakaran*, der in Indien unter Hausarrest steht. Die Demonstranten forderten von der indischen Regierung u. a., „die Waffen an die LTTE zurückzugeben“. In Flugschriften, die im Oktober im Bundesgebiet verbreitet wurden, nimmt die LTTE für sich in Anspruch, einzige legitime Vertreterin des Kampfes für ein unabhängiges „Tamil Eelam“ zu sein.

Konkurrierenden tamilischen Gruppen wird vorgeworfen, die LTTE „an die deutsche Regierung verraten“ zu haben; die „Tamil Tigers“ würden einen „solchen Verrat von diesen konservativen Gruppen nicht dulden“. Am 12. Oktober kam es dann in Stuttgart und am 26. Oktober in Sindelfingen zu gewalttätigen Übergriffen der LTTE gegen rivalisierende tamilische Organisationen. Im Februar und August warnte die LTTE mit Plakataktionen deutsche Touristen vor Urlaubsreisen nach Sri Lanka, da die LTTE keine Verantwortung für deren Leben übernehmen könne.

Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden tamilischen Gruppen

Spionageabwehr 1986

I. Allgemeine Erfahrungen

1. Situation

Die nach dem Übertritt des seinerzeitigen Referatsgruppenleiters im Bundesamt für Verfassungsschutz, *Tiedge*, in die DDR zunächst befürchtete Beeinträchtigung der Spionageabwehr ist nicht eingetreten. Vielmehr zeigt die Zahl von insgesamt 43 Personen, die 1986 – gegenüber 18 im Vorjahr – wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit für einen östlichen Nachrichtendienst von den Strafverfolgungsbehörden festgenommen wurden, auch nach dem Verrat *Tiedges* eine ungebrochene Erfolgsbilanz der Sicherheitsbehörden. Die Festnahmen sind auch ein Indiz dafür, daß es den gegnerischen Nachrichtendiensten nicht gelungen ist, die durch *Tiedge* gewonnenen Informationen in eine methodische Verbesserung ihrer Arbeitsweise und wirksamere Maßnahmen zum Schutz ihrer Agenten umzusetzen. Dies gilt insbesondere für die Nachrichtendienste der DDR, die mit 26 festgenommenen Personen den größten Verlust erlitten haben.

Die Festnahme zahlreicher Angehöriger östlicher Nachrichtendienste im Jahre 1986 wirft erneut ein Schlaglicht auf die Tätigkeit gegnerischer Agenten in der Bundesrepublik Deutschland.

Die zu verzeichnenden intensiven Aktivitäten gegnerischer Nachrichtendienste machten den seit jeher betriebenen hohen personellen und materiellen Aufwand der gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichteten geheimdienstlichen Agententätigkeit wiederum deutlich. Zahlreiche Einzelfälle belegen, daß die Nachrichtendienste des Ostblocks jede ihnen geeignet erscheinende Gelegenheit nutzen, um Bürger der Bundesrepublik Deutschland für eine nachrichtendienstliche Mitarbeit zu werben. Dies geschieht bevorzugt bei Reisen in den kommunistischen Machtbereich, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland selbst. Wiederholt wurden auch Übersiedlungs- oder Reiseanträge von Angehörigen kommunistisch regierter Staaten von einer Verpflichtung zur Agententätigkeit im Westen abhängig gemacht.

Der Einsatz der Agenten, der häufig von den Legalen Residenturen* in den amtlichen und halbamtlichen Vertretungen der Staaten des Ostblocks im Bundesgebiet gelenkt bzw. unterstützt wird, zielt auf die Gewinnung von Informationen aus fast allen Bereichen von

* Vgl. Kap. III., S. 257ff.

Ungebrochene
Erfolgsbilanz der
Sicherheitsbehörden

Intensive geheim-
dienstliche Aktivitä-
ten gegen die Bundes-
republik Deutschland

Politik, Gesellschaft, Industrieproduktion, Forschung und Verteidigung. Im Vordergrund steht nach wie vor die politische Spionage, die sich gegen die politischen Parteien, die Regierungs- und Verwaltungsstellen des Bundes und der Länder, darunter in erheblichem Maße auch die Sicherheitsbehörden, sowie gegen alle anderen Institutionen richtete, die Einblick in den Innenraum des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland ermöglichen. Von anhaltender Bedeutung blieb die Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage, mit der die östlichen Nachrichtendienste versuchen, in den Besitz eines möglichst umfassenden technischen Wissens zu gelangen. Um Entwicklungskosten und Zeitaufwand im eigenen Land zu sparen, richteten sich die nachrichtendienstlichen Bemühungen in besonderem Maße auch auf die Beschaffung fertiger Produkte, deren legalem Export in Länder des kommunistischen Machtbereichs die Embargobestimmungen der westlichen Industrienationen entgegenstehen. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Militärspionage. Sie zielt auf die Ausspähung der Bundeswehr und der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen NATO-Truppen sowie auf den Bereich der Rüstungsindustrie. Ein besonderes Interesse, insbesondere der DDR-Nachrichtendienste, galt hierbei Personen und Einrichtungen der amerikanischen Stationierungstreitkräfte.

Die politische Spionage steht weiterhin im Vordergrund

2. Kontaktpunkte/Werbungsmethoden

Der Bedarf gegnerischer Nachrichtendienste an Informationen ist unbegrenzt. Das Augenmerk richtet sich dabei nicht nur auf nachrichtendienstlich besonders interessante Objekte im wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bereich, sondern auf alles, was Einblick in die Struktur, Lebens- und Handlungsweise westlicher Gesellschaften ermöglicht und nachrichtendienstlich nutzbar erscheint. Für eine Ansprache durch Nachrichtendienste kommunistisch regierter Länder kommen daher nicht nur Personen in Betracht, die unmittelbar Zugang zu geheimzuhaltenden und empfindlichen Informationen eröffnen können: In das Visier dieser Nachrichtendienste kann jeder geraten, der auch nur im entferntesten für eine nachrichtendienstlich gesteuerte Mitarbeit geeignet erscheint.

Dabei steht nicht immer das Ziel im Vordergrund, einen Agenten im Ausspähungsobjekt selbst zu plazieren. Ebenso häufig geht es darum, Personen zu finden, die auf Ansätze für die nachrichtendienstliche Werbung anderer Personen hinweisen können („Tipgeber“), oder geheime Mitarbeiter zu gewinnen, die als Kuriere oder Instrukteure die Anweisungen der Führungsstelle an Agenten weitergeben. Vielfach streben Nachrichtendienste mit einer Anbahnung nicht den schnellen Einsatz, sondern den langfristigen Aufbau eines Agenten mit einer interessanten beruflichen Perspektive an. Insgesamt lassen sich bei dieser Methode statistische Erfolge nur aus einer möglichst hohen Zahl von Ansprachen herleiten. Das Risiko einer

Unbegrenzter Informationsbedarf gegnerischer Nachrichtendienste

Werbung für vielfältige nachrichtendienstliche Aufgaben

ablehnenden Haltung der Zielperson wird dabei bewußt einkalkuliert. Die Erfahrung zeigt, daß gegnerische Nachrichtendienste die entschiedene Zurückweisung eines Werbungsversuchs in den meisten Fällen respektieren.

2.1 Nachrichtendienstliche Ansprachen von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland

Erfolge versprechen sich gegnerische Nachrichtendienste vor allem von geheimen Mitarbeitern, die ihren Wohnsitz bereits im westlichen Operationsgebiet haben. Bei ihnen entfällt der erhebliche organisatorische und finanzielle Aufwand für eine Schleusung und die damit häufig verbundene Notwendigkeit einer „Legendierung“, d. h. die Annahme einer falschen Identität auf der Grundlage von Daten, die auf eine tatsächlich existierende Person zutreffen. Bürger der Bundesrepublik Deutschland sind für die Werbungsaktivitäten gegnerischer Nachrichtendienste daher bevorzugte Zielpersonen. Ansatzmöglichkeiten bieten sich besonders bei privaten oder geschäftlichen Aufenthalten im kommunistischen Machtbereich. Immer wieder aber sind Werbungsversuche gegnerischer Dienste auch in der Bundesrepublik Deutschland selbst und in anderen westlichen Ländern festzustellen.

Bürger der Bundesrepublik Deutschland sind bevorzugte Zielpersonen östlicher Nachrichtendienste

Anbahnung bei privaten und beruflichen Aufenthalten im Ostblock

Am einfachsten und ohne Risiko für den anbahnenden Nachrichtendienst ist die Ansprache einer Zielperson in einem Land des kommunistischen Machtbereichs. Dort verfügen die Nachrichtendienste in ihrer Verflechtung mit anderen Stellen des allumfassenden Staatsapparates über fast unbegrenzte Möglichkeiten. Sie sind z. B. in der Lage, bereits bei der Sichtung von Visaanträgen eine Auswahl von Personen vorzunehmen, die aufgrund ihres Berufs, Alters und Wohnorts für eine nachrichtendienstliche Ansprache geeignet erscheinen. Eine Fülle von Hinweisen und Ansatzpunkten für Werbungsversuche ergeben sich insbesondere, wenn Bundesbürger aufgrund verwandtschaftlicher oder geschäftlicher Beziehungen häufiger Reisen in diese Staaten unternehmen. Nicht selten erfolgt die Ansprache dann vor dem Hintergrund einer manipulierten Zwangssituation. Dies zeigt auch der folgende Fall:

Manipulierte Zwangssituationen bieten Anlaß zur Werbung

Ein Bundesbürger, der mit seiner Familie aus der Tschechoslowakei in die Bundesrepublik Deutschland ausgesiedelt war, unternahm nach Jahren – er ist inzwischen Polizeibeamter – wieder Besuchsreisen in seine frühere Heimatstadt. Bereits bei der ersten Reise wurde er im Rahmen seiner polizeilichen Anmeldung durch Angehörige des tschechoslowakischen Nachrichtendienstes StB zu seiner Polizeizugehörigkeit befragt. Dabei zeigte sich, daß die vernehmenden Beamten über seinen Werdegang und beruflichen Aufgabenbereich umfassend unterrichtet waren. Mehrere anschließende Reisen in die ČSSR verliefen ohne besondere Vorkommnisse. Bei einem weiteren Verwandtenbesuch wurde der Polizeibeamte dann mit der Behauptung, ein Verkehrsvergehen begangen zu haben, zur örtlichen Polizeibehörde vorgeladen und gezielt zu seinem beruflichen und persönlichen

Angebliche Verkehrsvergehen

Umfeld befragt. Das dabei unterbreitete Angebot zur nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit lehnte er jedoch strikt ab.

Nicht selten wird die für die nachrichtendienstliche Werbung inszenierte Zwangssituation als unausweichlich empfunden und die Gelegenheit außer Acht gelassen, sich auch nach einer Verpflichtung zur geheimdienstlichen Mitarbeit noch den Behörden der Bundesrepublik Deutschland – mit dem Ziel einer möglichen Straffreiheit – zu offenbaren:

C. flüchtete Ende der 50er Jahre aus der DDR ins Bundesgebiet. Auch nach seiner Flucht unterhielt er weiterhin engen Kontakt zu seinen Angehörigen in der DDR, die er nach einiger Zeit in regelmäßigen Abständen wieder besuchte. Anlässlich eines solchen Besuchsaufenthalts wurde C. von einem Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) zu einer Polizeidienststelle verbracht und dort mit dem Vorwurf konfrontiert, er sei in Pläne zur Flucht von Verwandten aus der DDR verwickelt gewesen und müsse deswegen mit einer Bestrafung von mindestens acht Jahren Zuchthaus rechnen. Angesichts dieser Drohung, verknüpft mit dem zusätzlichen Hinweis, daß ihm ein tödlich ausgehender Verkehrsunfall widerfahren könne, erklärte er sich nach Aufforderung schriftlich zur Mitarbeit für das MfS bereit. Da C. sich in einer als unausweichlich empfundenen nachrichtendienstlichen Verstrickung sah, aus der er sich nicht mehr lösen zu können glaubte, reiste er in der Folgezeit wiederholt zu Treffen mit seinem Führungsoffizier in den kommunistischen Machtbereich. Zu den ihm von MfS erteilten Aufträgen zählten neben Personenermittlungen im Bundesgebiet insbesondere die Abklärung von Fluchthilfe- bzw. Menschenrechtsorganisationen.

Einschüchterung
durch Drohungen

In Fällen, in denen eine nachrichtendienstliche Ansprache nicht sofort zum Erfolg führt, das Verhalten der Zielperson weitere Bemühungen aber als aussichtsreich erscheinen läßt, verfolgen gegnerische Nachrichtendienste ihr Werbungsvorhaben mit Geduld und Ausdauer. Sie versuchen dabei auch die Kontakte in das Bundesgebiet hinein fortzusetzen, indem sie die Verbindung zur Zielperson durch geheime Mitarbeiter aufrechterhalten. Es ist eine Reihe von Fällen bekanntgeworden, in denen z. B. auch Rentner eingesetzt wurden, deren Reisen in das Bundesgebiet wegen der in der DDR geltenden Reisebestimmungen unauffällig und plausibel legendiert werden können. Fälle dieser Art haben die Verfassungsschutzbehörden auch im Jahre 1986 wieder ermittelt.

Werbungsvorhaben
sind oft langfristig
angelegt

Charakteristisch scheint insbesondere folgender Einzelfall:

Rolf H., früherer Angestellter einer Baufirma, die auch Aufträge für die Bundeswehr und die NATO ausführte, hielt sich um die Jahreswende 1969/70 besuchsweise mit seiner Ehefrau bei Verwandten in der DDR auf. Bei dieser Gelegenheit wurde er in der Wohnung seiner Verwandten von T., einem Mitarbeiter des MfS, angesprochen. Dieser forderte ihn auf, Informationen über militärische Bauvorhaben zu liefern und sich mit ihm in Berlin (Ost) zu treffen. Für den Fall einer Zusammenarbeit bot er H. eine finanzielle Unterstüt-

Nachrichtendienstliche
Ansprache bei
Verwandtenbesuchen
in der DDR

zung sowie eine kostenlose Heilbehandlung von H.s asthmakranker Ehefrau auf der Halbinsel Krim an. H. reagierte hinhaltend und erklärte, daß er sich die Sache überlegen wolle.

Nachdem H. mehrere Jahre nichts mehr von T. gehört hatte, war er überrascht, als dieser ihn Anfang November 1984 nach kurzfristiger telefonischer Voranmeldung in seiner Wohnung aufsuchte. T. überbrachte Grüße von Verwandten des H. in der DDR und erzählte, daß er jetzt Rentner sei und in die Bundesrepublik Deutschland reisen dürfe. Zu einer nachrichtendienstlichen Ansprache kam es bei diesem Besuch jedoch nicht.

Beim zweiten Besuch im Januar 1985 trafen sich H. und T. in einer Gaststätte in Landau. Dabei erkundigte sich T. nach militärischen Anlagen in der Nähe des Wohnortes von H. Bei der Verabschiedung lud er H. zu einem Besuch in die DDR ein. Als H. und seine Ehefrau im Juni 1985 zu einem Verwandtenbesuch in die DDR reisten und zur Erledigung der Anmeldeformalitäten zum Rat des Kreises in Finsterwalde fuhren, wurden sie auf dem Parkplatz dieser Behörde von T. empfangen. Er nahm ihre Reisepässe entgegen und erledigte für sie die Anmeldung. Danach überreichte er H. 450 M (Ost), ohne den Gegenwert in DM entgegenzunehmen. Er erklärte H., daß dieser in Anbetracht seiner Auslagen vom Zwangsumtausch befreit sei. Am folgenden Tag holte T. den H. am Wohnort seiner Verwandten im Pkw ab und fuhr mit ihm in einen Wald. Dort zeigte er ihm diverses Bild- und Kartenmaterial von militärischen Objekten im Bundesgebiet, insbesondere von einem NATO-Objekt in der Nähe von H.s Wohnort. Er forderte H. auf, ihm alles zu berichten, was er über dieses Objekt in Erfahrung bringen könne. Ferner bat er H., ihm Truppenbewegungen und Manöver in der Umgebung seines Wohnortes in verschlüsselter Form über eine Telefonnummer oder Deckadresse* in Berlin (Ost) zu melden. Zum Abschluß des Gesprächs erhielt H. 500 DM gegen Quittung ausgehändigt.

T. wurde festgenommen, nachdem er H. im März 1986 erneut in einem Lokal in Landau getroffen und um Mitteilung militärischer Informationen gebeten hatte.

Bevor gegnerische Nachrichtendienste einen Werbungsversuch unternehmen und es zur ersten Ansprache kommt, haben sie sich in der Regel intensiv mit der Zielperson befaßt. Der Ansprache geht eine umfassende Abklärung ihres persönlichen Hintergrunds, des beruflichen und privaten Umfelds sowie ihre Zugangsmöglichkeiten voraus. Um sich der Zielperson in geeigneter Weise nähern zu können, benutzt der Werber auch Umwege durch Einbeziehung dritter Personen. Häufig wird als Werbungsmedium Geld – auch in größeren Beträgen – zielgerichtet eingesetzt, wenn vorher eine Empfänglichkeit der Zielperson für materielle Reize festgestellt wurde und eine Ausnutzung dieser Schwäche besondere Erfolgsaussichten verspricht. Wie geschickt sich der Werber auf die Mentalität und Bedürfnisse der jeweiligen Zielperson einstellen kann, zeigt der folgende Fall:

* Vgl. S. 255

Finanzielle
Zuwendungen als
Werbungsmedium

Zielpersonen werden
sorgfältig abgeklärt

Frau F. gelangte in das Blickfeld eines DDR-Nachrichtendienstes, weil sie als Angestellte im Fernmeldebereich der Bundeswehr nachrichtendienstlich besonders interessant erschien. Anlässlich eines Urlaubs, den sie, wie auch gleichzeitig ihr Bekannter B., zu Jahresbeginn 1986 in Isny/Allgäu verbrachte, lernte sie einen ca. 50jährigen Mann kennen, der sich als „Dr. Lantsch“ vorstellte. Dieser zeigte zunächst besonderes Interesse für eine von B. entwickelte und patentierte Flüssigkeit zur Reinigung von Ölkesseln und bot seine Vermittlung für eine Lizenznahme durch eine Firma in Italien an. Nachdem sich „Dr. Lantsch“ bei weiteren Treffen auch noch zur Zahlung von 8.000 DM an B. bereit gefunden hatte, entwickelte sich zwischen den beiden „Geschäftspartnern“ sehr schnell ein freundschaftliches Verhältnis. Aufgrund dieser Beziehung war es „Dr. Lantsch“ möglich, zusammen mit B. hin und wieder auch dessen Bekannte F. zu treffen. Er verstand es dabei, Frau F. durch besondere Aufmerksamkeiten zu umwerben und sich z. B. bei Spielbankbesuchen als großzügigen Kavalier darzustellen.

Anbahnung durch
Einschaltung von
Freunden/Bekanntem
der Zielperson

Bei einem der Treffen mit B. offenbarte „Dr. Lantsch“ dann, daß er Mitarbeiter des MfS sei und seine Absicht darin bestehe, die für das MfS wegen der Art ihrer Beschäftigungsstelle interessante Frau F. für eine Mitarbeit zu gewinnen. Er bat B. um Unterstützung bei den Anwerbungsbemühungen und vermittelte ihm durch geschicktes Argumentieren das Gefühl, an einer für die Sicherung des Friedens bedeutsamen Aufgabe mitzuwirken. B. erhielt den Auftrag, Frau F. zu einer Wochenendreise nach Venedig zu veranlassen und ihr im Namen von „Dr. Lantsch“ ein Album mit mehreren Schallplatten als Geschenk zu übergeben. Die Reise nach Venedig fand im Juli 1986 statt.

Spielbankbesuche,
teure Geschenke und
Luxusreisen

Gleich nach der Ankunft fuhren B. und Frau F. zu einem Hotel der Luxusklasse, wo sie von „Dr. Lantsch“ mit Champagner begrüßt wurden. Beim gemeinsamen Abendessen übergab „Dr. Lantsch“ B. 1.000 DM als Spesen für die Reise. Frau F. erhielt Blumen. Im Verlauf des Abends trat „Dr. Lantsch“ dann auch gegenüber Frau F. offen als „Ostagent“ auf, der aus seiner Werbungsabsicht nun keinen Hehl mehr machte.

Im Verlauf des folgenden Tages verstärkte er seine Bemühungen, indem er Frau F. ein Geldgeschenk von 5.000 DM anbot und sie abends ins Spielkasino einlud.

Erst als Frau F. deutlich zu verstehen gab, sie wolle den Werbungsversuch ihrer Dienststelle melden, gab „Dr. Lantsch“ sein Vorhaben auf.

Angehörige deutscher diplomatischer oder geschäftlicher Vertretungen im kommunistischen Machtbereich unterliegen in hohem Maße der Aufmerksamkeit der Nachrichtendienste des jeweiligen Gastlandes, die jede Gelegenheit zur Kontaktierung und Abschöpfung nutzen. Dabei können auch Informationen anfallen, die später, wenn der Betreffende in die Bundesrepublik Deutschland zurückgekehrt ist, für Anbahnungsversuche genutzt werden. Gegnerische Nachrichtendienste setzen dann häufig ein sog. „Kompromat“* ein, um die

Werbung von
Diplomaten oder
Geschäftsleuten

Erpressung durch
sog. Kompromate

* Tatsächlicher oder vorgetäuschter Sachverhalt, dessen Bekanntwerden geeignet sein kann, eine Person unter Druck zu setzen, zumindest aber ihr Unannehmlichkeiten zu bereiten.

Zielperson zur Mitarbeit zu nötigen. Ein solches Kompromat kann auch erfunden sein.

Beispiel:

Ein Beamter, der mehrere Jahre in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Berlin (Ost) beschäftigt gewesen war, fand im Oktober 1986 ein geschlossenes Kuvert ohne Absenderangaben im Briefkasten seiner Bonner Wohnung. In dem darin enthaltenen Brief forderte ihn ein angeblicher Anwalt „Dr. Müller“ auf, sich auf einen Besuch bei ihm, „Dr. Müller“, einzurichten. Unter der Vorspiegelung, dieser Besuch sei zum Schutz eines Klienten erforderlich, behauptete „Dr. Müller“ in dem Schreiben, ihm lägen „Nachweise über gewinnträchtige private Unternehmungen aus dem Zeitraum der langjährigen Tätigkeit des Beamten in Berlin“ vor, deren offene Darlegung zu einer erheblichen finanziellen Belastung und zu Folgen für seine berufliche Karriere führen würde. Zwei Tage später erkundigte sich „Dr. Müller“ telefonisch danach, ob der Beamte den Brief erhalten habe, und bat ihn, nach „Ostberlin“ zu kommen; dort könne man das Nähere besprechen. Der Beamte lehnte dies ab und forderte den Anrufer auf, die angeblich belastenden Dokumente seiner Dienststelle zuzuleiten.

2.2 Nachrichtendienstliche Ansprachen von Personen mit Wohnsitz im kommunistischen Machtbereich

Bürger kommunistisch regierter Länder sind den Einflußmöglichkeiten der dort tätigen Nachrichtendienste in besonderem Maße ausgesetzt. Bewährte Ansatzpunkte für die Werbungs Bemühungen gegnerischer Nachrichtendienste sind auch hier oftmals Zwangs- und Abhängigkeitssituationen, die bewußt für nachrichtendienstliche Zwecke ausgenutzt werden.

Beispiel:

Ein tschechoslowakischer Staatsbürger fiel bei der Grenzkontrolle bei dem Versuch auf, Antiquitäten illegal aus der ČSSR auszuführen. Kurze Zeit später erhielt er eine Vorladung zur örtlichen Polizeidienststelle. Dort wurde er vor die Wahl gestellt, entweder mit den Sicherheitsorganen zusammenzuarbeiten oder wegen Schmuggels strafrechtlich verfolgt zu werden. Unter diesem Druck unterzeichnete er eine Verpflichtungserklärung zur geheimen Mitarbeit für den tschechoslowakischen Nachrichtendienst StB. In der Folgezeit erhielt er vom StB Fotos militärischer Einrichtungen in der ČSSR mit der Aufforderung, sie an westliche Besuchsreisende zu verkaufen oder zu versuchen, Besuchsreisende zum Fotografieren derartiger Einrichtungen zu verleiten. Wenn westliche Besucher dann im Besitz solcher Fotos seien, sollte er den StB unterrichten.

Antiquitätenschmuggel als Druckmittel

Übersiedlung und Westreisen sind Werbungsanlässe bei Bewohnern des Ostblocks

Nach wie vor versuchen gegnerische Nachrichtendienste, Bürger östlicher Staaten im Zuge ihrer Bemühungen um Übersiedlung oder Reisen in den Westen anzuwerben. Dabei nutzen sie besonders den mit solchen Anliegen häufig verbundenen Wunsch nach Familienzusammenführung oder Pflege verwandtschaftlicher Beziehungen zielgerichtet aus, indem sie die Ausreisegenehmigung nicht selten von

der Bereitschaft zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit abhängig machen. Eine Übersiedlerin, die ihrem aus der DDR in die Bundesrepublik geflüchteten Ehemann auf legalem Wege folgen wollte, gab hierzu folgendes an:

Nach der Flucht ihres Ehemannes sei sie vom MfS kontaktiert und im Rahmen ihrer Antragstellung auf Familienzusammenführung auf eine nachrichtendienstliche Mitarbeit angesprochen worden. Nach den Vorstellungen des MfS sollte sie nach ihrer Übersiedlung durch Übersendung einer Ansichtskarte an eine Deckadresse wieder Verbindung mit dem MfS aufnehmen. Nachrichtendienstliche Treffen hätten dann in Prag stattfinden sollen. Einen konkreten Auftrag habe sie zu dem Zeitpunkt noch nicht erhalten. Man habe ihr lediglich erklärt, sie könne durch ihre Mitarbeit eine Menge Geld verdienen und sich jederzeit mit ihren in der DDR lebenden Verwandten treffen. Allerdings müsse sie, wenn sie keine größeren Nachteile riskieren wolle, über ihre Verbindung zum MfS Schweigen bewahren. Um die beantragte Ausreisegenehmigung zu erhalten, ist die Übersiedlerin auf das Zusammenarbeitsangebot eingegangen. Nach ihrer Übersiedlung hat sie ihre MfS-Verpflichtung der zuständigen Verfassungsschutzbehörde in vollem Umfang offenbart.

Den Verfassungsschutzbehörden ist eine Reihe von Fällen bekannt, in denen östliche Nachrichtendienste ihre mit Westauftrag verpflichteten Mitarbeiter bereits durch Zusammenarbeit im eigenen Land erprobt haben. Bemühungen solcher Personen um Übersiedlung oder Ausreise in ein westliches Land führen fast immer zu einer erneuten nachrichtendienstlichen Ansprache und nicht selten dann zu der Verpflichtung, auch im Westen nachrichtendienstlich tätig zu sein.

Beispiel:

Ein rumänischer Staatsbürger hatte sich während seines Studiums schriftlich verpflichtet, für den rumänischen Nachrichtendienst Securitate tätig zu sein. Sein Auftrag bestand hauptsächlich in der Beobachtung von Kommilitonen aus arabischen Ländern. Nachdem der Kontakt zum Nachrichtendienst für mehrere Jahre unterbrochen war, beantragte er die Genehmigung für eine Reise in die Bundesrepublik Deutschland. Nach Angaben des Betroffenen sei die Securitate daraufhin wieder an ihn herangetreten und habe von ihm gefordert, seinen Reisegrund zu erläutern sowie schriftlich über seine Familie, Verwandte, ehemalige Kommilitonen und Kollegen im In- und Ausland zu berichten. Um die von ihm beabsichtigte Westreise nicht zu gefährden – er wollte in der Bundesrepublik insbesondere auch ärztlichen Rat für sein krankes Kind suchen – sei er schließlich eine erneute schriftliche Verpflichtung zur Mitarbeit für den rumänischen Nachrichtendienst eingegangen. Er habe dann den Auftrag erhalten, im Westen alte Freunde und Bekannte ausfindig zu machen und deren politische Ansichten auszuforschen.

Eine rumänische Staatsbürgerin gab an, sie führe die schnelle Genehmigung ihres Antrages auf Reiseerlaubnis für die Bundesrepublik Deutschland darauf zurück, daß sie bereits früher für den rumäni-

Für einen Westauftrag verpflichtete Mitarbeiter werden auch im eigenen Land erprobt

schen Nachrichtendienst gearbeitet habe. So sei sie als Hotelrezeptionistin verpflichtet gewesen, der Securitate täglich über ihre Beobachtungen im Hotel zu berichten. Im Zusammenhang mit ihrem Reiseantrag habe der Nachrichtendienst sie dann erneut angesprochen und sie aufgefordert, bei ihrer Rückkehr aus der Bundesrepublik Informationen über ein Aussiedlerlager mitzubringen, das sich in der Nähe ihres Reisezieles befände.

3. Zielrichtungen/Zielobjekte

Die Ausspähungsbemühungen der gegnerischen Nachrichtendienste sind darauf gerichtet, das – aufgrund ideologischer Vorstellungen – als feindlich betrachtete Gesellschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland in seiner Struktur und Wirkungsweise möglichst umfassend zu erkunden. Sie beschränken sich also keineswegs darauf, einzelne hochkarätige Agenten in Schlüsselpositionen mit guten Zugangsmöglichkeiten einzuschleusen. Gegnerische Nachrichtendienste sind ebenso sehr darum bemüht, ein dichtes Informationsaufkommen durch die Gewinnung möglichst vieler Quellen zu erlangen. Selbst Randerkenntnisse oder sogar belanglose Meldungen können dabei von Bedeutung sein, wenn sie sich in der Summierung zu einem Gesamtbild zusammenfügen lassen.

Spionageaktivitäten
in fast allen Gesellschaftsbereichen

3.1 Politische Spionage

Die politische Spionage zielt darauf ab, Einblicke in Organisationen, Entscheidungsabläufe und Zusammenwirken der für das politische System der Bundesrepublik Deutschland maßgeblichen Kräfte zu gewinnen. Ausspähungsobjekte sind neben Behörden, Verbänden, Gewerkschaften und Medien vor allem politische Parteien. Extremistische Gruppen und Organisationen sind dabei von den Spionageaktivitäten nicht ausgenommen. In ihnen sehen gegnerische Nachrichtendienste gerade wegen ihrer politischen Zielrichtung lohnende Ausspähungsobjekte. Das zeigt z. B. der Fall des Klaus W., der 1971 der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) beitrug und dort in der Folgezeit verschiedene Funktionen auf Kreis- und Landesebene ausübte. Darüber hinaus war W. Mitglied mehrerer rechtsextremistischer Organisationen und verfügte über zahlreiche Kontakte zu gleichgesinnten Gruppierungen und Einzelpersonen im In- und Ausland.

Ausspähungsobjekte
der politischen
Spionage sind vor allem die Parteien

W. hatte hauptsächlich aus finanziellen Gründen Kontakt zum MfS gesucht und sich im Jahre 1979 zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit verpflichtet. Bei zahlreichen nachrichtendienstlichen Treffs lieferte er seinen Gesprächspartnern, Mitarbeitern der mit der Ausforschung rechtsextremistischer Gruppierungen und Parteien befaßten Dienst-einheit der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS, gegen Entgelt Informationen aus der rechtsextremistischen Szene in der Bundesrepublik Deutschland und aus dem Bereich des internationa-

len Rechtsextremismus. Die MfS-Mitarbeiter gaben ihm dabei auch Berichte und Informationen anderer Quellen aus diesen Bereichen zur Bewertung und Ergänzung nach eigenem Erkenntnisstand. W. wurde am 26. Juni 1986 wegen geheimdienstlicher Tätigkeit zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren verurteilt.

Immer wieder sind auch die Sicherheitsbehörden Ziel gegnerischer Spionageaktivitäten. So gab es im Berichtszeitraum mehrere Versuche, Polizeibeamte für eine nachrichtendienstliche Mitarbeit anzuwerben. Ausspähungsbemühungen richteten sich auch gegen die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder.

Besonders das MfS betreibt bei der Anwerbung von Verfassungsschutz-Bediensteten einen erheblichen Aufwand. Da einerseits eine persönliche Kontaktaufnahme im Bundesgebiet für den Werber mit einem hohen Risiko verbunden ist, geht das MfS vermehrt dazu über, den ersten Kontakt zu geeignet erscheinenden Zielpersonen telefonisch aufzunehmen. Ihnen wird ein „geschäftliches Angebot“ unterbreitet, wobei das „Geschäft“ kaum legendiert, sondern weitgehend „im Klartext“ angeboten wird.

Dazu der folgende Fall:

Ein Verfassungsschutz-Angehöriger, der eine Nebentätigkeit suchte, gab in einer Zeitung unter Angabe seiner privaten Telefonnummer ein Inserat auf:

„Aufgeschlossener flexibler Typ sucht dauerhafte Nebentätigkeit, nach dem Prinzip:
Gute Arbeit für gutes Geld.“

Daraufhin wurde er zwei Monate später von einem unbekanntem Mann angerufen, der ihn unter Bezugnahme auf das Inserat aufforderte, einen beim Hauptpostamt für ihn hinterlegten Brief abzuholen. Der Verfassungsschutz-Angehörige, der die Anzeige bereits als erledigt betrachtet hatte, erklärte dem Anrufer, daß er nicht mehr interessiert sei und deshalb den Brief nicht abholen werde.

Weitere drei Monate später erhielt der Betroffene von einer Arbeitskollegin einen an ihn persönlich gerichteten verschlossenen Briefumschlag, der als Absender lediglich den Namen „König“ trug. Dieser Brief war der Arbeitskollegin durch die Post mit einem Anschreiben und der Bitte um entsprechende Weiterleitung zugesandt worden. Der Brief enthielt ein maschinengeschriebenes Schreiben, in dem der angebliche „König“ sich auf das frühere Telefongespräch bezog und die Ansicht äußerte, daß „seine Behörde“ für den Betroffenen ein geeigneter Partner sei, und zwar

„geeignet im Hinblick auf fachliche Kenntnisse und Fähigkeiten bei vertretbarer zeitlicher Belastung und einem gesicherten überdurchschnittlichen Verdienst entsprechend der erbrachten Leistung mit für beide Seiten kalkulierbarem Risiko“.

Der Briefschreiber ließ durchblicken, daß er an Material aus dem Tätigkeitsbereich des Verfassungsschutz-Angehörigen interessiert sei und nannte zur Klärung der Übergabemodalitäten einen Telefonan-

Sicherheitsbehörden
als Ziel gegnerischer
Spionage

Telefonische
Kontaktaufnahme/
„geschäftliches An-
gebot“

Angehörigen des
Verfassungsschutzes,
wird „Nebentätig-
keit“ angeboten

**Vereinbarung eines
konspirativen Treffens
in Berlin (West)**

schluß in Berlin (Ost). Der Betroffene sollte dort unter dem Namen „Becker“ in der Zeit zwischen 17.00 und 18.00 Uhr anrufen.

Der Verfassungsschutz-Angehörige offenbarte den Sachverhalt seiner Dienststelle und nahm unter ihrer Kontrolle Kontakt zu „König“ auf. „König“ erläuterte dann nochmals, er sei an Informationen aus dem Arbeitsbereich des Verfassungsschutz-Angehörigen interessiert, insbesondere an strukturellen, organisatorischen und personellen Hinweisen.

Für die Übergabe des Materials schlug „König“ das neutrale Ausland, etwa Österreich, vor, einigte sich mit dem Betroffenen aber schließlich auf ein Treffen in Berlin (West).

Es wurde ein bestimmtes Treffdatum vereinbart. Dabei äußerte „König“, man könne das Material natürlich auch „über den Zaun werfen“. Wegen des genauen Treffortes solle an dem festgelegten Tag um 12.00 Uhr noch einmal von Berlin (West) aus die bekannte Telefonnummer angerufen werden. An dem vereinbarten Trefftag wurde der Mitarbeiter des Verfassungsschutzes bei einem weiteren Telefonat mit seinem Auftraggeber angewiesen, in einem bestimmten Postamt in Berlin (West) einen unter Chiffre hinterlegten Brief abzuholen und erneut anzurufen.

Der Brief enthielt vier 500 DM-Scheine und einen Zettel mit folgendem maschinengeschriebenem Text:

„Lieber Sportsfreund!

Wir freuen uns, daß wir – wie verabredet – unsere gemeinsame Wanderung in der Gartenstadt Frohnau durchführen können. Wir treffen uns unter der ehemaligen S-Bahnbrücke, die über die Neubrücker Straße: Schönfließer Straße führt.

Auf der Wanderkarte ist dieser Ort beschrieben.

Ein Vertreter der Wandergruppe König wird Dich dort erwarten.

Mit freundlichem Gruß

(Unterschrift unleserlich)“

Der auf der beigelegten Landkarte mit Wanderweg-Beschreibung gekennzeichnete Treffpunkt befand sich zwar noch in West-Berlin, aber nur wenige Meter von den Grenzbefestigungsanlagen der DDR entfernt. Nach Erhalt des Briefes rief der Verfassungsschutzangehörige erneut die ihm angegebene Telefonnummer an und empfing die Anweisung, sich um 14.15 Uhr an dem markierten Treffort einzufinden; sein Treffpartner würde dort auf ihn zukommen.

**Letzte Anweisung per
Telefon**

Der Treffpartner wurde von der Kriminalpolizei festgenommen und inzwischen wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt.

**Zielobjekt Rundfunk-
und Fernsehanstalten**

Zielobjekte gegnerischer Spionage sind auch Rundfunk- und Fernsehanstalten. Von herausgehobenem Interesse sind in diesem Zusammenhang Rundfunksender, die – wie etwa die Deutsche Welle oder Radio Free Europe (RFE) – über große Reichweiten verfügen und deren Programme auch in den Ländern des Warschauer Paktes gehört werden. Sendungen solcher Stationen stehen in den kommunistischen Staaten in Widerspruch zum zentralistischen Meinungsmonopol der offiziellen Stellen und gelten dort – wie nichtkonforme

Meinungsäußerungen generell – als gegnerische Propaganda. Zwar sind Fälle, in denen östliche Nachrichtendienste versucht haben, mit Gewaltanwendung – bis hin zu Mordanschlägen – gegen die in ihrer Sicht feindlichen Rundfunksender bzw. deren Personal vorzugehen, in der jüngsten Zeit in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr bekanntgeworden. Doch zeigten die Beobachtungen der Verfassungsschutzbehörden, daß solche Rundfunksender nach wie vor im Mittelpunkt des Interesses östlicher Nachrichtendienste stehen. Daß hier ein Schwerpunkt gegnerischer Spionage liegt, wurde im Einzelfall schon an der Vielzahl der beteiligten Nachrichtendienste deutlich. So waren bei dem in München befindlichen Sender RFE Auspähnungsbemühungen von Nachrichtendiensten insbesondere der Sowjetunion, Rumäniens, Bulgariens und der Tschechoslowakei zu verzeichnen.

Die gegnerischen Nachrichtendienste versuchen, auf ganz unterschiedlichen Wegen Informationen über die ihnen unliebsamen Sender zu erhalten oder Einfluß auf die dort tätigen Personen und die ausgestrahlten Programme zu erlangen. So konnte z. B. beobachtet werden, daß Agenten – getarnt als angebliche Regimekritiker – in die Sendeanstalt eingeschleust oder dort bereits tätige Personen für eine nachrichtendienstliche Mitarbeit angeworben wurden.

Einschleusung von Agenten in die Sendeanstalten

Oleg *Tumanov*, Chefredakteur des russischen Programms des in München ansässigen Radio Free Europe, war am 25. Februar 1986 spurlos verschwunden. Am 28. April 1986 bestätigten sich Spekulationen, wonach er in die UdSSR zurückgegangen sei. *Tumanov* trat in einer Moskauer Pressekonferenz auf, in der er u. a. erklärte, daß er über eine Sowjetische Botschaft im europäischen Ausland in die UdSSR heimgekehrt sei, und in der er weiter behauptete, der Sender RFE sei vom amerikanischen Geheimdienst durchsetzt.

Gegen *Tumanov* läuft ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit für einen sowjetischen Nachrichtendienst.

3.2 Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage

Um technisches Wissen illegal aus den westlichen Industriestaaten zu beschaffen, setzen die Regierungen der Warschauer Pakt-Staaten auch ihre Nachrichtendienste gezielt ein. Durch deren Spionageaktivitäten im Bereich von Wissenschaft und Wirtschaft sparen die Volkswirtschaften des Ostblocks jährlich bedeutende finanzielle Aufwendungen an eigenen Entwicklungskosten. Das Interesse der gegnerischen Nachrichtendienste zielt auf den gesamten Bereich industrieller Forschung und Produktion. Einen besonderen Stellenwert hat dabei nach wie vor die Mikroelektronik als Schlüsseltechnologie in den Anwendungsgebieten

- Elektronische Datenverarbeitung
- Meß- und Regeltechnik sowie
- Kommunikationstechnik.

Mit besonderen Anstrengungen versuchen die Nachrichtendienste

Mikroelektronik ist vorrangiges Beschaffungsziel

Auch die Rüstungsindustrie ist besonderen Spionageaktivitäten ausgesetzt

des Ostblocks immer wieder, an Informationen und Produkte aus dem Bereich der Rüstungsindustrie zu gelangen. Sie setzen mit ihren Bemühungen häufig bei kleineren Firmen oder Einzelpersonen an, bei denen sie sich eine besondere Wirksamkeit finanzieller Anreize versprechen oder nicht selten auch wirtschaftliche Notlagen ausnutzen können. Einen deutlichen nachrichtendienstlichen Hintergrund läßt z. B. der folgende Fall erkennen:

„Illegaler Technologietransfer“

Ein Geschäftsmann aus dem Ruhrgebiet hatte den Sicherheitsbehörden mitgeteilt, daß ihm sein Angestellter R. Kontakt zu einem „Gerdes“ vermittelt habe, der die Möglichkeit von Exportgeschäften in die UdSSR anbiete. Bedingung für diese Handelsbeziehung sei allerdings, daß er auch Aufträge erfülle, die über den üblichen Rahmen hinausgingen. So habe „Gerdes“ die Beschaffung

- eines Triebwerkes der CRUISE MISSILE,
- eines Bordcomputers des AIRBUS-Flugzeugs
- eines Elektronikteils des Panzers LEOPARD II

gefordert. Die Ermittlungen ergaben, daß „Gerdes“ unter seinem richtigen Namen N. bereits mehrfach in Geschäfte des illegalen Technologietransfers verwickelt gewesen war. N. hatte bei seiner in Berlin (Ost) lebenden Schwester den Angehörigen der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin (Ost), Wladimir Kurikow, kennengelernt. Kurikow bat N. um die Beschaffung von Unterlagen und Software aus dem EDV-Bereich. Das gewünschte Material wurde von R. geliefert. Kurikow lernte durch N. dann auch R. persönlich kennen und verpflichtete ihn zum Stillschweigen über ihre „Geschäftsbeziehungen“. In der Folgezeit kam es zu mehreren Treffen mit Kurikow in Berlin (Ost). Kurikow sorgte dabei immer für einen reibungslosen Grenzübertritt, indem er an der Grenze Dauervisa mit Gebührenbefreiung für N. und R. hinterlegte.

Bestelllisten und fingierte Lieferpapiere

Bei einem dieser Besuche übergab Kurikow N. und R. eine Bestelliste mit 54 Positionen, die ausschließlich Computer Hard- und Software der Firma IBM enthielten. N. und R. beschafften die Waren, von denen einige unter die COCOM-Vereinbarungen* fielen und nicht in den Kommunistischen Machtbereich exportiert werden durften, bei einem IBM-Vertragshändler. Sie gaben dabei an, die Ware sei für die finnische Post bestimmt. Die Ware wurde dann unter Verwendung fingierter Lieferpapiere über den Transitweg nach Berlin in die DDR verbracht und in Berlin (Ost) an Kurikow übergeben. Den gesamten Rechnungsbetrag in Höhe von 210.000 DM zahlte Kurikow in bar.

Interesse des MfS an Informationen aus der Bauwirtschaft

Seit mehreren Jahren zeigt sich das MfS auch an Erkenntnissen aus der Bauwirtschaft interessiert. Eine Konzentrierung auf diesen Industriezweig zeigt, daß der Nachrichtendienst der DDR sich ganz gezielt bestimmten Beschaffungsaufgaben zuwendet, wenn die aktuelle Bedarfslage es erfordert. Durch den illegalen Erwerb von Informationen und Produkten aus diesem Wirtschaftsbereich umgeht die DDR die bei einem regulären Einkauf anfallenden weit höheren Kosten und ist so in der Lage, die Leistungs- und Wettbewerbsfähig-

* S. Kap. II.1 S. 249

keit ihrer Bauwirtschaft mit nur geringem eigenem Aufwand zu fördern.

Beispiel:

Der technische Kaufmann L., der bei einer Baufirma tätig ist, die sich auf die Betonsanierung spezialisiert hat, besuchte regelmäßig ein- bis zweimal im Jahr Verwandte in der DDR. Bei einem dieser Besuche wurde er von zwei MfS-Mitarbeitern, die sich als „Angehörige des Baukombinats Halle“ ausgaben, aufgefordert, Unterlagen über Betonsanierung zu beschaffen. Außerdem interessierten sich die MfS-Angehörigen für Unterlagen über Decken- und Dübelssysteme. L. ging auf das ihm unterbreitete finanzielle Angebot ein und nahm in der Folgezeit mehrere Treffs wahr, bei denen er dem MfS Betonsanierungs- und Brandschutzprogramme sowie Systemprüfzeugnisse verschiedener Firmen, technische Unterlagen und Betonsanierungswerkstoffe lieferte. Nach seinen Angaben hat er von seinen Auftraggebern pro Treff 1.500 bis 2.200 DM erhalten.

„Betonsanierung“

Am 14. Oktober 1986 wurden der 62jährige Otto Sch. und sein 35 Jahre alter Sohn Armin wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu drei bzw. zwei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Auch sie hatten dem MfS Informationen aus der Bauwirtschaft geliefert. Dieser Fall zeigt außerdem, daß gegnerische Nachrichtendienste nicht immer einen sofortigen Nutzen von einem neu angeworbenen Agenten erwarten, sondern ihn – bei einer lohnenden Verwendungsperspektive – durch finanzielle Unterstützung zur beruflichen Qualifizierung auch langfristig aufbauen.

Langfristiger Aufbau eines Agenten

Otto Sch. war nach eigenen Angaben bereits 1967 in das Blickfeld des MfS geraten, als er sich anlässlich eines seiner regelmäßigen Verwandtenbesuche in der DDR von der Gemeindeverwaltung seines Urlaubsortes das Buch „Philosophie des Marxismus“ ausgeliehen hatte. Danach sei er von einem „Mitarbeiter einer Friedensorganisation“ aufgesucht worden, der mit ihm politische Gespräche geführt und ihn und seine Familie u. a. zu einer Stadtbesichtigung in Berlin (Ost) eingeladen habe. Irgendwann zwischen 1969 und 1971 – der genaue Zeitpunkt steht nicht fest – ist Otto Sch. dann auf eine nachrichtendienstliche Mitarbeit hin angesprochen worden. Erst bei dieser Gelegenheit habe er gemerkt, daß es sich bei seinem Gesprächspartner um einen MfS-Angehörigen handelte. Er sei dann aus innerer Überzeugung für das MfS tätig geworden. Spätestens 1973 führte Otto Sch. dem MfS seinen Sohn Armin als Mitarbeiter zu. Zwischen ihm und dem MfS wirkte Otto Sch. als Verbindungsmann. Daneben hatte er den Auftrag, Personen abzuklären und Zeitungsartikel zu sammeln.

Armin Sch. war – als Funkamateurliebling – zwar zuerst damit beauftragt, den Funkverkehr u. a. auch von Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik Deutschland für das MfS aufzuzeichnen, sollte nach den Vorstellungen des Führungsoffiziers längerfristig aber insbesondere auf die Bundeswehr angesetzt werden.

Finanzierung der Ausbildung durch das MfS

Von 1976 bis 1978 absolvierte er eine Ausbildung zum Techniker. Während dieser Zeit wurde er vom MfS mit einer monatlichen „Beihilfe“ von 500 DM unterstützt. Nach Abschluß dieser Ausbil-

dung zog Armin Sch. es jedoch vor, sich nicht, wie vom MfS ursprünglich geplant, als Zeitsoldat bei der Bundeswehr zu bewerben, sondern im Selbststudium zum Programmierer weiterzubilden und mit dieser Qualifikation bei einer Baugesellschaft angestellt zu werden. In seiner Beschäftigungsstelle hatte Armin Sch. nun ein Wirkungsfeld gefunden, das für das MfS ebenfalls von großem Interesse war. Er erhielt den Auftrag, insbesondere über die EDV-Programme seines Arbeitgebers zu berichten. Zu den folgenden nachrichtendienstlichen Treffen wurde ein „Spezialist“ hinzugezogen, der die Erläuterungen von Armin Sch. bewerten konnte. Die Agententätigkeit von Armin Sch. fiel schließlich auf, nachdem er ein EDV-Programm seiner Firma über Fertigteile, das einen Wert von etwa einer Million DM besaß, kopiert hatte und auf dem Postweg an eine Deckadresse des MfS in der DDR schicken wollte.

3.3 Militärspionage

Seit langem sind Personal und Einrichtungen der Bundeswehr sowie der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Streitkräfte der NATO-Partner bevorzugte Ausspähungsobjekte gegnerischer Nachrichtendienste. In den letzten Jahren konzentrierten sich die Spionageaktivitäten, insbesondere der DDR-Nachrichtendienste, zunehmend auf die amerikanischen Stationierungsstreitkräfte. Hier versuchen die gegnerischen Dienste, Zugang u. a. durch die Werbung von Personen zu erhalten, die bei den Stationierungsstreitkräften als Zivilangestellte beschäftigt sind. Das zeigte zuletzt der Fall der Eheleute R., die von einem Nachrichtendienst der DDR angeworben wurden, als sie sich zum Besuch von Verwandten in Dresden aufhielten.

Durch ihre berufliche Tätigkeit – Franz R. in der Materialqualitätskontrolle einer Versorgungseinheit der amerikanischen Streitkräfte in Kaiserslautern und Ute R. als Angestellte einer für die amerikanischen Stationierungsstreitkräfte tätigen Firma – waren beide für den DDR-Dienst von besonderem nachrichtendienstlichem Interesse. Die hauptsächlich Franz R. erteilten Aufträge – z. B. die Übersendung amerikanischer Zeitungen an eine Anschrift in Leipzig – erschienen zunächst harmlos, zeigten dann aber ihre eigentliche Zielrichtung, als die Auftraggeber Informationen über die Bewegungen der amerikanischen Truppen im Raum Kaiserslautern sowie die Lieferung von Wartungs- und Reparaturanleitungen und von Bestandsübersichten aus dem Arbeitsbereich von R. oder die Beschaffung eines nur für den militärischen Bereich herausgegebenen Telefonbuches forderten.

Ute R. wurde später als ihr Ehemann in die nachrichtendienstliche Verstrickung einbezogen und half dann insbesondere bei der geheimen Übermittlung von Informationen. Sie wurde dazu in Verschlüsselungstechniken eingewiesen und erhielt einen Decknamen.

Nachdem die Eheleute R. mehrere Jahre lang Informationen an den DDR-Nachrichtendienst geliefert hatten, darunter z. B. auch verfilmte technische Angaben aus dem Arbeitsbereich von Franz R.,

konnte ihre nachrichtendienstliche Tätigkeit durch einen Zufall aufgedeckt werden. So war eine ihrer Materiallieferungen, die auf dem Postweg an eine Deckadresse in Dresden gerichtet war, von den Kontroll-Behörden der DDR in Unkenntnis ihrer wahren Bestimmung angehalten und zurückgesandt worden, weil der Inhalt des Pakets gegen postalische Auflagen der DDR verstieß. Als die Deutsche Bundespost diese Sendung wegen fingierter Absenderangaben nicht ordnungsgemäß zurückleiten konnte und nach der gesetzlichen Aufbewahrungszeit öffnen ließ, wurde festgestellt, daß sich darin – versteckt in der Verpackung eines Staubsaugerkopfes – eine größere Zahl von Filmnegativen befand. Diese Unterlagen konnten dem Arbeitsbereich von Franz R. zugeordnet werden. Die Eheleute R. wurden am 15. Juli 1986 unter dem Verdacht geheimdienstlicher Tätigkeit für einen DDR-Nachrichtendienst festgenommen. R. wurde zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren verurteilt. Die für Frau R. verhängte Strafe von 1 Jahr, 6 Monaten wurde zur Bewährung ausgesetzt.

Ein wichtiges Informationspotential liegt für gegnerische Nachrichtendienste in wissenschaftlichen und technischen Studien, auch wenn diese keiner formellen Geheimhaltung unterliegen. Dabei besteht nach den Beobachtungen der Verfassungsschutzbehörden ein besonderes Interesse an Ausarbeitungen von Verlagen, die Marktforschung betreiben und mit detaillierten Darstellungen eine breite Palette von Produktbeschreibungen veröffentlichen. Obwohl solche Unterlagen meist frei erhältlich sind, ist ihr Vertrieb in der Regel auf westliche Länder beschränkt. Zu ihrer Beschaffung setzten die Regierungen der Warschauer Pakt-Staaten daher häufig auch ihre Nachrichtendienste ein. Informationen über Pläne und Produkte der Rüstungsindustrie, vor allem der Luft- und Raumfahrt, haben dabei einen besonderen Stellenwert. Ihre sorgfältige Auswertung gibt den gegnerischen Nachrichtendiensten Überblick über ein breites Handelsspektrum und ermöglicht es ihnen, Objekte für Spionageaufträge zielgerichtet auszusuchen. Einblick in dieses Feld nachrichtendienstlicher Betätigung gibt der Fall des selbständigen Kaufmanns Manfred G., Inhaber einer niederländischen Firma, die medizinisch-technische Apparate überwiegend im Ostblock vertreibt.

G., der seit 1969 aus geschäftlichen Gründen regelmäßig Reisen in die DDR unternahm, stand bis zu seiner Festnahme im Dezember 1985 mit einem Angehörigen des militärischen Nachrichtendienstes der DDR in Verbindung, den er im März 1970 während der Frühjahrsmesse in Leipzig am Messestand seiner Firma unter dem Namen „Herbert *Schropp*“ als angeblichen Mitarbeiter der „Außenstelle Leipzig“ des DDR-Gesundheitsministeriums kennengelernt hatte.

Zunächst hatte sich „*Schropp*“ nur für das Verkaufsprogramm von G.s Firma interessiert und um Überlassung von Firmenprospekten gebeten. G. entsprach diesem Wunsch, weil er sich davon eine Verbesserung seiner geschäftlichen Beziehungen zu DDR-Firmen erhoffte. Bei einem der folgenden Treffen erzählte er „*Schropp*“, daß er eine DDR-Bürgerin heiraten wolle, die von ihm ein Kind

Auswertung wissenschaftlich-technischer Studien

Spionageobjekte werden gezielt ausgewählt

Ansprache auf der Leipziger Messe

erwarte. Er bemühe sich deshalb, für sie eine Ausreisegenehmigung für die Niederlande zu erwirken. „Schropp“ sagte zu, daß er G. hierbei unterstützen werde, wenn dieser für ihn Unterlagen von einer Bundeswehrdienststelle in Koblenz beschaffen könne. Bei seinen Versuchen, über Angehörige der Bundeswehr Kontakte zu dieser Dienststelle zu knüpfen, hatte G. jedoch keinen Erfolg. „Schropp“ beauftragte ihn daraufhin zunächst, Informationsmaterial aus dem medizinisch-technischen Bereich zu beschaffen, begrüßte es dann aber sehr, daß G. bald auch Fachpublikationen, u. a. mit Artikeln aus dem Militärwesen, lieferte.

Bei einem Treff anlässlich der Leipziger Frühjahrsmesse 1980 forderte „Schropp“ G. auf, ihm einen „Report“ der amerikanischen Firma Defense Marketing Services (DMS) zu beschaffen, mit dem Hinweis, es handele sich dabei um für jedermann frei zugängliches Material. In der Folgezeit bestellte G. aufgrund entsprechender Aufträge von „Schropp“ insgesamt 16 „DMS-Reports“ und händigte sie ihm bei Treffs in Berlin (Ost) aus. Die Unterlagen vermittelten einen guten Überblick über gegenwärtige und geplante Rüstungsschwerpunkte westlicher Staaten und enthielten auch Aussagen über die Kostenverteilung. G. wurde am 14. Juni 1986 wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren, ausgesetzt zur Bewährung, verurteilt.

4. Der Einsatz von „Illegalen“

„Illegale“ = Agenten
unter falscher
Identität

Bei ihren Ermittlungen stoßen die Sicherheitsbehörden immer wieder auf sog. Illegale, d. h. Agenten, die im Operationsgebiet unter einer falschen Identität nachrichtendienstlich tätig sind. Sie bedienen sich der biographischen Daten anderer, tatsächlich existenter Personen und versuchen auf diese Weise, sich mit einer möglichst plausiblen Legende zu tarnen. Häufig übernehmen Illegale die Angaben von Personen, die irgendwann einmal aus der Bundesrepublik Deutschland oder einem anderen westlichen Land in die DDR übersiedelt sind. Sie knüpfen durch geschickte Manipulation an die frühere Existenz eines solchen „Legendenspenders“ an und setzen dessen Biographie fort. Da mit der Einschleusung von Illegalen ein erheblicher organisatorischer Aufwand verbunden ist, kam es vor, daß gegnerische Nachrichtendienste die gleichen biographischen Daten – wie z. B. im Fall *Berger* – für mehrere Agenten nutzten. Nachdem die Sicherheitsbehörden bei einer Suchmaßnahme bereits auf die Agenten „*Berger I*“* und „*Berger II*“* gestoßen waren, die beide unter der Legende eines tatsächlich existierenden Helmuth Martin *Berger* im Auftrag eines DDR-Nachrichtendienstes tätig waren, gelang auch die Enttarnung des Agenten „*Berger III*“ sowie – im gleichen Zusammenhang – der Illegalen „*Hammer*“ und „*Strunze*“.

Mehrfache Nutzung
derselben Legende

* Vgl. Verfassungsschutzbericht 1985, S. 241 f.

„Berger III“ kam im Juli 1982 in London zur Anmeldung und legiti- mierte sich dort mit dem bereits für „Berger II“* in Wien ausgestell- ten deutschen Reisepaß. Von Ende 1982 bis etwa April 1983 war „Berger III“ zunächst bei einer Firma für elektronische Büroausstat- tung beschäftigt. Ab Januar 1984 nahm er dann an der „London School for Translators and Interpreters“ an einem Sprachkurs teil, um die Qualifikation eines Übersetzers für Wirtschaftsendgisch zu erlangen. Er beabsichtigte, nach Abschluß dieses Kurses in Großbri- tannien oder in der Bundesrepublik Deutschland ein entsprechendes Übersetzungsbüro zu eröffnen.

„Illegale“ führen ein ganz „normales Berufsleben“

Bereits im Juli 1983 war „Berger III“ in London zu seiner englischen Freundin gezogen, die er etwa ein Jahr zuvor dort kennengelernt hatte. Dieser Frau hatte er erklärt, daß er aus Mannheim komme, wo er auch noch eine Eigentumswohnung besitze, die er aber zur Zeit vermietet habe. Ferner gab er an, in der Bundesrepublik Deutsch- land weiterhin ein Bankkonto zu unterhalten und von den darauf befindlichen Beträgen zum Teil seinen Lebensunterhalt zu bestrei- ten. In der Zeit ihrer Bekanntschaft unternahm „Berger III“ zusam- men mit seiner Freundin Kurzreisen nach Belgien, Frankreich und mehrere Ausflüge mit dem Auto innerhalb Großbritanniens. Unter dem Vorwand, Wohnungsangelegenheiten und Bankgeschäfte zu erledigen, verreiste „Berger III“ während dieser Zeit mehrmals – auch allein – angeblich in die Bundesrepublik Deutschland. So informierte „Berger III“ am 6. 8. 1984 seine Freundin, daß er am nächsten Tag eine Reise nach Deutschland unternehmen werde, um sich Geld für die Anfang 1985 beabsichtigte Gründung eines Über- setzungsbüros zu besorgen. Er verließ London am Morgen des 7. 8. 1984 mit dem Hinweis, er werde bis zum 10. 8. 1984 zurück sein. Dies bestätigte er gegenüber seiner Freundin noch in einem ersten Anruf in der Nacht vom 7. auf den 8. 8. 1984. Einen Tag später forderte er seine Freundin in einem erneuten Telefongespräch auf, bei Rückfra- gen nach ihm ihre Bekanntschaft zu leugnen. Er gab vor, „Ärger“ in Deutschland zu haben und teilte mit, daß er später zurückkommen werde.

„Berger III“ taucht ab

Seitdem ist „Berger III“ verschwunden. Unter den persönlichen Gegenständen, die „Berger III“ in London zurückgelassen hatte, befanden sich u. a. Verschlüsselungsunterlagen sowie nachrichten- dienstliche Hilfsmittel und Aufträge. Daraus wurde deutlich, daß er bereits seit einiger Zeit für die DDR nachrichtendienstlich tätig gewesen war und sein geheimdienstlicher Auftrag sich gezielt gegen die NATO und deren Mitgliedstaaten gerichtet hatte.

Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß „Berger III“ mit einer „Ilona M. Hammer, geb. Rothe“, österreichische Staatsangehörige, in Verbindung gestanden hat, die sich seit 1982 in Großbritannien aufhielt und in London einen „Bryan Waldemar Strunze“ heiratete. Eine Überprüfung der Personaldokumente und der angegebenen Lebenswege der Eheleute „Strunze“ bestätigte den Verdacht, daß es sich bei ihnen ebenfalls um Mitarbeiter eines gegnerischen Nachrich- tendienstes handelte, die sich biographischer Daten anderer Perso- nen bedienten.

* Vgl. Verfassungsschutzbericht 1985, S. 241f.

Über die tatsächliche Ilona M. *Rothe* ist bekannt, daß sie 1949 in Bad Tölz geboren, in Bayern aufgewachsen und im Alter von ca. 12 Jahren mit ihren Eltern in die DDR verzogen war. Danach verliert sich ihre Spur.

Der tatsächliche Bryan Waldemar *Strunze* wurde 1952 in Winterbourne/GB als Sohn eines deutschen Kriegsgefangenen geboren, der eine Engländerin geheiratet hat. Im Jahr 1958 begab sich die Familie *Strunze* mit ihren drei Kindern nach Erfurt in die DDR. Über ihren weiteren Verbleib ist seither nichts bekannt geworden.

Der Weg zur
„Legalisierung“ eines
„Illegalen“

Die angebliche „Ilona M. *Rothe*“ war Ende März 1982 bei der österreichischen Botschaft in Berlin (Ost) erschienen und hatte angegeben, seit 1982 mit dem österreichischen Staatsangehörigen Günter Horst *Hammer* verheiratet zu sein. Als Beleg wies sie die Heiratsurkunde des Standesamtes Berlin-Pankow vom 11. 3. 1982 vor. Gleichzeitig beantragte sie die Verleihung der österreichischen Staatsangehörigkeit kraft Eheschließung. Diese wurde ihr nach Prüfung der vorgelegten Unterlagen am 1. 4. 1982 zuerkannt. Bereits kurze Zeit später reiste die angebliche „Ilona M. *Hammer*“ dann nach Dublin/Republik Irland und von dort weiter nach London, wo sie Anfang 1983 eintraf. Sie besuchte dort zunächst ab Oktober 1983 einen Übersetzerkurs für kaufmännisches Englisch, an dem kurze Zeit später auch der Agent „*Berger III*“ teilnahm, und war danach als Übersetzerin bei einer Londoner Computerfirma tätig. Im Oktober 1984 erfolgte die Eheschließung mit dem angeblichen „*Strunze*“. „Bryan Waldemar *Strunze*“ war im Dezember 1980 nach England gekommen und hatte sich zunächst vermutlich mit einem total gefälschten Deutschen Reisepaß legitimiert, der angeblich 1971 oder 1972 von der deutschen Botschaft in Wien ausgestellt worden sein soll. Unter Berufung auf seinen englischen Geburtsort und die damit automatisch verknüpfte britische Staatsangehörigkeit beantragte er einen vorläufigen British Visitors Passport (BVP) und kurze Zeit später dann einen vollgültigen britischen Paß. Beides erhielt er ohne weiteres. Beruflich übte „*Strunze*“ zunächst die Tätigkeit eines Küchendesigners aus, später war er als Innenarchitekt beschäftigt.

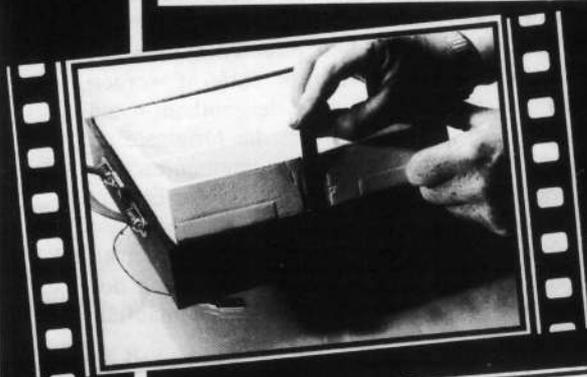
Ausstattung mit
Fluchtgeld und
-papieren

Am 24. 8. 1985 wurden die angeblichen Eheleute „*Strunze*“ in London festgenommen. Sie gaben zu, Mitarbeiter eines DDR-Geheimdienstes zu sein und tatsächlich „Sonja und Reinhard *Schulze*“ zu heißen. Bei der Durchsuchung ihrer in der Nähe des Londoner Flughafens Heathrow gelegenen Wohnung wurden u. a. nachrichtendienstliche Hilfsmittel, Fluchtgeld und Fluchtpapiere gefunden.

In einem Notizbuch der Sonja *Schulze* alias „Ilona *Strunze*“ befand sich in verschlüsselter Form die Telefonnummer des „*Berger III*“.

Im Juli 1986 wurde das Agentenehepaar *Schulze* alias „*Strunze*“ vom obersten Strafgericht in London „Old Bailey“ wegen Spionage zu je 10 Jahren Gefängnis verurteilt.

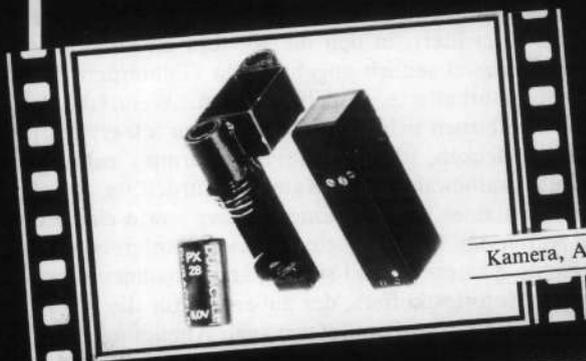
Nachrichtendienstliche Hilfsmittel Dokumentenfotografie



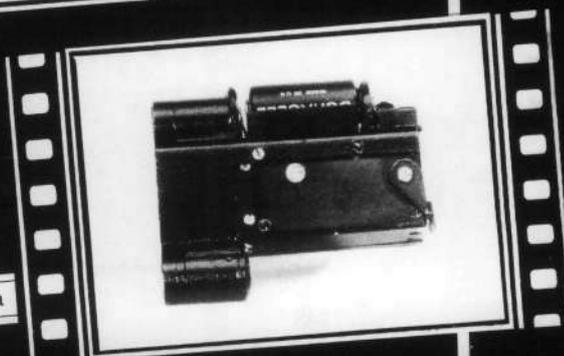
Öffnen des Containers



Motortester



Kamera, Abstandsmesser und Miniaturbatterie



Im Abstandsmesser eingeschraubte Kamera

5. Nachrichtendienstliche Hilfsmittel/Dokumentenfotografie

Spezialkameras zum Fotografieren geheimer Unterlagen

Ziel gegnerischer Spionage sind häufig Dokumente, die wegen ihres politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Inhalts geheimhaltungsbedürftig sind, in besonders gesicherten Räumen aufbewahrt werden und von ihrem Aufbewahrungsort nicht entfernt werden dürfen. Um gleichwohl vollständige Kenntnis der authentischen Texte zu erhalten, werden Agenten beauftragt, die Originale zu fotografieren. Zu diesem Zweck werden sie in Dokumentenfotografie ausgebildet und mit Spezialkameras ausgestattet. Da der Einsatz handelsüblicher Kameras wegen des umfangreichen Zubehörs meist zu auffällig wäre, haben die gegnerischen Nachrichtendienste Kleinstkameras entwickelt, die der Agent – in Gegenständen des täglichen Gebrauchs verborgen – ohne Schwierigkeiten und unauffällig mit sich führen kann.

Zwei Kleinstbildkameras eines bis dahin nicht bekannten Typs konnten im Zusammenhang mit der Festnahme des MfS-Agenten R., der bei der Grenzschutzdirektion in Koblenz tätig war, sichergestellt werden.*

Bei den beiden baugleichen Kameras handelt es sich um Spezialkonstruktionen, die in ihrer Größe, Leistungsfähigkeit und Handhabung dem neuesten Stand nachrichtendienstlicher Technik entsprechen. Obwohl die Kameras nur die Größe einer 9-Volt-Blockbatterie aufweisen, verfügen sie über eine Aufnahmekapazität, die die Ablichtung von etwa 100 DIN-A 4 Seiten ermöglicht. Als Lichtquelle reicht bereits eine 60-Watt-Glühbirne aus. Die Einstellung der richtigen Entfernung zwischen Objektiv und Dokument wird durch einen Abstandsmesser erleichtert, in den die Kamera eingeschraubt ist. Dieser besteht aus zwei seitlich angebrachten Glühbirnen, die aus einer 6-Volt-Miniaturbatterie gespeist werden. Wenn die Lichtpunkte dieser Glühbirnen sich in der Mitte der zu fotografierenden DIN-A 4-Vorlage decken, ist die richtige Entfernung zum Objekt hergestellt. Zum Aufbewahren der Kameras wurden im damaligen Fall zwei sog. Container benutzt. Eine Kamera sowie eine Ersatzfilmkassette waren im Gehäuse eines Trockenrasierers untergebracht, die zweite Kamera befand sich im Hartschaumeinsatz eines handelsüblichen Motortestkoffers, der außerdem für die Aufnahme von zehn Ersatzkassetten vorbereitet war (vgl. Abbildungen S. 247).

Kamera getarnt in einem Trockenrasierer

* Vgl. Verfassungsschutzbericht 1984, S. 221f.

II. Besondere Themen

1. „Gemischte Firmen“ – „legale“ Stützpunkte für illegalen Technologietransfer

Bei der Beschaffung hochwertiger westlicher Industrieprodukte, deren Ausfuhr in den Ostblock westlichen Staaten nach dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG) und aufgrund der COCOM-Vereinbarungen („Coordinating Committee for East West Trade Policy“) untersagt ist, spielen die „Legalen Residenturen“ gegnerischer Nachrichtendienste eine wichtige Rolle (vgl. auch S. 257 ff.). Von zunehmender Bedeutung erweisen sich dabei die sogenannten Gemischten Firmen, d. h. Handelsgesellschaften nach deutschem Recht, an denen neben deutschen Partnern osteuropäische Staatshandelsunternehmen mehrheitlich beteiligt sind und die zahlreiche Staatsangehörige kommunistisch regierter Staaten beschäftigen. Durch ihre Unternehmenstätigkeit können die „Gemischten Firmen“ die illegale Beschaffung wissenschaftlich-technischer Informationen und von Waren, die den Embargobestimmungen unterliegen, besonders gut abtarnen. Nach Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden sind in fast jeder deutsch-sowjetischen Firma außer dem für die Geschäftstätigkeit benötigten Personal auch ND-Offiziere tätig. Obwohl diese offizielle Mitarbeiter der jeweiligen Firma sind, werden sie in ihrer nachrichtendienstlichen Funktion jeweils von einem Angehörigen der „Legalen Residentur“ in der Sowjetischen Handelsvertretung (SHV) in Köln gesteuert. Von ihm erhalten sie ihre Aufträge, u. a. zur Beschaffung westlicher Technologie, und mit ihm haben sie ihre operative Arbeit abzustimmen. Nach jeder „Geschäftsreise“, deren Ziel das Beschaffen von Embargoware oder die Anbahnung oder Pflege eines nachrichtendienstlich nutzbaren Kontaktes war, sind die ND-Offiziere gegenüber der Residentur berichtspflichtig. Illegal beschaffte Embargogüter werden von dort durch Kurier in die Sowjetunion verbracht.

Während die nachrichtendienstlich nicht tätigen Mitarbeiter „Gemischter Firmen“ beauftragt sind, sowjetische Produkte in der Bundesrepublik Deutschland zu verkaufen, sind die ND-Offiziere in der Regel für den Wareneinkauf zuständig. Die sich ihnen hierbei bietende Möglichkeit, Kontakte zu Industrieunternehmen und Handelsbetrieben aufzunehmen, nutzen sie zur Anbahnung nachrichtendienstlicher Beziehungen. Bevorzugtes Ziel sind dabei kleinere Unternehmen mit Zugang zu den gewünschten Produkten.

Typisch für den nachrichtendienstlich gesteuerten illegalen Technologietransfer durch Gemischte Firmen ist die folgende Vorgehensweise: Der ND-Offizier stellt seinem deutschen „Geschäftspartner“ zunächst legale Geschäfte in Aussicht, deren Abschluß er jedoch von der Lieferung bestimmter, anfangs nur einzelner und geringwer-

„Gemischte Firmen“ können nachrichtendienstliche Beschaffung technischer Informationen und Produkte abtarnen

Sowjetische Handelsvertretung als Auftraggeber

Kleinere Unternehmen sind besonders gefährdet

**Ausnutzung einer
Interessenkollision**

**Hohe Preise für illegale
Waren sind insbesondere bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten willkommen**

Mündliche Auftragserteilung und Barzahlung sollen den ND-Hintergrund verbergen

ND-Offiziere „unter deutscher Flagge“

tiger Embargogüter abhängig macht. Nach und nach wird die Geschäftsverbindung vertieft; dabei verlagert sich der Schwerpunkt immer mehr auf die konspirative Beschaffung geschützter westlicher Spitzentechnologie. Der deutsche „Geschäftspartner“ gerät durch sein geschäftliches Interesse einerseits und die Konfrontation mit Beschaffungsaufträgen andererseits, die gegen Embargobestimmungen verstoßen, in eine Zwangslage, die der gegnerische Nachrichtendienst geschickt auszunutzen versteht. Verstärkt wird die nachrichtendienstliche Anbindung häufig durch eine finanzielle Abhängigkeit des deutschen „Geschäftspartners“, die von Seiten des Auftraggebers bewußt gefördert wird. So zahlt der ND-Offizier für die gelieferte Embargoware oft einen weit überhöhten Preis. Gewinne von bis zu 200 % sind möglich. Da die solcherart umworbenen Firmen sich häufig in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden, bevorzugt auch unter diesem Gesichtspunkt ausgesucht werden, nehmen sie die großzügig bemessenen Zahlungen als willkommene Unterstützung an. Mit jedem weiteren Auftrag gleitet so die Verbindung mehr und mehr in eine nachrichtendienstliche Verstrickung ab.

Die illegalen Geschäfte der „Kaufleute“ „Gemischter Firmen“ mit sowjetischer Beteiligung werden den gewonnenen Erkenntnissen zufolge nicht über die Geschäftsbücher abgewickelt, sondern von den ND-Offizieren direkt zwischen den deutschen Geschäftspartnern und der entsprechenden sowjetischen Außenhandelsvereinigung, hinter der in solchen Fällen ein sowjetischer Nachrichtendienst steht, vermittelt. Da die beschaffte Ware immer bar bezahlt wird und die Auftragserteilung entweder mündlich oder, wenn schriftlich, allenfalls auf neutralem Papier ohne Firmenbezeichnung erfolgt, kann die nachrichtendienstliche Verbindung gegenüber Dritten verborgen bleiben und vermieden werden, daß Außenstehende Rückschlüsse auf den Auftraggeber ziehen können.

Der Umstand, daß sich die Mitarbeiter der deutsch-sowjetischen Firmen – anders als die ND-Offiziere der Sowjetischen Botschaft und der SHV – ohne Reisebeschränkungen und in Personenkraftwagen mit zivilen Kennzeichen im ganzen Bundesgebiet bewegen können, fördert die Möglichkeit unkontrollierter nachrichtendienstlicher Betätigung. Die Zugehörigkeit eines „Kaufmanns“ zu einer mehrheitlich von der Sowjetunion beherrschten Firma kommt zudem bei der Anbahnung eines Kontaktes zu einem deutschen Geschäftsmann nur selten zum Ausdruck. Oft treten die ND-Offiziere als Geschäftsleute einer deutschen Firma auf. Den deutschen Geschäftspartnern ist daher gerade am Beginn der Verbindung häufig nicht bewußt, daß sie mit dem Repräsentanten eines maßgeblich aus dem Ostblock gesteuerten Unternehmens verhandeln. Dies hat oftmals eine fehlende Sensibilisierung und mangelnde Wachsamkeit gegenüber den nachrichtendienstlich bestimmten Geschäftszielen zur Folge.

Darüber hinaus zeigt sich bei den sowjetischen ND-Offizieren zunehmend eine verbesserte fachliche Qualifikation. Ein abgeschlossenes technisches Studium und eine solide kaufmännische Ausbildung sor-

gen neben der nachrichtendienstlichen Schulung dafür, daß sie ihren deutschen „Geschäftspartnern“ als kompetente Fachleute gegenüber treten können. Die Gefahr, durch fehlendes Fachwissen als ND-Offizier aufzufallen – wie dies früher häufig der Fall war – ist hierdurch erheblich verringert worden.

2. Militärisch-taktische Aufklärung/Einsatz von „Schweigeagenten“

Ein traditionell gepflegtes Betätigungsfeld östlicher Nachrichtendienste ist die militärisch-taktische Aufklärung. Sie zielt auf die Gewinnung von Erkenntnissen, die von gegnerischen Truppen bei der Planung und Durchführung militärischer Operationen im Spannungs- oder Konfliktfall verwendet werden können, und umfaßt vor allem die Erkundung militärisch wichtiger Gebiete an der Nord- bzw. Ostflanke der NATO. Die hierfür eingesetzten Agenten erhalten neben ihrem Aufklärungsauftrag meist auch die Weisung, sich im Fall einer kriegerischen Auseinandersetzung für besondere Aufgaben wie z. B. Sabotage oder die Übermittlung von Nachrichten per Funk bereitzuhalten. Die Ausbildung und Führung von Agenten in diesem Aufgabenfeld obliegt insbesondere den militärischen Nachrichtendiensten. Als besonders aktiv gilt hierbei die Abteilung XIII des polnischen militärischen Nachrichtendienstes ZARZAD DRUGI (Z II) mit ihren Außenstellen in Breslau, Danzig und Stettin.

Der nachrichtendienstliche Auftrag der Abteilung XIII des Z II zielt gemäß dem Strategiekonzept der Polnischen Volksarmee insbesondere auf die Nordflanke der NATO. Zu den Aufklärungsschwerpunkten gehören daher die nordeuropäischen Mitgliedsländer der NATO, insbesondere die Mitte und der Norden der Bundesrepublik Deutschland. Aufklärungsziel ist – z. B. zur Planung von Luftlandeunternehmen oder anderer militärischer Operationen – die Erkundung von Straßen sowie von militärischen Objekten der Bundeswehr und der verbündeten NATO-Truppen und von Verkehrs- und Versorgungseinrichtungen. Die gewonnenen Erkenntnisse werden ständig aktualisiert und so immer auf dem neuesten Stand gehalten.

Ein Einbruch in das Agentennetz der Abteilung XIII des polnischen Nachrichtendienstes Z II gelang den Sicherheitsbehörden im Mai 1986 durch die Festnahme des polnischen Kaufmanns B. und mehrerer anderer, ebenfalls der geheimdienstlichen Agententätigkeit verdächtiger Personen.

B. hatte sich etwa 1980 – der genaue Zeitpunkt steht nicht fest – zur Zusammenarbeit mit dem Z II verpflichtet und seitdem nachrichtendienstliche Kurierfahrten in die Bundesrepublik Deutschland und andere westeuropäische Länder durchgeführt. Seine Aufgabe war es im wesentlichen, Kontakt zu Personen zu halten, die ebenfalls vom Z II angeworben worden waren und sich mit nachrichtendienstlichen

Spezielle Aufgabe für Agenten: Einsatz in einer internationalen Spannungs- oder Konfliktsituation

Militärisch/taktische Aufklärung durch den polnischen ND Z II

Nachrichtendienstliche Kurierfahrten

Aufträgen in der Bundesrepublik Deutschland aufhielten. Seine Kurierfahrten tarnte B. als Geschäftsreisen, indem er als Bevollmächtigter einer in Polen ansässigen Firma auftrat.

Schulung in Agentenfunk

Im Zuge der Ermittlungen zu B. stießen die Sicherheitsbehörden auch auf einen in Düsseldorf tätigen polnischen Staatsangehörigen, der 1978 während seines Studiums in Stettin ebenfalls durch einen Mitarbeiter des Z II angeworben und für eine spätere nachrichtendienstliche Tätigkeit ausgebildet worden war. Seine Ausbildung habe – wegen des vorgesehenen Einsatzes in der Bundesrepublik Deutschland – insbesondere in deutschem Sprachunterricht bestanden und eine Unterweisung im Agentenfunk umfaßt. Nach seiner Ausreise aus Polen im Jahre 1981 habe er ständigen Kontakt zu seiner nachrichtendienstlichen Führungsstelle unterhalten. Die Ermittlungen führten auch in diesem Fall zu einer Festnahme des Betroffenen.

Ausspähung militärischer Einrichtungen im Raum Frankfurt/M.

Im gleichen Zusammenhang wurde auch der Schiffbautechniker G. festgenommen, der nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen im Jahr 1983 zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit für den Z II verpflichtet worden war und dessen Auftrag in der Ausspähung militärischer Einrichtungen im Raum Frankfurt a. M. bestand. Auch er ist nach seinen eigenen Angaben für seinen späteren Einsatz intensiv ausgebildet worden. In seinem Besitz befanden sich u. a. Aufzeichnungen mit verschlüsselten Funkfrequenzen und ein für den Empfang von Agentenfunk geeignetes Rundfunkgerät.

Einsatz von „Schweigeagenten“

Die genannten Fälle und die daraus ersichtlichen Aktivitäten der für militärisch-taktische Aufklärung zuständigen Abteilung XIII des polnischen Nachrichtendienstes Z II werfen ein Licht auf die von östlichen Nachrichtendiensten immer wieder eingesetzten „Schweigeagenten“. Hierbei handelt es sich um Agenten, die meist mit einem Funkgerät ausgerüstet werden, dieses aber solange „schweigen“ lassen, bis der Zeitpunkt ihres Einsatzes, vornehmlich in Spannungs- und Kriegszeiten, gekommen ist. Dann sollen sie zur Übermittlung nachrichtendienstlicher Informationen auf dem Funkweg oder für andere Aufgaben im Operationsgebiet aktiviert werden. Wenn der „Schweigeagent“ sein Funkgerät in der „Schweigephase“ in regelmäßigen Abständen in Betrieb nimmt, dient dies lediglich der Funktionskontrolle und der Übung. Der Funkverkehr beschränkt sich in solchen Fällen auf die bloße Verbindungsaufnahme mit der Zentrale, z. B. durch die Übermittlung eines Übungsspruches. Außerhalb dieser Benutzungszeiten bleibt das Funkgerät – meist in einem Waldgebiet – vergraben. Während der „Schweigephase“ hat der Agent die Aufgabe, einfache Erkundungsaufträge auszuführen und die gewonnenen Erkenntnisse – z. B. über Truppenbewegungen, Manöver, militärische und zivile Objekte – in Form unsichtbar geschriebener verschlüsselter Meldungen per Post über eine Deckadresse an seine Führungsstelle zu berichten. Die Führungsstelle hält ihrerseits durch verschlüsselte Anweisungen, die im Radio-Kurzwellenbereich übermittelt werden, Verbindung zu ihrem Agenten. Unterlagen – z. B. Funkanweisungen oder Geld – erhält der Agent durch Kuriere oder

Funkgerät wird vergraben

Übermittlung von Anweisungen im Radio-Kurzwellenbereich

über „Tote Briefkästen“ (Verstecke). Auf diesen Wegen leitet er seiner Führungsstelle auch sein Material zu.

Werbung, Ausbildung und Einsatz eines „Schweigeagenten“ durch den militärischen Nachrichtendienst der Sowjetunion belegt der folgende Fall:

**Militärisch/taktische
Aufklärung durch den
militärischen ND der
Sowjetunion**

Ein ursprünglich aus der DDR stammender, in die Bundesrepublik Deutschland übergesiedelter Techniker unternahm seit Jahren Reisen in die DDR, um seine dort lebenden Verwandten zu besuchen. Bei einem dieser Aufenthalte wurde er von der zuständigen Ortsbehörde zu einer der seinerzeit in der DDR üblichen sogenannten Aussprachen mit Besuchern aus Westdeutschland eingeladen. Bei dieser Zusammenkunft machte ihn ein anderer Teilnehmer mit einem sowjetischen Staatsangehörigen bekannt, der vorgab, Journalist zu sein und Interesse an Informationen über die Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland zu haben. Bei dem angeblichen Journalisten handelte es sich in Wirklichkeit jedoch um einen Offizier des Nachrichtendirektorates (RU) des Stabes der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der DDR, einer Dienststelle, die militärisch-taktische Aufklärung betreibt und dabei ihr Hauptaugenmerk auf die Bundesrepublik Deutschland richtet. Bereits beim nächsten Besuch des Technikers in der DDR warb der RU-Offizier ihn, u. a. durch finanzielle Zusagen, für eine nachrichtendienstliche Zusammenarbeit. Der nachrichtendienstlichen Verpflichtung folgte dann bei Treffs in der DDR und Berlin (Ost) eine intensive Ausbildung zum Agenten, u. a. im Anfertigen unsichtbar geschriebener Meldungen, im Entwickeln und Lesbarmachen von Fotomikraten*, im Auffinden und Anlegen Toter Briefkästen, vor allem aber im Empfangen und Absetzen verschlüsselter Funksprüche. Danach erhielt der Techniker über einen Toten Briefkasten ein Agentenfunkgerät.

**Intensive Ausbildung
zum Agenten**

Die Pflege der nachrichtendienstlichen Verbindung erfolgte dann von seiten der RU-Führungsstelle über sog. einseitigen Führungsfunkverkehr, der mit einem handelsüblichen Radiogerät empfangen werden kann, und über Tote Briefkästen. Der neu geworbene Agent hielt seinerseits die Verbindung, indem er seine Erkundungsergebnisse und sonstige Mitteilungen in unsichtbarer Schrift über eine Deckadresse in der DDR an die RU-Führungsstelle sandte. Zweiseitigen Funkverkehr mit der Führungsstelle mittels des ihm übergebenen Funkgeräts nahm er weisungsgemäß nur zu Übungszwecken auf. Die dem Agenten erteilten Aufträge erstreckten sich im wesentlichen auf die Ausspähung von Manöverbewegungen, Kasernenanlagen, Radareinrichtungen und Raketenstellungen.

**Ausspähung von
Manöverbewegungen, Kaser-
nenanlagen, Radar-
einrichtungen und
Raketenstellungen**

Die Entwicklung dieses Falles war zuletzt dadurch gekennzeichnet, daß der Agent von seiner Führungsstelle aufgefordert wurde, die Betriebsbereitschaft seines Funkgerätes zu prüfen, und dabei feststellte, daß es durch jahrelange Lagerung in einem Erdversteck nicht mehr betriebsbereit war. Nachdem er den Sachverhalt der Führungsstelle gemeldet hatte, wies diese ihn an, das Gerät in einem neuen

* Dünne, weniger als 1 mm starke durchsichtige Filmplättchen, die mit Hilfe von Spezialkameras in der Regel auf besonders feinkörnigem Film gefertigt werden.

Erdversteck zu deponieren. Er kam der Aufforderung nach, brach aber gleichzeitig, da er sich von seinen Auftraggebern lösen wollte, die Verbindung zum Nachrichtendienst ab.

Auch in diesem Fall bestand der eigentliche Zweck der Agentenverbindung darin, in Spannungszeiten, vor allem beim Ausfall der herkömmlichen nachrichtendienstlichen Kommunikationswege, einen funktionierenden Meldeweg zwischen Operationsgebiet und Führungsstelle sicherzustellen und Informationen über Truppenbewegungen und militärische Einsatzvorbereitungen auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland an den gegnerischen Nachrichtendienst per Funk zu übermitteln.

3. Die Grenzsicherung – eine Aufgabe gegnerischer Nachrichtendienste

Der Schutz der Staatsgrenzen der Warschauer-Pakt-Staaten erfolgt nicht nur durch technische Grenzsicherungseinrichtungen, militärische und polizeiliche Verbände, sondern auch durch Einheiten der Nachrichtendienste, die zugleich Aufklärungsaufgaben im grenznahen Bereich wahrnehmen.

3.1 Grenzsicherung in der DDR und Treffabwicklung

Die Hauptabteilung I (HA I) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR nimmt sowohl Abwehr- als auch Aufklärungsaufgaben im Grenzbereich wahr.

Die „Operativ-Gruppen Abwehr“ der HA I des MfS, die bei allen Diensteinheiten der Nationalen Volksarmee (NVA) und der Grenztruppen (GT) der DDR stationiert sind, haben „Feindtätigkeiten“ – insbesondere Spionage in den Streitkräften der DDR – zu verhindern bzw. aufzudecken.

Mit ihren bei den Einheiten der Grenztruppen eingesetzten „Operativ-Gruppen Aufklärung“ ist die HA I des MfS darüber hinaus, wie aus einem im Jahr 1972 erlassenen Befehl des Ministers für Staatssicherheit hervorgeht, für die Erkundung des grenznahen Raumes (50-Kilometer-Streifen) der Bundesrepublik Deutschland zur DDR und in Berlin (West) zuständig.

Die „Operativ-Gruppen Aufklärung“ sind nicht zu verwechseln mit den im Jahre 1971 eingeführten Grenzaufklärern (GAK) der Grenztruppen der DDR. Ihre Aufgabe ist es, den grenznahen Raum westwärts des Metallgitterzaunes durch Sichtbeobachtung zu kontrollieren und auf Grenzverletzer zu achten. Darüber hinaus sind die GAK auch für die Sicherung des grenznahen Raumes auf DDR-Gebiet zuständig.

Die „Operativ-Gruppen Aufklärung“ erkunden unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel und Methoden die allgemeine Situation im Grenzraum und die dort befindlichen Einheiten und Einrichtungen des Bundesgrenzschutzes, der Bundeswehr, der NATO-Streitkräfte,

Grenzerkundung
durch spezielle Ein-
heiten des MfS

des Zolls und der Bayerischen Grenzpolizei. Sie sind außerdem hauptverantwortlich zuständig für das Sicherstellen operativer Schleusungen und die Erstbefragung von „Grenzverletzern“ aus der Bundesrepublik Deutschland.

Agentenschleusung durch den Grenzstreifen

Die „Operativ-Gruppen Aufklärung“ der HA I des MfS sind Dienst-einheiten eines offensiven Nachrichtendienstes, der u. a. auch durch Inoffizielle Mitarbeiter (IM) in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) tätig wird.

Anbahnungsversuche durch Angehörige der „Operativ-Gruppen Aufklärung“ der HA I erfolgen außer bei Besuchsreisen von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in der DDR häufig direkt an der Innerdeutschen Grenze. Zielpersonen sind Beamte des BGS und des Zolls, Grenzspaziergänger, Besucher im Rahmen des kleinen Grenzverkehrs und Grenzanrainer. Auch Bundesbürger, die wegen versehentlichen Grenzüberttritts (West-DDR) festgenommen wurden, werden zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit aufgefordert.

Anbahnung direkt an der Innerdeutschen Grenze

Wichtiges Mittel zur Führung eines IM ist der Treff zwischen Führungsoffizier (FO) und IM auf dem Gebiet der DDR. Die Anreise des IM erfolgt dabei häufig über die Grenzübergangsstellen (GÜSt) im Wege des kleinen Grenzverkehrs. Daneben reisen die IM auch mit dem Flugzeug, der Bahn oder dem PKW nach Berlin (West), um von dort aus über Bahnhof Friedrichstraße nach Berlin (Ost) zu gelangen. Die Treffs in der DDR werden konspirativ in Hinterzimmern von Gaststätten oder konspirativen Objekten, wie einsam gelegene Wochenendhäuser und Jagdhütten, durchgeführt. In Einzelfällen kommt es auch zur Treffabwicklung im Kraftfahrzeug des FO, das auf abgelegenen Parkplätzen oder Waldwegen abgestellt wird.

Treffabwicklung mit dem Führungsoffizier

Die Materialübergabe erfolgt überwiegend anlässlich von Treffs in der DDR, wobei das Verratsmaterial auch in Containern (z. B. Taschen mit Geheimfächern o. ä.) transportiert wird. Außerdem werden Ablagestellen – wie Ackerfurchen oder Sträucher – in unmittelbarer Grenznähe benutzt oder das Material wird an einer vorher festgelegten Stelle über die Sperranlagen geworfen.

Verschiedentlich ist dem IM neben einer konspirativen Telefonnummer in der DDR, über die er in Ausnahmefällen Kontakt mit dem FO aufnehmen kann, auch eine Deckadresse benannt worden.

Verbindung u. a. über Deckadressen in der DDR

Es handelt sich dabei um eine Privatanschrift im gegnerischen Machtbereich, an die der IM Verratsmaterial und Berichte übermitteln sowie den Erhalt von Mitteilungen der Führungsstelle bestätigen kann.

Zum grenzüberschreitenden Nachrichtenaustausch setzen die Nachrichtendienste der DDR seit längerer Zeit auch Infrarotlichtsprechgeräte ein (s. Verfassungsschutzbericht 1985 S. 229f.).

3.2 Grenzsicherung in der ČSSR

Der Schutz der tschechoslowakischen Staatsgrenzen obliegt den Grenzschutzkräften, die in der „Hauptverwaltung Grenzwa-

„Hauptverwaltung
Grenzwa-
che und
Schutz der Staats-
grenzen“ hat auch
nachrichtendienst-
liche Aufgaben

Zielobjekte sind
Flüchtlingslager,
Organisationen,
Behörden

Abwehroffiziere der
Grenzbrigaden unter-
halten Spitzelsystem

Schutz der Staatsgrenzen“ zusammengefaßt sind. An den Grenzen zur Bundesrepublik Deutschland und Österreich stehen insgesamt 7 Brigaden der Grenzwa- che (PS). Sie sind für die Wartung, den Schutz und den Wachdienst an den Grenzsicherungsanlagen verantwortlich. Diese Anlagen befinden sich in einer Entfernung von 600–3.000 m vom tatsächlichen Grenzverlauf und sind vom Westen aus nicht oder nur schwer einsehbar.

Innerhalb der „Hauptverwaltung Grenzwa- che“ besteht neben den PS-Brigaden eine politische Verwaltung, der die ideologische Schulung der Grenzsicherungskräfte obliegt. Des weiteren gibt es eine sog. Nachrichtenverwaltung, die – organisatorisch getrennt vom Staatssicherheitsdienst und dem militärischen Aufklärungsdienst – nachrichtendienstliche Aufgaben erledigt.

Operationsgebiet ist ein ca. 50 km breiter Grenzstreifen auf den Territorien der Bundesrepublik Deutschland und Österreichs. Die operative Arbeit konzentriert sich auf solche Personen, denen es gelang, die Grenzsperrung zu überwinden und in den Westen zu flüchten. Aufklärungsziele sind daher Flüchtlinge und ihr persönliches und neues berufliches Umfeld sowie Flüchtlingslager, Organisationen und Behörden im Westen, von denen und über die Erkenntnisse zum Verbleib der Flüchtlinge zu gewinnen sind. Fluchtgründe, Fluchtwege und sicherheitsgefährdende Aktivitäten der Flüchtlinge sollen festgestellt werden, um dadurch die tschechoslowakischen Grenzen noch undurchlässiger zu machen.

Zu den erkannten Aufklärungsobjekten gehören Einrichtungen im Großraum München wie Einwohnermeldeämter, Dienststellen der Bayerischen Grenzpolizei, des Bundesgrenzschutzes, des weiteren Durchgangs- und Asylantenlager, wie z. B. Zirndorf bei Nürnberg. Vor diesem Hintergrund sind Meldungen tschechoslowakischer Flüchtlinge aufschlußreich, die über Kontaktversuche von Personen berichten, insbesondere in Flüchtlingslagern, die sie über Fluchtwege, Fluchthelfer und Fluchtgründe auszuforschen versuchen. Hier wird das Wirken der oben erwähnten Nachrichtenverwaltung deutlich, die mit Einsatz eigener Agenten, insbesondere aus der Emigranten- szene, aktive Aufklärung betreibt.

Ein weiterer Teil der Nachrichtenverwaltung arbeitet ausschließlich im tschechoslowakischen Grenzraum; er hat den Auftrag, das Eindringen von Fluchtwilligen und evtl. Unterstützern, Schmugglern und anderen als subversiv eingestuften Personen in diesem Raum zu verhindern. Zu diesem Zweck bedient man sich spezialisierter Abwehroffiziere, die bei den Grenzbrigaden stationiert sind und innerhalb der Bevölkerung des Grenzgebietes ein Spitzelsystem unterhalten. Diese sog. Helfer der Grenzwa- che haben ihre Führungsoffiziere über alle Ereignisse zu unterrichten, die für die Sicherheit der Grenze wichtig sind, z. B. Fluchtabsichten, Auftauchen unbekannter Personen. Als Ansporn für ihre Spitzeltätigkeit erhalten sie kleinere Geschenke und Vergünstigungen, z. B. Unterstützung gegenüber Behörden. Zusätzlich werden im Grenzgebiet –

hauptsächlich auf Bahnhöfen – Fahndungsgruppen (PS-Soldaten in Zivilkleidung) zur frühzeitigen Erkennung möglicher „Republikflüchtlinge“ eingesetzt.

III. Legale Residenturen*

1. Überblick

Im Rahmen der gegnerischen Spionageaktivitäten kommt den Legalen Residenturen in den amtlichen und halbamtlichen Vertretungen und Einrichtungen kommunistisch regierter Staaten in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) nach wie vor maßgebliche Bedeutung zu.

Dies wird auch durch den gleichbleibend hohen Anteil der erkannten Nachrichtendienst (ND)-Offiziere am Gesamtpersonalstand u. a. der Botschaften, Konsulate und Handelsvertretungen der Warschauer-Pakt-Staaten belegt.

Ein großer Prozentsatz operativ tätiger ND-Offiziere ist unter dem diplomatischen Personal zu finden, da die Legendarisierung als Diplomat viele offizielle wie auch private Zugänge eröffnet, die systematisch für nachrichtendienstliche Zwecke genutzt werden. Die ND-Offiziere – insbesondere der UdSSR – stehen z. T. in einem hohen ND-Rang. Sie sind schwerpunktmäßig in den politischen Abteilungen der Botschaften, den Presseabteilungen sowie den Einrichtungen für wissenschaftlich-technische Fragen etabliert. Unter dem Deckmantel diplomatischer, konsularischer oder geschäftlicher Tätigkeit suchen sie Kontakte zu Bürgern der Bundesrepublik Deutschland, um diese für eine geheimdienstliche Mitarbeit zu gewinnen oder ihr fachliches und politisches Wissen für Zwecke des auftraggebenden Nachrichtendienstes „abzuschöpfen“.

Die Angehörigen der Legalen Residenturen haben die besondere Aufgabe, hochwertige wissenschaftlich-technische Informationen und ausfuhrbeschränkte technische Produkte (Embargogüter) illegal zu beschaffen. In diesem Zusammenhang ist auch auf die Rolle der zahlreichen Niederlassungen östlicher Staatshandelsunternehmen sowie die sog. Gemischten Firmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland hinzuweisen (s. dazu Seite 249 ff.).

Gleichbleibend hoher Anteil von ND-Offizieren in Botschaften und Konsulaten

ND-Offiziere werden häufig als Diplomaten legiert

Besondere Aufgaben in der Beschaffung wissenschaftlich/technologischer Informationen

* Stützpunkte eines Nachrichtendienstes im Operationsgebiet, getarnt in einer offiziellen Institution (z. B. Botschaft), mit der Aufgabe, nachrichtendienstlich gegen das Gastland zu arbeiten.

2. UdSSR

Der Erkenntnisstand über die von den sowjetischen Legalen Residenturen ausgehende Spionagetätigkeit hat sich in den letzten Jahren aufgrund zahlreicher Überläufersaussagen verdichtet. Dabei konnten auch nähere Erkenntnisse über die Struktur und Arbeitsweise der sowjetischen Legalen Residenturen gewonnen werden, wodurch die Sicherheitsbehörden in die Lage versetzt wurden, die Aktivitäten der ND-Offiziere effektiver zu kontrollieren.

Der Anteil der erkannten ND-Offiziere oder der einer geheimdienstlichen Tätigkeit dringend verdächtigen Mitarbeiter der amtlichen und halbamtlichen sowjetischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland – einschließlich der sowjetischen Einrichtungen in Berlin (West) und der sowjetischen Militärmissionen – ist wie im Vorjahr mit fast 52 % unverändert hoch gewesen. Dabei unterhalten sowohl der zivile sowjetische Nachrichtendienst KGB als auch der militärische Nachrichtendienst GRU große Residenturen. Die Angehörigen dieser Residenturen sind durch offizielle Funktionen u. a. in der Sowjetischen Botschaft, der Sowjetischen Handelsvertretung und dem Sowjetischen Generalkonsulat abgedeckt und nehmen unter dieser Legende ihre nachrichtendienstlichen Aktivitäten wahr.

Die Aufgaben der Legalen Residenturen sind unterschiedlich. Während sich die GRU-Residentur vor allem mit der Beschaffung von militärisch-technischen Informationen befaßt, liegt der Schwerpunkt der Tätigkeit der KGB-Residentur im Bereich der wissenschaftlich-technischen sowie der politischen Aufklärung und Beschaffung. Daneben ist die KGB-Residentur für die Unterstützung „Illegaler“, die Aufklärung westlicher Sicherheitsdienste, das Eindringen in Emigrantenorganisationen sowie für die Sicherheit innerhalb der gesamten sowjetischen „Kolonie“ in der Bundesrepublik Deutschland zuständig. Im Vordergrund der Tätigkeit der Legalen Residenturen steht die konspirative Beschaffungsarbeit und hier vor allem das Werben und Führen von Agenten, die den sowjetischen Nachrichtendiensten den Zugriff auf wichtige Informationen ermöglichen. Daneben stellt die offene und verdeckte Abschöpfung im politischen Bereich einen weiteren wichtigen Aspekt der Arbeit, insbesondere des KGB, dar. Sie soll es der UdSSR ermöglichen, interne Einblicke in politische Entscheidungsprozesse in der Bundesrepublik Deutschland zu erlangen und hieraus Konsequenzen für die eigene Politik zu ziehen.

Im Berichtszeitraum gewann die illegale Beschaffung westlicher Hochtechnologie, deren Ausfuhr nach dem Außenwirtschaftsgesetz und aufgrund der COCOM-Vereinbarung westlichen Staaten untersagt ist, weiter an Bedeutung.

Zuständig für die Beschaffung solcher Technologien sind die ND-Offiziere der Linie „X“ der KGB-Residentur, die weiterhin die schon bekannten Arbeitsmethoden angewandt haben. Insbesondere anlässlich des Besuchs von Messen, Ausstellungen und Kongressen neh-

Residenturen der sowjetischen Nachrichtendienste KGB und GRU

Unterstützung von „Illegalen“

Werbung und Führung von Agenten durch Legale Residenturen

men ND-Offiziere Kontakt zu Mitarbeitern interessanter Firmen auf und versuchen dann, diese Firmenangehörigen nachrichtendienstlich zu verstricken.

Neben der klassischen, durch konspirative Arbeitsweise geprägten Beschaffung geschützter westlicher Technologie bedienen sich die Sowjetischen Nachrichtendienste zunehmend auch einer halboffenen (halbkonspirativen) Arbeitsmethode.

So ist es üblich, daß sowjetische ND-Offiziere deutschen Großunternehmen umfangreiche Bestelllisten vorlegen, die neben offen lieferbaren Artikeln auch Positionen enthalten, die von den jeweiligen Firmen in der Regel nicht vertrieben werden und die z. T. Embargobestimmungen unterliegen. Die ND-Offiziere versuchen eine Verknüpfung von legalen und illegalen Geschäften dadurch zu erreichen, daß sie die Bestellung der legal zu liefernden Ware oftmals von der Lieferung auch der Embargoware abhängig machen. Meist wären die großen Unternehmen problemlos in der Lage, die gewünschte Embargoware zu beschaffen, da es sich zumeist um Einzelstücke handelt, die z. B. für die angebliche Verwendung in der eigenen Entwicklungsabteilung direkt beim Hersteller bestellt werden können.

Die Beschaffung von Embargogütern wird jedoch von seriösen Unternehmen regelmäßig abgelehnt. Andererseits sind von einigen Unternehmen in der Vergangenheit Firmen benannt oder Kontakte vermittelt worden, über die die Embargoware dann beschafft werden konnte. Hierbei handelte es sich meist um kleine oder neu gegründete Unternehmen, die oft aus finanziellen Gründen auf jeden Vertragsabschluß angewiesen und daher auch bereit waren, illegale Geschäfte zu tätigen.

Da keine schriftliche Korrespondenz existiert und auch keine Rechnungen ausgestellt werden, wird die Geschäftsverbindung nach außen hin nicht bekannt und kann im Einzelfall nur schwer nachgewiesen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der operativen Arbeit der Angehörigen der Legalen Residenturen der sowjetischen Nachrichtendienste besteht in der Werbung sogenannter Perspektivagenten. Dabei handelt es sich um Personen, die sich noch in der beruflichen Ausbildung oder am Beginn ihrer beruflichen Tätigkeit befinden, von denen aber zu erwarten ist, daß sie in Stellungen des öffentlichen Dienstes und bei politischen Parteien aufsteigen oder einflußreiche Positionen in der Wirtschaft und Industrie erlangen können. Die ND-Mitarbeiter der sowjetischen Nachrichtendienste sehen in der Anwerbung von Perspektivagenten die Chance, daß diese Personen in einigen Jahren in ihrem Beruf Funktionen wahrnehmen, in denen sie dann wichtige Informationen liefern können.

Die Art und Weise der nachrichtendienstlichen Kontaktaufnahme ist vielfältig. Die ND-Offiziere der sowjetischen Legalen Residenturen betreiben vielfach Ansprachen anlässlich von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen sowie bei Seminaren, Parteiversammlungen

Anbahnungsmöglichkeiten auf Messen, Ausstellungen

Bestelllisten für deutsche Großunternehmen

Verknüpfung von legalen mit illegalen Geschäften

Konzentrierung auf Waren, die den Embargobestimmungen unterliegen

Werbung von „Perspektivagenten“

Auswahl von Zielpersonen bei Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Seminaren etc.

Bildung einer Vertrauensbasis/Täuschung über die wahren Absichten

etc.. Diese geben den ND-Offizieren die Möglichkeit, Kontakt zu interessanten Zielpersonen zu knüpfen und in einem zwanglosen und scheinbar allgemein gehaltenen Gespräch wichtige Informationen über die private und berufliche Situation des Gesprächspartners zu erfahren, die die Basis für eine nachrichtendienstliche Werbung bilden. Erscheint der Gesprächspartner dem ND-Offizier für eine Werbung geeignet, erkundigt er sich – zumeist unter vier Augen – nach dessen Namen und der Telefonnummer oder vereinbart mit ihm sofort ein weiteres Treffen. Diese Verabredung stellt den Beginn eines Kontakts dar, der oft in einer nachrichtendienstlichen Verbindung endet.

Die nachrichtendienstliche Anbahnung und Verstrickung einer Zielperson ist dabei geprägt von dem Bemühen des ND-Offiziers, eine Vertrauensbasis zu schaffen und eine enge persönliche Bindung herbeizuführen. Diese Phase wird als „Kultivierung“ bezeichnet. Sie kann sich über einen langen Zeitraum – z. T. Jahre – erstrecken und ist dadurch gekennzeichnet, daß für die Zielperson die nachrichtendienstlichen Absichten des sowjetischen Bekannten kaum erkennbar werden. Während dieser Zeit kommt es zu zahlreichen Treffen – meist zum Essen in wechselnden Lokalen –, bei denen der ND-Offizier immer mehr Details aus dem beruflichen und privaten Umfeld der Zielperson erfährt. Er lernt die Zielperson mit ihren Neigungen, Problemen und Schwächen kennen und versteht es geschickt, die Charaktereigenschaften zu nutzen, die einer kontinuierlichen Werbung für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit nützlich sind. So findet z. B. die – angebliche – Freundschaft des ND-Offiziers ihren Ausdruck in kleinen Geschenken, für die zunächst keine Gegenleistung gefordert wird. Meist versteht es der Führungsoffizier sehr gut, das Selbstwertgefühl seines Gesprächspartners zu steigern, indem er ihn z. B. um Rat bittet oder Wert darauf legt, seine politischen Ansichten zu erfahren und für seine Arbeit zu nutzen.

Sicherheitsmaßnahmen kaum merklich

In dieser Phase der Verbindung trifft der ND-Offizier – für die Zielperson kaum merklich – erste Sicherheitsmaßnahmen, um die Verbindung gegenüber Außenstehenden geheimzuhalten. Dazu gehört z. B. die Bitte, ihn nicht in der Botschaft anzurufen oder aufzusuchen; er begründet dies oft damit, daß er dort meist ohnehin nicht zu erreichen sei, da er dauernd unterwegs sei, oder daß er den Kontakt gegenüber seinen Kollegen verheimlichen müsse, da persönliche Kontakte mit Bundesbürgern verboten seien und er ansonsten Schwierigkeiten mit den Sicherheitskräften der Vertretung bekomme.

Da somit lediglich die Möglichkeit einer einseitigen Verbindungsaufnahme besteht, vereinbart man die Termine für das nächste Treffen bereits beim vorhergehenden Treff und einigt sich auf einen Ausweichtermin für den Fall, daß die Zielperson zu diesem Termin verhindert sein sollte.

Aufträge zuerst „harmlos“

Bereits während der „Kultivierungsphase“ erteilt der ND-Offizier kleinere Aufträge, die von der Zielperson jedoch eher für Gefällig-

keiten gehalten werden. So soll sie z. B. offen erhältliche Literatur aus ihrem Tätigkeitsbereich besorgen und an den ND-Offizier übergeben.

Solche Gefälligkeiten werden dann mit Geld oder auch wertvolleren Geschenken entlohnt. Erst nach und nach werden Aufträge zur Beschaffung von Informationen aus einem Fachbereich erteilt. All diese Aufträge werden vergütet, wodurch der ND-Offizier versucht, die Zielperson an regelmäßige und zusätzliche Einkünfte zu gewöhnen und langsam eine finanzielle Abhängigkeit herbeizuführen. Aufträge zur Beschaffung geschützter Informationen werden erst erteilt, wenn die Verbindung soweit gefestigt ist, daß der ND-Offizier nicht mehr befürchten muß, daß seine Zielperson sich weigert oder sich der Spionageabwehr offenbart.

Die besondere Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland liegt bei der Werbung von Perspektivagenten darin, daß diese keinen für ihre Umgebung erkennbaren Kontakt zum kommunistischen Machtbereich und schon dadurch gute Chancen haben, lange Zeit unauffällig und unentdeckt zu bleiben. Darüber hinaus schafft die behutsame Werbung eines Agenten auf psychologischer Basis eine bessere Grundlage für eine langjährige nachrichtendienstliche Zusammenarbeit als eine Werbung, die z. B. auf Kompromaten beruht und anlässlich eines kurzen Aufenthalts im kommunistischen Machtbereich erfolgte.

Ein Beispiel für den Versuch, eine Zielperson auf ihre Eignung als Perspektivagent zu überprüfen, stellt folgender Fall dar:

1984 nahm der Angehörige der Sowjetischen Botschaft A. scheinbar zufällig auf einer Veranstaltung Kontakt zu dem Akademiker M. auf, der erst am Beginn seiner Karriere stand. Gegenstand des ersten Gesprächs waren fachliche Fragen und private Angelegenheiten. A. und M. tauschten ihre Visitenkarten aus und einige Wochen später übersandte A. zum Geburtstag des M. überraschend eine Flasche Cognac. Drei Monate nach der Kontaktaufnahme fand erneut eine Veranstaltung statt, zu der auch A. eingeladen worden war. Anlässlich dieser Veranstaltung lud A. den M. zum Mittagessen ein und holte diesen am vereinbarten Tag mit seinem Pkw an dessen Dienststelle ab. Bei dem Gespräch im Restaurant übergab A. einen Zettel, auf dem Literaturwünsche aus dem beruflichen Spezialgebiet des M. verzeichnet waren. A. erwähnte dabei, er könne sich die Literatur auch selbst aus Fachbuchhandlungen beschaffen, nutze jedoch lieber die persönliche Verbindung. In den folgenden Monaten kam es auf Initiative des A. zu weiteren Treffen, bei denen dieser nach und nach versuchte, über M. an Fachliteratur zu gelangen, die nicht mehr dessen unmittelbaren Arbeitsbereich betraf. Auf den Vorschlag von M., A. möge sich wegen seiner Literaturwünsche an einen Kollegen wenden, reagierte A. zunächst zurückhaltend und beendete kurz darauf die Verbindung.

Kontaktaufnahme, Verlauf der Verbindung und die Art der Auftragserteilung lassen vermuten, daß A. längerfristig beabsichtigt hatte, M. nachrichtendienstlich anzuwerben.

**Gegenleistung: Geld,
Geschenke**

**Ziel: finanzielle
Abhängigkeit**

**„Perspektivagenten“
sind besonders ge-
fährlich**

**„Zufällige“ Kontakt-
aufnahme zu Akade-
miker am Beginn der
Karriere**

Sowjetische Militärmissionen in der Bundesrepublik Deutschland

Zu den Legalen Residenturen der Sowjetischen Nachrichtendienste zählen auch die bei den Oberbefehlshabern der Stationierungstreitkräfte der Drei Mächte akkreditierten Sowjetischen Militärmissionen (SMM) in Baden-Baden, Bünde/Westfalen und Frankfurt/Main. Sie haben derzeit einen Personalbestand von 24 Offizieren und 28 Unteroffizieren und Mannschaften.

Operative Erkundungsfahrten durch SMM-Offiziere

Eine der Hauptaufgaben der SMM liegt in der Beschaffung aktueller militärischer Informationen. Die Offiziere der SMM nutzten daher bei ihren operativen Erkundungsfahrten jede Möglichkeit, potentielle Ziele der Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten – wie militärische Anlagen und Einrichtungen der Bundeswehr und NATO – sowie Manöver auszuspähen.

SMM haben Aufklärungsaktivitäten beträchtlich gesteigert

Daneben wurden auch strategisch bedeutsame zivile Anlagen, z. B. Energieversorgungsunternehmen, Rüstungsproduktionsstätten und das Verkehrsnetz intensiv aufgeklärt. Nach einer Phase der Zurückhaltung während des Vorjahres, bedingt durch die von den Oberbefehlshabern der Alliierten Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland als Reaktion auf den tödlichen Zwischenfall am 24. März 1985 in Ludwigslust/DDR* angeordneten Einschränkung der Mobilität der SMM, haben diese ihre Aufklärungsaktivitäten wieder beträchtlich gesteigert. Dies gilt vor allem seit der Aufhebung der Restriktionen im August 1986. Insbesondere im Bereich der SMM Bünde war eine erhebliche Zunahme der Erkundungsfahrten vor allem während der Nacht festzustellen. Durch den Einsatz neuer geländegängiger Fahrzeuge sind die Angehörigen der SMM nunmehr in der Lage, auch außerhalb befestigter Straßen und Wege Erkundungsfahrten durchzuführen.

Dagegen ist die im ersten Halbjahr 1986 auffallende Zunahme der Verletzungen militärischer Sperrbezirke durch Angehörige der SMM seit Juni 1986 wieder auf das bisher übliche Maß zurückgegangen. Dies ist im wesentlichen auf die Reduzierung der als militärische Sperrbezirke ausgewiesenen Gebiete der Bundesrepublik Deutschland auf derzeit nur noch ca. 26 % der Fläche der Bundesrepublik zurückzuführen.

3. ČSSR

Residenturen von StB und ZS

Unverändert ist etwa ein Drittel des Personals der amtlichen und halbamtlichen tschechoslowakischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) dem zivilen Nachrichtendienst StB oder dem militärischen Nachrichtendienst ZS zuzurechnen. Von diesem Personenkreis gingen auch im Berichtszeitraum unverändert starke nachrichtendienstliche Aktivitäten gegen die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland aus. Ein

* Am 24. März 1985 wurde ein Angehöriger der amerikanischen Militärmission in Potsdam von einem sowjetischen Soldaten erschossen.

Angehöriger des Militärattachéstabes in der Botschaft der ČSSR mußte im Dezember 1986 die Bundesrepublik Deutschland wegen statuswidriger Aktivitäten verlassen.

Die in der Politischen Abteilung der Botschaft in Bonn tätigen Diplomaten haben überwiegend als ND-Mitarbeiter zu gelten. Dabei sind die beiden tschechoslowakischen Nachrichtendienste etwa gleich stark repräsentiert. Die Aufklärungstätigkeit umfaßte u. a. den sicherheitspolitischen Bereich, wobei insbesondere die ZS-Mitarbeiter an Detailinformationen über die Bundeswehr interessiert waren. In der Abteilung Wirtschaftspolitik/Wissenschaft und Technik der Botschaft sind ebenfalls ZS- und StB-Angehörige vertreten. Die Aufklärungsschwerpunkte dieser Abteilung liegen nach wie vor in den Bereichen Wirtschaftspolitik und Technologieentwicklung. Dazu betreibt man vornehmlich eine offene Abschöpfung interessanter Gesprächspartner aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung. Angehörige dieser Abteilung bemühen sich auch um Mitgliedschaften in Organisationen und Einrichtungen, die sich mit der Entwicklung und dem Studium zukunftsorientierter Technologien beschäftigen. Dadurch eröffnen sich ihnen vielfältige Zugangsmöglichkeiten zu aktuellen Forschungsergebnissen der westlichen Welt.

Die Handelsabteilung in Köln geriet nach der Abberufung von zwei Mitarbeitern im Jahre 1985 in personelle Schwierigkeiten. Erschwerend kam hinzu, daß in einigen Fällen den designierten Nachfolgern ausgewiesener oder zurückberufener Angehöriger der Handelsabteilung die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland aus Sicherheitsgründen verweigert wurde. Lange Zeit blieben daher einige wichtige Arbeitsgebiete vakant, was offenbar auch zu einer Schwächung der nachrichtendienstlichen Aktivitäten führte.

Die Nachrichtendienste der ČSSR haben wie alle Ostblockdienste wichtige Beschaffungsfunktionen auf dem Sektor zukunftsweisender Spitzentechnologien. Die Angehörigen der Handelsabteilung, ihrer offiziellen Funktion nach überwiegend Delegierte tschechoslowakischer Außenhandelsunternehmen, verfügen aufgrund ihrer vielfältigen wirtschaftlichen Kontakte über eine Schlüsselrolle bei der Gewinnung technologischer Erkenntnisse, wobei auch westliche Embargobestimmungen gezielt umgangen werden. Nicht zuletzt durch intensive Besuche von Fachmessen und Ausstellungen bietet sich den ND-Mitarbeitern eine günstige Ausgangsbasis, um erste Kontakte zu Mitarbeitern interessanter Firmen zu knüpfen, die nach einiger Zeit wieder aufgenommen und verstärkt werden. Nach anfangs durchaus legalen Geschäften wird dann versucht, die westlichen Geschäftspartner mit lukrativen Angeboten (Barzahlungen, keine Rechnungsstellung, überhöhte Preise) zu Embargoverstößen zu verleiten.

Aufklärungsziel Bundeswehr

Zugangsmöglichkeiten durch Mitgliedschaft in Fachgremien

Technologiebeschaffung durch die Handelsabteilung der ČSSR-Botschaft

4. Rumänien

Weitere Stellenreduzierung in der rumänischen Botschaft

Die im Zusammenhang mit dem Übertritt eines ND-Angehörigen aus der Rumänischen Botschaft in die Bundesrepublik Deutschland im September 1984 bereits begonnene Stellenreduzierung innerhalb der Botschaft setzte sich fort. Von den erkannten ND-Offizieren sind nur noch wenige in Bonn verblieben.

Illegale Beschaffung von Produkten der Elektronikindustrie

Die Hauptziele, die von den Angehörigen der rumänischen Legalresidentur in Bonn verfolgt werden, sind nach wie vor die Aufklärung in den Bereichen Politik, Industrie und Forschung sowie die Infiltration der Aussiedler und Emigrantenverbände. Ein Arbeitsschwerpunkt der nachrichtendienstlichen Aktivitäten ist die illegale Beschaffung und Ausfuhr von Waren auf dem Gebiet der Elektronikindustrie. Zu diesem Zwecke reisten ND-Offiziere des als zentrale Beschaffungsfirma bekannten rumänischen Außenhandelsunternehmens ELEKTRONUM in Bukarest in die Bundesrepublik Deutschland ein. Von der Botschaft aus kontaktierten sie entsprechende Elektronikfirmen und bereiteten Geschäftsabschlüsse vor.

5. Volksrepublik (VR) Polen

Residenturen von SB und Z II

Nach Erkenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz sind rund 70 % des gesamten Botschaftspersonals dem zivilen Auslandsnachrichtendienst (SB) – Departement I des Innenministeriums (MSW) – oder dem militärischen Auslandsnachrichtendienst (Z II) – II. Verwaltung des Generalstabes der Polnischen Volksarmee – zuzuordnen.

Ein Beispiel für die Aktivitäten von Angehörigen der Polnischen Legalresidentur Z II stellt der Fall *Dzisnienski* dar:

Am 25. Mai 1986 wurde der II. Sekretär der Polnischen Botschaft in Köln *Dzisnienski* bei der Wahrnehmung eines konspirativen Treffs mit dem als Kurier eingesetzten polnischen Kaufmann B. festgestellt. B. wurde wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit für den polnischen militärischen Nachrichtendienst Z II festgenommen (vgl. dazu im einzelnen S. 251 ff.). *Dzisnienski*, der diplomatischen Status besaß, mußte die Bundesrepublik Deutschland verlassen. *Dzisnienski* war seit dem 14. August 1985 als II. Sekretär an der Polnischen Botschaft in Köln akkreditiert. Aufgrund eines Hinweises konnte er als Major des Z II identifiziert werden und stand deshalb unter besonderer Beobachtung des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Vor seinem Einsatz an der Legalresidentur in Köln war *Dzisnienski* stellvertretender Chef der Außenstelle der Abteilung XIII des Z II in Stettin (vgl. dazu S. 251 ff.).

„Saisonaushilfskräfte“

Auch 1986 entsandte das polnische Außenministerium weit mehr als 100 „Saisonaushilfskräfte“ an die Polnische Botschaft, so daß sich der Personalbestand zeitweise verdoppelte. Von diesen Aushilfskräften geht eine besondere nachrichtendienstliche Bedrohung aus, da ihre

Aktivitäten aufgrund der kurzfristigen Anmeldung durch das polnische Außenministerium und der relativ kurzen Verweildauer nur schwer zu kontrollieren sind. Dennoch konnten unter den „Saisonaushilfskräften“ sieben Personen eindeutig als Angehörige der Polnischen Nachrichtendienste erkannt werden.

Seit Sommer 1986 befindet sich in der Polnischen Botschaft in Köln eine Vertretung des polnischen Dienstleistungsunternehmens „POLSERVICE“. Dabei handelt es sich um ein Außenhandelsunternehmen, das für den Export und Import von wissenschaftlich-technischem Know-how, technische Dienstleistungen sowie die weltweite Vermittlung von polnischen Arbeitskräften zuständig ist. Das Unternehmen unterliegt einer strengen Überwachung durch die polnischen Nachrichtendienste.

Seit geraumer Zeit bietet „POLSERVICE“ allen in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Polen, die ihre Heimat illegal verlassen haben, einen „Legalisierungsvertrag des Auslandsaufenthaltes“ an. Wer einen solchen Vertrag eingeht, muß ca. 25 % seines Einkommens an den polnischen Staat entrichten. Dafür erhält er für seine Familie in Polen eine Kranken- und Rentenversicherung und für sich selbst einen polnischen Konsularpaß, der ihm den Besuch seiner Familie in Polen ermöglicht.

Die aus den Kontakten bei solchen Vertragsabschlüssen anfallenden Daten und Informationen bieten eine günstige Ausgangsposition auch für nachrichtendienstliche Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland.

„Legalisierungsverträge“ polnischer Emigranten bieten Ansatzpunkte für nachrichtendienstliche Aktivitäten

IV. Festnahmen und Verurteilungen

1986 wurden 43 Personen wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit für Nachrichtendienste kommunistischer Staaten von den Strafverfolgungsbehörden festgenommen. Gegen 32 Personen wurden Haftbefehle erlassen. In 21 Fällen führten die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder die ersten Vorermittlungen. Von den mit Haftbefehl Festgenommenen waren 26 Personen von einem DDR-Nachrichtendienst, 4 von einem polnischen und 2 von einem sowjetischen Nachrichtendienst angeworben worden.

Im gleichen Zeitraum verurteilten Gerichte der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) insgesamt 14 Personen rechtskräftig wegen Straftaten im Bereich „Landesverrat und Gefährdung der äußeren Sicherheit“ (§§ 93–101 a StGB).

Zahl der Festnahmen erheblich gestiegen

Geheimchutz – präventive Spionageabwehr 1986

I. Allgemeines

Anhaltende Ausspähungsaktivitäten gegnerischer Nachrichtendienste unterstreichen die Notwendigkeit vorbeugenden Geheimchutzes

Im Rahmen der präventiven Spionageabwehr hat der Geheimchutz in der Bundesrepublik Deutschland besondere Bedeutung. Ziel des Geheimchutzes ist es mit vorbeugenden Maßnahmen wie z. B. Sicherheitsüberprüfungen von Personen sowie technischen und organisatorischen Sicherungsvorkehrungen der anhaltenden Ausspähung durch gegnerische Nachrichtendienste entgegenzutreten.

Die Spionagefälle des Jahres 1986 bestätigten erneut, daß sich die Sicherheitsbehörden nicht darauf beschränken dürfen, Agenten gegnerischer Nachrichtendienste zu enttarnen und der Bestrafung zuzuführen. Vielmehr sind Behörden und Wirtschaftsunternehmen der Rüstungsindustrie die nach den Erkenntnissen der Spionageabwehr gefährdet sind, durch vorbeugende Maßnahmen zusätzlich zu schützen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist im eigenen Interesse, aber auch als Mitgliedstaat der Organisation des Nordatlantikvertrages (NATO) gehalten, bestimmte Mindestanforderungen zum Schutz geheimhaltungsbedürftiger Vorgänge zu beachten. Der vorbeugende Geheimchutz dient damit auch den gemeinsamen Interessen des westlichen Bündnisses.

Um die Abwehrarbeit möglichst wirksam zu gestalten, sind die Maßnahmen des Geheimchutzes nach Umfang und Intensität weitgehend an den Schwerpunkten gegnerischer Ausspähungsbemühungen orientiert.

II. Die Organisation des Geheimchutzes

Die Verfassungsschutzbehörden sind für den Geheimchutz nicht originär verantwortlich; sie haben eine Mitwirkungsfunktion bei der Erfüllung dieser Aufgabe

Der Geheimchutz als Aufgabe vorbeugender Spionageabwehr obliegt in der Bundesrepublik Deutschland im öffentlichen Bereich den betroffenen Behörden, im Bereich der Rüstungsindustrie dem Bundesminister für Wirtschaft in Verbindung mit den Betrieben.

Die Verfassungsschutzbehörden wirken bei Erfüllung dieser Aufgabe mit.

Geheimchutzlehrfilm und -plakat

Geheimchutz Nr.



Oberlandesgericht Koblenz

EIN PERSPEKTIVAGENT
in Form eines V. d. G.
LEBEN OHNE PERSPEKTIVE
Drehbuch

In der Strafsache

gegen den
geboren am 6. ... in
...
... in der Justizvollzugs-

Das Lächeln der Spionage?

Es kann Ihnen überall begegnen. Der Ostblock plant alles.
Aufpassen und passen! Befangen wird man eingefangen!

Es ist nie zu spät
vertrauliche Hilfe: 0221/4713

III. Der personelle Geheimschutz

Personen in sicherheitsempfindlicher Tätigkeit werden auf ihre Zuverlässigkeit überprüft

Hauptziel der präventiven Spionageabwehr ist es zu verhindern, daß es gegnerischen Nachrichtendiensten gelingt, Behörden und Industrieunternehmen der Rüstungsindustrie mit Agenten zu durchsetzen und, sollte dies dennoch gelingen, eine Spionagetätigkeit durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen so einzukengen, daß der Schaden in Grenzen gehalten werden kann. Es ist daher notwendig, Personen, die in sicherheitsempfindlicher Tätigkeit beschäftigt werden sollen, vorher einer Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen.

Die jeweilige Beschäftigungsbehörde – im Bereich der Wirtschaft der Bundesminister für Wirtschaft – legt fest, wer zu überprüfen ist. Auswahlkriterium ist dabei, ob einer Person geheime Informationen anvertraut werden sollen oder ob sie sich zu ihnen Zugang verschaffen kann. Aufgabe und Ziel der Mitwirkung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) bei der Sicherheitsüberprüfung ist es, Informationen zu sammeln und auszuwerten, die eine zuverlässige Beurteilung gestatten, ob eine Person für eine sicherheitsempfindliche Position uneingeschränkt geeignet erscheint.

Werden dabei sog. „Sicherheitsrisiken“ bekannt, Umstände also, die bei einer prognostischen Schau Zweifel an einer uneingeschränkten Eignung aufkommen lassen, empfiehlt das BfV, den Überprüften von geheimen Informationen fernzuhalten.

Bei seinen Empfehlungen läßt sich das BfV von seinen langjährigen Erfahrungen über die Ansprache- und Werbungsmaßnahmen gegnerischer Nachrichtendienste leiten.

Vorbeugende Geheimschutzmaßnahmen haben nicht nur Sicherheitsinteressen des Staates, sondern auch den Schutz des Betroffenen selbst im Auge.

IV. Der materielle Geheimschutz

Organisatorische und technische Sicherheitsvorkehrungen erschweren die Ausspähung durch gegnerische Nachrichtendienste

Den Zwecken des Geheimschutzes dienen auch organisatorische und technische Sicherungsmaßnahmen, mit denen geheime Informationen gegenüber Unbefugten geschützt werden sollen (z. B. Organisationsvorschriften, Stahlschränke, Alarmsysteme). Die Einhaltung dieser Sicherheitsvorkehrungen muß regelmäßig kontrolliert werden. Im Jahre 1986 wurden die Maßnahmen des organisatorischen und technischen Geheimschutzes weiter verbessert, um Schaden abzuwenden oder jedenfalls zu verringern. Mit laufender Beratung, Schulung und Sensibilisierung der Behörden und der Rüstungsindustrie,

u. a. durch Filme, Plakate und Sicherheitsbroschüren, versucht das Bundesamt für Verfassungsschutz, Gefahren für geheimzuhaltende Informationen abzuwehren.

Die Auswertung der Spionagefälle im Berichtsjahr hat ergeben, daß solche Sicherheitsmaßnahmen geeignet sind, die Ausspähung durch gegnerische Nachrichtendienste zu vereiteln, zumindest aber erheblich zu erschweren.

Die Bedeutung des Geheimschutzes verdeutlicht folgender Auszug aus der Aussage eines verurteilten ehemaligen Agenten der DDR:

„Ich entsinne mich daran, daß ich von meiner Führungsstelle immer wieder auf Geheimschutzmaßnahmen hingewiesen wurde . . . Das bezog sich sowohl auf die personellen wie auf die materiellen Sicherheitsmaßnahmen. Die Führungsstelle hielt mich immer wieder zu sehr vorsichtigem Verhalten an.“

Zunehmendes Augenmerk wurde 1986 der im Bereich von Industrie und Behörden sich weiter entwickelnden Datenverarbeitung gewidmet, die einerseits für die Forschungs- und Verwaltungsarbeit bislang ungeahnte Möglichkeiten eröffnet, andererseits aber auch erhebliche Risiken in sich birgt, wenn es einem gegnerischen Dienst gelingen sollte, geheimzuhaltende gespeicherte Informationen aus automatisierten Dateien abzurufen. Seit einiger Zeit wird deutlich, daß gegnerische Nachrichtendienste entsprechende Ausforschungsaufträge erteilen. Dem gilt es vorzubeugen. Geheimschutz bei automatisierter Datenverarbeitung wird für die Zukunft ein Schwerpunkt präventiver Abwehrarbeit sein.

V. Geheimschutzaufklärung

Gegnerische Nachrichtendienste nutzen vor allem Aufenthalte von Bundesbürgern im kommunistischen Machtbereich, um sie dort für eine Mitarbeit anzuwerben. Der Anwerbung gehen nicht selten Kontaktaufnahmen in brieflicher oder telefonischer Form innerhalb der Bundesrepublik Deutschland voraus, die darauf abzielen, die Angesprochenen zu einem Besuch im kommunistischen Machtbereich zu bewegen. Zu den Aufgaben des vorbeugenden Geheimschutzes gehört es deshalb auch, die in sicherheitsempfindlicher Tätigkeit beschäftigten Bundesbürger auf die bei Reisen in den kommunistischen Machtbereich bestehende Gefährdung aufmerksam zu machen. Die Betroffenen werden dabei auch darauf hingewiesen, daß die Einhaltung bestimmter Verhaltensregeln sie vor nachrichtendienstlicher Verstrickung bewahren kann.

Die Beachtung entsprechender Verhaltensregeln schützt auch Bun-

Verhaltensregeln bei Reisen in den kommunistischen Machtbereich

desbürger, die nicht Geheimnisträger sind, davor, bei Reisen in den kommunistischen Machtbereich in Abhängigkeit von gegnerischen Nachrichtendiensten zu geraten. Die wichtigsten Verhaltensregeln sind:

1. Jeder Reisende sollte sich über die im Gastland geltenden Vorschriften unterrichten und diese genau beachten. Insbesondere Visa- und Meldebestimmungen sind wahrheits- und fristgemäß einzuhalten. Ferner sind die dort geltenden Straf- und Straßenverkehrsbestimmungen zu berücksichtigen (in der Bundesrepublik Deutschland erlaubte Handlungen können im Gastland strafbar sein: so gilt für das Führen von Kraftfahrzeugen in den meisten Ländern des kommunistischen Machtbereichs ein absolutes Alkoholverbot).

Zu den Vorschriften, deren Kenntnis und Beachtung erforderlich ist, gehören insbesondere die Ein- und Ausfuhrbestimmungen. Einfuhrverbote bestehen z. B. für bestimmte Gegenstände des täglichen Gebrauchs (Zeitungen, Musikkassetten). Ausfuhrverbote gibt es u. a. für Kunstgegenstände, Antiquitäten, optische Geräte und Porzellan.

Die meisten kommunistisch regierten Länder verbieten die Einfuhr von Geld der jeweiligen Landeswährung. Von illegalem Geldumtausch ist daher dringend abzuraten; Nachweisbelege über einen legalen Devisenumtausch sollten bis zur Ausreise sorgfältig aufbewahrt werden.

2. Vorsicht ist beim Filmen oder Fotografieren geboten, da Aufnahmen von Einrichtungen und Fahrzeugen, die das Aufenthaltsland als militärisch bedeutsam ansieht (dazu können Bahn-, Hafen- und Industrieanlagen sowie Brücken gehören) verboten sind.

3. Reisende sollten im kommunistischen Machtbereich kompromittierende Situationen vermeiden, da persönliche Schwächen den gegnerischen Nachrichtendiensten einen Ansatzpunkt für eine Kontaktaufnahme geben können.

4. Mögliche Versuche gegnerischer Nachrichtendienste, einen Reisenden für eine Mitarbeit zu gewinnen, sollte man höflich und bestimmt zurückweisen. Nach den Erfahrungen der Verfassungsschutzbehörden bietet ein solch deutliches Verhalten den besten Schutz.

5. Es empfiehlt sich, Anschrift und Telefonnummer der Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland im Gastland mit sich zu führen, damit man bei etwaigen Schwierigkeiten von dort Beratung und Hilfe erbitten kann.

6. Reisende, die mit Tatsachen konfrontiert worden sind, die auf einen nachrichtendienstlichen Hintergrund schließen lassen, sollten sich nach Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland an

- den Geheimschutzbeauftragten ihrer Beschäftigungsbehörde
- den Sicherheitsbevollmächtigten ihres Betriebs oder
- die zuständige Verfassungsschutzbehörde wenden, die in der Lage sind, Rat und Hilfe zu gewähren.

Geheimschutzplakat

Stellenangebote

Wir, die Geheimdienste der DDR, UdSSR und anderer kommunistischer Brudervölker suchen den freundschaftlichen, grenzüberschreitenden Kontakt zu den Menschen im westlichen Einflußbereich.

Wir bewundern den Fleiß und den Friedenswillen der breiten Bevölkerung, ihren Standard in Kultur und Wirtschaft und das enorme Engagement bei der Entwicklung von Zukunftstechnologien.

Der wünschenswerte Gedankenaustausch zwischen den Menschen unserer Länder sollte über die ideologische Auseinandersetzung hinaus die ernsthafte und gegenseitige gewinnbringende Information über Forschung, Technik und Politik anstreben. Je mehr wir voneinander wissen, desto besser für uns alle.

Wir suchen also das Gespräch und den ständigen Kontakt zu aufgeschlossenen Damen und Herren aus

Politik • Militär • Wirtschaft • Wissenschaft

vor allem aus den Bereichen der Rüstung, Chemie, Mikroelektronik, Datenverarbeitung, Kernenergie und Lasertechnik.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie sich uns als Kosmopolit, freizügig denkender und unreglementierter Mensch schon bald zu erkennen geben.

Ein erster konspirativer Treff mit Ihnen sollte bei einem privat oder beruflich legierten Aufenthalt in unserem östlichen Machtbereich zustandekommen.

Im Falle einer nachrichtendienstlichen Verpflichtung können Sie das Wohlwollen Ihres Führungsoffiziers voraussetzen, sowie eine dem Wert Ihrer Verratsfähigkeit angemessene Bezahlung erwarten; bei entsprechender Bewährung dürfen Sie zudem mit Beförderung und Orden rechnen.

Der Lohn ist Angst!

Geben Sie keine Informationen nach drüben. Erst mal in den Fängen, werden Sie erdrückt.

Es ist nie zu spät –
vertrauliche Hilfe: 0221/4713

Die Verfassungsschutzbehörden können Personen, die sich nachrichtendienstlich verstrickt haben, helfen, wenn diese sich ihnen freiwillig offenbaren

Die präventive Spionageabwehr hat nicht nur das Ziel, die Anwerbung von Bundesbürgern durch gegnerische Nachrichtendienste zu erschweren; sie soll auch Menschen, die sich nachrichtendienstlich verstrickt haben, helfen.

Die Erfahrung zeigt, daß Menschen in einer offenen Gesellschaft wie der der Bundesrepublik Deutschland gegnerischen Nachrichtendiensten, die skrupellos und ohne rechtsstaatliche Hemmungen, aber oft mit großem psychologischem Geschick vorgehen, vielfach recht hilflos gegenüberstehen. Bemerkenswert ist insbesondere, daß – nach Analyse einer Vielzahl von Spionagefällen – die Opfer es aus Angst vor den Folgen häufig nicht wagten, den Abwehrbehörden ihre nachrichtendienstliche Verstrickung zu offenbaren. Die Führungsoffiziere der gegnerischen Nachrichtendienste schüren diese Angst in geschickter Weise; sie bauen darauf, daß Betroffene oft nicht wissen, welche Möglichkeiten die Verfassungsschutzbehörden besitzen, ihnen im Falle einer Offenbarung zu helfen. Die falsche Behauptung der gegnerischen Nachrichtendienste, daß eine Offenbarung stets zu unabsehbaren Folgen für die Existenz führe, ist ein leider häufig erfolgreiches Spiel mit der Angst des Opfers.

Ein ehemaliger langjähriger Perspektivagent schildert seine damalige Situation so:

„Bei nachrichtendienstlichen Treffen hatte ich stets ein ungutes Gefühl. Die Führungsstelle verhielt sich psychologisch geschickt und verstand es, Druck auf mich auszuüben. Ich hatte sehr oft Zweifel und fühlte mich gar nicht wohl. Ich war bereits in eine soziale Abhängigkeit geraten, hatte aber gleichwohl Skrupel und Angst. Ich wußte nicht, an wen ich mich wenden sollte.“

Hierzu stellte der Vorsitzende Richter eines Strafsenats fest:

„Der Gesetzgeber hat dem Landesverräter und Agenten zur Umkehr wahrlich goldene Brücken gebaut. Das gilt vor allem für diejenigen, die zu ihrer Tat gedrängt, vielleicht sogar erpreßt worden sind: Sie können Straffreiheit erlangen, wenn sie sich unverzüglich stellen und ihr gesamtes Wissen offenbaren.“

Sachwortregister

A

- Abbas*, Abu Al 212
Abrüstungsinfo 60
Abu Musa (Said Mussa *Maragha*) 209
Abu Musa-Gruppe 210
Action Directe (AD) 23, 138f.
Agitation, linksextremistische 35ff., 73, 78
Agitation, rechtsextremistische 156ff.
AID – Argumentation, Information, Dokumentation 57
AKTION 111
Aktion Ausländerrückführung – Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung (AAR) 165
Aktion deutsche Einheit (AKON) 178
Aktion Muttertag 65
Aktion Sauberes Deutschland (ASD) 168
Aktionen gegen die Bundeswehr 84, 120, 142
Aktionsbündnisse 21, 99, 101
Aktionseinheit 67ff., 72, 76, 79, 87
Aktionenfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) 150, 161ff., 165f., 184, 190
Aktionen-gemeinschaft von Demokraten und Sozialisten Westberlin (ADS-Westberlin) 31f., 49, 51
Albrecht, Udo 194
Allgemeine Studentenausschüsse (ASten) 30, 32, 123
Anarchisten 25, 27, 35f., 99, 111, 117, 119f., 123f.
Anarchistische Arbeiter-Union (AAU) 115
anarchistische Gruppen 24
Anarcho-Kommunisten 102f., 115
Anarcho-Syndikalisten 111, 115
Anbahnung 230, 233, 255, 260
Anti-Atom-Bewegung 21, 73. f., 106, 113, 117
Antiamerikanismus 149
Antifa-Gruppen 120f.
„Antifaschismus“ 69, 78, 120
antifaschistische rundschaue 57
antifaschistischer jugenddienst 57
antiimperialistische Front in Westeuropa 23, 133, 137ff.
Antiimperialistische Solidarität 38, 79
Antiimperialistisches Informationsbulletin (AIB) 66
Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) 66, 79
„Antimilitarismus“ 119
antimonopolistisches Bündnis 67
Arafat, Yassir 209
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) 106
Arbeiterfotografie 91
Arbeiterjugendverband/Marxisten-Leninisten (AJV/ML) 104
Arbeiterkampf 106
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) 200, 212f., 215, 220
Arbeitsgemeinschaft für autonome Gewerkschaftspolitik 123
Arbeitsgemeinschaft für revolutionäre Hochschulpolitik 123
Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund (ANV/VB) 167
Arbeitskreis für Kultur und Politik 181
Arbeitskreise Demokratischer Soldaten (ADS) 84
Asylantenproblem 159, 176
Ausländerfeindlichkeit 149, 166, 198
Autonome 22, 36, 99, 101f., 105, 111ff., 117, 119f., 124, 133, 136, 213
Autonome Sozialistische Jugendgruppen (ASJG) 108
Avrupa’da Dev Genc (Revolutionäre Jugend in Europa) 220

B

- Barabass*, Ingrid 139
beeinflusste Organisationen der „Neuen Linken“ 24f., 27

beeinflusste Organisationen,
 orthodox-kommunistische 21,
 24ff., 29, 46, 49, 56f., 65, 70, 75,
 98, 126f.

Befreiungseinheit Kurdistans
 (HRK) 212f., 215

Befreiungskommando Rudolf Hess
 194

Beier, Henry 165

Beilagenkreis 102, 105, 108, 115

Berliner Mietergemeinschaft 51

„Berufsverbote“ 60, 69, 77

Bethge, Horst 77

Betriebsgruppen, kommunistische
 45, 80, 82

Blätter für deutsche und internatio-
 nale Politik 90

Blockaden 42, 58, 119f.

Bolshevik Partizan 218, 220

Bosmans, Jimmy 188

Brand- und Sprengstoffanschläge 23,
 101, 113, 121, 128f., 131ff., 140f.,
 168, 186, 193, 195f., 200f., 208ff.,
 212f., 216f., 225

Braun, Reiner 76

Brehl, Thomas 163

Brücken-Verlags-GmbH – Literatur-
 vertrieb – Import/Export 90

Bruderparteien 21, 43, 49, 96,
 124ff.

Bund demokratischer Wissenschaft-
 lerinnen und Wissenschaftler
 (BdWi) 76, 127

Bund für Gotterkenntnis
 (BfG) 187

Bund Heimattreuer Jugend
 (BHJ) 181

Bund Sozialistischer Arbeiter
 (BSA) 109

Bund Westdeutscher Kommunisten
 (BWK) 101f., 104f., 123

Bundeskonferenz Unabhängiger
 Friedensgruppen (BUF) 120

Bundestagswahl 1987 62, 64, 69,
 83, 92f., 101, 103, 105, 109, 163,
 172ff., 178, 185

Bündnispolitik 22, 45, 60, 66ff., 90

Bürger- und Bauerninitiative
 (BBI) 170, 193

Bürgerschaftswahl in Hamburg 92f.,
 105, 162, 173

Buschmann, Martha 60, 126

Buskain, Milan 225

C

Caignet, Michel 187f.

CEDADE 192

Celebi, Musa Serdar 222

Cellules Communistes Combattantes
 (Kämpfende kommunistische
 Zellen) (CCC) 115, 138

Chandra, Romesh 126

Chile-Komitees 66

Christen für die Abrüstung
 (CfA) 59, 127

Christliche Friedenskonferenz
 (CFK) 127

Christophersen, Thies 170

Cieslak, Werner 71f.

Circulo Espanol de Amigos de
 Europa (CEDADE) 192

collectiv – Buchhandlungen 90

Communa Carlos MARX 139

Confederacion Nacional del Trabajo
 (CNT) 115

Container 248, 255

Courrier du Continent 192

D

Damnitz-Verlag 91

Das Bündnis – Frieden, Arbeit, Um-
 welt, Internationalismus 94

De Knipselkrant 139

Deckadresse 232, 235, 242f.,
 252f., 255

Demokratie und Recht 90

Demokratische Erziehung 90, 92

Demokratische Fraueninitiative
 (DFI) 64f., 127

Demokratische Front für die Befrei-
 ung Palästinas (DFLP) 210

Demokratische Palästinensische Ju-
 gend 210

Demokratische prodeutsche Ak-
 tion 193

Demokratischer Frauenbund Berlin
 (DFB) 51

Demokratischer Frauenbund
 Deutschlands 65

demokratisches gesundheits-
 wesen 90

Der Weg der Revolution Kurdistans
 – Manifest 212

Derwenskus, Ralf 51

Deutsche Aktionsgruppen 170

Deutsche Bürgerinitiative
 (DBI) 170

- Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) 57, 61f., 70, 73, 126, 221
- Deutsche Friedens-Union (DFU) 57ff., 73ff., 94, 126f.
- Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 21ff., 29, 35–98, 103f., 106, 124ff., 221
- DKP-Betriebsaktivs 82
 - DKP-Betriebsarbeit 45, 80, 84
 - DKP-Betriebsgruppen 45, 82
 - DKP-Betriebszeitungen 82
 - DKP-Landrevue 47
 - DKP-Parteischulung 44
 - DKP-Parteitag 43
 - DKP-Pressedienst 47
- Deutsche Kulturgemeinschaft (DKG) 181
- Deutsche Monatshefte (DM) 186
- Deutsche National-Zeitung (DNZ) 159, 174, 177, 180
- Deutsche Stimme (DSt) 171, 174
- Deutsche Volksliste 177
- Deutsche Volksunion (DVU) 149f., 152, 177f., 190
- Deutsche Volksunion – Liste D (Deutsche Volksliste) 177
- Deutsche Volkszeitung/die tat (DVZ/die tat) 68, 74
- Deutsche Wochen-Zeitung (DWZ) 159, 174, 177f., 180
- Deutscher Anzeiger (DA) 159, 174, 177, 180
- Deutscher Jahrbuch 170
- Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur 177
- Deutscher Standpunkt 162
- Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG) 181
- Deutschland – Schrift für neue Ordnung 182
- Deutschland in Geschichte und Gegenwart (DGG) 186
- Deutschlandtreffen 172
- Devrimci Isci (Revolutionärer Arbeiter) 213, 220
- Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) 220
- Devrimci Yol (Revolutionärer Weg) 220
- Diagnosen 186
- Die Bauernschaft 170
- Die Bewegung 150, 163, 166, 190
- Die Deutsche Freiheitsbewegung (DDF) 181
- Die Neue Front (NF) 163
- Die Neue Zeit (NZ) 194
- Die Parole 171
- Die Wahrheit 49
- Diktatur des Proletariats 40, 42, 99, 108f.
- Dokumentenfotografie 248
- Dortmunder Kreis 76
- Dreibrodt, Heinz* 59
- Dritter Weg 157
- Druckschriften- und Zeitungsverlag (DSZ-Verlag) 180
- E**
- Eckes, Christa* 140
- Eidgenoss – Informationsblatt zur eidgenössischen und europäischen Besinnung 192
- Eiserne Lerche – Hefte für eine demokratische Musikkultur 90f.
- elan – Artikeldienst für Betriebs-, Lehrlings-, Stadtteil- und Schülerzeitungen 53
- elan – Das Jugendmagazin 53, 90
- elan – Mailbox 53
- Embargogüter 249f., 257, 259
- Engel, Stefan* 103
- Erbakan* 222
- Erlebach, Kurt* 57
- Ernst, Barbara* 140
- Ernst-Thälmann-Aufgebot 23, 43
- Euro-Forum 188
- Europäische Bewegung (EB) 163, 187f.
- Europäische Freiheitsbewegung 170
- Europäische Neu-Ordnung (ENO) 190f.
- express – Zeitung für Sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit 103
- F**
- Faisceaux Nationalistes Européens (F.N.E.) 187
- Fanal 115
- FAP-Nachrichten – Kampfblatt der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei 162
- Faschisierungsthese 37, 103, 105, 120

- FATAH 209f.
 Festival der Jugend 53, 55f., 84f., 92, 97
 Fiedler, Hans Michael 181
 Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF) 218
 Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (KOMKAR) 215
 Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (FIDEF) 221
 Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der BRD (FEYKA-Kurdistan) 212f., 215
 Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V. (ADÜTDF) 222f.
 Föderation der türkischen demokratischen Arbeitervereine in Deutschland e. V. (DIDF) 220
 Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA) 113, 115, 119
 Freie Arbeiter-Union (FAU) 115, 123
 Freie Arbeiter-Union (Anarchisten) (FAU-HD (A)) 115
 Freie Arbeiter-Union/Rätekommunisten (FAU/R) 115
 Freie Deutsche Jugend (FDJ) 51, 53, 97
 – FDJ-Hochschule „Wilhelm Pieck“ 45
 Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB) 97
 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) 79, 150, 161ff., 166, 184, 192
 Freiheitlicher Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH (FZ-Verlag) 180
 Freiheitlicher Zeitungsverlag GmbH (FZ-Verlag) 180
 Freundeskreis Deutsche Politik (FK) 165
 Freundeskreis Ulrich von Hutten e. V. 182
 Freundschaftsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland – Kuba e. V. 79
 Frey, Dr. Gerhard 174, 176ff., 180
 Frey, Stefan 140
 „Friedensbewegung“ 22, 47, 55, 60, 73ff., 89, 94, 113, 119f.
 „Friedenskampf“ 42, 59f., 65, 73, 76, 83f., 95
 Friedensliste 59, 62, 64, 87, 91ff., 95, 119
 Friedensrat der DDR 60, 62
 Front National (FN) 188
 Frontorganisationen 126f.
- G**
 Gautier, Hermann 39, 43
 Geheimschutz 266, 268f.
 – in der Rüstungsindustrie 266, 268
 – materieller 268
 – personeller 268
 Geheimschutzaufklärung 269
 Geheimschutzbeauftragte 270
 Gemeinschaft der ehemaligen republikanischen Spanienkämpfer in der BRD 58
 Gemischte Firmen 249f., 257
 Gems, Michael 61
 Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung (GfbAEV) 182
 Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Westberlin (DSFW) 51
 Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP) 180f.
 Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund 34, 140
 Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund 195
 Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front 163
 Gewalt 21ff., 42, 101, 113, 115, 119, 128, 135f., 140ff., 149, 161, 193f., 196, 198, 201, 208, 210, 212f., 215, 218, 220, 227
 Gewaltfreie Aktionsgruppen 101, 113, 115, 117
 Gewerkschaftsarbeit, kommunistische 71f.
 Göcmen (Emigrant) 220
 Goerth, Christa 165f.
 Grabert-Verlag 186
 GRAPO (Grupe de Resistencia Antifascista Primero de Octubre/An-

- tifaschistisches Kommando 1. Oktober) 139
 Graswurzelbewegung 99, 101, 111, 113
 graswurzelrevolution – für eine gewaltfreie herrschaftslose Gesellschaft 113, 115
 Grüne Aktion Deutschland (GAD) 168
 Gruppe Internationale Marxisten (GIM) 101 f., 105 f., 108, 123
- H**
Happe, Manuela 140
Harms, Thomas 55
Hasi 210
Haule-Frimpong, Eva Sybille 131, 133
 Hauptverwaltung Aufklärung des MfS (HVA) 236
Heidel, Volker 165 f.
Hepp, Odfried 195
Hertel, Gerd 56
 Hessenliste für Ausländerstopp (HLA) 171
 HIER UND JETZT 111
 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG) 150, 165 f. – HNG-Nachrichten 166
Hindawi, Nizar 210
 Hochschule des Leninschen Kom-somol 45
Hoffmann, Karl-Heinz 194
 Huttenbriefe 182
- I**
 Ijzerbedevaart 190
 Illegale 244 ff., 258
 Illegaler Technologietransfer 240, 249
 info demokratie 60
 infodienst 47
 Informationsdienst Wissenschaft und Frieden 76
 Initiative „Frauen in die Bundeswehr? – Wir sagen Nein!“ 60, 65
 Initiative „Kein Frieden mit der NATO – Raus aus der NATO“ 119
 Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ 70, 77
 Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend 106
 Initiativen für einen „Volkszählungsboykott“ (VoBo) 121
 Inoffizieller Mitarbeiter (IM) 255
 Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU 45
 Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR (IPW) 97
 Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF) 66, 88, 98, 125
 Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime 58
 INTERNATIONAL – Informations- und Bildungszentrum e. V. 97
 Internationale Arbeiter-Assoziation (IAA) 115
 Internationale Ärztevereinigung für die Verhütung eines Atomkrieges (IPPNW) 68
 Internationale Demokratische Frauenföderation (IDFF) 127
 Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) 127
 Internationale Kommunistische Strömung (IKS) 109
 Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation (ISA) 109
 Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen (IVDJ) 127
 Internationaler antiimperialistischer Kongreß (Frankfurt/M.) 134, 139
 Internationaler Neuer Nationalsozialismus 187
 Internationalismus 38
 Iran Informationsblatt 217
 Iranische Moslemische Studentenvereinigung Bundesrepublik Deutschland e. V. (MSV) 216 f.
- J**
Jakobsmeier, Ingrid 140
Jansen, Mechtild 60, 65
 Jugendbildungsstätte Burg Wahrheit 53, 55 f., 84
 Jugendpolitische Blätter 53, 90
Jung, Dr. Heinz 88

Junge Nationaldemokraten (JN) 158, 161, 173f., 176, 181, 183, 190
Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation (JP) 44f., 51, 56, 82, 85, 97

K

K-Gruppen 22, 24f., 27, 35, 99, 101f., 106, 117, 119f.
Kade, Gerhard 61
Kampagne „Aktiv gegen Oliv“ 62
Kampagne gegen „Berufsverbote“ 60, 77
Karl-Liebknecht-Schule 45f.
Kernorganisationen der „Neuen Linken“ 25, 27, 102
Kernorganisationen, orthodox-kommunistische 25f., 57, 124
Klartext 167
Klassenkampf 42f., 51, 89, 95, 99, 108f., 117
Knickrehm, Uwe 62
Koehl, Matthias 193
Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR 58
Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ) 57, 60f., 65, 70, 73, 126
Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers (KAH) 163
Kommunalwahlen
– Hamburg 94
– Niedersachsen 94, 162, 173
– Schleswig-Holstein 94
Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ) 106
Kommunistische Gruppen – Neue Hauptseite Theorie (KG-NHT) 102f.
Kommunistische Hochschulgruppen 123
Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD) 108
Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) 21f., 39, 42, 49, 67, 73, 85, 88, 125f.
Kommunistische Partei der Türkei (TKP) 221
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) (1956 verboten) 39, 43, 59, 78, 125

Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) (KPD) 101f., 105f., 108, 119, 123, 127
Kommunistische Studenten (KS) 123
Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD) 103
Kommunistischer Bund (KB) 102f., 105f., 119
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) 104
Kommunistischer Hochschulbund (KHB) 106
Kontaktanlässe 229
Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung (KA) 60, 62, 65, 73, 75, 84, 87, 120
Koordinierungsstelle Ziviler Ungehorsam (KoZU) 120
Krefelder Initiative 59, 75f.
Kroatische Staatsbildende Bewegung (HDP) 223, 225
Kroatischer Nationalrat (HNV) 223
Kühnen, Michael 163, 166, 168, 188, 192
Kulturarbeit der DKP 91f.
Kumpf, Dr. Richard 89
kürbiskern – Literatur, Kritik, Klassenkampf 91

L

Landtagswahlen
– Bayern 92f., 173, 178
– Hamburg 92f., 105, 162, 173
– Niedersachsen 92f., 163, 173
Lauck, Gary Rex 167, 192
Legale Residenturen 228, 249, 257f., 262, 264
Lehmann, Hermann 176
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) 201, 227
links – Sozialistische Zeitung 103
Linksextremisten im öffentlichen Dienst 28f.

M

Maragha, Said Mussa (Abu Musa) 209
Marx-Engels-Stiftung e. V. 58, 88f.
Marx-Engels-Zentrum 89
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 101ff., 121

- Marxistisch-Leninistischer Bund
 Intellektueller (MLBI) 104
 Marxistisch-Leninistischer Schüler-
 und Studentenverband
 (MLSV) 104
 Marxistische Abendschulen
 (MASCH) 89
 Marxistische Arbeiterbildung – Ver-
 einigung zur Verbreitung des wis-
 senschaftlichen Sozialismus
 (MAB) 89
 Marxistische Arbeiterschulen
 (MASCH) 89
 Marxistische Arbeiter Zeitung
 (MAZ) 109, 123
 Marxistische Betriebsarbeiter-
 schulen 45
 Marxistische Blätter 88, 90
 Marxistische Gruppe (MG) 101,
 103, 109, 111, 123
 Marxistische Hochschulzeitung 109
 Marxistische Schulzeitung 109
 Marxistische Studien 88
 Marxistischer Studentenbund Spar-
 takus (MSB) 31 f., 34, 44 f., 51,
 55 f., 60, 70, 76, 82, 84 f., 87, 97 f.
 Maske, Achim 60
 Maßnahmen gegen Linksextremi-
 sten 142
 Maßnahmen gegen Rechtsextremi-
 sten 199
 Mayer, Sepp 77
 Meister, Hans 78
 Mensch und Maß 187
 Messemagazin International
 (MMI) 90
 Mies, Herbert 39, 43, 62, 72 ff., 76,
 125
 militante Autonome 36, 99, 101,
 105, 117
 Militante Rechtsextremisten 161
 militärisch-industrieller Komplex
 (MIK) 129 f., 132
 Militärischer Nachrichtendienst
 der ČSSR (ZS) 262 f.
 Militärischer Nachrichtendienst
 der UdSSR (GRU) 253, 258
 Militärischer polnischer Auslands-
 nachrichtendienst ZARZAD
 DRUGI (Z II) 251 f., 264
 Militärspionage 229, 242
 Ministerium für Staatssicherheit
 (MfS) 98 f., 231, 233, 235 ff.,
 240 ff., 248, 254
 Mitgliederzahlen extremistischer
 Ausländerorganisationen 200,
 203, 205, 209, 212, 215 ff., 221 ff.,
 225
 Mitgliederzahlen, Linksextremis-
 mus 43, 49, 53, 55 f., 102, 104 ff.,
 108
 Mitgliederzahlen, Rechtsextremis-
 mus 150, 161, 165, 172, 174,
 176 f., 180, 183
 Mörig, Gernot 181
 Mosler, Jürgen 163, 165
 Motorradclub „Kuhle Wampe“ 75,
 84
 MSZ – Marxistische Streit- und Zeit-
 schrift – Gegen die Kosten der
 Freiheit 109
 Mücadele (Kampf) 218
 Müller, Curt 168
 Müller, Ursula 168
 Mußnug, Martin 173 f.
- N**
 Nachrichten der HNG 166
 Nachrichten-Verlags-GmbH 72, 90
 Nachrichten zur Wirtschafts- und
 Sozialpolitik 72
 Nachrichtenhefte 105
 Nahrath, Wolfgang 184
 Nation Europa (NE) 185
 National Action 188
 National Action Party (NAP) 188
 National-Freiheitliche 149, 156 ff.,
 176 f.
 Nationaldemokraten 149, 156, 158,
 170, 172
 Nationaldemokratische Partei
 Deutschlands (NPD) 79, 150,
 152, 154, 157, 170 ff., 176, 178,
 181, 185, 188, 190
 Nationaldemokratischer Hochschul-
 bund (NHB) 176
 – NHB-Report 176
 Nationale Befreiungsfront
 Kurdistans (ERNK) 212 f.
 Nationale Heilspartei (MSP) 222
 Nationalistische Front (NF) 166 f.,
 184, 190
 Nationalrevolutionäre 149, 161
 Nationalrevolutionäre Arbeiter-
 front (NRAF) 166
 Nationalsozialistische Deutsche Ar-
 beiterpartei (NSDAP) 149, 161

- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO) 167f., 192
- Naturwissenschaftler-Initiative: Verantwortung für den Frieden 76
- Naumann, Peter* 167
- Nebenorganisationen der „Neuen Linken“ 25, 27, 104
- Nebenorganisationen, orthodox-kommunistische 21, 24ff., 29, 46, 49, 51, 56f., 89, 98, 124
- Neo-Nationalsozialisten (Neonazis) 149f., 156ff., 161f., 166, 168, 184, 187
- neue Arbeiterpresse 109
- „Neue Linke“ 22, 24f., 27ff., 31f., 34, 36ff., 71, 88, 99–103, 111, 117–124, 127, 134
- Neue Stimme 59
- Neuer Nationalsozialismus/Neonazismus 159
- Neutralismus 149
- New Order 193
- Noll, Fritz* 89
- Norddeutsche Kulturtag 181
- Norddeutsches Forum 181
- NS-Bulletin 193
- NS-Kampfruf 168, 192, 194
- NS-Publications 193
- O**
- Ochensberger, Walter* 190
- Organisation iranischer Studenten, Sympathisanten der Organisation der Volksfedayin (Mehrheit) (O.I.S.) 217
- Organisation Iranischer Studenten, Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran (Ashraf-Deghani-Anhänger) (O.I.P.F.G.) 217
- Ostermärsche 1986 59, 61, 73f., 85, 117
- Österreichischer Beobachter – Kampfblatt der NSDAP (Hitlerbewegung) in Österreich 190
- Özcan, Hasan* 221
- P**
- Pahl-Rugenstein-Verlag 90, 92
- Palästinensische Befreiungsfront (PLF) 212
- Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) 209f.
- Palästinensische Nationale Rettungsfront (PSNF) 210
- Palästinensischer Arbeiterverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (PAV) 210
- Palästinensischer Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin e. V. (PSV) 210
- Palestine Liberation Front (PLF) 195
- Panzerknacker 62
- Pape, Martin* 162
- Partei der Arbeit Albanien (PAA) 108, 127
- Partei der Nationalen Bewegung (MHP) 223
- PARTISAN 115
- Partizan 218
- Patenbezirke der SED 95f.
- Pauli, Bernhard* 167
- Perspektivagent 259, 261, 272
- Petschick, Dr. Werner* 72
- pionier 56, 90
- Pionierleiter-Info 56
- Pionierorganisation Karl Liebknecht 51
- Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH 62, 66, 90f.
- Pohl, Andreas* 167, 184
- Pohl, Helmut* 140
- Polikeit, Georg* 47
- Politische Berichte 104
- Politische Spionage 229, 236
- Posadistische Kommunistische Partei 109
- Pozorny, Reinhard* 180
- Prabhakaran* 227
- praxis – Erfahrungen aus dem Leben und der Arbeit der Partei 47
- Probleme des Friedens und des Sozialismus 88, 125
- Progress-Presse-Agentur (PPA) 47, 49
- PPA-Tagesdienst 47
- Proletarische Aktion (PA) 115
- Publikationen ausländischer Extremistenorganisationen 207
- Publikationen der „Neuen Linken“ 27f.
- Publikationen der orthodoxen Kommunisten 26, 28

Publikationen, rechtsextremistische
152, 155

R

Radikaldemokratische Studenten-
gruppen (RSG) 87
Radow, Birgit 51
Rajavi, Massoud 216
Randall, Kevin 188
Ratzel, Gerhard 195
Rebell 104
Rechtsextremisten im öffentlichen
Dienst 154
Reisekader 98f.
Reisen in den kommunistischen
Machtbereich (Verhaltensregeln)
270
Remer, Otto-Ernst 181
revolutionär-marxistische Gruppen
22, 24, 35, 99, 101f., 121, 123f.
Revolutionär-Sozialistische Jugend
– Roter Maulwurf (RSJ) 108
Revolutionäre Gewerkschafts-
opposition (RGO) 123
Revolutionäre Kommunistische Par-
tei der Türkei (TDKP) 220
Revolutionäre Marxisten 25, 27,
99, 101
Revolutionäre Zellen (RZ) 23,
128, 134ff.
Revolutionärer Zorn („Extra“-Aus-
gabe) 135
Roeder, Gertraud 170
Roeder, Manfred 158, 170
Röderberg-Verlags-GmbH 90
Rote-Armee-Fraktion (RAF) 23,
128–140, 142
– engeres RAF-Umfeld 133f.
– Kommandobereich 23, 129,
131ff.
– Kommando Mara CAGOL 129,
138
– Kommando Ingrid SCHUBERT
130
– Militante der RAF 23, 131ff.,
136
– RAF-Anhänger/-Unterstützer/-
Umfeld 130f., 133f., 142
rote blätter 55, 90
Rote Brigaden 138f.
– Für den Aufbau der Kämpfenden
Kommunistischen Partei
(B.R.-P.C.C.) 138

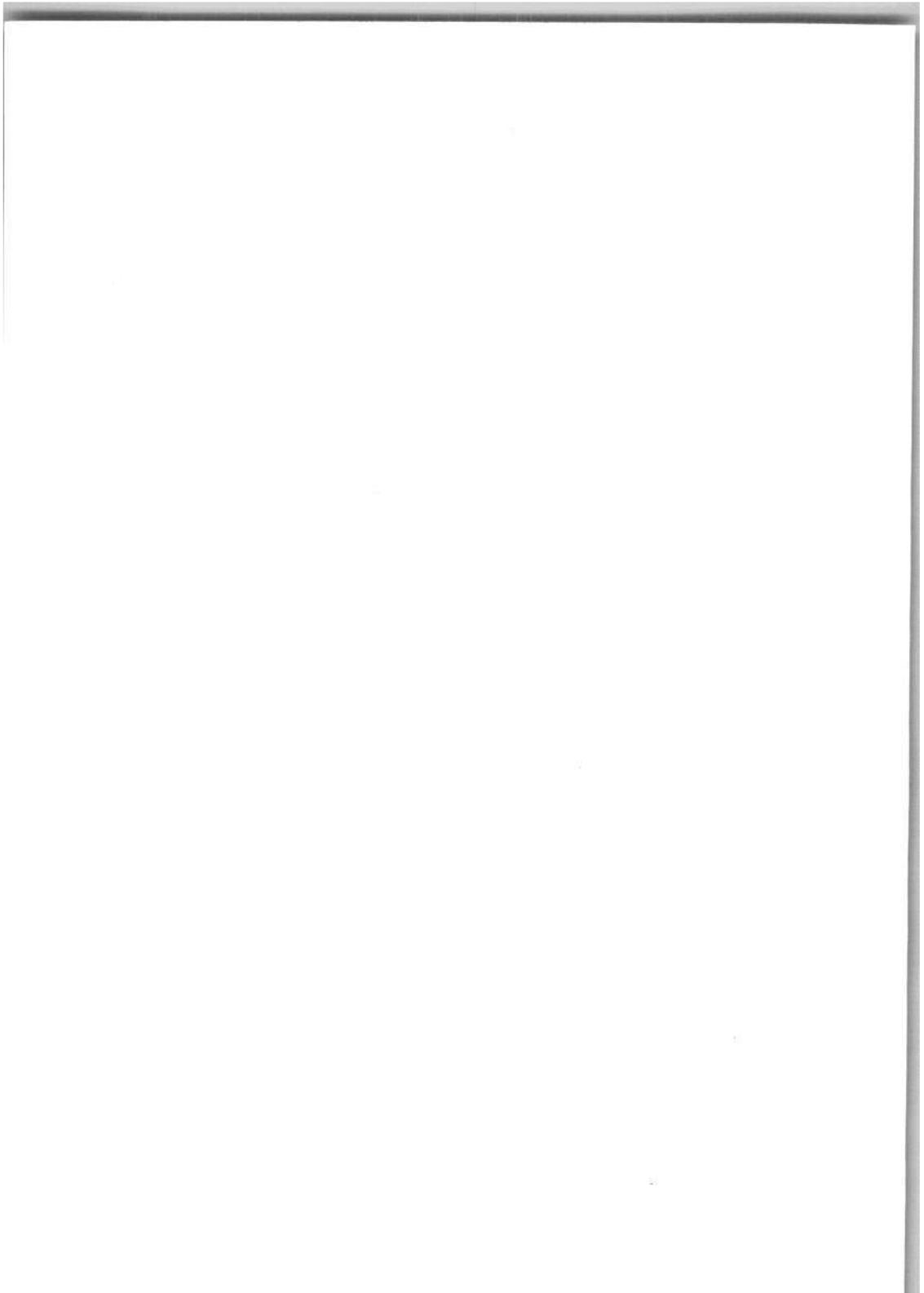
– Vereinigung kämpfender Kommu-
nisten (U.C.C.) 138
Rote Fahne 104
Rote Zora 23, 128, 134ff.
Roter Morgen 108
Roter Pfeil 104
Rotfüchse 104
Rührt Euch – Zeitung für Soldaten
53, 84
Rumänischer Nachrichtendienst
„Securitate“ 235
Rump, Michael 49

S

Saad, Yousef Ahmad Yousef 212
Sabotage 102, 113, 115, 124
Salameh 210
Samisdat Publishers Ltd. 193
Samisdat-Rundbrief 193
Schleifstein, Josef 88
Schmegner, Mareile 139
Schmitt, Horst 49, 125
Schneider, Hans 89
Schönborn, Meinolf 167
Schütz, Waldemar 178, 180
Schutzbund für Leben und Umwelt
177
Schwarze Wölfe 195
SCHWARZER FADEN 111
Schweigeagenten 251f.
SED-Parteischule Franz Mehring
45
Seetzen, Walter 176, 185
Sendbühler, Karl-Heinz 176
Sicherheitsbevollmächtigte 270
Sicherheitsmaßnahmen 269
Sicherheitsrisiko 268
Sicherheitsüberprüfung 266, 268
SIEG-AJ-Presse-Dienst 190
Skinheads 150, 166f., 183f.
Soldaten-Friedensinitiativen 84
Solidarische Hilfe – Verein gegen
staatliche Willkür e. V. 78
Solidaritätsbrigade Carlos Fonseca
80
Solidaritätsshop Dritte Welt 66
Sonnenberg, Günter 132
Sowjetische Handelsvertretung
(SHV) 249f., 258
Sowjetische Militärmissionen
(SMM) 258, 262
Sozialistische Arbeitergruppe
(SAG) 109

- Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) 44f., 51, 53, 55f., 73, 76, 82ff., 92, 97f., 126, 221
- SDAJ-Computerclubs 53
- Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 21f., 39f., 42, 49, 65, 67, 73, 88, 95ff., 126
- Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW) 21ff., 29, 49, 51, 57, 124ff.
- Sozialistische Reichspartei (SRP) (1952 verboten) 181
- Sozialistische Zeitung (SoZ) 108
- Sozialistischer Hochschulbund (SHB) 31f., 34, 55, 70, 85, 87, 97
- Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht (SJV Karl Liebknecht) 51, 97
- Sozialistisches Büro (SB) 103
- Sozialrevolutionäre 25, 27, 123, 149
- Spionage
- Militärspionage 229, 242
- Politische Spionage 229, 236
- Wirtschaftsspionage 229, 239
- Wissenschaftsspionage 229, 239
- Spionageabwehr, präventive 266, 268, 272
- Sprengkommando Weiße Wolke 194
- Sprengstoff- und Brandanschläge 23, 101, 113, 121, 128f., 131ff., 140f., 168, 186, 193, 195f., 200f., 208ff., 212f., 216f., 225
- Staub*, Volker 140
- Steigerwald*, Dr. Robert 88, 90
- Strasser-Flügel/*Strasser-Kurs* 149, 161, 167
- STURMGLOCKE 111
- Sympathisanten der Volksmojahedin Iran 216
- T**
- Tag*, Ernst 168
- Tamil Tigers 227
- Tarnorganisationen 126
- Teblig (Die Verkündung) 222
- tendenzen – Zeitschrift für engagierte Kunst 91
- Terrorismus, linksextremistischer 22f., 128ff.
- Terrorismus, rechtsextremistischer 193ff.
- Thälmann*, Ernst 39, 80, 106
- The New Order 192
- Timuroglu*, Kürsat 213
- Tote Briefkästen 253
- Trapp*, Horst 62
- Treff, nachrichtendienstlicher 235f., 238, 240ff., 244, 253, 255, 260, 264, 272
- Trotzkisten 22, 25, 27, 35, 99, 101, 108f.
- trotzkistische Gruppen 102, 108, 127
- Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD) 109
- TUDEH-Partei 217
- Tuncay*, Feridun 223
- Türkes*, Alparslan 223
- Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten (TKP/M-L) 218
- Türkische Volksbefreiungspartei/-Front (THKP/-C) 220
- U**
- Umweltpolitik 37, 158
- UNIDOC Film GmbH 91
- Union Islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.) 216
- Unsere Zeit (UZ) 47, 70, 90f., 221
- V**
- Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V. 222
- Verein patriotischer Künstler Kurdistans in der BRD (HUNERKOM) 212
- Vereinigte Deutsche Studentenschaften (VDS) 73, 87, 123
- Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) 101f., 105f., 108, 123
- Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V. (VDJ) 57, 65f., 127
- Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e. V. (AMGT) 222
- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) 57f., 73, 78f., 89, 126f.

- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Westberlin/Verband der Antifaschisten (VVN-Westberlin/VdA) 51
- Vereinigung für gesamtdeutsche Politik e. V. (VGP) 182
- Verlag „Marxistische Blätter“ 90
- Verlag „NS Publications“ 193
- Verlag „Pahl-Rugenstein“ 90, 92
- Verlag „pläne“ GmbH 90f.
- Verlage, linksextremistische 24, 89
- Verlage, rechtsextremistische 152, 180, 185
- Victor-Jara-Treffen 92
- Volksfedayin Guerilla Iran 216f.
- Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) 210
- Volksfront für die Nationale Erhebung 193
- Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT) 105
- Volksmojahedin Iran 216
- VOORPOST 176, 190
- Vorfelddorganisationen 49, 51, 64f., 73ff., 77, 90, 126
- W**
- Wahlbündnisse 21, 64, 92ff.
- Weber, Eberhard 47
- Weber, Ellen 43, 76
- Wehrsportgruppe HOFFMANN (WSG) 194f.
- WSG-Libanon 194
- Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ) 55f.
- Weltföderation der Wissenschaftler (WFW) 127
- Weltfriedensrat (WFR) 60ff., 65f., 77, 126f.
- Weltgewerkschaftsbund (WGB) 77
- Weltkongreß zum Internationalen Jahr des Friedens 126
- Weltkreis-Verlags-GmbH 90
- Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt 42
- Werbungsmethoden 229ff., 237, 260
- Westarbeit 95, 97f.
- widersprüche – Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich 103
- Wiking-Jugend (WJ) 161, 181, 183f., 190, 192
- Wille und Weg 167
- Wir Frauen 65
- Wirtschaftsspionage 229, 239
- Wissenschaftsspionage 229, 239
- Witt, Gregor 61f.
- World Union of National Socialists (WUNS) 193
- Y**
- Yeni Düşünce (Das neue Denken) 223
- Z**
- Zielobjekte östlicher Nachrichtendienste 236, 256
- Parteien 229, 236
- Rundfunk- und Fernsehanstalten 238
- Rüstungsindustrie 229, 240
- Sicherheitsbehörden 229, 237
- Zivil Courage 61
- Ziviler Nachrichtendienst der CSSR (StB) 230, 234, 262f.
- Ziviler polnischer Auslandsnachrichtendienst (SB) 264
- Ziviler sowjetischer Nachrichtendienst (KGB) 258
- Zündel, Ernst, 158, 193
- Zusammen Kämpfen 131, 138f.



Abkürzungsverzeichnis

AAR	Aktion Ausländerrückführung – Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung
AAU	Anarchistische Arbeiter-Union
AB	Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
AD	Action Directe
ADS	Arbeitskreise demokratischer Soldaten
ADS-West-berlin	Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten West-berlin
ADÜTDF	Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V.
AIB	Antiimperialistisches Informationsbulletin
AJV/ML	Arbeiterjugendverband/Marxisten-Leninisten
AKON	Aktion deutsche Einheit
AMGT	Vereinigung der neuen Weltzeit in Europa e. V.
ANS/NA	Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten
ANV/VB	Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund
ASD	Aktion Sauberes Deutschland
ASJG	Autonome Sozialistische Jugendgruppen
ASK	Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika
ASten	Allgemeine Studentenausschüsse
ATIF	Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.
BBi	Bürger- und Bauerninitiative
BdWi	Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
BfG	Bund für Gotterkenntnis
BHJ	Bund Heimattreuer Jugend
BSA	Bund Sozialistischer Arbeiter
BUF	Bundeskonzferenz Unabhängiger Friedensgruppen
BWK	Bund Westdeutscher Kommunisten
CCC	Cellules Communistes Combattantes
CEDADE	Circulo Espanol de Amigos de Europa
CfA	Christen für die Abrüstung
CFK	Christliche Friedenskonferenz
CNT	Confederacion National del Trabajo
DA	Deutscher Anzeiger
DBI	Deutsche Bürgerinitiative
DDF	Die Deutsche Freiheitsbewegung
DFB	Demokratischer Frauenbund Berlin
DFG-VK	Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner
DFI	Demokratische Fraueninitiative
DFLP	Demokratische Front für die Befreiung Palästinas
DFU	Deutsche Friedens-Union
DGG	Deutschland in Geschichte und Gegenwart
DIDF	Föderation der türkischen demokratischen Arbeitervereine in Deutschland e. V.
DKEG	Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes
DKG	Deutsche Kulturgemeinschaft
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DM	Deutsche Monatshefte
DNZ	Deutsche National-Zeitung
DSFW	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft West-berlin
DSt	Deutsche Stimme

DSZ-Verlag	Druckschriften- und Zeitungsverlag
DVU	Deutsche Volksunion
DVZ/die tat	Deutsche Volkszeitung/die tat
DWZ	Deutsche Wochen-Zeitung
EB	Europäische Bewegung
ENO	Europäische Neu-Ordnung
ERNK	Nationale Befreiungsfront Kurdistan
FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
FAU	Freie Arbeiter-Union
FAU-HD(A)	Freie Arbeiter-Union (Anarchisten)
FAU/R	Freie Arbeiter-Union/Rätekommunisten
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FEYKA-Kurdistan	Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der BRD
FIDEF	Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V.
FIR	Internationale Föderation der Widerstandskämpfer
FK	Freundeskreis Deutsche Politik
FN	Front National
F.N.E.	Faisceaux Nationalistes Europeens
FöGA	Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen
FZ-Verlag	Freiheitlicher Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH
GAD	Grüne Aktion Deutschland
GfbaEV	Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung
GFP	Gesellschaft für Freie Publizistik
GIM	Gruppe Internationale Marxisten
GRAPO	Grupe de Resistencia Antifascista Primero de Octubre/Antifaschistisches Kommando 1. Oktober
GRU	Militärischer Nachrichtendienst der UdSSR
HDP	Kroatische Staatsbildende Bewegung
HLA	Hessenliste für Ausländerstopp
HNG	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.
HNV	Kroatischer Nationalrat
HRK	Befreiungseinheit Kurdistan
HUNERKOM	Verein patriotischer Künstler Kurdistan in der BRD
HVA	Hauptverwaltung Aufklärung des MfS
IAA	Internationale Arbeiter-Assoziation
IDFF	Internationale Demokratische Frauenföderation
IKS	Internationale Kommunistische Strömung
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMSF	Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V.
IPPNW	Internationale Ärztevereinigung für die Verhütung eines Atomkrieges
IPW	Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR
ISA	Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation
IVDJ	Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen
JN	Junge Nationaldemokraten
JP	Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation
KA	Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung
KABD	Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands
KAH	Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers
KAZ	Kommunistische Arbeiterzeitung

KB	Kommunistischer Bund
KBW	Kommunistischer Bund Westdeutschland
KFAZ	Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit
KGB	Ziviler sowjetischer Nachrichtendienst
KG-NHT	Kommunistische Gruppen – Neue Hauptseite Theorie
KHB	Kommunistischer Hochschulbund
KJD	Kommunistische Jugend Deutschlands
KOMKAR	Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e. V.
KoZU	Koordinierungsstelle Ziviler Ungehorsam
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands (1956 verboten)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KS	Kommunistische Studenten
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
MAB	Marxistische Arbeiterbildung – Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
MASCH	Marxistische Abendschule/Marxistische Arbeiterschule
MAZ	Marxistische Arbeiter Zeitung
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MG	Marxistische Gruppe
MHP	Partei der Nationalen Bewegung
MIK	militärisch-industrieller Komplex
MLBI	Marxistisch-Leninistischer Bund Intellektueller
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
MLSV	Marxistisch-Leninistischer Schüler- und Studentenverband
MMI	Messemagazin International
MSB	Marxistischer Studentenbund Spartakus
MSP	Nationale Heilspartei
MSV	Iranische Moslemische Studentenvereinigung Bundesrepublik Deutschland e. V.
MSZ	Marxistische Streit- und Zeitschrift – Gegen die Kosten der Freiheit
NAP	National Action Party
NE	Nation Europa
NF	Nationalistische Front
NHB	Nationaldemokratischer Hochschulbund
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NRAF	Nationalrevolutionäre Arbeiterfront
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAP-AO	NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation
NZ	Die Neue Zeit
O.I.P.F.G.	Organisation Iranischer Studenten, Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran (Ashraf-Deghani-Anhänger)
O.I.S.	Organisation iranischer Studenten, Sympathisanten der Organisation der Volksfedayin (Mehrheit)
PA	Proletarische Aktion
PAA	Partei der Arbeit Albaniens
PAV	Palästinensischer Arbeiterverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin
PFLP	Volksfront für die Befreiung Palästinas
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans
PLF	Palestine Liberation Front (Palästinensische Befreiungsfront)
PLO	Palästinensische Befreiungsorganisation
PPA	Progress-Presse-Agentur
PSNF	Palästinensische Nationale Rettungsfront

PSV	Palästinensischer Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin e. V.
RAF	Rote-Armee-Fraktion
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
RSG	Radikaldemokratische Studentengruppen
RSJ	Revolutionär-Sozialistische Jugend – Roter Maulwurf
RZ	Revolutionäre Zellen
SAG	Sozialistische Arbeitergruppe
SB	Sozialistisches Büro
SB	Ziviler polnischer Auslandsnachrichtendienst
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins
SHB	Sozialistischer Hochschulbund
SHV	Sowjetische Handelsvertretung
SJV Karl Liebknecht	Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht
SMM	Sowjetische Militärmissionen
SoZ	Sozialistische Zeitung
SRP	Sozialistische Reichspartei (1952 verboten)
StB	Ziviler Nachrichtendienst der CSSR
TDKP	Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei
THKP/-C	Türkische Volksbefreiungspartei/-Front
TKP	Kommunistische Partei der Türkei
TKP/M-L	Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten
TLD	Trotzkistische Liga Deutschlands
U.I.S.A.	Union Islamischer Studentenvereine in Europa
UZ	Unsere Zeit
VDJ	Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V.
VDS	Vereinigte Deutsche Studentenschaften
VGP	Vereinigung für gesamtdeutsche Politik e. V.
VOLKSFRONT	Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg
VSP	Vereinigte Sozialistische Partei
VVN-BdA	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten
VVN-Westberlin/VdA	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Westberlin/Verband der Antifaschisten
WBDJ	Weltbund der Demokratischen Jugend
WFR	Weltfriedensrat
WFW	Weltföderation der Wissenschaftler
WGB	Weltgewerkschaftsbund
WJ	Wiking-Jugend
WSG	Wehrsportgruppe HOFFMANN
WUNS	World Union of National Socialists
ZS	Militärischer Nachrichtendienst der ČSSR
Z II	Militärischer polnischer Auslandsnachrichtendienst

